



# **konkret**

**POLITIK &  
KULTUR**  
12/2023

# **Motiv Judenhass**

## **Die Welt gegen Israel**

**Rechts  
vor links**

**Das Bündnis Sahara  
Wagenknecht**

**Knast statt Asyl**

**Europäische  
Flüchtlingsabwehr**

**Einer der  
anderen**

**Der Maler  
Chaim Soutine**

**Aus der Mode**

**Nachruf auf den  
Pop-Feminismus**



4 191202 706503

12

**6,50 €**

A: 7,60 €

CH: 11,40 CHF

C 12611 E



**Beim Schloss Neuschwanstein der Befund  
»Voll süß« bis »voll beschissen«.  
Man wurde sich nicht einig und  
So hat man's abgerissen.**

(Postrevolutionäre Lyrik Nr. 6: »Krieg den Palästen«)

Thomas Gsella

## **Das große Fressen**

Die Foto-Gedichte aus  
**konkret** und **Titanic**



**konkret texte 81**

*Das große Fressen* versammelt Thomas Gsellas satirische Foto-gedichte aus einem Vierteljahrhundert, und sie alle spiegeln, verlachen und entsorgen die doofe Welt mit ihren alltäglichen Zumutungen. Dabei lässt, »ganz im Sinne rücksichtsloser Marktbeherrschung, der poetische Sozialist Thomas Gsella sowohl Romantiker als auch Leserinnen von Peter Hacks auf ihre Kosten kommen, was schon für sich genommen kein kleines Kunststück ist« (aus Stefan Gärtners Vorwort).

*Bestellungen über [konkret-magazin.de](http://konkret-magazin.de)*



# »Die Darstellungen wurden relativiert«

**Überall ist derzeit die Rede von einer »Überlastung der Kommunen« in Bezug auf die Unterbringung und die Versorgung von Geflüchteten. konkret sprach mit Boris Kühn von der »Migration Policy Research Group« der Universität Hildesheim**



**K**onkret: Sie wollten mit einer Befragung der Kommunen belastbare Daten zur aktuellen Lage gewinnen. Ist das gelungen?

**Boris Kühn:** Ja. Wir haben erstmals überhaupt Zahlen bekommen. Vorher haben wir nur anekdotisch gehört, wie die Lage ist. Mit über 600 vollständigen Antworten haben wir nun ein breiteres Bild der Lage bekommen. Aber die Daten sind auf jeden Fall nicht im engeren Sinne repräsentativ, und sie lassen auch weiterhin Raum für Interpretation. Wenn »die Kommunen« antworten, dann sind das am Ende Einschätzungen von einzelnen Personen, weshalb sich die Hoffnung darauf, Klarheit zu bekommen, nicht erfüllt hat. Ich würde aber sagen, die medialen und politischen Darstellungen wurden relativiert. Andererseits sagen manche kommunalen Vertreter:innen auch, sie können ja mit Alarmieren nicht warten, bis ein Notstand eingetreten ist.

**Wie beurteilen Sie die Lage der Kommunen?**

Die Anspannungslage ist sowohl gefühlt als auch faktisch weiter heterogen. In unserer Umfrage ordnen sich 60% der Kommunen als »herausgefordert« und 40% als »überlastet« ein. Das ist schon eine Aussage: Die Empfindung eines Notfallmodus ist da, eine gewisse Belastungslage gibt es überall und so gut wie niemand sagt, es sei alles entspannt. Das ist aber auch nicht so wahnsinnig verwunderlich, wenn man sieht, wie sich die Zahlen in den letzten zwei Jahren entwickelt haben. Und damit meine ich gar nicht so sehr die allgemeinen Asylbewerberzahlen. Der Anstieg von 200.000 auf gut 300.000 wäre sicherlich verkraftbar. Aber es gab letztes Jahr den Zuzug von einer Million Ukrainerinnen und Ukrainern, und in der Kombination ist es tatsächlich eine Belastung.

**Was unterscheidet die Kommunen, die ihre Situation als machbar einstufen, von denen, die sich in einer Notfallsituation sehen?**

Also ein Punkt ist tatsächlich sowas wie Haltung oder Herangehensweise. Es kann durchaus sein, dass sich Kommunen als herausgefordert ansehen, aber im gleichen Satz sagen: Wir nehmen die Herausforderung an. Und dann gibt es natürlich Kommunen, die in einer relativ ähnlichen Situation sagen, sie seien in einer Notlage. Ein zweiter Punkt ist die nachhaltige Verankerung von Unterbringung und Integration in der Kommunalpolitik. Das erlaubt es, auch in einer Krisensituation handlungsfähig zu bleiben. Und dann gibt es strukturelle Faktoren. Gewissen Kommunen ist es möglich, viele Wohnungen und Gebäude zu akquirieren, weil es Leerstand gibt. Für andere Kommunen ist das schwieriger.

**Wie werden solche Faktoren bei der Zuteilung von Geflüchteten berücksichtigt?**

Gar nicht. Bisher werden Geflüchtete nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel verteilt, der zur Vergabe von Forschungsförderungsgeldern erfunden wurde. Er bezieht sich mehr oder weniger auf die Einwohnerzahl und die Wirtschaftskraft. Nach einer ähnlichen Logik werden in den Ländern Geflüchtete auf die Kommunen verteilt. Wir erproben derzeit in Kooperation mit mehreren Bundesländern ein Verfahren, das die Bedürfnisse der Geflüchteten und die kommunalen Kapazitäten stärker miteinbezieht. Das könnte ein Baustein sein, um die Legitimität der Zuweisungen auf beiden Seiten zu erhöhen.

**Wie ist die Lage der Geflüchteten in den Kommunen? Sind sie »überlastet«?**

Diese Frage ist aus der medialen und politischen Debatte verdrängt worden. In der Migrationsforschung ist es anders. Da gibt es einen recht starken Fokus auf die Bedürf-

nisse und Vulnerabilitäten der Geflüchteten. Die tatsächliche Situation der Geflüchteten hat sich über die letzten 10, 20 Jahre mit Blick auf Integrationsmöglichkeiten und auch Rechte tendenziell verbessert. Es gibt weniger Arbeitsverbote, und Integrationsangebote wurden ausgebaut. So gut wie jeder Geflüchtete hat mehr oder weniger sofort ein Anrecht auf einen Sprachkurs. Auf der anderen Seite haben wir jetzt eine Debatte, die das Rad ein Stück weit zurückdrehen will; die mit der Absicht abzuschrecken die Einschränkung von Leistungen fordert. Punktuell hat man schon gemerkt, dass für einzelne Gruppen wieder mehr Restriktionen aufgebaut wurden. Für Geflüchtete aus sogenannten sicheren Herkunftsländern zum Beispiel.

**Wie bewerten Sie die aktuellen Maßnahmen des Bundes? Welche Auswirkungen haben diese auf Kommunen?**

Es gibt einerseits diesen von der Ampel lancierten Migrationspakt. Meiner Meinung nach ist dessen hauptsächliches Ziel, der Bevölkerung Handlungsfähigkeit zu suggerieren. Er ist in keinerlei Hinsicht ein großer Wurf. Andererseits liegt nun ein Ergebnis des Bund-Länder-Gipfels vor, das mir durchaus sinnvoll erscheint. Dass nämlich der Bund pro aufgenommener Person einen Fixbetrag an die Länder zur Weitergabe an die Kommunen zahlt. Das war eine Forderung der Kommunen, und das haben wir immer für nachvollziehbar gehalten, weil die Sicherheit der Finanzierung Ruhe reinbringt und den Kommunen Planungssicherheit gibt. Es ist deshalb kein Zufall, dass die Darstellung der Überlastung vor den Verhandlungen um Geld am 6. November stetig zugenommen hat. Es gibt sicher Belastungen in den Kommunen, aber die Explosion der Debatte steht in keinem linearen Verhältnis zu einer faktischen Überlastungszunahme in den letzten vier, fünf Monaten.



**S**eit dem 7. Oktober wissen auch die, die es bis dato nicht hatten wahrhaben wollen: Juden sind auf dieser Welt nicht sicher, nirgendwo. In Deutschland verzeichnete die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS) vom 7. bis zum 15. Oktober 202 antisemitische Vorfälle, das entspricht einem Anstieg um mindestens 240 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz sagte dem »Spiegel«: Der Judenhass auf deutschen Straßen erinnere »an die schlimmsten Zeiten der deutschen Geschichte«. Ähnliches gilt für den Rest der Welt. Viele der Übergriffe richteten sich gegen jüdische Einrichtungen. Es gab aber auch Fälle körperlicher Attacken: ob in Detroit, in Kopenhagen oder in Lyon. In der russischen Hafenstadt Machatschkala/Dagestan stürmten Tausende von Einwohnern einen Flughafen, um Reisende anzugreifen, die mit einem »Red Wings«-Flug aus Tel Aviv eingetroffen waren. Nach Angaben des Außenministeriums gab es dabei etwa 20 Verletzte.

Der Judenhass, der sich wie auf Kommando weltweit entlud, hätte also auch denjenigen, für die Israel nur ein winziger Fleck irgendwo im Nahen Osten ist, klarmachen müssen, dass es diesen Fleck um jeden Preis zu erhalten gilt. Wie bedroht aber auch dieser letzte Zufluchtsort für Juden ist, zeigt(t)en nicht nur die hasserfüllten Demonstrationen überall auf der Welt, sondern auch die Stellungen, die die in Gaza operierenden und von der EU finanziell unterstützten NGOs in den Tagen nach den von der Hamas verübten Massakern abgaben. Die in Israel ansässige Organisation NGO Monitor, die die Arbeit der internationalen Nichtregierungsorganisationen in Israel und den palästinensischen Gebieten beobachtet, hat die Statements am 23. Oktober dokumentiert. Hier eine kleine Auswahl (nach dem Englischen der NGO-Monitor-Übertragung aus dem Arabischen).

Das Palestinian NGO's Network (PNGO), das nach Angaben von NGO Monitor zwischen 2021 und 2024 einen EU-Zuschuss in Höhe von 1,25 Millionen Euro erhalten (haben) soll, veröffentlichte am 8. Oktober eine Erklärung, in der es heißt: »In den letzten zwei Tagen hat ein aggressiver Krieg stattge-

funden, der Teil der Bemühungen des Besatzterstaates ist, Rache zu nehmen und den Kreis der Massaker gegen das palästinensische Volk, insbesondere im Gazastreifen, zu erweitern. Wir von der PNGO begrüßen dieses ehrenvolle Bild, das unser Volk abgibt.«

An die Union of Agricultural Work Committees (UAWC) sind seit 2014 EU-Gelder in Höhe von insgesamt 6,4 Millionen Euro geflossen (NGO Monitor). Am 7. Oktober postete UAWC-Projektkoordinator Houssam Abuabdou auf Facebook: »Der 7. Oktober hat die Kraft und den Willen eines großen Volkes gezeigt.«

Das Arab Center for Social Media Advancement, 7amleh, ist, so schreibt es auf seiner Website, »eine gemeinnützige Organisation, die es der palästinensischen und arabischen Zivilgesellschaft ermöglichen soll, die Instrumente der digitalen Interessenvertretung durch den Aufbau professioneller Kapazitäten, die Verteidigung digitaler Rechte und die Entwicklung einflussreicher digitaler Medienkampagnen wirksam zu nutzen«. Von der EU erhielt das Projekt 2022 330.000 Euro (NGO Monitor). Am 7. Oktober postete Vorstandsmitglied Neveen Abu Rahmoun auf Facebook: »Der palästinensische Widerstand hat seit dem Beginn der Al-Aqsa-Flutung eine neue Etappe erreicht, indem Widerstandskämpfer in zahlreiche israelische Wohnviertel in den Siedlungen eindringen, Kontaktpunkte schaffen und Raketen des Widerstands abfeuern. Israel wiederum sieht sich dadurch in die Enge getrieben und hat eine hohe Mobilisierung für den Krieg angekündigt. Die Botschaft des Widerstands ist klar, er hat begonnen und er wird eskalieren und eine neue Realität erzwingen.«

Die EU unterstützt das Palästinensische Zentrum für Menschenrechte (PCHR) 2023/24 mit 475.000 Euro (NGO Monitor). Am 7. Oktober postete die PCHR-Referentin für Fundraising und Programme, Feda'a Murjan, auf Facebook: »Wir werden unser Land wirklich betreten. Allah, du bist unser Beschützer und Unterstützer.«

Taghreed Jomaa, die Vorstandsvorsitzende der Association for Woman and Child Protection (AISHA), die von 2023 bis 2026 490.000 Euro von der EU erhalten soll (NGO Monitor), teilte am 16. Oktober einen Facebook-Post, der das Massaker der Hamas im Süden Israels und die Verbrennung der Leichen der Opfer leugnete: »Westliche Unterstützung für Israel wegen eines Hundes? Der amerikanische Journalist Jackson Hinkle enthüllte, dass das vom israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu veröffentlichte Foto des verkohlten Kindes eine Fälschung war. ... Einem Bericht von Fatima Triki zufolge hat der amerikanische Journalist enthüllt, dass das Foto des angeblichen israelischen Kindes [in Wirklichkeit] das eines Hundes in einer Tierklinik ist, das mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz verzerrt wurde.«

Die Palestinian Medical Relief Society (PMRS) erhielt von 2014 bis 2022 EU-finanzierte Zuschüsse in Höhe von insgesamt 5,5 Millionen Euro (NGO Monitor). Der Präsident der PMRS, Mustafa Barghouti, erklärte am 7. Oktober in einem Interview mit Al Jazeera: »Diese Initiative des Widerstands, die wir gesehen haben, ist eine Antwort auf den Terror der israelischen Siedler, der überall im Westjordanland unter dem Schutz der israelischen Armee stattfindet. ... Sie zeigt, dass Israel nicht allmächtig ist, und sie zeigt auch, was Palästinenser tun können, wenn sie entschlossen sind, für ihre Freiheit Widerstand zu leisten.«

Al-Haq beschreibt sich als »unabhängige palästinensische Menschenrechtsorganisation« (Al-Haq-Website) und war zwischen 2018 und 2021 Empfänger von 296.600 Euro EU-Geldern (NGO Monitor). Am 10. Oktober schrieb Ziad Hmaidan, Leiter der Abteilung für Ausbildung und Kapazitätsaufbau bei Al-Haq, auf Facebook: »Es steht im Hadith geschrieben: »Ihr müsst den Dschihad führen. Der beste Dschihad ist die Vorbereitung auf den Krieg, und es ist am besten, sich in Aschkelon auf den Krieg vorzubereiten.««

Das Bisan-Forschungs- und Entwicklungszentrum hat zwischen 2017 und 2019 einen EU-finanzierten Zuschuss in Höhe von 699.236 Euro erhalten (NGO Monitor). Am 10. Oktober veröffentlichte Bisan-Vorstandsmitglied Nadia Habash eine Erklärung des Berufsverbandeskomplexes, in der es heißt: »Heute blicken wir mit Stolz auf unseren mutigen Widerstand, der die schrecklichsten Bilder von Stärke und Ruhm schafft und die Feinde unserer Nation zertritt und die gestohlenen Rechte zurückgibt. ... Wir feiern diesen Sieg und bezeugen vor Allah, dass wir alle Soldaten unter dem Kommando des palästinensischen Widerstands sind. ... Möge unser geliebter Widerstand weitergehen und unzerbrechlich sein.«

Die Tatsache, dass all diese Organisationen den Terror der Hamas ganz unverhohlen unterstützen, spricht dafür, dass sie nicht befürchten, die EU werde deshalb ihre Zahlungen begrenzen, gar einstellen. Solange man aber in Gaza und der Westbank davon ausgehen kann, dass Europa dem Projekt »From the river to the sea« nicht im Wege steht, wird es keinen Frieden im Nahen Osten geben können.

Israel ist allein unter Feinden. In der aktuellen Ausgabe widmen sich Richard Scherberth (Seite 12), Jens Hoffmann (Seite 16), Stefan Gärtner (Seite 20), Jörg Kronauer (Seite 22), Markus Ströhlein (Seite 43), Peter Kusenberg (Seite 50) und Florian Sendtner (Seite 61) der Frage, wie die aktuellen Ausbrüche des Judenhasses sich erklären lassen und ob Israel noch eine Chance hat. Auf Seite 18 dokumentiert **konkret** zudem den Antisemitismus der Gründungsdokumente von Hamas und Co.



## Titel

### 12 Zittere, Zion

Richard Schuberth über einen Antisemitismus, der keiner sein will

### 16 Der Tag, der nicht vergeht

Jens Hoffmann über die unerträgliche Grausamkeit der Hamas-Massaker

### 18 »Hier ist ein Jude – töte ihn!«

Auszüge der Gründungserklärungen von Hamas, PLO, DFLP und PFLP

### 20 Judenhass raus

Stefan Gärtner über »importierten Antisemitismus«

### 22 Unter Feinden

In diesem Krieg hat Israel keine guten Karten. Von Jörg Kronauer

### 43 Kapitulation des Denkens

Markus Ströhlein über die Israel-feindschaft des Kulturbetriebs

### 50 Schreiben oder prügeln?

Peter Kusenberg über Johann Sbars autobiografischen Comic *Die Synagoge*

### 61 Teufelsdeutschland

Niklas Frank verflucht den deutschen Antisemitismus. Von Florian Sendtner

## Politik

### 3 »Die Darstellungen wurden relativiert«

Über die angebliche Überlastung der Kommunen sprach **konkret** mit dem Migrationsforscher Boris Kühn

### 9 Kein Weihnachten mit Faschos

Elena Wolf besinnt sich der antifaschistischen Militanz

### 25 Ego me absolvo

Auch die jüngere Geschichte der katholischen Kirche Spaniens ist kriminell. Von Carmela Negrete

### 26 Im Reich der Mittelschicht

Ingar Solty über Chinas Weg zur sozialistischen Ökozivilisation

### 29 Make Europe great again

Renate Dillmann und Johannes Schillo über ein imperialistisches Konkurrenzprojekt im Schafspelz

### 32 Es darf geschossen werden

Matthias Monroy über die EU-Verhandlungen zur Schleifung des Asylrechts

### 34 Brücke nach rechts

Marcel Hartwig über Sahara Wagenknechts Parteiprojekt

### 35 Die Normalen

Jan Miotti über die Parlamentswahlen in der Schweiz

### 36 Rechter Terror an der Saar

31 Jahre nach der Tat ist Samuel Yeboahs Mörder verurteilt worden. Von Andreas Morlo

### 37 Unsere Nazis

Der Fall Kanada oder Das Märchen von der Brandmauer. Von Rolf Surmann

### 40 Sinn die Massaker all verdräng, von Kalavrita bess Warschau?

Eberhard Rondholz über die deutsche Erinnerungskultur

## Kultur

### 42 Oh, diese Messdiener!

Eine besondere Weihnachtskrippe von Wenzel Storch

### 46 Wo das Leben konkret ist

Felix Klopotek über die Chaïm-Soutine-Schau in Düsseldorf

### 48 Warme Sachen im Archiv

Ein Nachruf auf den Pop-Feminismus von Barbara Kirchner

### 52 Sail away

Jan Miotti über *Das Sklavenschiff* von Marcus Rediker

### 54 Logik des Leids

Sadismus ist ein integrales Element der autoritären Gesellschaft. Von Andrei Doultsev

### 55 Zur Rechten der Macht

Stefan Ripplinger über eine Sozialgeschichte der Blasphemie

### 56 Mitdiener am Wort

Der Briefwechsel Karl Kraus' mit seinem Verleger. Von Gerhard Henschel

### 58 Angriffslust und Ratlosigkeit

Felix Klopotek über die Band Kolossale Jugend und ihr Vermächtnis

### 60 Die Geige als Schutzschild

Zum 40. Todestag des Komponisten, Autors und Shoah-Überlebenden Szymon Laks. Von Paul Schuberth

### 64 Komische Intelligenz

Cornelius W. M. Oettle hat mit KI-Hilfe KI ein Buch geclood

### 65 Kalaschnikow und Stradivari

Eine kleine Weltgeschichte der Virtuosität. Von Ulrich Holbein

## RUBRIKEN

### 4 von konkret

### 6 AN konkret

### 10 HERRSCHAFTSZEITEN

### 24 TERMINE

### 44 KUNST & GEWERBE

### 49 BETRIEBSGERÄUSCHE

Neues aus dem Nörgeltagebuch von Joachim Rohloff

### 51 BUCH DES MONATS

Jens Hoffmann über *Pogrom im Scheunenviertel* von Karsten Krampitz

### 57 FILM DES MONATS

Jürgen Roth über »The Old Oak« von Ken Loach

### 62 PLATTE DES MONATS

Jasper Nicolaisen über »Topsy Turvy« von F. S. K.

### 63 POSTREVOLUTIONÄRE LYRIK

Dezember 2033: Die neuen Feiertage. Von Thomas Gsella

### 66 DER LETZTE DRECK

Michael Csapkóczy über den ZDF-Vierteiler »Füxe«





**la cortadora**

Bio-Kaffee für Land und Freiheit

**el rojito**  
kaffee solidarisch

## KURIOSE STADTFÜHRUNGEN IN HAMBURG

Für Dich oder Deine Gruppe

**SPECIAL  
HAMBURG  
KATASTROPHAL**



**CITINAUT**

WWW.CITINAUT.DE

TOP BEWERTUNGEN

## AN konkret

### Autobahn

**konkret 11/23:** »Zurück zur Natur, aber bitte nicht zu Fuß!«;  
Eine kleine Geschichte des  
Automobils von Ulrich Holbein

Ulrich Holbein hat ein Buch leider gar nicht berücksichtigt, das gerade in **konkret** mehr Aufmerksamkeit verdient hätte. Es geht um *Deutschland als Autobahn*, erschienen im Transcript Verlag, in dem der Kulturoziologe Conrad Kunze sehr detailliert den Zusammenhang zwischen Nationalsozialismus, Volkswagen und Autobahn darstellt. Auch die kaum erforschte Geschichte der Zwangsarbeit beim deutschen Autobahnbau wird in dem Buch ausführlich nachgezeichnet.

Peter Nowak

### Endlos, endlos

**konkret 11/23:** »Ja und aber«;  
Jens Hoffmann über eine Ausstellung  
zu jüdischem Leben in der DDR

Anfang dieser Woche besuchte ich die Ausstellung »Ein anderes Land. Jüdisch in der DDR«. Dabei musste ich feststellen, dass der von der rechten Bewegung (Neonazis, Skinheads, Hooligans und so weiter) ausgehende Antisemitismus in der Gesellschaft der DDR in der Ausstellung nicht erwähnt wird. Auf der Grundlage meiner Forschungsarbeiten gab es in der DDR etwa 900 antisemitische Straftaten, wovon etwa 145 Schändungen jüdische Friedhöfe und Gräber betreffen. Dieser Antisemitismus in der DDR wurde durch die SED verdrängt und verharmlost und hat so offensichtlich bis heute Spuren hinterlassen. Eine Gesellschaft, die ihre Geschichte nicht verarbeitet, trägt den Keim des Antisemitismus in sich weiter, ohne Sinn und Verstand. Aus Ignoranz und Überheblichkeit wurde dem gesellschaftlichen Antisemitismus in der DDR nichts entgegengehalten, und das macht den Unterschied aus zur Aufklärung historischer und politischer Vorgänge.

Dr. Harry Waibel

### Sendepause

**konkret 11/23:** »Dieser Staat sind wir nicht!«; Johanna Schellhagen über den Staatsidealismus der Klimabewegung

Schellhagens Kritik an Saitos Buch teile ich. Nur dass leider auch sie, wie Saito und alle, die erkannt haben, dass die Katastrophe nur

durch Abschaffung des Kapitalismus zu verhindern ist, vor dem jetzt eigentlich logisch zwingend notwendigen nächsten Gedankenschritt stehen bleibt: Wie denn – zumindest ganz grob in Umrissen – kann eine solche »vernünftige Produktionsweise« aussehen? Sie hat recht, wenn sie fordert, »eine Idee davon (zu) entwickeln, wie Weltmarkt und Staatsapparate bei der Organisation von Produktion und Güterverteilung ersetzt werden können«; wieso setzt sie dies dann aber nicht als nächste und wichtigste Aufgabe für Klima- und andere Bewegungen – für die Linke! – auf die Tagesordnung? Ohne auch nur den Hauch einer Idee über eine andere Organisation von Produktion und Verteilung zu haben, sollen wir »eine massenhafte Organisation in den Betrieben und den sozial schwachen Stadtvierteln« aufbauen? Wie antworten wir auf die naheliegende Frage aus den Betrieben und Stadtvierteln: »Soll das so aussehen wie in der DDR? Oder wie?« Wenn wir über die Verneinung hinaus darauf keine weitere Antwort haben, können wir uns den Gang in Betriebe und Stadtviertel sparen!

Ivan Hamburg

### Spiegelsaal

**konkret 10/23:** »Resteverwertung«;  
Nelli Tügel über den Niedergang  
der Linkspartei

Hansgert Lambers schreibt in einem Leserbrief betreffend Nelli Tügels Artikel: »[...] und auch Ihr habt das bislang nicht gewürdigt: [...] dass die Linksfraktion häufig (kleine) Anfragen im Bundestag stellt, deren Beantwortung meistens Peinliches und Bedenkliches zu Tage fördert.« Stimmt nicht; vergleiche zum Beispiel Hermann L. Grem-liza in **konkret 5/16**: »So recht den vier rechten Parteien des Bundestags die immer strebend sich bemühen fünfte im übrigen auch sein mag – eine Abgeordnete dieses Vereins geht ihnen gehörig auf die Nerven. Immer wieder müssen ihre Minister der Abgeordneten Ulla Jelpke Auskünfte geben, die sie lieber für sich behielten. Wie anlässlich der jüngsten, peinlichen kleinen Anfrage nach rechtsextremen Umtrieben in der Bundeswehr.«

Jörg Gneiting

### Nachrichten

**konkret 11/23:** »Das war ein Massaker«;  
Interview mit Gerald Steinberg über  
den Angriff der Hamas auf Israel

Mit keinem Wort wird in unseren Medien erwähnt, dass die obersten Hamas-Anführer seit Jahren im sicheren Katar ein sorgenfreies luxuriöses Leben führen und eben nicht das allseits beklagte menschenunwürdige, aber von ihnen zu verantwortende Schicksal ihrer Untertanen teilen. Jürgen Karasch



## Europa endlos

**konkret 11/23:** »Die deutsche Linke und der Krieg gegen Israel«;  
Titelthema von **konkret 11/23**

Dass **konkret**, wie die aktuellen Artikel zeigen, weiterhin von einem grundsätzlich projüdischen, proisraelischen Herzschlag angetrieben wird, ist schätzenswert. Die herrschenden Medien haben sich nach einer Schrecksekunde wieder in ihren Normalzustand der »Israelkritik« begeben. So weiß sich Otto Normalantimit mit seinem muslimbrüderischen Nachbarn einig, wenn diese von einer »humanitären Katastrophe« hören und lesen. Natürlich ist es das Leiden der palästinensischen »Zivilbevölkerung«, das hier im Fokus steht. Laut dem famosen UNO-Generalsekretär und divers-er UN-Resolutionen sind die Juden irgendwie doch selber schuld, dass sie geschändet, zerhackt und bei lebendigem Leib verbrannt werden. Und im Anschluss von der palästinensischen »Zivilbevölkerung« gefleddert werden – so in den für zwei Tage von der Judenmörderbande besetzten Kibbuzim. Und wie die vornehme deutsche Enthaltung bei der letzten Pro-Hamas-Resolution zeigt, steht die islamische, mehrheitlich antisemitisch inspirierte Welt dem deutschen EU-Weltmachtprojekt näher als der ärgerliche Stolperstein Israel. Denn Juden und Israel müssen sich damit zufriedengeben, dass ihnen auf die gönnerhafte Tour das Existenzrecht zugebilligt wird.

Nebenbei: In der Frankfurter Stadtbibliothek, wo es an ukrainischen »Stay with Ukraine«-Fahnen und empörten Online-Statements nicht fehlte: nichts zum Judenpogrom!  
**Hans Gielessen**

## Metall auf Metall

**konkret 11/23:** »Herrschaftszeiten«;  
Kompilage von Kay Sokolowsky  
zum Fall von Jaroslaw Hunka  
im kanadischen Parlament

Aktuell lese ich eines der ersten und bedeutendsten Standardwerke zum Zweiten Weltkrieg: Alexander Dallins *Deutsche Herrschaft in Russland 1941 bis 1945*. Darin heißt es: »Gleichzeitig richtete das kollaborierende ukrainische Komitee in Krakau unter Professor Wolodymyr Kubijowytsch eine »Militärabteilung« ein, die die Behörden für die Aufstellung ukrainischer Legionen oder eines Korps einzunehmen versuchte. Ende 1942 gewann die Idee einer galizischen SS-Einheit an Boden, und wenige Monate später wurde sie Wirklichkeit.... Danach sollte mit 3.500 Ukrainern ein »Polizeiregiment Galizien« zusammengestellt werden. Ende April wurde in Lemberg mit der Rekrutierung feierlich begonnen: eine Proklamation hieß die Teilnahme der »Galizien« am Krieg willkommen. In »SS-Division Galizien« umbenannt, zog die Formation viele Rekruten an; es meldeten sich 100.000 Freiwillige, von denen kaum 30.000 angenommen wurden.«

**Jens Gläßer**

## WIE RAUS AUS DER MISERE?

- WOHIN WOLLEN WIR?

Ziel: eine humane  
Gesellschaft im  
Einklang mit der  
Umwelt

- WIE KOMMEN  
WIR DORTHIN?

Überwindung der  
kapitalistischen  
Verhältnisse

- WAS MÜSSEN  
WIR TUN?

Aufklärung,  
Vernetzung,  
Aktionen

- WIE BEREITEN WIR  
UNS DARAUF VOR?

Überwindung von  
Denkblockaden,  
Entwicklung  
von Strategien

## SYSTEM CHANGE IS TO BE OR NOT TO BE

Bücher dazu:

WWW.ZUKUNFT.  
NORWAT.DE

## IMPRESSUM

**konkret** erscheint in der KVV »konkret« Vertriebsgesellschaft für Druck- und andere Medien GmbH & Co. KG / **Geschäftsführung:** Friederike Gremliza / **Büroanschrift:** Ehrenbergstraße 59, 22767 Hamburg, Postfach 50 04 09, 22704 Hamburg, Telefon Redaktion: 040-851 25 30, Telefon Verlag: 040-851 25 31, Telefax: 040-851 25 14 / **E-Mail-Adressen:** redaktion@konkret-magazin.de, verlag@konkret-magazin.de / **Internet:** www.konkret-magazin.de, http://twitter.com/konkretmagazin, www.facebook.com/konkretmagazin, www.youtube.com/user/konkretmagazin

**Herausgeberin:** Friederike Gremliza (verantwortlich) / **Redaktion:** Wolfgang Schneider, Kay Sokolowsky / **Redaktionelle Mitarbeit:** Peer Heinelt, Elena Wolf / **Autorinnen & Autoren dieser Ausgabe:** Michael Cszakóczy, Renate Dillmann, Andrei Doultssev, Stefan Gärtner, Thomas Gsella, Marcel Hartwig, Gerhard Henschel, Jens Hoffmann, Ulrich Holbein, Barbara Kirchner, Felix Klopotek, Jörg Kronauer, Peter Kusenberg, Jan Miotti, Matthias Monroy, Andreas Morlo, Carmela Negrete, Jasper Nicolaisen, Cornelius W. M. Oettle, Stefan Ripplinger, Joachim Rohloff, Eberhard Rondholz, Jürgen Roth, Johannes Schillo, Paul Schuberth, Richard Schuberth, Florian Sendtner, Ingar Solty, Wenzel Storch, Markus Ströhlein, Rolf Surmann, Marco Tschirpke, Elena Wolf / Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingesandte Manuskripte. Texte können per E-Mail geschickt werden.

**Gestaltung, Satz & Titel:** NIK-BONG / **Titelfoto:** Picture Alliance/AP/K. M. Chaudary / **Kolumnenillustration:** Leo Leowald / **Anzeigen:** Citinaut GmbH / Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 38 vom 11.11.2022 / Telefon: 040-87 20 99 20, Telefax: 040-87 20 99 21, E-Mail-Adresse: anzeigen@konkret-magazin.de / **Bankverbindung:** Postbank Hamburg, IBAN: DE 32 2001 0020 0742 584 209, BIC: PBNKDEFF / **Druck:** westermann DRUCK/pva, Braunschweig / **Vertrieb:** Moder-ner Zeitschriften Vertrieb, Ohmstraße 1, 85716 Unterschleißheim, www.mzv.de

**Einzelpreis:** € 6,50 inklusive 7 Prozent MwSt. / Im Abonnement: € 64,- frei Haus, inklusive 7 Prozent MwSt., für 12 Hefte (Studentenabo: € 53,-) / EU-Ausland mit Normalpost: € 80,90 / Ein Abonnement verlängert sich jeweils auf unbestimmte Zeit, wenn es nicht sechs Wochen vor Ablauf des Vertragszeitraums schriftlich gekündigt wird. Vorzeitige Erstattung ist nicht möglich. / **Abonnementverwaltung:** PrimaNeo GmbH & Co. KG / Postfach 10 40 40, 20027 Hamburg, Telefon: 040-23 67 03 07, Telefax: 040-23 67 03 01, E-Mail-Adresse: konkret@primaneo.de



Wer mehr möchte als nur das Alltägliche, ist beim PRESSE-Fachhandel genau richtig. Hier finden Sie deutlich mehr Bereitschaft zu Leistung und Service. Zum Beispiel die Beschaffung von Spezial-Zeitschriften möglichst innerhalb 24 Stunden, fachkundige Beratung und stets auch konkret. Bundesweit erkennen Sie Ihren PRESSE-Fachhändler am »Blauen Globus«.



*Diese Spezifik der Shoah, ihre Präzedenzlosigkeit, herauszuarbeiten und darzustellen, ist ein Anliegen dieses Bandes. ... Darüber hinaus soll er als Intervention in die Debatte um die deutsche Erinnerungskultur, in der gegenwärtig »einiges in Bewegung« ist, verstanden werden.*

Vor dem Hintergrund des sich seit über zwei Jahren in der deutschsprachigen Öffentlichkeit abspielenden »Historikerstreit 2.0« wird immer wieder über die Bedeutung des Holocaust gestritten: Was war der Holocaust und was war er nicht? Inwiefern ist er »präzedenzlos«? Wie wird an ihn erinnert, wie sollte es getan werden? Wer bestreitet seine Präzedenzlosigkeit und welche politischen Folgen bringt das mit sich?

In dem nun im Verbrecher Verlag erschienenen und von Stephan Grigat, Jakob Hoffmann, Marc Seul und Andreas Stahl herausgegebenen Band *Erinnern als höchste Form des Vergessens? (Um-)Deutungen des Holocaust und der »Historikerstreit 2.0«* geben Yehuda Bauer, Nicolas Berg, Jan Gerber, Ljiljana Radonić, Elke Rajal, Samuel Salzborn und andere Antworten auf diese Fragen.

Wer jetzt **konkret** abonniert, bekommt das Buch geschenkt.

Stephan Grigat, Jakob Hoffmann,  
Marc Seul und Andreas Stahl (Hg.)

## ERINNERN ALS HÖCHSTE FORM DES VERGESSENS?

(Um-)Deutungen des Holocaust  
und der »Historikerstreit 2.0«

Als Prämie für ein **konkret**-Jahresabo (zwölf Hefte) zum Preis von 64,- Euro (für Schüler/innen und Studierende nur 53,- Euro), zahlbar jährlich im voraus, erhalte ich nach Eingang des Rechnungsbetrages das Buch *Erinnern als höchste Form des Vergessens?*

Name, Vorname

☐ Bankeinzug

☐ Rechnung

Straße

IBAN

PLZ, Wohnort

BIC

Datum, Unterschrift

Kreditinstitut

Dauer des Abonnements: bis auf Widerruf, mindestens 12 Hefte. **Widerrufsrecht:** Sie können die Bestellung binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen formlos widerrufen. Die Frist beginnt an dem Tag, an dem Sie die erste bestellte Ausgabe erhalten, nicht jedoch vor Erhalt einer Widerrufsbelehrung gemäß den Anforderungen von Art. 246a § 1 Abs. 2 Nr. 1 EGBGB. Zur Wahrung der Frist genügt bereits das rechtzeitige Absenden Ihres eindeutig erklärten Entschlusses, die Bestellung zu widerrufen. Sie können hierzu das Widerrufsmuster aus Anlage 2 zu Art. 246a EGBGB nutzen. Der Widerruf ist zu richten an: PrimaNeo GmbH & Co. KG, **konkret**-Aboservice, Postfach 104040, 20027 Hamburg.

PrimaNeo GmbH & Co. KG, Postfach 104040, 20027 Hamburg / Gläubiger-Identifikationsnummer DE17ZZZ00002151220 / Die Mandatsreferenz wird mir separat mitgeteilt. / **SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige die PrimaNeo GmbH & Co. KG, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der PrimaNeo GmbH & Co. KG auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.



# Kein Weihnachten mit Faschos

**E**s ist wieder so weit: Mariah Carey und Wham! wurden aus dem Hyperschlaf entfrosten, um aus Radios Foltergerät zu machen; Lohnsklaventreiber manipulieren Angestellte psychisch zum gemeinsamen After-Work-Weihnachtsmarktbesuch; das Weihnachtsgeld wird für den Kauf von Geschenken ausgegeben für Menschen, die schon alles haben; und in irgendwelchen demokratiefördernden Medien werden Tipps gegeben, wie man »Zoff an Weihnachten« vermeiden kann. Wehmut macht sich breit. Nostalgisches Kopfkino, in dem die schönsten als Interesse getarnten Mikroaggressionen von Familienangehörigen über die Lebensführung devianter Rudelmitglieder abgespielt werden. Seufz. Was war sie heile, diese Welt. In der Onkel Endhart noch ein bisschen Anstand hatte. Wusste, dass er wie ein Scheiss-Nazi klingen würde, wenn er Nazi-Sachen sagte und deshalb seinen Hass auf das Außen mit nach Metaxa riechenden Zoten im Inneren des Familienkreises sublimierte.

Doch seit die Orks wieder den Wald verlassen haben und mit zwanzig Prozent in den Parlamenten sitzen, steht auch beim Onkel Endhart der geistige Hosenladen offen, wenn die Jauche lustvoll über den festlichen geschmückten Ausziehtisch gekübelt wird, um postfaschistische Belastungsstörungen zu produzieren. Unsagbares ist endlich wieder sagbar – und zwar laut und in Notwehr gegen die Meinungsdiktatur. Deutschland und er haben schließlich lang genug das Maul gehalten. Und außerdem wird man ja wohl gerade an Weihnachten seine Liebsten noch damit stopfiebern dürfen, was man in »Compact«, »Tichys Einblick«, auf Nius, Auf1, im Kopp-Verlag und in Telegram-Chatgruppen gelesen hat! Schriller die Glocken nie klangen.

Aber wie kommt's nur so weit kommen, dass der Onkel Endhart so ein Nazi geworden ist? Es gab doch 2016 den demokratiefördernden Chat-Bot »SOS Weihnachten«, der in der besinnlichen Jahreszeit helfen sollte, AfD-Parolen mit Argumenten pffigig zu kontern, um nahestehende Menschen »zum Umdenken« zu bewegen. Haben wir den Endharts nicht verständnisvoll genug zugehört, ihre Sorgen und Nöte nicht ernst genug genommen, keine guten Argumente geliefert, nicht gewaltfrei genug kommuniziert, nicht genügend Fragen gestellt, die emotionale Ebene knapp verfehlt und die Augenhöhe nicht so gehalten, dass sie das mit dem Rechtssein wieder ließen? Haben wir die Nazis nicht clever genug »entzaubert«, indem wir sie zu Talkshows einluden und sie auf Titelseiten von Magazinen druckten?

Schließlich wissen rechtschaffene Deutsche doch: Demokratie heißt Toleranz, und Toleranz bedeutet »aushalten, ertragen«. Das resümiert sogar ein AfD-Funktionär aus Nordrheinwestfalen am Ende der selten verblödeten ZDF-Hufeisen-Familien-Doku »Die Streitrepublik« neben seiner nicht weniger verblödeten Mutter, die Gründungsmitglied der Grünen ist. In der Doku feiert Grünen-Mutti Christiane von Gierke auf ihrem 75. Geburtstag mit ihrem AfD-Presse-

sprecher-Sohn und zahlreichen Gästen bei Piano und Bankett ihre »politisch bunte Familie« und hört ihrem Spross Kris Schnappertz sekttrinkend dabei zu, wie er ihr mit einer jovialen Geburtstagsrede für ihre Lehre des selbständigen Denkens dankt, aufgrund dessen er »kein linkes Schneeflöckchen« geworden sei, sondern ein »braver, deutsch-nationalliberaler Hedonist«, der in seinem »Ehempfinden«, seinem »Standesbewusstsein«, seiner »Wehrhaftigkeit«, seinem »Corpsgeist«, seiner »Sturheit« und »ganz wichtig«, seinem »Familiensinn« ganz nach seiner Mutter komme.

Tiefe Einblicke in »die deutsche Seele« verspricht das ZDF – und trifft mit »Streitrepublik« tatsächlich direkt ins Tiefbraune eines Landes, dessen demokratische Praxis der totalen Toleranz vor nicht einmal einem Jahrhundert in Auschwitz endete. Upsi. Doch dem Öffentlich-Rechtlichen ist, wie den meisten Medien, Christiane von

Gierke und der deutschen Seele eben auch viel gelegen an Kompromissen mit Faschisten und denen, die sie wählen. »Familie muss sich aushalten können«, weiß das ZDF.

Leider ging »SOS Weihnachten«, dem obskuren Chat-Maschinchen für eine demokratische Diskussionskultur mit Arschlöchern aus dem Jahr 2016, direkt nach seiner Erfindung der Saft aus. Was soll es auch für schlaue Antworten generieren, wenn selbst das Öffentlich-Rechtliche Nazis integriert und demokratisch legitimiert hat? Was soll es für Argumente liefern, seitdem Häuser von Jüdinnen und Juden in Berlin wieder mit Davidsternen gekennzeichnet werden; seitdem der Nationalsozialismus (diesmal der gute!) mit einer Sahara Wagenknecht von links vorangetrieben wird; seitdem identitätspolitisch bewegte Queerfeministinnen isla-

mistische Judenschlächter supporten; seitdem auch die Grünen ihre Godesberger Beschlüsse verabschiedet haben und gemeinsam mit Sozialdemokraten ihre Abschiebebeilheit mit Israel-Solidarität maskieren; seitdem deutsche Linke ihren Antisemitismus mit vorgeblichem Antiimperialismus verklären; seitdem Freiheitskämpfe gegen Freiheit geführt werden; seitdem sich mit Pegida, Querdenken und anderen Friedensverdrehten Tausende refaschisierte Frustwürste zu einer Schwurbelboomer-APO zusammengerottet haben; seitdem »ganz normale Bürger« Antisemitismus anprangern, indem sie im selben Atemzug die antisemitische Verschwörungstheorie vom »Bevölkerungsaustausch« verbreiten. Ja, was?

Da raucht nicht nur dem Weihnachts-Chat-Bot die Festplatte. Dabei brauchte er eigentlich nur zwei automatisierte Antworten auszuspielen: »Stopfen Sie Onkel Endhart jetzt mit einem Knödel sein lautes Fascho-Maul« und »Abflug! Gehen Sie nicht über Los, und kehren Sie erst zurück, wenn er es dauerhaft hält«. Toleranz gegenüber Intoleranten ist der Steigbügel des Faschismus. Antifaschistische Militanz, ein kompromissloses Nein und kategorischer Ausschluss vom Gabentisch sein Kryptonit.





## »Es gibt keine hundertprozentigen Wahrheiten.«

**Annalena Baerbock (Die Grünen), Außenministerin**

### Schmuck

Eine Wahrheit, die zu 99,99 Prozent stimmt, ist immer noch keine, sondern bestenfalls eine Annäherung an die Wirklichkeit. Eine fünfzigprozentige beziehungsweise halbe Wahrheit wiederum ist ebenso haltlos wie eine ganze Lüge. Doch es gibt, anders als die Ministerin des Äußerlichen glaubt, durchaus »hundertprozentige Wahrheiten«. Ohne Prozentabzug wahr ist, was sich nicht widerlegen lässt – etwa, dass zwei mal zwei dasselbe ergibt wie eins plus drei, oder auch, dass Annalena Baerbock nicht immer weiß, wovon sie redet, und trotzdem immerzu schwatzt, als hätte sie die Weisheit mit der Kopfschale, Pardon, Schöpfkelle gefressen.

Eine Wahrheit, die nicht mal Aktionäre von Modekonzernen bestreiten, ist die unmenschliche Lage der Arbeiter in den Kleiderfabriken Bangladeschs. Seit Anfang November protestieren Zehntausende gegen den neuen Mindestlohn, den die Regierung in großer Harmonie mit dem Verband der BekleidungsHersteller ausgekungelt hat: 12.500 Taka pro Monat, umgerechnet 106 Euro. Um jedoch in Bangladesch menschenwürdig leben zu können, so die Gewerkschaften, wären wenigstens 23.000 Taka (196 Euro) erforderlich. Zum Vergleich: Die Visagistin, die vom Auswärtigen Amt angeheuert wurde, damit die Chefin einen guten Eindruck macht, kostet pro Tag fast doppelt soviel, und zu Recht, denn Schwerarbeit hat ihren Preis.

Nur nicht in Bangladesch: Die, selbstverständlich, sozialdemokratische Premierministerin Scheich Hasina Wajed beschied den verzweiferten Demonstranten, sie sollten sich mit dem neuen Mindestlohn abfinden und ihre Fron wieder aufnehmen. Nachdem bei den Protesten zwei Arbeiter und eine Arbeiterin getötet, sowie Hunderte weitere verletzt und verknastet wurden, pfeifen die Proletarier allerdings auf die Regierungsorder und gehen erst recht auf die Straße. Mitte November schlossen 150 Kleiderfabriken in Ashulia und Gazipur, angeblich aus Sorge

vor Ausschreitungen, doch eher, um die Lohnabhängigen auszuhungern.

Erheblichen Anteil am unerträglichen Leben der Näher und Weber in Bangladesch haben Modekonzerne wie C & A, Zalando und Primark, die massiv die Einkaufspreise drücken und die Mindestlohnforderung der Gewerkschaften nicht mal mit dem üblichen Gewäsch unterstützen. 3,2 von den mehr als 4 Millionen, die sich in Bangladeschs Mega-Sweatshops um Leib und Seele malochen, sind Frauen. Meinte Baerbock es ernst mit ihrer »feministischen Außenpolitik«, hier könnte sie vorführen, was das sein soll, aber sie zeigt nur, dass es nichts bedeutet.

Wollte nämlich Baerbock etwas gegen das Elend der Textilsklavinnen unternehmen, könnte sie zum Beispiel darauf drängen, dass in das geplante Lieferkettengesetz der EU ein Passus zur angemessenen Entlohnung aufgenommen wird. Aber die Ministerin scheint es wenig zu kümmern, wenn Frauen für schlimmstes Geschufte gerade einmal so viel Lohn erhalten, dass sie am nächsten Tag weiterschufteten können, zwölf Stunden lang, ohne Pause. Baerbock äußerte sich zuletzt vor einem Jahr zum Thema, und weil sie es bei der »Nacht der Deutschen Wirtschaft« tat, kamen hässliche Wörter wie »Ausbeutung« und »Lohndrückerei« ihr nicht über die makellos geschminkten Lippen. »Preislich«, predigte sie statt dessen, könne es kaum jemand »mit der Konkurrenz aus Bangladesch« aufnehmen. »Aber mit Investitionen in Bio-Kleidung und Nachhaltigkeit nach EU-Standards« könne auch eine Fabrik in Usbekistan »im EU-Markt punkten«. Dass ein »Bio-Siegel«, welches Klamotten, nicht aber Löhnen verliehen wird, etwa den gleichen Wert hat wie der Feminismus Annalena Baerbocks, ist übrigens ohne Einschränkung wahr.

### Perle

Feminismus mit grünem Anstrich ist nicht für arme Teufelinnen, sondern allein für höhere Töchter gedacht. »Taz«-Redakteurin Simone Schmollack konnte sich daher kaum einkriegen, als sie aus dem »Herbstbericht der schwedisch-deutschen All-Bright-Stiftung« erfuhr, »dass staatliche Vorgaben positive Effekte haben«. Zwar nicht bei der ungleichen Bezahlung von Männern und Frauen im gleichen Job – hier will der Staat nichts vorgeben –, aber im deutschen Management: »Jeder dritte Aufsichtsrat besteht inzwischen zu rund 40 Prozent aus Frauen.« Das sei, jubelt Schmollack, »ganz wunderbar«, und welche Frau da nicht mitfeiert, muss eine Miespetra oder sonst eine prekäre Neiderin der »Topfrauen« sein. Alle anderen aber freuen sich wie narrisch, endlich von einer Geschlechtsgenossin um den Mehrwert ihrer Arbeit gebracht und auch sonst wie Dreck behandelt zu werden. Zumal da Obermotzin und Chairwoman »im Gegensatz zu manchen

»Karrieremännern« ... längst begriffen (haben), dass der Tag nur 24 Stunden hat«. Wenn mehr Qualifikation, als die Uhr lesen zu können, nicht nötig ist, steht einer Anschlussverwendung der Außenministerin in irgendeinem Aufsichtsrat also nichts im Weg.

### Karfunkel

Baerbocks Kabinettskollege Boris Pistorius (SPD) hingegen sollte sich um seine Versetzung allmählich sorgen. Obwohl das Wahlvolk ihn von allen Buben der Scholz-Gang noch am wenigsten verabscheut, fehlt eventuell nicht mehr viel, bis von »Minister Perfect« (»Spiegel«) nurmehr im Präteritum gesprochen wird. Es war einmal, da wollte Pistorius die Bundeswehr zu einer Streitmacht formen, die der Iwan nicht in der Pfeife raucht (siehe **konkret 7/23**). Alles sollte besser, schneller, tödlicher werden, und die Sturheit des Militärapparats, an der noch jeder und jede gescheitert ist, die sich mit ihm anlegten, glaubte der »Anpacker« (Deutsche Welle) überwinden zu können wie der Lachs die Stromschnelle beziehungsweise die Sozialdemokratie den Pazifismus. Aber es sind so viele wie er in den vergangenen Jahren großmäulig erschienen und kleinlaut wieder verschwunden, dass die (hundertprozentig) wahren Warte des Benderblocks vor Pistorius' kernigen Aus- und Ansagen keineswegs erzitterten, sondern es sich bequem machten, um den Neuen auszusitzen wie all die anderen.

Ende September musste die Bundeswehr zugeben, dass neue digitale Funkgeräte für die Truppe nur in einem Teil des Fuhrparks verbaut werden können, weil die Batterieleistung nicht genügt oder zusätzliche Kühlung benötigt wird. 1,3 Milliarden Euro kostet der Schrott, und weitere Milliarden werden für den nächsten Versuch fällig werden. »Verteidigungsminister Boris Pistorius reagierte gereizt«, so die Website der »Tagesschau«, »er hatte eigentlich erfolgreich den Eindruck erweckt, die Beschaffung werde unter seiner Führung besser und schneller funktionieren.« Das war aber nichts als Angeberei; die Verhältnisse im Kriegsministerium erzwingen geradezu die Geldverschwendung.

Das stellt auch der Konfliktforscher Michael Brzoska in einer Studie für Greenpeace fest. Sämtliche Reformen der Bundeswehr seit Erfindung der »Zeitenwende« seien »weitgehend gescheitert«; 35 bis 45 Milliarden Euro des sogenannten Sondervermögens versickern laut Brzoska im ineffizienten Beschaffungswesen. Die Geldflut zwecks Totschießen habe, schreibt der Wissenschaftler, »zu einer noch stärkeren Interessenverflechtung der deutschen Rüstungsindustrie mit der Beschaffungsbürokratie, dem Bundestag und der Bundesregierung geführt«.

Dass die Bundeswehr auch in den kommenden Jahren eine Trümmertruppe blei-





»Meine Regierung wird weiterhin Maßnahmen ergreifen, um die Lebenshaltungskosten für Familien zu senken.« Charles Windsor verliest am 7. November vor dem britischen Parlament in vollem Ornat die »King's speech«. Edward Snowden kommentierte via X, hier walte »männlicher Drang, sich vom goldenen Sessel aus über die Lebenshaltungskosten zu beschweren, während man Omis Kuscheldecke aus Schneeopard und ihren Hut mit den eiergroßen Diamanten trägt«. In einem Punkt irrt Snowden: Das königliche Cape ist aus Hermelin.

ben wird, kann Antimilitaristen nur freuen. Pistorius jedoch steckt in einem Dilemma: Schiebt er die Schuld auf seine Vorgänger, wirkt er wie ein Jammer-, sonst wie ein Waschlapfen. Er hat sich fürs Greinen entschieden: »Das alles lässt sich, was in 30 Jahren verbockt worden ist ..., nicht in 19 Monaten wieder einholen.« Dabei hatte Pistorius kurz nach der Amtsergreifung im Januar behauptet: »Es wird schnell besser.« Nur gut wird's nicht, und das darf in diesem Fall gern so bleiben.

## Geschmeide

Ehe jedoch die Öffentlichkeit sich näher mit der Bauchlandung des »bodenständigen Überfliegers« (»Die Welt«) beschäftigen konnte, schnarrte Pistorius einen Satz ins ZDF-Mikrofon, der ihn vor der gewendeten Zeit sofort das Amt gekostet hätte: »Wir müs-

sen kriegstüchtig werden.« Das war selbst Markus Söder (CSU) zu dick aufgetragen: »Wir teilen ausdrücklich nicht die Zielrichtung der Bundesregierung, kriegstüchtig und kriegsbereit zu sein.« Allein Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) zollte dem Kriegsertüchtiger Respekt: »Die Vokabel ist ehrlich und trifft es auf den Punkt.« Aber von einem Präsidiumsmitglied des Rüstungslobbyverbands Förderkreis Deutsches Heer war Kritik an Pistorius' Kriegsgeschrei wahrlich nicht zu erwarten.

Schließlich laufen die Geschäfte wie geschmiert, beispielsweise für Rheinmetall: Wegen enormer Nachfrage zumal aus der Ukraine hat der Todesmaschinenkonzern die Preise für seine Artilleriegranaten kurzerhand auf fast das Doppelte angehoben. Damit die Mordwerkzeuge auch bezahlt werden können, plant die Bundesregierung, die Militärhilfe für die Ukraine im kommen-

den Jahr von vier auf acht Milliarden Euro zu erhöhen. Dies muss wohl sein, was Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) meinte, als er verkündete: »Die Schuldenbremse hat eine höhere Weisheit.« Und bestimmt kein Gewissen.

## Bijouterie

Das Geld, das Rheinmetall kassiert, fehlt wie immer denen, die eh nichts haben. Nicht zuletzt dank der turboliberalen Wohnungspolitik der Bundesregierung hat sich die Zahl der Menschen ohne Behausung drastisch erhöht: 2022 waren es nach einer Hochrechnung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe 447.000.

Und es dürften noch viel mehr werden: Die Quote der Haushalte, die mehr als ein Zehntel ihres Budgets für Energie ausgeben müssen, also der gängigen Definition zufolge unter »Energiearmut« leiden, ist auf 43 Prozent gestiegen. Statt der ominösen »Heizscham«, welche die »Zeit«-Redaktion ihrem wohlgenährten Publikum neuerdings einreden will, plagt fast jeden zweiten Bundesbürger eine sehr reale Kälteangst.

Und auch ein düsterer Lebensabend wird für immer mehr Deutsche zur Gewissheit. Wie das Bundesarbeitsministerium Anfang September auf eine Anfrage der Linksfraktion mitteilte, wird knapp die Hälfte der aktuell 22 Millionen Vollbeschäftigten eine gesetzliche Rente von weniger als 1.500 Euro im Monat beziehen.

Falls sie das Eintrittsalter noch erleben. ZDF-Moderator Harald Lesch, als Astrophysiker gewohnt, mit großen Zahlen zu operieren, plädierte angesichts des medizinischen Fortschritts für eine Rente mit 85: »Wer länger gesund bleibt, kann auch länger arbeiten und gesund die Rente genießen.« Und wer sich die kommenden Gentherapien und Bionikprothesen nicht zu leisten vermag, der soll halt arbeiten, bis er's bezahlen kann, oder beim Versuch sterben. Es ist übrigens wahr, dass Lesch sich für einen gläubigen Christen hält.

## Brillant

Derweil macht der Kanzler, was er am liebsten macht, also große Sprüche von blödem Sinn. Auf X gab Olaf Scholz (SPD) bekannt: »Die Kassandrarufo von der vermeintlichen Deindustrialisierung Deutschlands führen in die Irre.« Ähnliches behaupteten auch die Trojaner, als ihre Prinzessin Cassandra den nahen Untergang der Stadt prophezeite. Kurz darauf standen die Danaer in Troja, brannten alles nieder und versklavten die Überlebenden. Man kann daher nur hoffen, dass Scholz die Cassandra mit der Unke verwechselt hat. Weil: »Nachher ist sogar ein Narr klug«, und das war schon wahr, bevor Homer es sagte.

Kay Sokolowsky



# Zittere, Zion!

**In ihrer Haltung zum Judenpogrom vom 7. Oktober schwankt die Linke zwischen sanfter Rüge, »Kontextualisierung« und Zärtlichkeit der Völker. Über den Antisemitismus, der keiner sein will.  
Von Richard Schuberth**

**F**ür viele hier ist es ein Angriff auf ihr Ego, mit dieser Realität konfrontiert zu werden, dass festgestellt wird, dass sie keine klare Haltung haben. Denn bis heute konnten sie, wie einige von uns, teilnahmslos sein. Aber jetzt nicht mehr. Einen Standpunkt zu diesem Genozid einzunehmen, sollte für alle einfach sein. « Der Nahostkonflikt ist ein unerschöpfliches Ersatzteillager für Haltungen und Egos. Das hat die anarchistische Berliner Hausbesetzer-Kooperative Rigaer 94 in ihrem jüngsten Bulletin ganz richtig erkannt. Doch an ein Wunder grenzte es, würden Linksradikale tatsächlich einen Genozid der Hamas, also die Vernichtung von Juden zum Zwecke der Judenvernichtung, Genozid heißen. Wunder abgeblasen – sie meinten doch das israelische Bombardment Gazas damit.

Und meinten es vermutlich schon vor dem 7. Oktober so. Dabei hat es die Hamas dieser Tage auch nicht leicht. Tagein, tagaus muss sie sich von mit ihr Solidarischen maßregeln lassen, sich diesmal aber wirklich nicht wie Freiheitskämpfer, sondern beinahe schon wie Gotteskrieger benommen zu haben. Solch Liebesentzug wäre für die Freiheitskämpfer weniger traumatisierend, wenn sie wüssten, dass diese Verurteilungen ihres Schlachtfests nur ritualisierte Floskeln sind, um bei der Anklage des eigentlichen Erzbärbaren den Vorwurf der Parteilichkeit zu entkräften.

Stellen wir uns naiv. Und fangen wir mit den gemäßigteren Mahnern Israels an. Tun wir mal so, als hätte Jean Améry in seinen Texten zu linkem Antisemitismus 1969 nicht schon alles durchdekliniert, und nehmen wir an, es wäre, wie sie behaupten, nicht Antisemitismus. Und der Antisemitismusvorwurf gegen alle, die ihr Pech der späten Geburt, also nie Widerstand gegen das NS-Regime geleistet haben zu können, als Menschen-

rechtsberater Israels wettmachen, wäre wirklich eine bodenlose Unterstellung.

Warum, fragen wir uns, drehen sie den Lautstärkeregler ihrer Israel-Schelte just in dem Moment auf Anschlag hoch, da in den Kibbuzim Südwestisraels das Knattern der Schnellfeuerwaffen und die Allahu-akbar-Rufe noch nicht verhallt waren? Wieso öffneten sie dem genozidalen Islamistenterror sofort die Tore in die palästinensische Widerstandserzählung, indem sie ihn als dritte Intifada ausriefen? Wieso stellten sie das schlimmste Judenpogrom des Jahrhunderts als Sturm im Match zweier Mannschaften hin, dessen Spielern man wegen Foulplay zwar die Gelbe Karte zeigte, aber die Rote schon im Ärmel hatte fürs Revanchespiel der Gefaulten?

Die schwierige Frage, wo linke Kritik an israelischer Politik in linken Antisemitismus hinübergleitet, hat am 7. Oktober einen weiteren Teststreifen erhalten. In den sozialen Medien unterzogen sich Millionen unwissentlich diesem Test. Schon am Abend zeichnete sich das Ergebnis ab. Das Abschlagen von 1.400 Zivilisten und Zivilistinnen, ihre Folterungen, Vergewaltigungen, Verstümmelungen, das Köpfen von Menschen aller Alter, das Töten von Juden, Arabern, Touristen, Arbeitsmigranten aus Asien, sowie die Entführung Lebender und Schändung Toter zeigten spontanes Entsetzen und Trauer. Entsetzen und Trauer über die realen Opfer bei den *einen*, antizipatives Entsetzen und Trauer über die Opfer der israelischen Vergeltungsmaßnahmen bei den *anderen*. Wer den Antisemitismus unserer Zeit, *jenen, der keiner sein will*, versteht, und dazu gehört wohl jeder Bürger Israels, in dessen Trauer und Entsetzen mischte sich die melancholische Gewissheit, dass – in Abwandlung eines grauenhaft wahren Aphorismus – die Welt Israel und den Juden auch dieses Massaker nie verzeihen wird. Und wieder werden die Juden

aus einem Mord an ihnen nicht gelernt haben, und ihn, als wäre er bestellt, dazu benutzen, aus der Rolle des schlimmsten Täters der Geschichte (kein Land wurde von der Uno öfter verurteilt) in ihre Opferrolle zurückzuschleichen. Und so wird der islamistisch etwas fehlgeleitete David einen missglückten Präventiv-Genozid versucht haben, mit dem er den Rache-Genozid durch den hochgerüsteten zionistischen Goliath nicht abwenden konnte. Einer beliebten israelkritischen Mär zufolge sei die Abriegelung des Gazastreifens nämlich keine Maßnahme gegen den Hamas-Terror gewesen, sondern dieser die Folge der Abriegelung, die Qassam-Raketen auf Israel seien also die zu Stahl geronnenen Tränen des palästinensischen Volkes.

Bleiben wir naiv. Drei Aspekte machten die Fulltime-Kritiker israelischer Palästinenserpolitik, deren Argumenten man sich bei notwendiger Distanz zu BDS und unreflektierten Apartheidvorwürfen nie verschließen sollte, dann doch verdächtig. Warum sind sie so auf diesen Zwergstaat am Mittelmeer eingeschossen, an dessen Verfehlungen sich alle »moralischen Kompass« dieser Welt auszurichten scheinen? Warum werten sie die Hamas, den bösesten Feind, den die Palästinenser je hatten und gegen den sich die Fatah geradezu als palästinensische Interessenvertretung ausnimmt, zu deren legitimem Vertreter auf? Und wieso konnten sie die Beerdigung der jüdischen Opfer nicht abwarten, sondern mussten am Tag der Tat die letzten der in den Kibbuzim Verblutenden um ihre Schuld an den Lebensverhältnissen der Leute im Westjordanland wissen lassen? Ein paar kursorische Kostproben aus dem Pandämonium linken Israelhasses.

Der antisemitische Pöbel frohlockte erwartungsgemäß über diesen Achtungserfolg antikolonialen Widerstands. Der intellektuelle Überbau indes wusste sich weitgehend



an die Umgangsformen zu halten und seine Philippika mit einer Verurteilung weniger der Hamas, als ihrer Methoden zu starten. Das Grauen beginnt schon bei der Verurteilung, denn sie impliziert die mögliche Billigung.

Lediglich Yanis Varoufakis, der Mann, der 2015 den europäischen Kapitalismus mit knallhartem Keynesianismus retten wollte, wusste seinen Popularitätsverlust mit nicht minder radikaler Härte in der Judenfrage zu konterkarieren. »Nein«, polterte er den Standpunkt seiner Partei Diem25 in die Welt, »wir werden die Hamas nicht verurteilen, auch wenn wir das, was sie getan haben, für grausam halten.« Immerhin. Leider war nicht zu eruieren, mit welcher Mehrheit der Parteibeschluss zustande kam, die jüngsten Gotteskriegerstreiche für »grausam« zu halten. Schlauer setzte sich Varoufakis' Parteikollege Slavoj Žižek in Szene. Der befand in

Moosart), dessen sich seine Vorredner befleißigten, und inszenierte den üblichen israelkritischen Katechismus als Provokation einer vermeintlich proisraelischen Hegemonie. Nicht dass alles falsch gewesen wäre, was er sagte, die Ungeheuerlichkeit seines Rants war dessen Zeitpunkt, nämlich als die Ermordeten noch nicht unter der Erde lagen. So war das »Analyseverbot«, das er witterte, bloß die Totenruhe – die er, unbequem wie immer, störte. Man stelle sich seinen Unflat vor der israelischen Trauergemeinde vor. Um Einäugigkeit vorzuschützen, eignete sich Žižek sogar Mosche Dajans Augenklappe an und erinnerte an dessen eindrucksvolle Rede beim Begräbnis eines von Arabern ermordeten israelischen Jugendlichen aus dem Jahr 1956, in welcher der General die Trauernden zum Verständnis für die Motive der verzweifelten Palästinenser aufrief. Der Zynismus dieses Vergleichs mit dem islamistischen Blut-

seiner traditionslinken Klientel im Titel seines »Lehr-Videos« auf Youtube die Fangfrage »Angriff auf Israel – antikolonialer Befreiungskampf oder Massenmord?« und überraschte mit der Einsicht, dass die Hamas eben nicht Che Guevara beerbe und beim Judenschlachten keinerlei klassenkämpferische Perspektive zu erkennen sei. Dass diese Desillusionierung nach über zwanzig Jahren Hamas-Terror so erkenntnisfrisch aus dem Hut gezaubert wird, lässt düstere Rückschlüsse auf den Geisteszustand der Szene zu, die Lehr belehrt. Dass auch er in dieser kognitiven Wüste zu wohnen scheint, bekundeten seine Ratschläge an die Palästinenser, ihr freies Palästina besser durch Babysitten als Babyköpfen anzustreben: »Um Verständnis, um irgendwelche Sympathien in der israelischen Bevölkerung gewinnen zu können, muss man strikt klarstellen, dass man einen fundamentalen Unterschied macht zwischen einem israelischen Soldaten, der bewaffnet in palästinensisches Territorium eindringt, und einem israelischen Zivilisten, der zu Hause in seinem Garten grillt oder einen Spaziergang macht.« Diese Worte wurden gesagt! Das Netz ist mein Zeuge.

Ganz schön viel verlangt, scheitert die Hamas doch bereits daran, Sympathien in der eigenen Bevölkerung zu gewinnen, denn einen nicht geringeren Triumph als getötete Juden bedeuten ihr getötete Palästinenser, auf spiritueller wie propagandistischer Ebene. 2014 verkündete ihr Sprecher Sami al-Zuhri: »Die Hamas verachtet jene defätistischen Palästinenser, welche die hohe Zahl ziviler Opfer kritisieren. Ihr Widerstand ehrt unsere Leute. Wir führen sie in den Tod ...«

Doch kaum hat sich der aktuelle Marxismus dazu durchgerungen, dass die Hamas doch keinen antikolonialen Befreiungskampf treibe, ruft ihn der Queerfeminismus zur Ordnung. Allseits wird behauptet, Judith Butler habe ihre berühmte Aussage aus dem Jahr 2006, Hamas und Hisbollah seien soziale und progressive Bewegungen und Teil der globalen Linken, längst revidiert und wenigstens zur Besonnenheit der Äquidistanz gefunden (welche darin bestand, der Trauergemeinde sechs Tage nach dem Massaker über die »London Review of Books« auszurichten, dass sie sich bloß nicht einzubilden brauche, ihre Toten hätten mehr Anrecht auf »grievability« als alle palästinensischen Opfer der letzten 75 Jahre). In ihrem Videoaufruf vom 29. Oktober zum sofortigen Waffenstillstand passierte es ihr wieder: Eine »Karikatur« nannte Butler die Unsitte, die »bewaffneten Widerstandskämpfer« der Hamas »Terroristen« zu nennen.

In einem Brief an den britischen Hochkommissar Herbert Samuel aus dem Jahr 1923 schrieben die Scheichs des Bet She'an-Tals: »Wir haben der American Jewish Agency etwas von unserem Land verkauft, und mithil-



Ignoranz, Antisemitismus oder beides? Demonstration in Paris am 11. November 2023

seiner konfusen Ansprache bei der Buchmesse in Frankfurt die Pogrome nicht nur für grausam, sondern rief sogar zur Vernichtung der Hamas auf. Ganz seinem Image als charmant-balkanischer Rüpel treu, sprengte er den erbärmlichen Pastorenkonsens von deutscher Verantwortung für jüdisches Leben (als handele es sich dabei um eine seltene

rausch wurde von Žižek nur getoppt durch seine Würdigung von Reinhard Heydrichs zynischem Bekenntnis zum Zionismus. Das ist weder Hegel'sche noch Marx'sche Dialektik noch eine Lacan'sche Denkvolute, sondern schlichtweg Žižek'scher Humor.

Zwei Tage nach dem Massaker stellte der »ex-trotzkistische« Influencer Fabian Lehr



fe des Geldes werden wir die großen Parzellen unseres restlichen Landes kultivieren und weiterentwickeln. Wir sind sehr zufrieden mit diesen Juden, und der Überzeugung, dass wir in Zusammenarbeit die Region verbessern und unsere gemeinsamen Interessen verfolgen werden.«

Aus Sicht der antiimperialistischen Linien seit 1967 wären diese unwissenden Araber Handlanger des britisch-zionistisch-kapitalistischen Kolonialismus. Aus Sicht der jüngsten Evolutionsstufe linker Verirrung, des Postkolonialismus, aber machten sie sich eines noch größeren Verbrechens schuldig: Sie hatten ihre autochthonen Episteme an einen westlichen Herrschaftsdiskurs, will heißen, den Hakenpflug an den Traktor vertragen. Schon in der impliziten Würdigung des Know-how dieser Juden drückt sich die Kolonialisierung ihres Bewusstseins aus, welche sie Juden und Briten als entwickelter und damit höherwertig empfinden lasse. Die Dekolonisatoren von damals, die Schergen des Jerusalemer Großmuftis und SS-Mitglieds al-Husseini, haben dieser diskursiven Gehirnwäsche dann auch bald Einhalt geboten, indem sie einigen der verräterischen Scheichs Kugeln in den Kopf jagten.

Das Diskursspektrum des Postkolonialismus ist freilich heterogener und mitunter

interessanter, als seine aktivistischen Anhänger glauben machen. In Bezug auf Israel hatten sich einige ihrer Ideengeber allerdings klar positioniert. Die indisch-amerikanische Literaturwissenschaftlerin Gayatri Spivak etwa pries palästinensische Selbstmordattentäter, und Judith Butlers Haltung gilt trotz ihrer enigmatischen Ausdrucksweise als einigermaßen dechiffriert. Den paradigmatischen Kreuzzug gegen Israel angeführt haben aber die Theoretiker des sogenannten *Dekolonialismus*, größtenteils von jenem Kontinent aus, der am meisten unter der Besatzung der Westbank leidet: Lateinamerika. Für die einen ist der Dekolonialismus die Radikalisierung des Postkolonialismus, für die anderen seine Parodie. Der Kampf für die Rechte unterdrückter Indigener kam bislang ganz gut ohne ihn aus. Doch geht es ihm weniger um rechtliche als um »diskursive« Gleichstellung. Und da nach 200 Jahren Unabhängigkeit der Dekolonisationsarbeit nicht viel übrig bleibt außer mehr Ponchos an den Unis und indianische Rezepte in den Mensen, haben sich die Descolonizadores – wie so viele andere – das ferne Morgenland zur epistemischen Säuberung auserkoren. Der argentinische Literaturwissenschaftler Walter Mignolo wurde bei seiner Suche nach außereuropäischen dekolon

nialen Wissensformen bei Ayatollah Khomeini und dem antisemitischen Irren Sayyid Q'utb fündig (der Hitler als Boten Allahs verstand). Mignolos Feindbild ist weniger der Jude per se als der jüdische Säkularismus als Agent des westlich imperialen Kolonisierungsprojekts. Wie sich die Juden Israels von rassisch Verfolgten zu weißen Kolonisatoren aufnorden konnten, darüber machte sich der puertorikanische Soziologe Ramón Grosfoguel Gedanken. Der Nationalsozialismus sei ihm zufolge nach dem Zweiten Weltkrieg im US-Imperialismus reinkarniert, und Israel habe sich als dessen Filiale im Nahen Osten quasi weißgewaschen. Warfen die Antiimperialisten die Opfer Hitlers noch – mehr oder minder metaphorisch – dessen Methoden vor, so sind sie bei Grosfoguel der eigentliche Hitler: »Hitlerism as a continuation of colonial racist ideology came back to hunt Palestinians this time at the hands of European Jews who ironically were escaping from the Nazi Holocaust.« (»Der Hitlerismus als Fortsetzung der kolonialen rassistischen Ideologie kam zurück, um die Palästinenser zu jagen, diesmal durch die Hände der europäischen Juden, die ironischerweise vor dem Nazi-Holocaust flohen.«) Die Ironie des dekolonialen Humors beginnt also nicht wie bei den Antiimperialisten bei der »Palästinenserjagd«

► Antifa-Ost Ausgabe

# Antifa Kalender 2024

Der Hauptfeind steht  
nicht im eigenen Land ...



## Lesen, was andere nicht wissen wollen

Suchen Sie Lektüre, die Ihre Vorurteile stört und Sie zum Denken neuer Gedanken provoziert, machen wir Ihnen ein Angebot, das Sie nicht ablehnen können: Ein **Schüler-/Schülerinnen- bzw. Studierenden-Abo für 42 Euro.**

**konkret-magazin.de**



durch Auschwitz-Überlebende, sondern schon beim Überleben von Auschwitz selbst, oder handelt es sich bei der eigenwilligen Setzung des Adverbs »ironically« nur um dekolonialen Widerstand gegen Sprachlogik als weißes Herrschaftswissen?

Auch der beliebte Vergleich von Gaza mit dem Warschauer Ghetto trägt Grosfoguels Handschrift. Man kann es *German Guilt* nicht genug danken, dass so einer in Deutschland im Knast saße und nicht auf dem Lehrstuhl irgendeiner Uni.

Das also ist der geistige Nährboden, auf dem die neue Palästinasolidarität gärt. Die Ehrung der »300-Hamas-Märtyrer«, welche die österreichische Feministin Nicole Schönberger am Tag nach dem Pogrom auf Instagram vornahm, und die vielen Dekolonisierungs-Memes mit siegreichen Paraglidiern werden als extreme Einzelfälle abgekanzelt, und ständig darauf herumzureiten als böswillige Strategie zur Diffamierung der Linken. Doch hinter dem Slogan »Free Palestine« verbirgt sich eben nicht die Forderung nach einer Zweistaatenlösung und auch nicht der Traum des Träumers Omri Boehm von föderativer Einstaatlichkeit. Es ist die Tiktak-Abkürzung des instagramkompatiblen Epos: »From the River to the Sea – Palestine will be free« – kurzum die Delegitimierung des Staates Israel, an dessen Ausnahmezustand als Safe Space für Juden die postkoloniale Theorie sägt, indem sie die Shoah als einen von vielen Genoziden entzaubert, dessen unzweifelhaft schlimmster – warum sonst die internationale Erregung? – an den Palästinensern verübt wird und basta.

Dass die Juden einmal als die eigentlichen Nazis herhalten müssten, galt bislang als Überspitzung aus den Polemiklaboratorien Wolfgang Pohrt und Eike Geisels. Wie provinziell nehmen im Rückblick sich all die antideutschen Versuche aus, die Täter-Opfer-Umkehr als das Privileg ewig deutschen Ungeistes zu verstetigen, in Anbetracht der zweischernden Unbedarftigkeit, mit der sie zur hegemonialen Auffassung des US-amerikanischen Campusaktivismus zu werden droht. Einer Umfrage des Harvard Harris Polls zufolge befürworteten 49 Prozent der 18- bis 24-jährigen US-Bürger, dass die Massaker der Hamas durch das Leid der Palästinenser gerechtfertigt seien. Die geringe Zahl des Samples (199), die Suggestivität der Frage und geringere Zustimmung bei anderen Erhebungen relativieren dieses erschreckende Ergebnis etwas. Noch bleibt zu hoffen, dass die modische Hamas-Solidarität an manchen US-Unis und in woken Aktivistenkreisen keiner tief ins kollektive Unbewusste eingestanzten Disposition zum Judenhass geschuldet ist, sondern schlicht jugendlicher Doofheit und horrender Unbildung, also prinzipiell korrigierbar wäre. Wo Nazismus nur irgendeine weiße Supremacy-Scheiße auf

irgendeinem anderen Kontinent aus irgendeinem früheren Jahrhundert ist, und wo *Nazi* zur allgemeinen Chiffre weißer Unterdrückung wurde und wo die *Palestineans* gerade *the hippest PoC of the season* sind, müssen ihre »kolonialen Unterdrücker« folglich die *Nazis of the season* sein. Die geistige Dekontamination dieser sich als Linke missverstehenden Generation kann nur durch die Zerstörung ihrer postkolonialen Denkschablonen geschehen, und das wird der schwierige Teil der Übung, denn die haben ihre adoleszenten Tiktak-Identitäten geprägt.

Die Verfangenheit der Postkolonialen und all ihrer identitätspolitischen Trabanten im Diskursiven und Symbolischen, im Textualen und Normativen ist ein schadensbegrenzender Segen für die Welt. Da deren akademische Influencer aufgrund ihrer sozialen Herkunft sich eines gesicherten Seins glücklich schätzen können, ist es für sie das Bewusstsein, welches das Bewusstsein be-

## 49 Prozent der 18- bis 24-jährigen US-Bürger befürworten, dass die Massaker der Hamas durch das Leid der Palästinenser gerechtfertigt seien

stimmt. Und so verbreitet sich ihre Hirnjauhe einstweilen nur über ihre mittelständischen Studenten und noch nicht bei all den *Verdammten der Erde*, die sie per Pigmentierung zu repräsentieren vorgeben. Sowohl dem Beiträger Taxifahrer als auch der bengalischen Sweatshop-Arbeiterin gehen Saïd und Spivak am Popo vorbei, und ihre Abwertung durch weißes Herrschaftswissen ist ihrer Sorgen größte nicht, ebenso wie noch nicht jedes zweite Fußballstadion in Afrika nach Achille Mbembe benannt sein soll.

Seit 1948 dient der Staat der Juden der islamischen Welt, seit 1967 der Neuen Linken als projektiver Blitzableiter all ihrer Aspirationen. Ob sie es wollen oder nicht: Sie waren es, die die Fackel des Antisemitismus in Ehren hielten, denn Tradition ist bekanntlich nicht die Anbetung der Asche, sondern die Weitergabe des Feuers. Dessen Funken könnten bald auf den Rest der verarmten Welt überspringen, wenn sie es nicht schon sind.

Seitdem die Trennung von Ideologie und Wahrheit von der Postmoderne annulliert

wurde, ist die Puppe, in die magisches Denken einst die Nadeln trieb, mit dem zu Tötenden identisch. Im kollektiven Wahn figuriert Israel einfach nicht nur als Sinnbild für mal diesen, mal jenen Missstand, sondern als universeller Missstand selbst, in dem sich wie ein Fluch alle vergangenen Antisemitismen bündeln. Israel, der Weltabelbruch der Zirkulationssphäre, der White Supremacy, des Patriarchats; Israel, das staatgewordene Narzisstenarschloch, das mich sitzen ließ, die Eltern, die mich nicht liebten, die dreckige TERF, mit deren Notschlachtung sich der queerfeministische Butch Aufnahme in die glutäugige Islamistengang erhofft, und nicht zuletzt Israel als unerträgliches Memento des eigenen Antisemitismus, des verhohlenen Wissens um die Mülleimerfunktion dieses Staats, weshalb er erst recht wie das dreckige Geheimnis unserer Pathologien im Mittelmeer versenkt werden muss. Gelänge das nicht, wäre die Menschheit verloren. Vor allem die Schwarzen in den USA, denn wie wusste Patrisse Cullors, Mitgründerin von Black Lives Matter, bereits in the year of the Lord 2015: »Und wenn wir nicht kühn und mutig vorgehen, um das imperialistische Projekt namens Israel zu beenden, sind wir verloren.«

Wie weit in die Stratosphäre muss man sich erheben, um zu erkennen, dass die Unverhältnismäßigkeit, mit der ein fliegenschissgroßes Areal der Erdoberfläche die Welt in Aufregung versetzt, nicht nicht Antisemitismus ist?

Noch was. Bei Erscheinen dieses Hefts wird die Zahl getöteter Zivilisten in Gaza die Zehntausend überschritten haben. Selbst, wenn es den IDF gelungen wäre, die Hamas, Netanjahus nützliche Terroristen, zu vernichten, wird so viel unschuldiges Blut geflossen sein, dass auf ihm all die Argumente, mit denen sich israelsolidarische Menschen ihr gutes Gewissen zu machen pflegen, ins Schlittern geraten: die Verwendung der Zivilbevölkerung als lebende Schutzschilde, also ihre Tötung als Kollateralschaden ihrer Befreiung – oder andersrum: das Argument ihrer gerechten Bestrafung wegen ihrer verhohlenen Unterstützung der Hamas, also die Affirmation der Genozidfantasien des ultrarechten Flügels von Netanjahus Koalitionsbündnis. So wichtig es ist, den Antisemitismus der Israelkritik und allerlei Palästinenersolidarität freizulegen, so notwendig ist es, zu erkennen, wann der Vorwurf linken Antisemitismus der Abwehr notwendiger Kritik an der israelischen Siedlungs- und Besatzungspolitik dient. Bis linkes Denken zu solch einer feinen Differenzierungsbereifung ist, könnte der Konflikt längst friedlich gelöst sein. ●

**Richard Schuberth schrieb in konkret 11/23 über die ethische Verhöhnung mancher Israel-Unterstützer**



**D**ie Nachfrage nach frei verkäuflichen und verschreibungspflichtigen Beruhigungsmitteln und Psychopharmaka sei in Israel im ersten Monat des Krieges, der mit den genozidalen Massakern der Hamas am 7. Oktober 2023 begann, um durchschnittlich 20 bis 30 Prozent gestiegen, meldete die israelische Tageszeitung »Times of Israel« in ihrer Ausgabe vom 7. November. Gilad Bodenheimer, Direktor im israelischen Gesundheitsministerium, betont am Ende der ebenso kurzen wie nüchternen Nachricht, dass bei der Behandlung von Leidenden und Schmerzgeplagten alle nichtmedikamenten-

gegenkommenden Damen, Herren und Teenagern zu erwarten ist, die sich mit Al-Aksa-Schal oder Palästina-Kettchen ausstaffiert haben, oder wie am besten auf Morddrohungen in Social-Media-Kanälen reagiert werden sollte.

Angehörige der zur Zeit mindestens 239 im Gazastreifen gefangengehaltenen Entführten, über deren Zustand die Hamas die Öffentlichkeit im Ungewissen lässt, werden den Ausdruck »mental health crisis« zur Beschreibung ihrer Lage wahrscheinlich als komplett unbrauchbar zurückweisen. Unmittelbar nach dem Überfall und Massaker im Kibbuz Be’eri waren beispielsweise die Ange-

# Der Tag, der nicht vergeht

**Die Bilder der am 7. Oktober von der Hamas begangenen Massaker dokumentieren eine unerträgliche Grausamkeit. Wie kann eine Annäherung und ein Gedenken an die Ereignisse gelingen? Von Jens Hoffmann**

tösen therapeutischen Maßnahmen ausgeschöpft werden sollten, bevor zur Verschreibung von Beruhigungsmitteln übergegangen werde. Es handele sich bei der gegenwärtigen Situation, so Bodenheimer, um eine »mental health crisis, rather than a psychiatric one« (»... eher eine Krise der geistigen Gesundheit als eine psychiatrische«).

Eine ähnliche Steigerung des Bedürfnisses nach Beruhigung oder Schmerzlinderung ist bei jüdischen Frauen und Männern außerhalb Israels anzunehmen, die sich spätestens seit dem 7. Oktober immer wieder fragen, ob es richtig ist, die eigenen Kinder im jüdischen Kindergarten zu lassen, in welcher Sprache in der Öffentlichkeit telefoniert werden sollte, was von den auf der Straße ent-

hörigen von Emily Kornberg Hand über die Ermordung ihrer Tochter informiert worden. Einige Wochen später erhielten sie die Nachricht, dass die Achtjährige mit israelischer und irischer Staatsbürgerschaft zu den nach Gaza Entführten gezählt werden muss, die die Hamas seither auch vor internationalen Hilfsorganisationen versteckt hält.

Wer am Morgen des 7. Oktober, einem Feiertag in Israel, israelische Online-Medien verfolgte, konnte sogar mit rudimentären Englischkenntnissen schnell begreifen – auch wenn es nicht immer möglich war, die berichteten Ereignisse anzunehmen –, dass in der Umgebung des Gazastreifens etwas geschah, das sich fundamental von den selten erfreulichen Nachrichten der zurückliegen-

den Monate und Jahre aus dieser Region unterschied und das nicht hätte geschehen dürfen. Schwerbewaffnete, zum Teil uniformierte palästinensische Männer hatten, begleitet von Raketenfeuer, den zuvor an mehreren Stellen durchbrochenen Grenzzaun zum Gazastreifen passiert und zielstrebig, offensichtlich gemäß eines lange bedachten Planes, israelische Ortschaften, Militärbasen und Kibbuzim mit Waffengewalt gestürmt. Immer häufiger wurden in diesen Morgenstunden Hilferufe von Menschen dokumentiert, die von schwersten Gewalttaten, Feuer und der vollständigen Zerstörung ihres Lebens durch die eingedrungenen Terroristen berichteten. Angehörige von Militärbasen, Polizeistationen, Stadt- und Gemeindeverwaltungen wurden in den Online-Zeitungen – die wie die »Jerusalem Post« wegen Hackerangriffen nicht immer zugänglich waren – mit Rufen nach Hilfe und Verstärkung durch israelische Polizei- und Armeeeinheiten zitiert. Mir fiel nichts Besseres ein, als das zu tun, was Tausende andere auch taten. Ich kontaktierte Freunde und Bekannte in Israel und erkundigte mich, ob jemand zu Schaden gekommen sei. Einige hundert Meter von meiner Berliner Wohnung entfernt feierten die ersten Sympathisanten das Morden der Hamas mit arabischen Süßigkeiten, die Online-Ausgabe der »Jungen Welt« vom 7. Oktober machte – nicht weniger ekelerregend – mit dem Titel »Gaza schlägt zurück« auf. Ein Freund aus Tel Aviv, der inzwischen mit zwei kleinen Kindern in Frankfurt am Main gestrandet ist, schickte das Foto eines Raketeneinschlags im Nachbarhaus. Eine Freundin, die einen Tag vor dem Überfall der Hamas aus Israel zurückgekehrt war, berichtete von privat organisierten Schlafplatzangeboten und psychologischer Beratung für Israelis in Berlin, die nicht nach Hause zurückkehren konnten.

Im Unterschied zu den Einsatzgruppen des Zweiten Weltkriegs, mit denen die Kilerkommandos der Hamas verglichen worden sind, haben letztere keinen Wert auf die Geheimhaltung oder Tarnung ihrer Verbrechen gelegt. Die möglichst unbegrenzte und unmittelbare mediale Verbreitung von Bildern der eigenen Gewaltausübung und von Bildern der Qual und des Schreckens in den Gesichtern und auf den Körpern ihrer Opfer – von Kleinkindern bis zu Männern und Frauen hohen Alters – war von den hoffentlich bald zur Verantwortung gezogenen Organisatoren der Massaker sorgfältig geplant worden. Bereits wenige Stunden nach Beginn des Überfalls erforderte es Konzentration und eine der rasanten Dynamik der Ereignisse widersprechende seltsame Ruhe, um an den mit Körperkameras und Mobiltelefonen hergestellten, online kursierenden Schreckensbildern und -sequenzen vorbeizunavigieren. Die Mörder der Hamas sind für diesen Überfall nach dem Vorbild der Mörder des Islami-

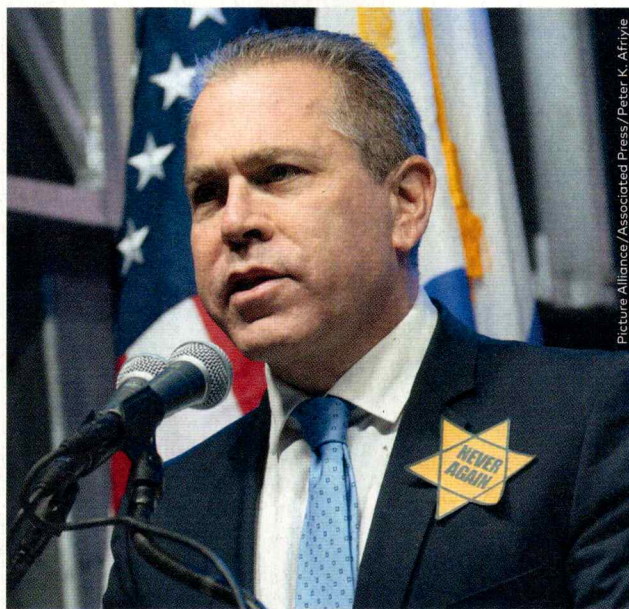


schen Staates trainiert und ausgebildet worden. Die mit Kalkül hergestellten und verbreiteten Bilder haben Schaden angerichtet und Leid zugefügt. Sie tun es noch. Möglicherweise haben sie die Anhänger und Sympathisanten der Hamas in Gaza und anderswo in ihrem Hass auf alles, was sie für jüdisch und zionistisch halten, bestärkt. Entscheidend ist jedoch, dass es nicht gelungen ist, die schockierte und erschütterte israelische Bevölkerung – was sind das für ein Staat, was für eine Regierung oder Armee, die zulassen, dass 1.200 Menschen an einem Tag in ihren Häusern, bei ihrer Arbeit ermordet werden? – dauerhaft zu lähmen.

Zu den Beweismitteln, die gegenwärtig in Israel für eine juristische Aufarbeitung der Massaker vom 7. Oktober gesammelt werden, gehört neben Zeugenaussagen von Überlebenden, zivilen und militärischen Ersthelfern sowie überwältigten Terroristen auch ein etwa 45-minütiger Film, den das Büro der Pressesprecher der IDF aus mitgeschnittenen Telefongesprächen, Aufnahmen von Überwachungskameras, Körperkameras von Hamas-Terroristen, Dashcams von Opfern, Social-Media-Accounts von Hamas-Angehörigen und Opfern sowie Handyvideos von Terroristen, Opfern und Ersthelfern zusammengestellt hat. Der Film ist bislang ausschließlich in nicht-öffentlichen Vorführungen vor in Israel akkreditierten Journalisten, Botschaftsangehörigen sowie UN-Diplomatinnen und Diplomaten gezeigt worden und nach längeren Beratungen am 1. November auch den Abgeordneten des israelischen Parlaments. Die vom Büro des Premierministers zur Zeit gewünschte öffentliche Aufführung des Films ist in Israel nicht unumstritten. Neben Überlebenden der Massaker und Angehörigen von Entführten, die keine schreckenerregenden Bilder ihrer Geliebten weltweit veröffentlicht sehen wollen, hat sich auch die aus Psychologinnen, Psychiatern und Sozialarbeitern bestehende israelische Organisation No Mental Health Without Democracy gegen die Pläne einer öffentlichen Aufführung gewandt, wie die »Times of Israel« in ihrer Ausgabe vom 7. November berichtet. Angehörige der Gruppe halten einen länger währenden politischen Effekt des Films für unwahrscheinlich und befürchten statt dessen Re- und Neu-Traumatisierungen. »Für die Angehörigen der Knesset standen Psychologen bereit, die ihnen unmittelbar nach der Vorführung halfen. Gewöhnliche Israelis müssen, sogar in Zeiten wie diesen, lange warten, um überhaupt einen Termin bei einem Therapeuten zu bekommen«, wird die Psychologin Yarden Mendelson von No

Mental Health Without Democracy im Artikel zitiert. »Ich denke nicht, dass es wert ist, die Seelen und Leben so vieler Menschen aufs Spiel zu setzen«, ergänzt Mendelson, »schon gar nicht in Israel.« Die Befürworter einer öffentlichen Vorführung hingegen sehen die Gefahr, dass angesichts der inzwischen medial dominierenden Bilder von militärischer Zerstörung und leidenden Zivilisten in Gaza die Ursache des Krieges, die Massaker der Hamas, in Vergessenheit gerät.

Die laufend aktualisierte Internetseite Mapping the Massacres (oct7map.com) ermöglicht eine andere Form der Annäherung und ein Gedenken an die Ereignisse des 7. Oktober. Beim Öffnen wird eine schlichte, in Grautönen gehaltene Landkarte mit dem Gazastreifen und den angrenzenden israelischen Gebieten sichtbar. In schwarzen, mit



**Trotzdem falsch: Israels UN-Botschafter spricht bei einer Mahnwache anlässlich der Anschläge der Hamas, New York, 6. November 2023**

weißen Buchstaben beschrifteten Rechtecken sind die Tatorte der Hamas-Massaker markiert – Kfar Aza, Nahal Oz, Be’eri, Ofakim, Nir Oz, das Re’im Musikfestival und andere. Wer in die Karte hineinzoomt, kann schwarze und rote Farbcluster erkennen, die sich beim Näherzoomen in einzelne Punkte verwandeln. Ein roter Punkt für einen ermordeten oder während eines Einsatzes getöteten Menschen, ein schwarzer für einen entführten Menschen oder den Überlebenden einer Entführung, ein grauer für einen vermissten Menschen. Wird einer der Tatorte angeklickt, erscheint ein Text mit Informationen zum Ablauf des jeweiligen Massakers, ein Quellenlink und eine Liste mit den Namen der Opfer. Je weiter der jeweilige Kartenausschnitt vergrößert wird, desto mehr meistens mit Namen versehene Punkte werden sichtbar. Tal Shalev, Yair Horn, Roey Munder. Zweimal schwarz, einmal rot. Wenn

einer der Punkte berührt wird, öffnet sich wieder ein Menü. Ein roter Punkt am Stadtrand von Sderot – »Unknown. Murdered. Location: unknown. Unidentified, yet not forgotten. This person’s name and story are still awaiting discovery, and their story remains to be told.« (»Unbekannt. Ermordet. Ort: unbekannt. Nicht identifiziert, aber nicht vergessen. Der Name und die Geschichte dieser Person warten noch darauf, entdeckt zu werden, und ihre Geschichte muss noch erzählt werden.«) Beim Eintrag zum Massaker beim Re’im Musikfestival erscheint der Link zu einer Sammlung von Berichten Überlebender. Die Identifizierung der Ermordeten auf dem Festivalgelände war für die Ersthelfer der IDF auch deshalb so schwierig, weil die Mörder etwa 120 Tote übereinanderstapelten und anzündeten. Häufig wird beim Berühren eines Namens auch ein Foto sichtbar. Denil Kimenfeld, ein weißhaariger, braungebrannter, lachender Mann. »Murdered. Age: 65. Went fishing at Zikim Beach.« (»Ermordet. Alter: 65. Ging am Strand von Zikim angeln.«) Oder, ein roter Punkt an der Straße von Kfar Aza nach Sderot: Tou Cae Tou Cae, ohne Altersangabe, ein thailändischer Arbeiter. »Missing image.«

Weil die Männer der Hamas an einigen Tatorten Überwachungskameras nicht bemerkten oder anderes zu tun hatten, sind einige, von israelischen Tageszeitungen verlinkte Sequenzen in Schwarzweiß entstanden, bei deren Betrachtung manchmal eine Reihenfolge erkennbar wird: Ein weißer Pickup mit uniformierten, automatische Gewehre haltenden Männern fährt in hoher Geschwindigkeit vorbei. Noch ein Pickup. Später Motorräder mit bewaffneten Uniformierten und Männern in Zivil.

Männer in Zivil auf Mopeds, ohne sichtbare Waffen. Männer und mehrere Jugendliche auf Fahrrädern. Schließlich ein alter Mann mit Käppchen, knöchellangem Gewand und Krückstock. Einmal verringert ein wahrscheinlich mittelalter Mann auf einem Moped in der Nähe der Kamera die Geschwindigkeit und biegt von der Landstraße in die Ortschaft, die sich dem Blick der Kamera entzieht. Die Straße bleibt leer. Dann taucht der Mann mit dem Moped wieder auf, stoppt beim Einbiegen auf die größere Straße kurz ab und fährt in die Richtung, aus der er gekommen ist. Seine von der Kamera sichtbar gemachte Beute auf der Rückbank: ein Flachbildfernseher, ein Kinderfahrrad.

**Jens Hoffmann schrieb in konkret 11/23 über eine Ausstellung über jüdisches Leben in der DDR im Jüdischen Museum Berlin**



# »Hier ist ein Jude – töte ihn!«

## Um was für Organisationen handelt es sich bei Hamas, PLO und Co.?

Im folgenden werden auszugsweise, geordnet nach dem Zeitpunkt ihrer Entstehung, Gründungserklärungen und politische Programme der palästinensischen Organisationen dokumentiert, die Krieg gegen Israel führen. Zu Wort kommen die Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP), die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO), die Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP) und die Islamische Widerstandsbewegung (Hamas). Während die Hamas die antisemitische Hetze des NS-Regimes bis ins Detail kopiert, geben sich PFLP und DFLP »marxistisch-leninistisch« respektive »maoistisch«. Einig ist man sich in dem Bestreben, die »zionistische Entität« von der Landkarte zu tilgen – und darin, dass der Holocaust nicht der Rede wert ist.

### Gründungserklärung der PFLP (1967)

Vor fünfzig Jahren sahen sich die Massen unseres Volkes von einer anhaltenden Serie von Angriffen durch den Zionismus und Kolonialismus konfrontiert, die sich gegen unsere Nation und unser Recht auf Leben und Freiheit richteten. Fünfzig Jahre später setzen die globalen Kräfte des Zionismus und des Imperialismus die von ihnen ausgeheckten Verschwörungen, Angriffe und Kriege mit dem Ziel fort, eine ihren Vorstellungen entsprechende Entität zu etablieren – den Staat Israel. ...

Die Massen unseres palästinensischen Volkes leben heute in ihrer Gesamtheit zum ersten Mal seit der Katastrophe des Jahres 1948 auf einem vollständig besetzten Territorium und stehen einem habgierigen Feind von Angesicht zu Angesicht gegenüber ...

Der bewaffnete Widerstand ist die einzige effektive Methode der Volksmassen im Kampf gegen den zionistischen Feind ...



Das Kreuzfeuer des bewaffneten Kampfes kennt keine Grenzen; auch sollte der bewaffnete Widerstand nicht nur von Militanten geführt werden, sondern alle Teile und Sektoren des palästinensischen Widerstandes auf allen Ebenen einschließen – also die militärische Auseinandersetzung ebenso wie den vollständigen Boykott aller ökonomischen, zivilen und politischen Institutionen des Feindes und den Abbruch sämtlicher Beziehungen zum Feind.

### Palästinensische Nationalcharta/Charta der PLO (1968)

Die Teilung Palästinas im Jahr 1947 und die Schaffung des Staates Israel sind – unabhängig davon, wie viel Zeit inzwischen vergangen ist – in jeder Hinsicht illegal, denn sie standen im Gegensatz zum Willen des palästinensischen Volkes und negierten seine natürlichen Rechte in seinem Heimatland; sie waren unvereinbar mit den Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen, insbesondere mit dem Recht auf Selbstbestimmung. (Artikel 19)

Ansprüche der Juden auf eine historische und religiöse Verbundenheit mit Palästina stimmen nicht mit den geschichtlichen Tatsachen und dem wahren Begriff dessen, was Eigenstaatlichkeit bedeutet, überein. Das Judentum ist eine Religion und keine unabhängige Nationalität. Bei den Juden handelt es sich auch nicht um eine Nation mit eigener Identität; sie sind Bürger der Staaten, denen sie angehören. (Artikel 20)

Der Zionismus ist eine politische Bewegung, die organisch mit dem internationalen Imperialismus verbunden ist und in unauflösbarem Widerspruch zu jedem Kampf für Befreiung und allen progressiven Bewegungen weltweit steht. Sein Wesen ist rassistisch und fanatisch; seine Ziele sind aggressiv, expansionistisch und kolonialistisch; seine Methoden faschistisch. Israel ist das Instrument der zionistischen Bewegung und



ein geographischer Stützpunkt des Weltimperialismus, strategisch inmitten des arabischen Heimatlandes positioniert, um die Hoffnungen der arabischen Nation auf Befreiung, Unabhängigkeit und Fortschritt zu bekämpfen. Israel ist eine ständige Quelle der Bedrohung des Friedens im Nahen Osten und in der ganzen Welt. (Artikel 22)

### Politisches Programm der DFLP (1975)

Im Rahmen der imperialistischen Entwicklung des Weltkapitalismus fand die zionistische Bewegung, die im 19. Jahrhundert als politischer chauvinistischer Ausdruck der Interessen der jüdischen Mittel- und Kleinbourgeoisie, des Handwerks und des Wucherkapitals entstand, ihre erste und programmatische Artikulation mit dem Ziel, ihre reaktionären chauvinistischen Siedlungsträume in Palästina zu verwirklichen. ...

Am 2. November 1917 ... tat England seine verbrecherischen Absichten gegen die Zukunft unseres Landes Palästina kund, indem es die Balfour-Deklaration bekanntgab, die der weltzionistischen Bewegung die Errichtung einer »nationalen jüdischen Heimstätte« in Palästina zusicherte.

In den darauf folgenden Jahren vollendete die kolonialistische Politik Englands ihre Pläne, die darauf abzielten, die nationale Identität des palästinensischen Volkes zu vernichten und sie durch eine zionistische, expansionistische Besiedlung Palästinas zu ersetzen. ...

Im Zweiten Weltkrieg hat das Volk trotz des Nazi-Kurses der feudalistischen palästinensischen Führung am Kampf gegen den Faschismus teilgenommen ...

Fortlaufend kämpfte unser Volk um das Recht auf seine nationale Souveränität und versuchte dabei, die kolonialistische zionistische Heuchelei zu entlarven, die darauf bedacht war, den Krieg auszunutzen, um die britische Okkupation beziehungsweise die





jüdische Immigration aufrechtzuerhalten beziehungsweise zu steigern. ...

Die Errichtung des Staates Israel bildete den Höhepunkt des zionistischen Plans ... Er wurde auf der Grundlage der Zerstörung der nationalen Existenz des palästinensischen Volkes und der Fortsetzung der Liquidierung seiner nationalen Identität und seiner Vertreibung aus seiner Heimat errichtet. ...

Die demokratische Lösung der Vertreibung und nationalen Entwurzelung des palästinensischen Volkes liegt in der Gewährung seines Selbstbestimmungsrechts auf dem gesamten nationalen Territorium ... Die Erlangung dieses Ziels erfordert ... eine Reihe von konkreten Schritten, die die Vernichtung des zionistischen Staates und aller seiner politischen Erscheinungsformen garantiert.

### Gründungscharta der Hamas (1988)

Der Prophet – Gott segne ihn und schenke ihm Heil – sprach: »Die Stunde wird kommen, da die Muslime gegen die Juden so lange kämpfen und sie töten, bis sich die Juden hinter Steinen und Bäumen verstecken. Doch die Bäume und Steine werden sprechen: ›Oh Muslim, oh Diener Allahs, hier ist ein Jude, der sich hinter mir versteckt. Komm und töte ihn!‹ Nur der Gharqad-Baum wird dies nicht tun, denn er ist ein Baum der Juden.« (Artikel 7)



Die Juden handeln unterschiedslos nazistisch auch gegen Frauen und Kinder ... (Artikel 20)

Die Feinde haben ... gewaltige materielle Reichtümer angehäuft ... Mit ihrem Vermögen brachten sie weltweit die Medien unter ihre Kontrolle, von Nachrichtenagenturen über die Presse und Verlage bis hin zu Rundfunkanstalten und anderem mehr. Mit ihrem Vermögen zettelten sie in verschiedensten Teilen der Welt Revolutionen an, um ihre Interessen durchzusetzen und Gewinn zu erzielen. Sie stecken ebenso hinter der Französischen Revolution wie hinter der Kommunistischen Revolution ... Mit ihren Vermögen errichteten sie geheime Organisationen, die sich in die verschiedensten Teile der Welt ausgebreitet haben, um Gesellschaften zu unterhöhlen und die Interessen des Zionismus durchzusetzen, Organisationen wie die Freimaurer, die Rotary-Clubs, die Lions-Clubs, die Organisation B'nai B'rith und andere ... Mit ihrem Vermögen brachten sie auch die Kolonialstaaten unter ihre Kontrolle und stifteten diese zur Kolonialisierung zahlreicher Länder an, um deren Ressourcen auszupressen und dort ihre Verderbtheit zu verbreiten. Sie stecken hinter dem Ersten Weltkrieg ... Und sie stecken auch hinter dem Zweiten Weltkrieg ... Es gibt keinen Krieg, bei dem sie nicht hinter den Kulissen ihre Fingern im Spiel haben. (Artikel 22)

Der Zionismus macht nirgends halt: Nach Palästina strebt er eine Expansion vom Nil bis zum Euphrat an, und wenn er sich die-

se Region einverleibt hat, folgt weitere Expansion und so fort. Die Pläne der Zionisten sind in den »Protokollen der Weisen von Zion« nachzulesen, und ihre derzeitigen Taten belegen bestens, was wir hier sagen. (Artikel 32)

### Charta der Hamas (2017)

Palästina, das sich vom Jordan im Osten bis zum Mittelmeer im Westen und von Ras Al-Naqrash im Norden bis Umm Al-Rashrash im Süden erstreckt, bildet eine unverbrüchliche territoriale Einheit. Es ist das Land und die Heimat des palästinensischen Volkes. Die Vertreibung und Verdrängung des palästinensischen Volkes von seinem Land und die Gründung der zionistischen Entität auf diesem Gebiet setzen die Rechte des palästinensischen Volkes auf sein gesamtes Land nicht außer Kraft; für die zionistische Entität ergeben sich aus dieser Usurpation keinerlei Rechte. (Artikel 2)

Hamas ist der Ansicht, dass es sich bei der Judenfrage, beim Antisemitismus und bei der Verfolgung der Juden um Phänomene handelt, die aufs engste mit der europäischen Geschichte verknüpft sind – und nicht mit der Geschichte der Araber und Muslime oder mit deren Vorfahren. Die zionistische Bewegung, der es mit Hilfe der Westmächte gelungen ist, Palästina zu besetzen, repräsentiert die gefährlichste Form des Siedlerkolonialismus, der bereits aus weiten Teilen der Welt verschwunden ist und auch aus Palästina verschwinden muss. (Artikel 17)

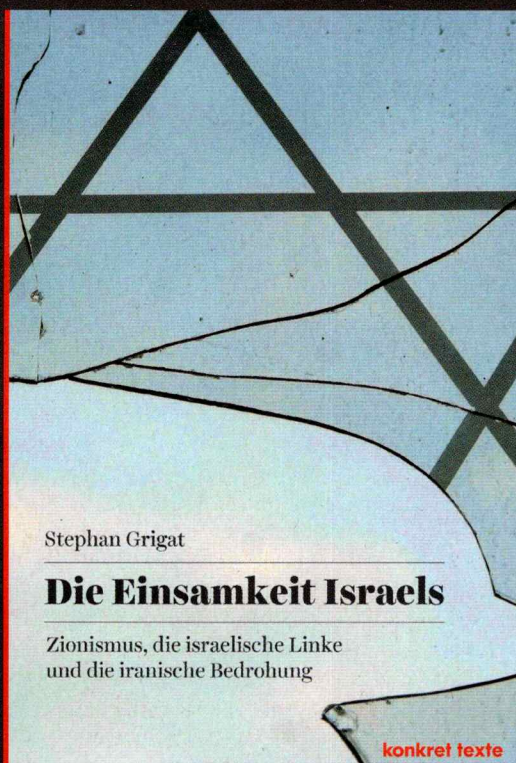
**Zusammengestellt von Peer Heinelt**

## konkret texte 64

Stephan Grigat – *Die Einsamkeit Israels*

»Am Beginn des 21. Jahrhunderts ist die antizionistische Ideologie zu neuem Leben erwacht und weist weit über den Kreis linker Kleingruppen hinaus. Die Existenz von Antisemitismus in der globalen Linken ist heute evident. Angesichts der ausufernden Literatur, die ihn wieder und wieder belegt, kann sein Leugnen heute nur mehr als eine seiner Ausdrucksformen angesehen werden. Im Antizionismus tritt er als eine spezifische Form des Antisemitismus nach Auschwitz auf, der sich aus Mangel an konkreten Hassobjekten gegen den kollektiven Juden, den Staat Israel, richtet.«

ISBN 9783930786732, 181 Seiten, 19 €





# Judenhass raus

»Importierter Antisemitismus« als neueste  
Angebot aufs Asylrecht bedeutet nicht,  
dass es keinen gibt. Von Stefan Gärtner

**B**ombardiert Belgien« hieß mal ein Buch von Wiglaf Droste, und meine liebste Morgenzeitung ist fast dafür: »Ein aus Tunesien zugewandener Islamist hat vergangene Woche in Brüssel zwei schwedische Staatsbürger erschossen. Er konnte das tun, weil die Brüsseler Staatsanwaltschaft einen Auslieferungsantrag aus Tunesien ein Jahr lang in einem Aktenschrank vergessen hatte. Dieses *weil*, die Kausalität zwischen Behördenversagen und dem Tod zweier Menschen, wird in Belgien weithin akzeptiert. Medien diskutieren nun die Frage, ob Belgien ein »failed state« sei, ein gescheiterter Staat, der seine grundlegenden Aufgaben nicht erfüllen kann.«

Es stecken so furchtbar viele gute Fragen in dieser Nachricht, dass man sich glatt wieder ins rechtsphilosophische Seminar setzen möchte: Darf ein christliches Abendland Menschen nach Tunesien abschieben, wenn etwa das Schweizer Fernsehen schreibt: »Neun Jahre nach der Revolution: In Tunesien ist Folter an der Tagesordnung« (srf.ch, 18.01.2020)? Darf es das auch dann, wenn der Mann ein Islamist ist? Darf also jemand, der Diebe verstümmeln und Frauen unter Tuch zwingen will, möglicher Folter preisgegeben werden? Haben die Angehörigen der schwedischen Opfer nicht trotzdem jedes Recht, zu finden, dass ein ausgeliefertes Arschloch keines mehr ist, das noch Leute hier totschießen kann? Haben die Leute in Tunesien, zumal die nichtislamistischen, aber nicht auch das Recht, zu finden, dass sie schon genug solche Spinner im Land haben? Hat nicht auch ein Mörder das Recht auf körperliche Unversehrtheit? Hat nicht erst recht ein *prospektiver* Mörder dieses Recht? Oder hatte Gerhard Schröder recht mit seinem legendären Satz aus dem niedersächsischen Landtagswahlkampf von 1997: »Wir dürfen nicht mehr so zaghaft sein bei ertappten ausländischen Straftätern. Wer unser Gastrecht missbraucht, für den gibt es nur eins: raus, und zwar schnell.«?

Das Propagandawort vom »Gastrecht« ist schon so oft demontiert worden, dass hier der Hinweis genüge, dass es ein »Gastrecht« gar nicht gibt, es also auch nicht missbraucht

werden kann, und dass Roger Willemsen recht hatte, wenn er einen Aufsatz mit »Gast ohne Recht« überschrieb: »Wer in Wirklichkeit ein Unerwünschter ist, den nennt man Gast, und was man gegen ihn mobilisiert, um ihn schneller loswerden zu können, nennt man Gastrecht.« Besonders unerwünscht sind neuerdings Leute, die auf Anti-Israel-Demos mitlaufen und nicht so aussehen, als würden sie »FAZ«-Leserbriefe schreiben, die Redakteur Jasper von Altenbockum natürlich nicht liest, bevor er sich hinsetzt, um der wie üblich falschen Migrationspolitik die Leuten zu lesen: »Glaubt man deutschen Poli-

Antisemitismus abgelenkt werden. Aber wer will das? Und ist es nicht eher umgekehrt?«

Noch so eine gute Frage, die noch viel besser wäre, ginge es von Altenbockum nicht um etwas ganz anderes: »Einwanderung von Antisemitismus lässt sich nur verhindern, indem er nicht einwandern darf. Die deutsche Politik spielt aber ausgerechnet hier das eine Grundrecht, das auf Asyl, gegen andere aus. Die Lösung wären Kontingente. Davon ist aber Deutschland, ist Europa weit entfernt. Nur das aber, ein vertretbares Maß an Einwanderung aus muslimischen Ländern, wäre eine neue Dimension.« Sowenig es aber ein



Deutscher Exportschlager: Arabische Ausgabe von *Mein Kampf*, Kairo 2012

tikern bis hinauf zum Bundespräsidenten, ist jede Einwanderung nach Deutschland auch mit der Pflicht verbunden, in die deutsche Erinnerungskultur einzuwandern. Das müsste bedeuten, dass Einwanderer aus muslimischen Ländern dem dort zum Teil tief sitzenden Hass auf Juden und den Staat Israel beim Grenzübergang abschwören, die israelfeindlichen Brücken in ihre Heimatkultur abbrechen und ihren Kindern das Gegenteil dessen beibringen, was ihnen selbst beigebracht wurde. ... Zum Kampf gegen den hausgemachten gehört zudem, dass der importierte Antisemitismus gerne relativiert wird. Auch jetzt heißt es wieder, mit der Empörung über den Antisemitismus, der ins Land einwandere, dürfe nicht vom »eigenen«

Gastrecht gibt, so wenig lassen sich Grundrechte gegeneinander ausspielen. Grundrechte, und das müsste unserem Frankfurter allgemeinen Marktwirtschaftler eigentlich einleuchten, konkurrieren allenfalls miteinander, klassischerweise das Recht auf Meinungs- und Kunstfreiheit mit dem Persönlichkeitsrecht aus den Grundgesetzartikeln 1 und 2: Mein Recht, Altenbockum so zu nennen, wie es ihm zukommt, konkurriert mit dessen Recht, sich das nicht gefallen zu lassen. Das ist der Rechtsstaat. Kann also gut sein, hier instrumentalisiert einer Auschwitz, nämlich gegen noch mehr Kuffnucken, deren Kasernierung vor den EU-Außengrenzen oder beschleunigte Abschiebung der Bundeskanzler höchstselbst zur Chefsache ge-



macht hat («Wir müssen endlich im großen Stil diejenigen abschieben, die kein Recht haben, in Deutschland zu bleiben»), wie schon im Januar Grünen-Chef Omid Nouripour bei »Markus Lanz« dafürhielt, in puncto Abschiebung von Straftätern »Debattenverbote« zu vermeiden. Aber wir sind ja Dialektiker, und es überrascht uns selbst, wenn wir den vielen guten Fragen noch eine hinzufügen: Was wäre, hätte von Altenbockum ausnahmsweise recht? Wenigstens ein bisschen?

Denn der Antisemitismus derer, die eine sogenannte Migrationsgeschichte haben, verschwindet ja nicht vor dem Antisemitismus der Einheimischen. Zwei Wochen nach dem Überfall der Hamas beantwortete Felix Klein, gelernter Diplomat, Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und Neffe eines evangelischen Bischofs, auf der Webseite der Bundesregierung die Frage »Verstecken sich die Deutschen jetzt hinter dem Begriff importierter Antisemitismus?« in schönstem Diplomatismus so: »Wenn wir jetzt auf den Antisemitismus von anderen zeigen, hat das keinen Zweck und hilft überhaupt nicht weiter. Wir müssen jede Form von Antisemitismus bekämpfen. Ich halte nichts davon, dass wir einen Generalverdacht gegen Muslime hier in Deutschland aussprechen oder auch gegen Palästinenser. Die meisten sind, glaube ich, genauso betroffen und bestürzt über die Situation wie alle. Und deswegen verwehre ich mich sehr dagegen, dass wir nur auf diese Gruppe zeigen. Aber wir müssen natürlich auch keine Scheu davor haben, den Antisemitismus in arabischstämmigen Milieus genauer zu untersuchen und auch die nötigen Konsequenzen daraus zu ziehen.« Alles richtig, wie mit dem Generalverdacht das Übel immer anfängt. Allerdings sind die arabischstämmigen Milieus vermutlich doch anders bestürzt über die Situation als die jüdischen Gemeinden und ist es so, dass die Türken in Deutschland mehrheitlich jenen Recep Tayyip Erdoğan wählen, der vor einem Meer von Anhängern den palästinensischen Freiheitskampf gefeiert hat und einen »Anti-Israel-Kurs« (focus.de, 5.11.) fährt.

Den fährt die deutsche »Freiheit für Palästina«-Fraktion freilich ebenso, und kein Wunder, dass sich Jüdinnen und Juden zur Zeit »sehr allein« (Eva Illouz) fühlen; und während eine islamische Documenta wie bestellt zum »Israel: SA, SS«-Skandal wird und immer mal wieder in die Diskussion gerät, ob Lehrerinnen und Richterinnen unterm Kopftuch nicht so zu Deutschland gehören sollten wie der Islam schließlich auch, gehen Juden nicht mit Kippa durch Neukölln. Sie gehen auch nicht mit Kippa durch Finsterwalde, aber das macht das Problem nicht kleiner. »Die Öffentlichkeit gehört den Palästinensern und nicht den Juden«, sagt der deutsch-palästinensische Comedian Abdul Kader Chahin, der sich in der Antisemitismus-Prä-

vention engagiert, im Gespräch mit der jüdischen »SZ«-Redakteurin Nele Pollatschek. »Du bräuchtest ja nicht mal einen heißgelauften Nahostkonflikt, um Gefahr zu laufen, die falsche Straße benutzt zu haben. ... Ich habe einen jüdischen Freund, wenn der in Essen ist, wird der Davidstern aber so was von weggepackt.« Es mindert die Verkehrtheit von Generalverdächten nicht, dass es muslimische Jugendliche sind, die das Berliner Versöhnungs-Puppentheater einer türkisch-deutschen Jüdin mit »Allahu akbar«-Rufen stören (»SZ«, 7.11., S. 3), und die überaus laue Haltung der muslimischen Interessenverbände in Deutschland nach dem 7. Oktober gibt da deutlich weniger Anlass zur Hoffnung als die alte palästinensische Olivenbäuerin, die in der »Tagesschau« vom 28. Oktober gemeinsam mit einer jungen Israelin die Frucht vom Baum holt, bis israelische Sicherheitskräfte beide verjagen. Solche treuherzigen tendenziösen Fernsehberichte richten zwar auch nicht weniger Schaden an als arabische Staatssender oder das türkische Fernsehen, das Erdogans Solidarität mit dem palästinensischen Terror nach Deutschland überträgt, und für Antisemitismus der widerwärtigsten Sorte ist Hubert Aiwanger bei der Wahl in Bayern geradezu belohnt worden; allerdings hängt die Sorge vor antisemitischem Zuzug an der Größe des bereits vorhandenen: Ein Land ohne Antisemiten würde ihn ja verkraften.

Trotzdem muss ein Asylrecht, welches als selektives keins mehr wäre, danach fragen, ob ein Mensch Schutz braucht, und nicht, wie er Juden, Schwule oder Frauenrechte findet, auch wenn das schwer auszuhalten und womöglich die bequem formalistische Haltung des männlichen Cis-Goi ist. Den muslimischen Antisemitismus nicht genauso bequem mit dem deutschen zu verrechnen darf wiederum nicht heißen, das Katalytische einer Umwelt zu übersehen, für deren (und sei's subtileres) Ressentiment der eingewanderte Antisemit eine feine Nase hat. Der sieht die Synagoge unter Polizeischutz, und er mag denken: Hier hasst man sie also auch. Denn bei allem bleibt es dabei, dass der Versuch, in der Synagoge von Halle ein Blutbad anzurichten, vom deutschen Nazi Stephan Balliet unternommen worden ist, und dass es der »Nationalsozialistische Untergrund« war, der acht deutsche Türken ermordet hat, die deutsche Behörden dann ganz selbstverständlich für die Opfer von Ausländer-, nämlich Drogenkriminalität hielten. Die Halbwahrheit, schreibt G. Ch. Lichtenberg, ist schlimmer als die Lüge, und dass, wer ins Land kommt, kommt, weil ihn von Altenbockums freie Wirtschaft dazu zwingt, muss der natürlich eh unterschlagen. ●

**Stefan Gärtner schrieb in konkret 11/23 über die Reaktion deutscher Medien auf den Krieg in Israel**

## Wir Frauen 2024



PapyRossa

für Eintragungen, flexibler Einband. Jede Menge Abbildungen und Fotos, Gedichte und Prosatexte. Das Kleine Lexikon ist Frauenfreundschaften gewidmet. Dazu Informatives und Spannendes aus Gegenwart und Geschichte, Politik, Literatur, Kunst und Kultur.

Florence Hervé /  
Melanie Stitz /  
Mechthilde Vahsen  
(Hg.)

**Wir Frauen 2024**  
Taschenkalender

Flexibler Einband  
240 Seiten | € 12,90  
978-3-89438-800-3

Übersichtliches  
Kalendarium,  
praktische Über-  
sichten, viel Platz



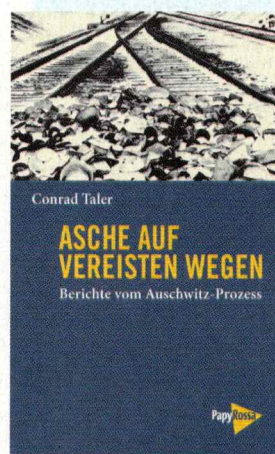
PapyRossa

**Kai Degenhardt**

**Wessen Morgen  
ist der Morgen**  
Arbeiterlied und  
Arbeiterkämpfe  
in Deutschland

Paperback  
215 Seiten | € 16,90  
978-3-89438-816-4

Im Spiegel des Arbeiterliedes blättert Kai Degenhardt Kämpfe und Niederlagen, Erfolge und Fehlschläge in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung auf. Der Band zeichnet das kulturelle Erbe von fast zwei Jahrhunderten nach – um dazu beizutragen, dass das Arbeiterlied auch künftigen Kämpfen zur Seite steht.



PapyRossa

**Conrad Taler**

**Asche auf  
vereisten Wegen**  
Berichte vom  
Auschwitz-Prozess

3., erweiterte Auflage  
Paperback  
175 Seiten | € 13,90  
978-3-89438-263-6

»Jedem zu empfehlen, der sich über den Verlauf des Auschwitz-

Prozesses, über dessen Höhepunkte und die im Gerichtssaal ausgetragenen Konflikte ein Bild machen möchte.« (Fritz-Bauer-Institut zur 1. Auflage) Ergänzt um einen Aufsatz über den Initiator des Verfahrens, Fritz Bauer, von seiner Biografin Irmtrud Wojak.



# Unter Feinden

**Was Israel in dem von der Hamas aufgezwungenen Krieg auch tut – es hat keine guten Karten.**  
**Von Jörg Kronauer**

**A**ls die BBC den ehemaligen Leiter des britischen Auslandsgeheimdienstes MI6, Alex Younger, am 12. Oktober zur Lage Israels befragte, sagte er, eine Bodenoffensive im Gazastreifen, wie sie die israelischen Streitkräfte planten, sei ein Fehler. Ihm scheine es »offensichtlich«, dass die Hamas mit ihrem Massaker vom 7. Okto-

ber Israel strategisch »eine Falle« gestellt habe; zum einen würden die zu erwartenden Schäden und die Opfer unter der Zivilbevölkerung zu einer weiteren »Radikalisierung« der Feinde Israels führen – »Man kann nicht alle Terroristen umbringen, ohne letzten Endes noch mehr Terroristen zu schaffen« –; zum anderen aber bringe eine Bodenoffensive »Israels Verbündete und Partner in der

Region in eine unmögliche Situation«. Kurz: Man solle nie vorschnell tun, »was dein Feind von dir will«. Younger, der davon auszugehen schien, dass die Hamas sich nicht verkalkuliert, mochte dabei die eigenen Erfahrungen aus dem »Anti-Terror-Krieg« nach 9/11 im Sinn gehabt haben, an dem er selbst in führenden Positionen im MI6 beteiligt war. Er hatte aber wohl auch die Situation Israels in den kommenden Jahren und Jahrzehnten im Blick.

Im Nahen und Mittleren Osten verschieben sich seit einigen Jahren die Kräfteverhältnisse tiefgreifend. Ein wichtiger Faktor ist dabei der vorsichtige Ausgleich zwischen den alten Rivalen Saudi-Arabien und Iran; die Rivalität zwischen ihnen ist der zentrale Konflikt am Persischen Golf. Hinweise auf Bemühungen um einen Ausgleich gab es seit Herbst 2019. Als Vermittler wirkten zunächst der Irak und Oman, doch zu einem Durchbruch kam es erst, als China sich einschaltete – es hat nicht nur gute Beziehungen zu beiden Seiten, sondern auch genug wirtschaftliches Potential, um Kursänderungen zu belohnen. Am 10. März 2023 gab in Beijing Chinas Chefaußenpolitiker Wang Yi, flankiert von einflussreichen Vertretern Saudi-Arabiens und des Iran, bekannt, beide Seiten hätten sich geeinigt, ihre diplomatischen Beziehungen wieder aufzunehmen. Am 12. Oktober gab es ein erstes Telefongespräch zwischen dem iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi und dem saudischen Kronprinzen und



Wahn ohne Grenzen: Propalästinensische Demonstranten auf dem Weg zum Weißen Haus, Washington D. C., November 2023



De-facto-Machthaber Mohammed bin Salman al Saud – nur wenige Tage nach dem Hamas-Massaker in Israel.

Ein sicherer Erfolg ist die saudisch-iranische Annäherung nicht. Zwar beruht sie auf beiden Seiten auf materiellen Interessen – sie eröffnet dem Mittleren Osten neue Entwicklungschancen und bietet Riad und Teheran, indem sie zuvor gebundene Kräfte löst, neue Handlungsmöglichkeiten. Doch kann niemand wissen, ob sie auf Dauer hält. Annäherung heißt: Die beiden Rivalen haben beschlossen, ihr Ringen um die Vormacht am Persischen Golf künftig im Modus der Kooperation auszutragen – in gewisser Weise so ähnlich wie in Europa Deutschland und Frankreich seit den fünfziger Jahren. Nicht auszuschließen ist, dass die Rivalität den Rahmen der Kooperation irgendwann wieder sprengt. China will das verhindern. Es hat zu diesem Zweck durchgesetzt, dass Saudi-Arabien und der Iran gemeinsam zum 1. Januar 2024 in das BRICS-Bündnis aufgenommen werden. Das trägt auch dazu bei, die US-Position im Mittleren Osten weiter zu schwächen. Washington hatte darauf gesetzt, Saudi-Arabien gegen den Iran in Stellung zu bringen, um ihn niederzuhalten. Die sich anbahnende saudisch-iranische Annäherung zieht einen Strich durch diese Option.

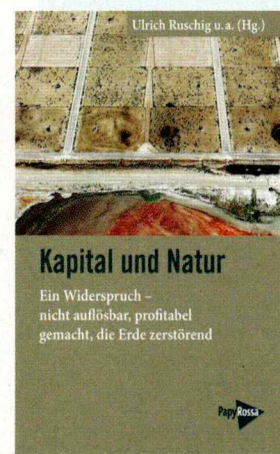
Die Stellung des Iran im Nahen und Mittleren Osten hatte sich schon zuvor verbessert, ohne dass Teheran viel dafür hätte tun müssen. Bereits der US-geführte Angriffskrieg gegen den Irak im Jahr 2003 nützte dem Iran: Er schoss der schiitischen Bevölkerungsmehrheit im Irak den Weg zur Macht in Bagdad frei; der Iran, Zentrum der Schiiten weltweit, musste nur die bestehenden Beziehungen in das Nachbarland ausweiten und die ihm loyalen Milizen stärken, um seine starke Stellung im Irak zu erhalten. Einen zweiten Erfolg konnte er in Syrien verbuchen. Der Versuch des Westens, die Regierung von Bashar al-Assad mit Hilfe islamistischer Milizen zu stürzen, führte dazu, dass sich Damaskus mangels Alternative auch auf Hilfe aus dem Iran und auf proiranische Milizen zu stützen begann. Das hat Teheran neue Verbündete auf syrischem Territorium eingebracht. Erfolg Nummer drei: Der 2015 gestartete Versuch Saudi-Arabiens – damals noch loyaler Verbündeter der USA –, im Jemen die eher lose mit dem Iran kooperierenden Huthi zu entmachten, trieb diese Teheran immer weiter in die Arme. Heute stehen sie unter iranischem Einfluss.

Die Folgen dieser Entwicklung lassen sich an der Situation beobachten, in der sich Israel aktuell befindet. Man muss dazu nur die bekannte Tatsache ergänzen, dass sowohl die Hamas als auch die libanesische Hisbollah zum Netzwerk eng mit dem Iran kooperierender Milizen gehören. Bereits im April berichtete das »Wall Street Journal«, Esmail Ghaani, der Kommandeur der iranischen

Quds-Brigaden, habe in den vergangenen Wochen erst in Syrien, dann in Beirut Funktionäre der Hisbollah und der Hamas getroffen, um ein gemeinsames Vorgehen gegen Israel zu besprechen. Im Oktober berichtete das Blatt, weitere derartige Treffen habe es ab August gegeben; an einigen habe sogar der iranische Außenminister Hossein Amir-Abdollahian persönlich teilgenommen. Er startete nach dem Überfall der Hamas auf Israel prompt eine emsige Pendeldiplomatie zwischen Beirut, Doha/Katar, wo Hamas-Chef Ismail Haniya lebt, Damaskus und Bagdad, um dort jeweils nähere Absprachen mit Vertretern der mit dem Iran verbundenen Milizen zu treffen. Zugleich griffen schiitische Milizen im Irak und proiranische Milizen in Syrien US-Militärstützpunkte mit Drohnen an, während die Hisbollah eine zweite Front gegen Israel zu eröffnen drohte und Huthi-Milizen Raketen auf Israel feuerten.

Klar war nach dem Hamas-Angriff auf Israel am 7. Oktober schnell: Israel hatte es nicht nur mit der Hamas zu tun, sondern im Grundsatz mit allen dem Iran eng verbundenen Milizen in der gesamten Region – und das in einer Zeit, als der Einfluss seines engsten Verbündeten, der Vereinigten Staaten, im Nahen und Mittleren Osten schwand. Es kam hinzu, dass Israel offenkundig bereits zu Kriegsbeginn auf Waffenhilfe aus den USA angewiesen war. Jedenfalls begann das Pentagon bereits am 9. Oktober, in großer Eile militärische Ausrüstung und vor allem Munition in Militärtransporter zu packen und das Material nach Tel Aviv zu fliegen. Zum Teil mochte das damit zusammenhängen, dass Washington zuvor große Mengen an Munition aus einem Lager, das die US-Streitkräfte in Israel betreiben, entnommen hatte, um sie in die Ukraine zu bringen. Die Munition war ursprünglich für die israelischen Streitkräfte vorgesehen, die im Ernstfall jederzeit auf sie zugreifen sollten; nun fehlte sie offenbar.

Apropos USA: Israels Krieg mit der Hamas stellt die Vereinigten Staaten vor ein neues Dilemma. Eigentlich sind sie längst dabei, ihre Kräfte auf den Machtkampf mit China zu konzentrieren. Es hatte schon seinen Grund, dass Barack Obama und Donald Trump die US-Streitkräfte weitestgehend aus dem Mittleren Osten abzogen und Joe Biden sogar die schmachvolle Flucht der letzten US-Truppen aus Afghanistan hinnahm, um nicht noch weitere Ressourcen und noch mehr Energie abseits der Asien-Pazifik-Region zu verschwenden. Manchen in Washington wird mittlerweile schon der Ukraine-Krieg lästig: Er bindet zuviel Potential. Auch wenn kaum jemand in der US-Hauptstadt die Unterstützung Israels in Frage stellt und sie im Zweifelsfall gewiss Vorrang vor der Unterstützung der Ukraine hätte: Der Krieg im Nahen Osten stört die Konzentration auf den Hauptgeg-



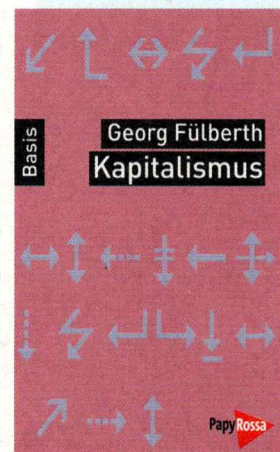
Hans-Georg Bensch  
Sabine Hollewedde  
Ulrich Ruschig (Hg.)

**Kapital und Natur**  
Ein Widerspruch –  
nicht auflösbar,  
profitabel gemacht,  
die Erde zerstörend

160 Seiten | € 18,00  
978-3-89438-818-8

Verdeckt das Schlagwort vom ›menschengemachten Klimawandel‹ nicht

Ursachen, die in gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen liegen? Lässt sich, wer für Ursachen der Katastrophe verantwortlich ist, mit deren Überwindung beauftragen? Mit Beiträgen von Judith Dellheim, Klaus Dörre, Nadja Rakowitz, Ulrich Ruschig, Annette Schlemm, Christian Stache u. a.



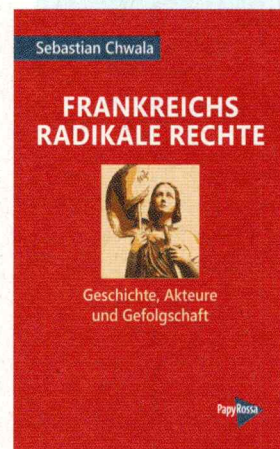
Georg Fülberth

**Kapitalismus**  
Basiswissen  
Politik/ Geschichte/  
Ökonomie

5., erweiterte Auflage  
Pocketformat  
127 Seiten | € 12,00  
978-3-89438-429-6

Um zu verstehen, was den Kapitalismus ausmacht, liefert diese kom-

pakte Einführung im ersten Teil die notwendigen theoretischen Grundlagen. Der Geschichte dieser Wirtschaftsweise gilt der zweite Teil, der vom Handelskapitalismus der frühen Neuzeit bis zum Neoliberalismus und zur Krise der Gegenwart reicht.



Sebastian Chwala

**Frankreichs radikale Rechte**  
Geschichte, Akteure,  
Gefolgschaft

Paperback  
277 Seiten | € 25,00  
978-3-89438-796-9

Frankreich erlebt eine Erosion des etablierten Parteiensystems. Was sind Ursachen für den

Aufstieg der radikalen Rechten, wer rief ihre Geister? Welche Rolle spielen Entfremdungserfahrungen der *classes populaires* und der Niedergang der Linksparteien? Wer wählt rechts, wie sind die Klassenerfahrungen der Mittelschichten, was die Alternativen?



## TERMINE

**01.12. Berlin**, 11 Uhr, Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28: »Der Asyl- und Migrationspakt der EU – Verrechtlichung von Unrecht«; Vortrag und Diskussion mit Dr. Cornelia Ernst

**01.12. Bolanden-Weierhof**, 20 Uhr, Theater Blaues Haus, Parkallee 7: »Empirisch belegte Brötchen«; Musikkabarett, Gedichte & Lieder von Marco Tschirpke; weitere Termine unter [www.marco-tschirpke.de](http://www.marco-tschirpke.de)

**02.12. Neustadt an der Weinstraße**, 20 Uhr, Kulturzentrum Herrenhof, An der Eselshaut 18: »Kalender, deine Tage sind gezählt!«; Ein musikalisch-politisches Programm von Marco Tschirpke; weitere Termine unter [www.marco-tschirpke.de](http://www.marco-tschirpke.de)

**05.12. Berlin**, 10 Uhr, Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28: »Über revolutionäre Arbeiterschriftsteller«; Vortrag und Diskussion mit Prof. Dr. Dieter Schiller, Moderation: Christian Beyer  
**05.12. Wuppertal**, 19:30 Uhr, Forum, Eingang Wilbergstraße 8: »Mehr als Ehefrau, Mutter und Köchin: Aktivismus von und Repression gegen politische Frauen vor und nach 1933«; Vortrag und Diskussion mit Dr. Mareen Heying und Sandra Franz

**05.12. Köln**, 19:30 Uhr, Kölner Filmhaus, Maybachstraße 111: »3 Frauen 1 Streik«; Filmvorführung im Rahmen der Reihe »Ihr Kampf ist unser Kampf – Streik 1973 bis 2023 und darüber hinaus«

**06.12. Dresden**, 19 Uhr, Wir AG, Martin-Luther-Straße 21: »Einführung in die Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung«; Vortrag und Diskussion mit Jordi und André Kistner von der »Initiative Demokratische Arbeitszeitrechnung«

**08.12. Erfurt**, 18 Uhr, Kunsthhaus, Michaelisstraße 24: »Weltpolitische Umbrüche: USA – China in Konkurrenz und die wirtschaftlichen Reaktionen Europas«; Podiumsdiskussion mit Helmut Scholz und Dr. Stefan Schmalz

**08./09.12. Berlin**, 14 Uhr/18 Uhr, Saal der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Straße der Pariser Kommune 8a: »Die EU im Umbruch«; Konferenz, u. a. mit Ingar Soltz  
**12.12. Jameln**, 19 Uhr, Kulturverein Plaatenlaase, Plaatenlaase 15: »Gute Pflege im Krankenhaus – zufriedene Patient\*innen«; Vortrag und Diskussion mit Anne Pötzsch

**13.12. Potsdam**, 19 Uhr, Kosmos im Rechenzentrum, Dortustraße 46: »Immer wieder Inflation. Das System hinter den steigenden Preisen«; Vortrag und Diskussion mit »Solidarisches Potsdam«

**16.12. Hannover**, 11 Uhr, Kulturzentrum Pavillon, Lister Meile 4: »Erste Hilfe bei Abschiebehaft«; Workshop mit Frank Gockel

In dieser Rubrik werden kostenlos Veranstaltungshinweise veröffentlicht. Bitte die Termine bis zum Ersten des Vormonats mailen an [redaktion@konkret-magazin.de](mailto:redaktion@konkret-magazin.de)

ner. Er erfordert nicht nur die Lieferung von Rüstungsgütern an Israel. Washington sah sich nach dem Hamas-Angriff auf Israel sofort auch veranlasst, eine Flugzeugträgerkampfgruppe ins östliche Mittelmeer zu schicken und wenige Tage später eine zweite anzukündigen – um den Iran und ihm loyale Milizen vom Eingreifen in den Krieg abzuschrecken.

Zwar wäre es durchaus im Interesse der USA, wenn es Israel gelänge, die Hamas auszuschalten und damit dem Iran einen Verbündeten zu nehmen. Nur: Sollte die Abschreckung scheitern und es im Nahen Osten zu einem großen Krieg kommen, wäre es für die US-Streitkräfte mit zwei Flugzeugträgerkampfgruppen wohl nicht mehr getan. Dann müsste Washington, für das ein zweiter Rückzug à la Afghanistan kaum in Frage käme, weitere Truppen nach Nah- und Mittelost verlegen. Wie sehr sich Kriege dort aber in die Länge ziehen können, weiß man spätestens, seit sich die US-Streitkräfte nach ihrem vermeintlichen schnellen Sieg über den Irak 2003 über Jahre hin gegen Aufstände in dem Land zur Wehr setzen mussten. Sich ganz auf die Auseinandersetzung mit China zu konzentrieren, wäre dann nicht mehr drin – ganz abgesehen davon, dass zur Unterstützung der Ukraine weniger Kapazitäten blieben und dort eine strategische Niederlage gegen Russland drohte. Ein Flächenbrand im Nahen und Mittleren Osten wäre für die Vereinigten Staaten, strategisch betrachtet, eine ernste Gefahr.

So, aus dem Verfolg der eigenen Interessen, erklärt sich wohl auch die Rede, die Joe Biden am 18. Oktober in Tel Aviv hielt. Er forderte nachdrücklich, auswärtige Kräfte – gemeint waren der Iran und sein Milizennetzwerk – sollten von Angriffen auf Israel absehen. Er erklärte, der 7. Oktober sei faktisch Israels 9/11; Israel aber solle aus den »Fehlern« lernen, die die Vereinigten Staaten nach dem 11. September 2001 gemacht hätten: Es solle sich nicht »von der Wut verzehren« lassen, sondern »überlegt« vorgehen. Biden erklärte, die Menschen im Gazastreifen benötigten »Nahrung, Wasser, Medikamente, Unterkunft«; er verlangte, humanitäre Hilfe zuzulassen, kündigte 100 Millionen US-Dollar für die Menschen im Gazastreifen und im Westjordanland an und forderte, in der Kriegführung das humanitäre Völkerrecht zu beachten – alles Maßgaben, die dazu beitragen sollten, die international zunehmende, gegen Israel gerichtete Aggressivität zu dämpfen und die drohende Ausweitung des Krieges zu verhindern. Und schließlich verwies Biden auf die Notwendigkeit, »nach Frieden zu streben«, so schwer es momentan auch sei, und »eine Zweistaatenlösung« zu erwägen. Zwar versteht sich von selbst, dass diese Appelle an Israel gerichtet waren – auf der Seite von Hamas & Co. gibt es für Frieden und Humanität schließlich

keinen Ansprechpartner – aber gerade diese Selbstverständlichkeit zeigt die Isolation Israels.

Biden hat seine Forderungen, so wird berichtet, auch im israelischen Kriegskabinett vorgetragen. Er war der erste US-Präsident, der an einer von dessen Sitzungen teilnahm. Kurz zuvor, in der Nacht vom 16. auf den 17. Oktober, hatte US-Außenminister Antony Blinken das Kriegskabinett in einer siebenstündigen Sitzung auf Washingtons Vorgaben festzulegen versucht. Ob man es so zuspitzen muss wie Eitan Shamir, der Leiter des Begin-Sadat Center for Strategic Studies, darüber mag man streiten; er erklärte einige Tage nach Bidens Besuch in Israel: »Die Amerikaner sind unserem Kriegskabinett beigetreten, und man kann sagen, dass sie diejenigen sind, die die Vorgänge überwachen.« Klar war jedenfalls: Die Vereinigten Staaten hatten sich bereits erfolgreich für eine Verschiebung der israelischen Bodenoffensive eingesetzt; sie machten sich schon bald für eine »humanitäre Pause« der militärischen Operationen zwecks Versorgung der Zivilbevölkerung stark, und als Blinken am 3. November erneut in Israel eintraf, zitierte CNN einen US-Diplomaten gar mit der Aussage, Blinken werde auf einen »Vermittlungsversuch« dringen – also auf Deeskalation.

Natürlich hat die Regierung Biden dabei auch die langfristige Entwicklung im Blick. Wie soll Israel, das schon heute auf US-Rüstungsgüter und -Flugzeugträger angewiesen ist, sich in Zukunft verteidigen können, wenn die USA sich in einem zuge-spitzten kalten oder gar in einem heißen Krieg mit China befinden? Ursprünglich waren für diesen Fall unter anderem die Abraham-Abkommen gedacht, jene Friedensverträge zwischen den Vereinigten Arabischen Emiraten bzw. Bahrain und Israel, die im September 2020 in Washington unterzeichnet worden waren; ein weiteres Abkommen mit Saudi-Arabien stand vor dem Hamas-Überfall wohl kurz vor dem Abschluss, es liegt nun zunächst auf Eis. Dass im vergangenen April China kurz nach seinen erfolgreichen Vermittlungen zwischen Saudi-Arabien und dem Iran anbot, auch zwischen Israel und den Palästinensern zu vermitteln, lässt sich als Versuch begreifen, Israel in das Ordnungssystem einzubinden, das sich im Nahen und Mittleren Osten mit dem Schwinden der US-Dominanz herauszubilden beginnt. Israel, weiter auf die USA vertrauend, lehnte ab. Dass die Abraham-Abkommen einen sich ausbreitenden Krieg in Nahost überstünden, muss man bezweifeln. Israel stünde vielleicht sogar ohne seinen andernorts ausgelasteten Hauptverbündeten da. ●

**Jörg Kronauer schrieb in konkret 11/23 über Sieger und Verlierer des Konflikts um Bergkarabach**



# Ego me absolvo

## Auch die jüngere Geschichte der katholischen Kirche in Spanien ist eine kriminelle. Von Carmela Negrete

**S**paniens katholische Kirche ist womöglich die mit den meisten Fällen von sexuellem Missbrauch. Laut einer vom spanischen Ombudsmann in Auftrag gegebenen Umfrage sollen rund 440.000 Spanier von sexuellen Übergriffen durch Priester und andere Mitarbeiter der Kirche betroffen sein. Bis heute hat der spanische Klerus nur halbherzig Fehlverhalten eingestanden. Dass, obwohl die Mitgliederzahlen seit Jahren sinken, laut der Conferencia Episcopal noch immer rund die Hälfte der Spanier Katholiken sind, liegt vor allem daran, dass Austritte oftmals erschwert werden und man in Spanien keine Kirchensteuer zahlt.

Die Kriminologin Noemi Pereda, Mitglied des Expertenteams, das an dem jetzt erschienenen Bericht über sexuelle Gewalt in der spanischen Kirche mitgearbeitet hat, erklärte dem französischen Auslandsfernsehsender France 24, dass es sich bei den Betroffenen oft um Kinder handle, »die der Kirche anvertraut wurden und dem Priester oder dem Religionslehrer vertraut« hätten. Dass es überhaupt möglich war, diese Verbrechen zum Thema zu machen, hängt damit zusammen, dass die Kirche heute nicht mehr so viel Macht wie vor dreißig Jahren hat. Bisher hat sie Missbrauchsfälle vor allem vertuscht und die Täter geschützt. Pereda sagt, dass die meisten der Opfer Gläubige waren und für sie die Vertuschung oft schlimmer war als die Taten selbst.

Die Reaktion der Kirche auf die im Bericht erhobenen Vorwürfe war überheblich. Sie entschuldigte sich zwar, zweifelte aber zugleich die Zahl der Opfer an. Außerdem relativierte sie ihre Verantwortung mit dem Hinweis, dieses »Phänomen« komme auch in anderen sozialen Bereichen vor.

Immerhin hat sie sich bereit erklärt, die Opfer zu entschädigen. Doch wie hoch diese Entschädigung ausfallen wird, ließ sie offen. Dass die spanische Justiz extrem kon-

servativ und teilweise ultra-katholisch ist, hat bisher dazu beigetragen, dass die Kirche überhaupt nicht zur Verantwortung gezogen wurde.

Trotz des Missbrauchsskandals sind immer noch rund 2.400 spanische Schulen in kirchlicher Hand, obwohl in diesen Einrichtungen die höchste Zahl an Missbrauchsfällen zu verzeichnen ist. Die Kirche hat, da-



Lasset die Kinder zu mir kommen:  
Opus-Dei-Gründer Josemaria Escrivá

mit diese nicht bekannt wurden, in vielen Fällen die Familien der Betroffenen unter Druck gesetzt und/oder ein Schweigegeld gezahlt. Falls die Sozialdemokraten des PSOE und das Linksbündnis Sumar erneut an die Regierung kommen, würde mit etwas Glück der Koalitionsvertrag Anwendung finden und den katholischen Schulen würden die öffentlichen Gelder entzogen. In diesen Bildungseinrichtungen lernen die Kinder den Hass gegen die LGBTQ-Community von klein

auf. Allerdings regt sich gegen die Mittelkürzungen bereits ein deutlicher Widerstand von ultrarechten Organisationen wie Opus Dei, die in Spanien sehr einflussreich sind. Sie sind auch einer der Gründe für die vielen rechten Demonstrationen, die im Oktober in mehreren spanischen Städten stattfanden.

Opus Dei hat seit Ende letzten Jahres mit seinem eigenen Skandal zu kämpfen: Viele fromme Familien, die dieser ultrakatholischen Organisation angehören und die, da sie nicht verhüten, oft sehr viele Kinder haben, ließen ihre Haushaltshilfen in sklavennähnlichen Verhältnissen für sich arbeiten. Einrichtungen von Opus Dei trichterten diesen Frauen ein, für andere Familien bis zu zwölf Stunden am Tag waschen, kochen und putzen zu dürfen, sei ein Geschenk Gottes. Oft arbeiteten diese Frauen unentgeltlich, viele wurden ihrer Freiheit beraubt: Kontakte außerhalb der Arbeit widersprachen Gottes Willen. Ihre Lektüre und Berührungen mit der Außenwelt mussten genehmigt werden. Eine eigene Familie gründen durften sie ebenso wenig wie die eigenen Eltern pflegen. In Argentinien haben sich dutzende Frauen gemeldet, die mit Hilfe von Gehirnwäsche in einer Berufsschule des spanischen Opus Dei, die bis vor sechs Jahren existierte, in »Sklavinnen Gottes« verwandelt wurden. Sie sind nun vor Gericht gezogen.

Doch die spanische katholische Kirche hat noch viel mehr Dreck am Stecken. Bis heute hat sie die Diktatur von General Francisco Franco nicht verurteilt. Noch immer halten Priester Messen zu Ehren des Diktators. Erst nachdem die Justiz die Kirche dazu gezwungen hat, wurde der Leichnam Francos aus der Basilika im so genannten Tal der Gefallenen entfernt, wo sich jedes Jahr anlässlich des Geburtstags des Diktators Faschisten versammelten. Die Basilika der heiligen Jungfrau Macarena in Sevilla beherbergte bis vor kurzem die Überreste des Putschisten Gonzalo Queipo de Llano, eines der brutalsten Generäle Francos. Für diese Verherrlichung der Faschisten hat sich die spanische katholische Kirche bis heute nicht entschuldigt. Hätte die Justiz es ihr erlaubt, würde sie diese bis heute fortsetzen.

Und ein weiteres Verbrechen, für das es immer mehr Beweise gibt, ist bis heute strafflos geblieben: Die spanische Kirche war während der Diktatur und bis in die neunziger Jahre in den Raub von Babys involviert. Rund 300.000 Säuglinge wurden nach Angaben von Opfervereinen ihren Eltern entrissen, weil diese »Rote«, also Linke waren, und entweder rechten Familien übergeben oder verkauft. Auch hier verweigert sich die Kirche der Aufklärung. ●

**Carmela Negrete schrieb in konkret 7/23 über die spanischen Parlamentswahlen**



# Im Reich der Mittelschicht

## Warum wir die weltgeschichtliche Bedeutung Chinas in Zeiten der Klimakatastrophe erkennen müssen. Von Ingar Solty

**I**m September befand ich mich für zwei Wochen in China auf Delegationsreise und besuchte die Provinzen Beijing, Qinghai und Sichuan. Direkt im Anschluss reiste ich beruflich nach Brasilien. Wenige Tage zuvor hatte sich das BRICS-Bündnis in Johannesburg um sechs Staaten erweitert: Argentinien, Ägypten, Äthiopien, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und den Iran. Rund vierzig weitere Staaten haben den Beitritt beantragt. Der Gipfel wurde im Westen von diversen Warnungen begleitet: vor einer Entdollarisierung, einer möglichen BRICS-Währung, der multipolaren Welt und einer Alternative zu den G7. Die China-Reise war nicht meine erste, auch nicht die erste als Delegation. Aber sie bestärkte Erkenntnisse, die ich aus Literatur und den weltwirtschaftlichen Fakten gewonnen hatte.

Die Volksrepublik ist ein großer Widerspruch. Die einfachen Dichotomien auch der linken China-Literatur – identifikatorischer »Sozialismus chinesischer Prägung« oder »autoritärer Staatskapitalismus«? – taugen wenig zum Verständnis. Westlich-marxistische Vorstellungen helfen nicht weiter. Der Kommunismus war vielleicht schon zu Maos Zeiten bloß das plausibelste Mittel zur Befreiung der Chinesen von den »acht imperialen Mächten«. In ähnlicher Weise war ja auch Lenins Oktoberrevolution der Beginn der historischen Wanderung der Revolution von Nord nach Süd, aus den kapitalistischen in die vorkapitalistischen Staaten, von den proletarischen zu den Bauernrevolutionen.

In China herrscht Pragmatismus. Der Marxismus wurde sinisiert, wie überhaupt die Synthese Chinas Erfolgsgeheimnis sein dürfte. Es nahm viele Einflüsse aus dem Westen auf, wurde aber durch den europäischen Imperialismus nie in der Weise zersetzt wie etwa Afrika und Lateinamerika. China kann aus seiner 4.000 Jahre alten Hochzivilisationsgeschichte schöpfen. Das begünstigt den

Prozess der »Wiedergeburt«, in dem sich das Land nach 200 Jahren kolonialer Peripherisierung befindet.

Im globalen Süden wird dies vor allem in den Anrainerstaaten rund um das Südchinesische Meer sowohl mit Bewunderung als auch mit Beunruhigung beobachtet. Dennoch: Im Globalen Süden ist man sich, anders als im Westen, bewusst, dass Chinas Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt 1978, also im Jahr der Politik der Reform und »Öffnung« unter Deng Xiaoping, dem Niveau von Haiti entsprach und sich bis zum Jahr 2000 auch identisch entwickelte. Heute dagegen ist der Karibikstaat mit einem Pro-Kopf-BIP von 1.748 US-Dollar immer noch eines der ärmsten Länder der Welt. Chinas Pro-Kopf-BIP hingegen liegt nach Angaben der Weltbank heute bei 12.720 US-Dollar. Das entspricht einem Anstieg um 1.208 Prozent seit Chinas Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) 2001. Und während Haiti bis heute auf den hintersten Rängen des United Nations Human Development Index liegt, ist die Volksrepublik das einzige Land, das den Sprung von einer »niedrigen« zu einer »hohen menschlichen Entwicklung« vollzogen hat. China gilt auch darum als Motor der globalen Wirtschaft, weil es heute die größte Mittelklasse der Welt aufweist. Seit der Öffnungspolitik hat das kommunistisch regierte Land 770 Millionen Menschen aus der Armut herausgeholt. Das erklärt auch die immense politische Stabilität der Volksrepublik und das hohe Ansehen der 98 Millionen Mitglieder starken KP.

Deng, ein »rechter« Kritiker Maos, der aber von ihm – dies auch ein Unterschied zur Stalin-Ära in der Sowjetunion – am Leben gelassen worden war, hatte seine Politik mit dem Argument gerechtfertigt: Es sei okay, wenn manche früher reich würden als andere. Das klingt nach »a rising tide lifts all boats«, also der gleichzeitig unter Thatcher und Reagan im Westen zum Regierungsprogramm erhobenen Parole des Neoliberalismus. Wäh-

rend aber der Kapitalismus des Westens in den letzten vierzig Jahren von schwachen Wachstumszahlen, sinkenden Lohnquoten und einer immer weiter auseinanderklaffenden Schere zwischen Arm und Reich gekennzeichnet war, setzte in China tatsächlich ein *Trickle-down*-Effekt ein. Zwar wuchsen auch hier die Vermögensungleichheit und die Zahl der Milliardäre. Aber während der Gini-Koeffizient, der globale Ungleichheitsindikator, in den USA und auch in Deutschland im Zuge der Agenda 2010 erheblich angestiegen ist, ist die Ungleichheit in China seit anderthalb Jahrzehnten wieder rückläufig.

Im Ergebnis der rasanten Entwicklung seiner staatsgelenkten Wirtschaft rivalisiert China heute mit den kapitalistischen Zentrumsstaaten. Dies gilt für große zukunfts-technologische Bereiche wie Big Data und Künstliche Intelligenz, die fünfte und sechste Mobilfunkgeneration und die für eine klimaneutrale, postfossile Wirtschaft notwendigen grünen Technologien: Solar- und Windkraftanlagen, Wasserkraft und Hochgeschwindigkeitszüge, mit denen die Volksrepublik das ganze Land systematisch erschlossen hat und die es nun weltweit baut. Wir treffen den CEO des größten chinesischen Infrastrukturunternehmens, eines Staatsbetriebs; die Auflistung und Schlagzahl aller globalen Projekte verdeutlicht das Ausmaß der *Belt and Road*-Initiative. Im 20. Jahrhundert vollzieht sich die Süd-Süd-Kooperation jenseits des westlichen Blickes. Auch beim Bau von E-Autos ist den westlichen Autokonzernen ein mächtiger Konkurrent erwachsen, wie zuletzt im September 2023 die Internationale Automobilausstellung in München und der Übergang der EU zur Schutzzollpolitik gegen chinesische E-Autos gezeigt haben.

Dass der postfossile Umbau der Wirtschaft und die Mobilitätswende in China so schnell voranschreiten, liegt an den immensen Planungskapazitäten des Staates. Das westliche Modell aus Mehrparteiensystemen,



marktgetriebener Gesellschaftsentwicklung und absoluter Dominanz von kapitalistischem Privateigentum muss auf ein planendes Zentrum verzichten. Eine langfristige Planung ist außerdem schwierig, wenn die Regierung alle vier, das Management in den prinzipiell der Profitmaximierung folgenden Unternehmen durchschnittlich alle drei bis vier Jahre ausgewechselt wird und auch die innerbetriebliche Planung in Folge dieser Unwägbarkeiten sich bestenfalls auf zwei bis drei Jahre erstreckt.

In China wird selbst der Individualverkehr in absehbarer Zeit elektrisch sein. Nicht nur wegen einer Gesetzgebung, die in zahlreichen Provinzen den Verkauf von Verbrennerfahrzeugen schon ab 2030 verbietet; national soll er ab 2035 verboten sein. Was den Umbau erst recht irreversibel macht und das Tempo erklären hilft, ist, dass in China keine Anreize existieren, einen Verbrenner zu kaufen. Allgemein gilt, dass regenerative Energien nicht nur das Klima schützen, sondern langfristig gesehen auch deutlich günstiger sind als fossile. Die durchschnittlichen (Industrie-)Strompreise in der Volksrepublik entsprechen einem Drittel der in den USA und sogar nur einem Siebtel der in Deutschland fälligen. E-Autos sind in China im Ein-

dem 18. Nationalkongress der KP Chinas beschlossene Orientierung auf eine »sozialistische Ökozivilisation« ausserkoren wurde. Auf unserer Reise erleben wir, wie weit das nach den demütigenden Erfahrungen von Kolonialismus, Imperialismus und peripherer Abhängigkeit angestrebte Ziel der Unabhängigkeit gediehen ist. In Qinghai besuchen wir eine der modernsten Solaranlagenfabriken der Welt. Die Produktionskette ist vollständig integriert, vom Rohstoff Lithium bis zur Speicherbatterie. Neunzig Prozent aller Bauteile stammen aus China.

Man begreift, warum nach den jüngsten Statistiken der Internationalen Energiebehörde 35 Prozent aller Photovoltaikanlagen in China stehen und sogar jede zweite Anlage hier in Betrieb genommen wird. In Qinghai beruhen längst 85 Prozent aller Energien auf Sonne, Wind oder Wasserkraft. Auch beim Besuch eines Flugzeugunternehmens lässt sich der Weg nachvollziehen, den China beim Aufbau einer eigenen Luftfahrtindustrie gegangen ist: vom Erwerb der westlichen Lizenzen für Flugtraining und den Umbau ausgemusterter westlicher Maschinen von Boeing und Airbus zugunsten eigener Frachtverkehrsunternehmen bis zum Aufbau eines eigenen Passagierflugzeugs, der

von Hochtechnologie gegen Rohstoffe und billige industrielle Fertigung ebenso stattfindet wie der Transfer von Extraprofiten in die Zentren. Die zunehmende Unabhängigkeit durch die vom Rohstoff bis zum Endprodukt integrierten Produktionsketten aber setzt dieser Politik enge Grenzen.

Dies erklärt auch, warum der Wirtschaftskrieg der USA, den Trump begann, von Biden noch intensiviert und militärisch komplementiert wurde. Er verfolgt bekanntlich das Ziel, Chinas Aufstieg durch den »Chip War« aufzuhalten, das heißt, das Land von Mikrochip-Importen, die als Halbleitertechnologie in Handys, Autos, Computern, Fotokameras und so weiter verbaut werden, abzukoppeln. Der chinesische Vorwurf an den Westen lautet: Solange man als »verlängerte Werkbank« billig produziere und durch Billigimporte von Textilien über Küchenutensilien bis Mikrotechnologie auch die Lohnzurückhaltung und Reallohnverluste der westlichen Arbeiterklassen ermögliche, werde man gebraucht; sobald man aufschließe, werde man blockiert.

Der Wirtschaftskrieg bringt China zweifellos in Bedrängnis. Die Sorge, von Europa abgekoppelt zu werden, die Sorge, dass das europäische Ziel des *De-Risking* in Wahr-



Dem Morgenrot entgegen? Photovoltaikmodule eines 4-Millionen-Kilowatt-New-Energy-Stützpunkts in Ordos, China 2023

kauf, in der Versicherung und in der Wartung weitaus günstiger als Verbrenner, während diese in Deutschland trotz Subventionen weiterhin teurer als Verbrenner bleiben.

Die Energiewende ist ein wesentlicher Faktor für Chinas Entwicklung. Die Reise führt uns fernab der wirtschaftlichen Zentren an der Küste nach Qinghai. Die Provinz am Rande der tibetischen Hochebene ist eine von fünf, die 2014 zum Testgebiet für die auf

Comac C919, die im Mai dieses Jahres in Betrieb genommen wurde.

Das Ziel der kapitalistischen Zentren ist es, China in einer untergeordneten Stellung in der Hierarchie der internationalen Arbeitsteilung zu halten. Es geht darum, eine mit dem Regelwerk der WTO und extremen Patentabkommen wie dem TRIPS abgesicherte Weltordnung aufrechtzuerhalten, in der ein »ungleicher Tausch« (Samir Amin)

heit eine von den USA forcierte Ablösung bedeutet, ist groß, selbst wenn verschiedene Ökonomen argumentieren, dass die binnenwirtschaftlichen Entwicklungspotentiale noch nicht ausgeschöpft seien. Daher ist Chinas aktuelles Ziel die »neue Urbanisierung«, von der man sich einen höheren Lebensstandard und ein entsprechendes Konsumniveau verspricht. Trotzdem werden immer wieder gemeinsame Interessen mit Europa, die Not-



wendigkeit der Kooperation bei Projekten wie dem Klimaschutz und der Wahrung von Frieden betont.

Tatsächlich ist es, darauf hat die Politikwissenschaftlerin Birgit Mahnkopf hingewiesen, auch für Europa ungünstig, sich von China abzukoppeln, wo doch die von der Ampelregierung zum Ziel erklärte Elektrifizierung der Wirtschaft nur in Kooperation mit der Volksrepublik zu erreichen sein wird, von der man in Form von Rohstoffen wie Lithium über Windkraft- und Solaranlagen bis zum Endprodukt Speicherbatterien abhängig ist und bleiben wird.

Und auch China kann zurückschlagen. 76 Prozent des Siliziums, das für die Produktion von Mikrochips benötigt wird, stammen von hier. Deutschland setzt alternativ auf das Erzgebirge, um die mit Milliarden-Steuer geschenkten nach Magdeburg und Dresden gelockten Konzerne Intel und TSMC mit den nötigen Rohstoffen zu versorgen. Noch sind die Meldungen, China habe den Export von seltenen Erden gestoppt, falsch. De facto gibt es keine Exportbeschränkungen, sondern nur einen Prozess der Ausfuhrgenehmigung. Aber China ist nicht wehrlos.

Das chinesische Modell muss man aus der Perspektive des Globalen Südens betrachten. Die Frage, die sich dessen Eliten stellt, ist: Wie war das möglich? Lässt es sich nachahmen? Und Chinas implizite Botschaft lautet: Wir helfen euch aufzusteigen, ohne Kolonialherrenmentalität, weil wir selbst Kolonisierte waren.

In Xining besuchen wir eine Konferenz, an der Staatslenker aus Malaysia, Pakistan, Afrika, Lateinamerika und Ozeanien teilnehmen. Man muss sich klarmachen, welche Bedeutung Chinas Ökozivilisation für die Weltgeschichte in Zeiten der Klimakatastrophe

hat und was es heißt, wenn, wie hier, die Eliten des Südens anreisen, um Chinas Weg nachzuziehen und eine Vorstellung von Modernität, Entwicklung und Wohlstand im Geist einer »Harmonie von Mensch und Natur« zu entwickeln, die auf Klimaschutz mit regenerativen Energien und dazu einer Wirtschaftslenkung jenseits des Neoliberalismus mit starken staatlichen Planungskapazitäten und alternativen Eigentumsformen beruht.

China kann für antikapitalistische und imperialismuskritische Linke keine neue Sowjetunion sein. Das Auenland, das auch diese nie war, ist auch China nicht. Aber es ist eben auch nicht Mordor. Gegen romantisierende Vorstellungen würden sich nicht nur Wissenschaftler von der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, an der School of Marxism oder der Fudan-Universität wehren, sondern auch die Vertreter aus der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der KP Chinas. So wie manche schon vor zehn Jahren offen ihre Sympathien für Bo Xilai bekundeten, sprechen auch unsere jungen Reiseleiterinnen über die Corona-Proteste und über den Vertrauensverlust, den die Regierung durch ihr Festhalten an der Zero-Covid-Politik erlitten hat, über die Immobilienkrise und die Mietproblematik vor allem in der Hauptstadt, über die Fortschritte in der Ökologiefrage und zugleich über bleibende Umweltbelastungen, über soziale Ungleichheit, Milliardäre und die Frage ihres Einflusses auf die Partei, über den (Klassen-)Gegensatz zwischen den urbanen Dienstleistungen nutzenden Einkommensmittelklassen und den Dienstleistungsarbeiterinnen und -arbeitern, über die Frage, wie repressiv der Staat reagieren könnte, sollten Vertrauensverlust und schwache Wachstumszahlen einmal zu stärkeren Protesten führen.

Sie sprechen auch darüber, was sie gerne aus dem Westen importieren würden, und über »Aufregerthemen« im Westen wie das »Social Credit System« und die Lage der Uiguren.

Jenseits der »China-Berichterstattung in deutschen Medien«, deren Einseitigkeit die Rosa-Luxemburg-Stiftung in der gleichnamigen Studie zur Corona-Politik offengelegt hat, hätte eine vernünftige China-Politik im Westen folgende Schlüsse zu ziehen. Eine neue Blockkonfrontation würde der Menschheit die letzten Chancen nehmen, die Klimakatastrophe abzuwenden. Sie würde zwangsläufig Nationalismus, Militarismus, Rassismus und Irrationalismus befördern und nicht nur die Gefahr eines neuen Weltkriegs beträchtlich steigern, sondern auch zur Einschränkung von bürgerlichen Freiheiten der Wissenschaft, Presse, Meinung und so weiter führen sowie soziale Standards und die Rechte der arbeitenden Klassen unter Druck setzen. Die autoritäre Bedrohung kommt nicht von außen, sie kommt von innen. Entspannungspolitik ist der Schlüssel zu sozialeren, demokratischeren und freierlicheren Verhältnissen, weil sich nur so die inneren Widersprüche entfalten können. Reale oder wahrgenommene Bedrohungen von außen führen zu einem Burgfrieden der Klassen und einer Wagenburgmentalität. Schließlich muss man sich die weltgeschichtliche Bedeutung Chinas vergegenwärtigen, dessen wirtschaftliche Entwicklung auch dem Globalen Süden bewiesen hat, dass wirtschaftlicher Fortschritt und der Kampf gegen die Klimakatastrophe sich nicht ausschließen, sondern bedingen. ●

**Ingar Solty** beschrieb in konkret 10/23, wie sich der Westen am chinesischen Modell orientiert

# Kluge Köpfe, starke Texte

Einzelheft  
Im Abo 7,8

Einzelheft  
Im Abo 7,8

Einzelheft  
Im Abo 7,8

Einzelheft  
Im Abo 7,8

Einzelheft 11 €  
Im Abo 7,80/6,20 €

Blätter für  
deutsche und  
internationale  
Politik

11'23

9'20

7'16

5'12

1'04

**Jetzt das »Blätter«-Aktionspaket bestellen! | [blaetter.de/abo](https://blaetter.de/abo)**



**E**twas mehr als zehn Jahre nach der Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU hat es deren Außenbeauftragter Josep Borrell noch einmal betont: »Die EU ist eindeutig eine Friedensmacht, die sich den globalen Herausforderungen stellt.«

Dieses Selbstlob trifft auf eine weit verbreitete Skepsis. Warme Worte seien das, denen eine entsprechende Praxis fehle; die EU werde ihrer Rolle keineswegs gerecht; zunehmende Militarisierung und ihr Engagement im Ukraine-Krieg – den die EU bisher mit 3,5 Milliarden Euro mitfinanziert hat –

men. Also nicht länger zu fragen, was das EU-Projekt eigentlich sein *könnte* oder *sollte*, sondern zu klären, was es *ist*. Dazu ein kurzes (und selbstverständlich verkürzendes) Angebot in fünf Schritten: Was will die EU? Wessen Interessen vertritt sie, wem nützt sie – und wem nicht?

### **1. Die EU ist ein imperialistisches Konkurrenzprojekt**

Die EU ist nicht auf die Welt gekommen, um die europäischen Völker nach zwei Weltkriegen auszusöhnen, wie es gerne dargestellt wird. Es gibt sie auch nicht deshalb, weil die

mit der Pax Americana, die unter gewaltbewehrter US-Oberhoheit die freie Konkurrenz auf dem Weltmarkt gebot (siehe **konkret** 11/23). Es war also bereits in der Geburtsstunde kein sonderlich friedliches Ziel, dem sich dieser Zusammenschluss von Nationalisten verschrieb. Wenn an der Rede vom Frieden etwas dran ist, dann nicht mehr als dass ein paar europäische Staaten sich gegen äußere Feinde verbünden und einander dafür den Frieden versprechen. Und nebenbei: So kommen ja überhaupt Bündnisse in der Staatenwelt zustande – weil einzelne Nationen sich der Konkurrenz mit größeren Mäch-

# Make Europe great again

## Ein imperialistisches Konkurrenzprojekt im Schafspelz.

**Von Renate Dillmann und Johannes Schillo**

führten das an sich lobenswerte Vorhaben ad absurdum. Zudem ist die legendäre europäische Zivilgesellschaft – von »Brot für die Welt« bis »Pro Asyl« – maßlos enttäuscht von einer Friedensgemeinschaft mit Festungscharakter, mit Tausenden Ertrinkenden im Mittelmeer und der schnörkellosen Funktionalisierung »autokratischer« Anrainerstaaten dafür, die aus den ruinierten und vom Krieg zerstörten Ländern Afrikas und Asiens Flüchtenden um jeden Preis fernzuhalten.

Auch die beschworene Einigung und Versöhnung *innerhalb* Europas nach den »Jahrhunderten von Kriegen« erscheint nicht gesichert. Großbritannien hat sich aus der Gemeinschaft bereits verabschiedet. Und der Rest der 27 Staaten ist keineswegs »einig« – nicht einmal angesichts des »an die europäischen Grenzen« herangerückten Kriegs, wie es Borrell behauptet (wobei zu fragen wäre, von welcher Einigkeit da die Rede ist, wenn es schon einen Krieg braucht, um sie zum Tragen zu bringen). Sowohl in der Frage nach dem Umgang mit den Flüchtenden wie in der Stellung zum neuen Krieg in Nahost zeigen sich heftige Differenzen, und in fast allen EU-Staaten gewinnen anti-europäische Positionen an Gewicht.

30 Jahre EU-Binnenmarkt sind ein guter Anlass für eine Bilanz – und dafür, von einigen gängigen Irrtümern Abschied zu neh-

Idee des Nationalstaats nicht mehr in die Zeit passt. Die EU entstand – ganz im Gegenteil – als Bündnis europäischer Nationalstaaten, denen ihre eigene Macht zu gering erschien. Der letzte Krieg hatte zwei Großmächte hervorgebracht – die USA und die UdSSR –, und kein europäischer Staat, ob nun Kriegsgewinner oder Kriegsverlierer, konnte diesen beiden zukünftig auch nur annähernd gewachsen sein. Im beginnenden Kalten Krieg stellten sich die westeuropäischen Staaten auf die Seite der neuen antikommunistischen Allianz, traten in die Nato ein und verbündeten sich mit den USA gegen den Ostblock.

Gleichzeitig hatten sie das Bedürfnis, sich zusammenzuschließen – zunächst einmal, um ökonomisch der Übermacht USA standzuhalten. Denn die USA besaßen die einzige nicht zerstörte kapitalistische Ökonomie nach dem Krieg; Produktivität und Größe ihres Kapitals waren allen anderen überlegen; sie hatten die einzige intakte Währung und eine unumstrittene militärische Überlegenheit, die sie mit dem Einsatz zweier Atombomben am Kriegsende unter Beweis stellten.

Die EU (damals noch EWG) sollte daher das Mittel der europäischen »Kleinststaaten« für ihre Konkurrenz mit den anderen, vor allem den USA, sein. Natürlich im Einklang

ten nicht gewachsen sehen und deshalb einen Zusammenschluss eingehen.

Die EU-Staaten haben ihre Länder in der Folge als Mittel für diese imperialistische Konkurrenz zugerichtet. Das hatte Konsequenzen, notwendigerweise auch jenseits der gängigen Visionen und Legitimationen. Unter anderem die, dass die EU immer größer werden will, denn sie misst sich an den existierenden Weltmächten: den USA, der Sowjetunion beziehungsweise heute Russland sowie als nicht vorgesehenem Newcomer China. Die EU will solchen Welt(-wirtschafts-)mächten auf Augenhöhe entgegen treten – aber dafür ist sie immer noch zu klein. Sie hat es zwar schon auf 27 Staaten gebracht, aber das reicht nicht. Weitere Beitrittskandidaten müssen aufgenommen werden, und der Konflikt um die Ukraine zeigt nicht zuletzt die Hindernisse, die es hier zu überwinden gilt.

### **2. Die EU will und muss Weltwirtschaftsmacht werden**

Allerdings reicht die bloße Verfügung über Fläche und Masse an Volk nicht aus, wenn man sich mit einer kapitalistischen Supermacht wie den USA messen will. Die EU wollte und musste für dieses Programm selbst zu einer konkurrenzfähigen Weltwirtschaftsmacht werden. Dafür hat sie in den letzten



Jahrzehnten viel unternommen und die Länder Europas entsprechend ausgerichtet.

Der europäische Kapitalismus war dem amerikanischen zunächst in jeder Hinsicht unterlegen, es fehlte an Kapitalgröße und -produktivität. Das musste anders werden. Zölle und andere Handelshindernisse im Inneren der EU wurden beseitigt, schrittweise wurde die Freiheit für den Verkehr von Waren, Kapital, Dienstleistungen und Arbeitskraft eingeführt. Das europäische Kapital bekam Zugriff auf einen enorm vergrößerten Markt – 500 Millionen Menschen hat die EU inzwischen vereint und mit ihnen ein BIP von 15 Billionen Euro. Dieser Markt ist einer der größten der Welt, wobei er sich heute, wie der zuständige EU-Kommissar Thierry Breton zum Jahresbeginn 2023 erklärte, »vor allem durch die USA bedroht« sieht.

Wenn die Linken das »Europa des Kapitals« kritisieren, sollten sie allerdings zur Kenntnis nehmen, dass die EU ein Staatenbündnis ist und kein »Instrument der Konzerne«. Die EU-Staaten haben ihren Unternehmen Wachstumsbedingungen zur Verfügung gestellt und einen Auftrag erteilt, um die weltwirtschaftlichen und -politischen Ambitionen der Souveräne voranzubringen. Der Auftrag lautete: Wachsen, einander Konkurrenz machen, Kapitalakkumulation und -konzentration erzeugen, um auf diese Weise irgendwann den US-Konzernen Paroli bieten zu können. In Ausnahmefällen gab es dafür auch eine staatliche Kooperation, um Kredit für die Schaffung eines europäischen Kapitals zur Verfügung zu stellen. Airbus ist hier ein prominentes Beispiel, ein eigenes Kapitel auch die beabsichtigte Schaffung eines rüstungsindustriellen Komplexes in Europa.

Heute werden in der EU 14 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet. Deutschland ist mit seiner verhältnismäßig kleinen Bevölkerung Vize-Exportweltmeister und in der EU mit Abstand die größte Volkswirtschaft (mit einem BIP von 3,87 Billionen Euro im Jahr 2022). Solche Erfolge sind für ein ambitioniertes Bündnis dieser Art und seine deutsche Vormacht aber kein Grund, sich auszuruhen. Im Gegenteil, die Ansprüche wachsen. Die EU hat schon 2000 in Lissabon ihr Ziel formuliert, »die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen« – eine enorm selbstbewusste Kampfansage an andere Staaten und deren Wirtschaftsräume. Unter dem Anspruch, die konkurrenzfähigste Wirtschaft der ganzen Welt zu besitzen, tun es diese EU-Staaten einfach nicht! Und Donald Trump hat klargemacht, dass er sie genau verstanden hat: »Die EU ist ein Feind.«

Solche programmatischen Erklärungen zeigen, wie sehr den Beteiligten bewusst ist, dass sie in einer Weltwirtschaft agieren, in der die jeweiligen Aktivitäten nicht in einem harmonischen Ergänzungsverhältnis ste-

hen – wie sonst gern erzählt wird. Der Wettbewerbserfolg des einen geht letztlich auf Kosten des anderen. Die EU-Staaten kündigen ja definitiv an, dass sie die globale Staatenkonkurrenz gewinnen wollen. Die entsprechenden Maßnahmen haben bekanntlich zu jeder Menge unschöner Konsequenzen geführt und tun das täglich weiter. Erinnert sei nur an einige:

- Eine Weltwirtschaftsmacht braucht eine billige Energieversorgung, auf die ihre Industrie jederzeit zugreifen kann (siehe Schadt/Weis in **konkret 1/23**). Deshalb wurden die EU-Staaten früher rücksichtslos gegen Schäden für Mensch und Natur mit AKW vollgestellt, und die jetzt angesagte »Energiewende« folgt demselben Muster.

- Eine Weltwirtschaftsmacht braucht eine hochprofitable Landwirtschaft. Das heißt: Ende für die kleinen Bauern, nur gro-

dem massenhafter Nichtgebrauch mit der Folge, dass halbe Städte zu »sozialen Brennpunkten« avancieren. Und die finale Perspektive heißt: »Altersarmut – aber sicher!« (**konkret 5/23**).

- Ganz Europa wird strikt danach sortiert, wo sich Geschäfte machen lassen und wo nicht. Der vereinbarte Freihandel bedeutet nach innen, dass sich alle in eine permanente Konkurrenz treiben, in der am Ende nur das größte und produktivste Kapital bestehen kann. Das wissen und das wollen die EU-Staaten, weil sie nur auf diese Weise global konkurrenzfähig werden. Die Länder und Regionen Europas werden entsprechend brutal nach den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals ausgerichtet. Manche Regionen werden mit Fabriken vollgestellt, von Autobahnen und ICE-Trassen durchzogen; LKW, Züge und Flugzeuge transportieren ununterbro-



**Der Stinkefinger aus der Pfalz: Bundeskanzler Helmut Kohl vor der Europa-Fahne, Brüssel 1998**

ßes Agrarkapital kann überleben. Folgen: Pestizide, Hormone, eine endlose Kette von Lebensmittelskandalen, Hungerlöhne für Spargelstecherinnen und Schlachtarbeiter ...

- Eine Weltwirtschaftsmacht muss ihre Arbeitskraft spitzenmäßig ausbeuten. Die Konsequenzen für die lohnabhängige Bevölkerung sind im Normalfall viel Arbeit für wenig Geld sowie jede Menge Arbeitslosigkeit als Zugabe, weil Firmen sich erfolgreich durchsetzen, also Arbeitskraft durch den Einsatz von Maschinen überflüssig machen, somit die Produktionskosten senken, oder weil sie keinen Erfolg haben, von anderen kaputt konkurriert werden. Unterm Strich bleiben der systematische Gebrauch und Verschleiß der Arbeitskraft als Wahrheit des Wohlstandsversprechens für diese Klasse. Mehr als ein »normaler« oder prekärer Arbeitsplatz ist für sie nicht im Programm, zu-

chen Waren an und ab; Stress und Lärm für die dort Wohnenden spielen keine Rolle. Das sind die erfolgreichen Staaten, in denen das Geschäft floriert. Die weniger erfolgreichen verkommen; wenn sie Sonne und eine Meeresküste haben, taugen sie als Erholungsgebiete für zahlungskräftige Gäste aus den Zentren und werden mit Bettenburgen und Luxushotels zugepflastert.

- Mit ihrer wachsenden Kapitalgröße und -produktivität ringen diese Zentren einzelne Firmen und ganze Branchen in anderen EU-Ländern nieder. Das gilt natürlich besonders für diejenigen, die in der zweiten, dritten, vierten Erweiterungswelle der EU beigetreten sind. Viele der Südländer waren noch halbe Agrarstaaten, die Zerfallsprodukte des Ostblocks verfügten über eine Wirtschaft, die nicht auf (Weltmarkt-)Konkurrenz eingestellt war. Sie traten in die EU ein,



weil sie sich von ihr eine marktwirtschaftliche Entwicklung versprochen – ein Sonderfall von »passivem Imperialismus«. Denn über eigenes Kapital verfügten sie nicht, ebenso wenig über Alternativen eines nationalen Aufbruchs.

Alles in allem hat es die EU zu einer heftigen Sortierung ihrer Mitgliedsländer gebracht, in kapitalistisch entwickelte und erfolgreiche Staaten wie Deutschland und in Staatsgebilde an ihrer Peripherie, die so etwas wie eine Dritte Welt in Europa darstellen – Armenhäuser, in denen nur wenig verwertbar erscheint, ansonsten eine weitgehend für überflüssig erklärte Bevölkerung existiert. Das sind, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, die internen Konsequenzen des EU-Programms.

### 3. Mit dem Euro will die EU die ökonomische Vormachtstellung der USA angreifen

Bei der Einführung einer gemeinsamen Währung ging es sicher nicht darum, Touristen innerhalb der EU den lästigen Umtausch zu ersparen. Das Ziel war und ist, den USA und ihrem Dollar, dem bislang einzigen Weltgeld, entgegenzutreten. Warum ist das wichtig? Der Dollar wird auf der ganzen Welt verwendet – als Handelswährung (etwa im Ölgeschäft), bei Investitionen und Krediten. Die daraus entstehende große Nachfrage nach seiner Währung macht es dem US-Staat leicht, das heißt billig, sich zu verschulden. Damit kann er wiederum seinen Standort fördern und seine Machtmittel ausbauen, »Militärhilfe« leisten oder selber Kriege führen – alles, was ein erfolgreicher Staat eben braucht.

Das wollen die Euro-Staaten auch, sprich: eine Währung, die sich kapitalistisch so produktiv einsetzen lässt. Ihre jeweiligen nationalen Währungen konnten einen solchen Anspruch im globalen Geschäft nicht durchsetzen, auch die auf Grund ihrer Kapitalerfolge hochgeschätzte D-Mark nicht. Also taten sich die führenden Staaten zusammen und schufen – als ökonomische Weltneuheit! – eine »Gemeinschaftswährung«. Natürlich war das eine Kampfansage an die USA auf einem neuen Niveau. Denn ihnen sollte die Verfügung über etwas streitig gemacht werden, das bis dahin ihr exklusiver Besitz war und sie unter allen kapitalistischen Nationen hervorhob.

Aus Sicht des EU-Projekts ist der Euro also eine unentbehrliche Angelegenheit. Mit ihm steht und fällt das gegen die USA gerichtete Konkurrenzvorhaben.

Damit ist auch klar, wofür die Euro-Staaten seit 2007 eigentlich kämpfen, als ihre Währung in eine Krise geriet. Man kann es den Aussagen der europäischen Politiker entnehmen, die die Finanzkrise zunächst als amerikanischen Schadensfall einstufen wollten und sich dann – ungerechterweise! – mit einer eigenen Staatsschuldenkrise konfrontiert

sahen: Der Euro durfte keinesfalls scheitern, sonst würden die beteiligten Staaten entscheidend zurückfallen. Nach Merkels Worten von 2012, als die Bewältigung der Eurokrise auf Kosten der Südeuropäer beschlossen wurde, ist der Zusammenhalt in der EU eine Frage von Krieg und Frieden!

Die Kritik von links, etwa von der seinerzeit hochgelobten Partei Syriza, lautete: Das ist eine »soziale Ungerechtigkeit« – der Staat vergreift sich fahrlässig oder mit Absicht an den Schwachen der Gesellschaft statt an den Reichen. 99 blechen für das eine Prozent! Dieser Einspruch übersieht, dass Europa mit all seinen Projekten in jeder Hinsicht von dem florierenden Wachstum seiner Wirtschaft lebt. Der Erfolg seines Kapitals und deshalb gerade auch das Geschäft seiner Banken liegen ihm also notwendigerweise mehr am Herzen als die Gelder für die Sozialpolitik. Das hat nichts mit neoliberalen Wahnsinn zu tun, sondern – hier ist den Wirtschaftsexperten einmal ausdrücklich recht zu geben – das ist die brutale Logik eines kapitalistischen Standortbetreuers.

### 4. Die EU braucht eine strategische Absicherung ihrer Interessen

Klar ist, dass zu einem solchen Projekt, das seine Interessen weltweit geltend machen will, das auf allen Märkten zu Hause ist und den ganzen Globus für seine wirtschaftliche Stärkung benutzt, eine politische und strategische Absicherung gehört. Schließlich bereitet das globale Herumfuhrwerken keineswegs überall Freude, sondern:

- es zerstört die Lebensgrundlagen auswärtiger Völker;
- es macht anderen Wirtschaftsmächten ihre Märkte und Einflussgebiete streitig;
- es nutzt aus, dass andere Staaten zur Zulassung von freiem Handels- und Kapitalverkehr erpressbar sind – mit der Folge von kollabierenden Ökonomien und Staaten, regionaler »Instabilität« (die zunehmend die Entsendung von »Schutztruppen« nötig macht, wie es in der Kolonialära hieß) und natürlich mit »irregulärer Migration«, dem aktuellen Schreckgespenst der EU.

Deshalb hat die EU das Bedürfnis, ihre globalen Interessen mit einer eigenen Außen- und Sicherheitspolitik abzusichern, und auf diesem Feld auch schon vieles unternommen – lange bevor Putin den Krieg nach Europa »zurückbrachte«.

Ein wesentlicher Programmpunkt ist die Abschottung ihres Wirtschaftsraums vor den Flüchtlingen, deren Heimat sie tatkräftig mitruiniert. Denn es kommt natürlich überhaupt nicht in Frage, dass die Opfer ihrer ökonomischen und militärischen Aktionen in die europäischen Zentren gelangen und dort irgendeine Art von Lebensrecht beanspruchen. Also gehört auch die *Festung Europa* notwendig zu diesem imperialistischen Projekt.

### 5. Euro-Skeptizismus und Neofaschismus sind Resultate des deutschen Erfolgs

Die EU- und die Euro-Staaten profitieren in unterschiedlicher Weise von der EU, dem freien Waren-, Kapital-, Dienstleistungs- und Arbeitnehmerverkehr ebenso wie von ihrer gemeinsamen Währung. Deutschland hat sich durch Benutzung der anderen Staaten gegen sie durchgesetzt und ist heute Führungsmacht. Es münzt seine ökonomischen Konkurrenzserfolge um in politische: Als Wirtschaftsmacht, von deren Erfolg alle anderen inzwischen abhängig sind, dominiert Deutschland wesentliche Entscheidungen, was bei der Bewältigung der Finanzkrise und der Behandlung Griechenlands deutlich wurde.

Europäische Einigung hat übrigens ihre Tradition. Reichskanzler Bethmann-Hollweg zu Beginn von Weltkrieg Eins: »Dieser Verband, wohl ohne gemeinsame konstitutionelle Spitze, unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muß die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren.« Die Nationalsozialisten zu Beginn von Weltkrieg Zwei: »Man sollte grundsätzlich nur von Europa sprechen; denn die deutsche Führung ergibt sich von selbst.«

Die kühnen Ziele dieser deutschen Patrioten scheinen heute weitgehend erreicht.

Kein Wunder also, dass bei allen EU-Staaten, die ja immer noch souveräne Nationalstaaten sind, Bedenken aufkommen, ob die Einordnung in diese Gemeinschaft ihnen nicht schadet. Euro-Skeptizismus und Neofaschismus sind also nicht einfach ein Rückfall in alte nationalstaatliche Denktraditionen oder das Wiederaufleben eines ewiggestrigen braunen Standpunkts. Sie sind vielmehr ein Resultat der EU selbst. Und die Protagonisten dieses Standpunkts werden tatkräftig von den USA unterstützt; das gilt insbesondere für die »neuen« (osteuropäischen) Staaten.

Großbritannien – selbst Nation mit Großmachtanspruch – hat die Konsequenz gezogen und die deutsch dominierte Gemeinschaft verlassen. Beim Brexit haben die EU-Staaten exemplarisch klargestellt, wie hart ein solcher Schritt bestraft wird. Den Widerspruch ihres eigenen Projekts haben sie damit allerdings nicht beseitigt.

Mehr rücksichtslose Durchsetzung nach innen, Streit um die Führung innerhalb der EU und Kampf um die Vormacht nach außen, mehr Aufrüstung, mehr Militanz – das ist die Konsequenz, die alle EU-Mitglieder ziehen. Darin wenigstens ist diese Gemeinschaft einig.

**Renate Dillmann und Johannes Schillo**  
schrieben in konkret 11/23 über Gewalt als Geschäftsgrundlage des globalen Kapitalismus



**B**einahe wäre die sogenannte »Reform« des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) an der Haltung diverser europäischer Staaten zur Seenotrettung gescheitert. Anfang Oktober haben sich die 27 EU-Mitglieder aber doch noch auf eine Position zur Krisenverordnung geeinigt und damit den Weg für Verhandlungen mit dem Parlament frei gemacht. Dort hingen bereits acht weitere Verordnungen fest, die Teil des GEAS sind und zu denen die Regierungen ihre Verhandlungsposition schon beschlossen hatten. Allerdings wollten die Abgeordneten die Gesetzestexte nur als Gesamtpaket verhandeln. Dieser »Trilog« zwischen Rat, Parlament und Kommission hat nun begonnen und läuft auf Hochtouren. Denn im Juni wird in der EU das Parlament neu gewählt und der parlamentarische Betrieb bis dahin langsam heruntergefahren. Vorher nicht abgeschlossene Gesetzesinitiativen müssten anschließend komplett neu aufgerollt werden.

Erste Überlegungen zu einer GEAS-Reform stammen aus dem Jahr 1999, und mit den Fluchtbewegungen seit 2015 haben sie wieder an Dynamik gewonnen. Ab 2020 hat die Kommission deshalb vorgeschlagen, das GEAS-Gesamtpaket in einzelne Richtlinien

und der Rat daraufhin einen entsprechenden Durchführungsbeschluss erlässt, können Regierungen Geflüchtete für 20 Wochen in sogenannte Grenzverfahren zwingen. Auf die Einführung dieser Verfahren, während derer die Geflüchteten in geschlossenen Lagern an den Außengrenzen untergebracht werden, hatten sich die EU-Innenminister/innen bereits Anfang Juni in der Asylverfahrensverordnung geeinigt und dabei einen Aufenthalt bis zu zwölf Wochen festgelegt. Dieser soll für alle Ankommenden verpflichtend sein, eine Ausnahme könnte es für unbegleitete Minderjährige geben. Mit der Krisenverordnung soll die Inhaftierung abgelehnter Asyl Antragsteller von zwölf Wochen auf bis zu zwanzig Wochen verlängert werden.

Gemäß einer ebenfalls neuen Screening-Verordnung wird in den Lagern zunächst versucht, die Identität der Asylsuchenden zu bestimmen. Hierzu können sie bis zu 15 Tage festgehalten werden. Ihre Gesichtsbilder und Fingerabdrücke werden dann in der seit 20 Jahren bestehenden Eurodac-Datei gespeichert. Bislang werden Antragsteller ab 14 Jahren biometrisch erfasst, dem Neuentwurf der Eurodac-Verordnung zufolge soll die Verordnung nun auch für Kinder ab sechs Jahren gelten.

te bei sich tragen oder bei einer Anhörung widersprüchliche Angaben gemacht haben. Dies könnte ihnen bald sogar als »Täuschung« ausgelegt werden und zu einer Ablehnung des Asylanspruchs führen. So wird es jedenfalls gerade in den Trilog-Verhandlungen zur Asylverfahrensverordnung diskutiert.

Asylanträge von Personen aus vermeintlich sicheren Herkunftsstaaten mit niedrigen Anerkennungsquoten sollen in sogenannten »beschleunigten Verfahren« geprüft werden. Nach dem Willen der EU-Staaten soll diese Quote bei höchstens 20 Prozent liegen. Die sogenannte Drittstaatenregelung bedeutet: Wer über ein als »sicherer Drittstaat« eingestuftes Land über die EU-Grenze gekommen ist, dessen Antrag wird inhaltlich nicht mehr geprüft. Um welche Staaten es sich dabei handelt, muss noch festgelegt werden. Der Entwurf für die Asylverfahrensverordnung nennt unter anderen zahlreiche Balkan-Staaten und die Türkei. Auch in Länder wie Indien oder Tunesien könnten abgelehnte Asylsuchende nach einem negativ ausgegangenen Grenzverfahren direkt abgeschoben werden. Möglich wäre dem Entwurf zufolge sogar die Abschiebung in Staaten, in denen nur einzelne Regionen oder nur einzelne Personengruppen als »sicher« gelten.

Es gehe bei den Verhandlungen »um nicht weniger als um die Überwindung der tiefen Spaltung Europas und die Zukunft des Schengen-Raums«, schreibt das Bundesinnenministerium zum geplanten »Pakt zu Migration und Asyl«. Gemeint sind Konflikte etwa mit osteuropäischen Staaten, die sich in der Visegrád-Gruppe zusammengeschlossen haben. Die besteht aus Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn und lehnt grundsätzlich jede Verbesserung der Situation von Geflüchteten in Europa ab. Deshalb haben die Regierungen dieser vier Staaten im Rat auch gegen die Krisenverordnung gestimmt: Ihnen geht das geplante Gesetz nicht weit genug.

Eine »tiefe Spaltung« gibt es aber auch zwischen den Mittelmeeranrainern und den übrigen EU-Mitgliedern. Länder wie Italien und Griechenland tragen die Hauptlast bei der Aufnahme von Geflüchteten, die weiterhin in großer Zahl mit Booten aus Nordafrika über das zentrale Mittelmeer kommen. Gemäß des geltenden Dublin-Systems sind für die Bearbeitung von Asylanträgen grundsätzlich jene Regierungen zuständig, auf deren Hoheitsgebiet Geflüchtete zuerst in der EU ankommen (das sogenannte »Kriterium der Ersteinreise«). Rom und Athen lassen viele Schutzsuchende aber weiterreisen und sorgen dadurch für Ärger bei den Ziel- und Transitstaaten innerhalb der EU.

Deshalb soll die Dublin-III-Verordnung nun durch eine Asyl- und Migrationsmanagement-Verordnung ersetzt werden. Einzelne Länder könnten dann unter bestimmten Bedingungen einen erhöhten »Migrations-

# Es darf geschossen werden

## Die EU-Verhandlungen zum Abbau des Asylrechts laufen auf Hochtouren. Von Matthias Monroy

und Verordnungen aufzuteilen. In Brüssel trägt das Vorhaben seitdem den Titel »Pakt zu Migration und Asyl«.

Die zuletzt auf den Weg gebrachte Krisenverordnung soll wesentliche Garantien des Asylrechts in der EU abschaffen. Einen überarbeiteten Vorschlag dazu hatte die amtierende spanische Ratspräsidentschaft eingebracht: Wenn die EU-Kommission nach einer Situation »höherer Gewalt« einen »Massenzustrom« von Migranten feststellt

Während der Grenzverfahren in den haftähnlichen Lagern wird so getan, als wären die Betroffenen noch nicht in der EU angekommen (die sogenannte »Fiktion der Nicht-Einreise«). Der Zugang zu Rechtsmitteln gegen ablehnende Asylbescheide ist dabei beschränkt. In die Grenzverfahren kommen den Plänen zufolge auch alle Flüchtenden, die als Gefahr für die öffentliche Sicherheit betrachtet werden. Dazu zählen auch Personen, die entweder keine gültigen Dokumen-





Picture Alliance: Daniel Kubitski

## Hoffen auf »Instrumentalisierung«: Migranten in einem Holzboot auf dem zentralen Mittelmeer, 2021

druck« vermelden, und andere Mitgliedsstaaten wären verpflichtet, Schutzsuchende aus diesen Ländern aufzunehmen und deren Asylanträge zu bearbeiten. Alle 27 EU-Mitglieder sollen der Europäischen Kommission dafür jährlich ihre Kapazitäten für »Umsiedlungszusagen« mitteilen, diese werden anschließend in einem »Solidaritätspool« verzeichnet. Die hierfür nötigen Finanzmittel sollen aus Brüssel bereitgestellt werden. Staaten, die sich nicht am »Solidaritätspool« beteiligen wollen, können sich gemäß der Asyl- und Migrationsmanagement-Verordnung davon freikaufen. Für jeden nicht aufgenommenen Asylsuchenden müssen die Regierungen nach derzeitigem Vorschlag 20.000 Euro als »Verantwortungsausgleich« in einen Fonds für Migrationsmanagement einzahlen. »Unsolidarische« EU-Staaten könnten aber auch andere Maßnahmen zur Migrationsabwehr finanzieren und als »Verantwortungsausgleich« etwa die libysche oder tunesische Küstenwache unterstützen. Auf diese Möglichkeit hatten vor allem die Visegrád-Staaten gedrängt.

Das Auswärtige Amt und das Bundesinnenministerium hatten sich im Rat bis zuletzt gegen den Beschluss der Krisenverordnung gesperrt, dann aber, um den gesamten »Pakt zu Migration und Asyl« nicht zu gefährden, doch zugestimmt. Unter anderem war die Position der Bundesregierung, dass keine Minderjährigen in die verlängerten Grenzverfahren gezwungen werden sollten. Die Verhandler aus Berlin wollten auch nicht, dass die Krisenverordnung bei einer »Instrumentalisierung« von Migranten greift. Ge-

meint sind Situationen wie die an der Außengrenze zur Türkei oder Belarus. Die dortigen Regierungen hatten ab 2020 Asylsuchenden die Weiterreise in die EU erleichtert und sie – im Fall der Türkei – mit Bussen zur Grenze gefahren. Am Ende ist der fragliche Passus in der Krisenverordnung aber nicht entfernt worden. Dort steht nun, dass eine »Instrumentalisierung« von Migranten dann vorliegt, wenn ein Drittland »die irreguläre Migration in die Union anstiftet, [...] fördert oder erleichtert oder sogar erzwingt«.

Explizit genannt werden in der Krisenverordnung auch »nichtstaatliche Akteure«, die einen Mitgliedsstaat »destabilisieren« könnten. Italien besteht auf diese Regelung und will sie, sofern sie denn vom EU-Parlament in den Trilog-Verhandlungen abgenickt wird, auch gegen unliebsame Seenotrettungsorganisationen anwenden. So soll eine »Krisensituation« auch dann ausgerufen werden können, wenn ein »Massenzustrom« nach der Ausschiffung einer größeren Zahl von Geflüchteten im Hoheitsgebiet des betreffenden Mitgliedsstaats erfolgt. Auch gegen diese Formulierung hatten sich das Auswärtige Amt und das Bundesinnenministerium gesperrt und eine Zusatzklausel verlangt. Diese sollte verhindern, dass Seenotrettungsmaßnahmen als »Instrumentalisierung« gewertet werden können. Italien hat jedoch die Streichung der Klausel aus dem Hauptteil des Verordnungsentwurfs durchsetzen können.

Zu Recht werden die Einzelteile des »Pakts zu Migration und Asyl« von migrations-solidarischen Verbänden und Gruppen heftig kritisiert. »Das ist eine Krise der

Menschlichkeit und eine Krise der Menschenrechte. Es ist auch eine Krise der Rechtsstaatlichkeit in der EU«, haben 55 Organisationen aus Deutschland in einem offenen Brief zur Krisenverordnung festgestellt.

Größeres Ungemach droht auch mit der anvisierten Änderung des Schengener Grenzkodex, die ebenfalls zum »Pakt zu Migration und Asyl« gehört. Im Falle eines »Massenzustroms« von Schutzsuchenden könnte die EU dann einzelne Übergänge oder ganze Abschnitte an den Außengrenzen schließen und damit etwa an den Landesgrenzen zu Belarus oder der Türkei auch die legale Einreise komplett unterbinden.

Diesen Schuss hat vermutlich Jens Spahn gehört, der kürzlich orakelte, dass die EU-Außengrenzen angesichts zuviel unerwünschter Migration »bald geschlossen« würden. Auf trotzdem zu erwartende »irreguläre Migrationsbewegungen« müsse dann »mit physischer Gewalt« reagiert werden. Der Ex-Gesundheitsminister fasst damit gut zusammen, worum es bei der GEAS-Reform eigentlich geht: die weitgehende Entrechtung, Entmenschlichung und Instrumentalisierung von Schutzsuchenden durch die EU-Staaten. An den abgeriegelten Außengrenzen kann dann letztlich auch geschossen werden, wie es die damaligen AfD-Vorsitzenden Frauke Petry und Beatrix von Storch während der so bezeichneten »Migrationskrise« 2016 gefordert hatten. ●

**Matthias Monroy schrieb in konkret 10/22 über die Migrationsabwehr durch Frontex und die Bundespolizei in Libyen**



# Brücke nach rechts

## Sahra Wagenknecht wird eine neue Partei gründen. Ein Programm gibt es noch nicht. Wofür steht die zukünftige Partei, und wen will sie erreichen? Von Marcel Hartwig

**A**ller Anfang ist Vereinsmeierei. Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) agiert vorerst als Verein, dem eine Parteigründung folgen soll. Es wäre wahrlich nicht die erste Partei, die in Deutschland aus einem Verein hervorginge. Aber um einen Verein in eine erfolgreiche Partei umzuwandeln, braucht es mehr als den juristisch korrekten Gründungsakt und eine gut besuchte Pressekonferenz in Berlin. Das weiß Wagenknecht aus eigener Erfahrung. Mit dem Aufbau einer eigenen Organisation hat sie schlechte Erfahrungen gemacht. Ihr Projekt »Aufstehen« scheiterte. Nun versucht sie es mit einer Partei. Parteigründungen, das zeigt ein Blick in die Geschichte der Bundesrepublik, ziehen zuverlässig Glücksritter, Hochstapler, Karrieristen und andernorts gescheiterte Existenzen an. Darum wissend kündigte Wagenknecht bei ihrer Pressekonferenz an, man werde den Parteaufbau langsam und mit Umsicht beginnen, um Querulanten fernzuhalten. Doch

selbst wenn dies gelingen sollte, stellt der Aufbau von handlungsfähigen Kreis- und Landesverbänden unter der Maßgabe des beabsichtigten Antritts zu den drei Landtagswahlen in den ostdeutschen Bundesländern 2024 keine leichte Aufgabe dar.

Wer nach programmatischen Aussagen der geplanten Wagenknecht-Partei sucht, ist auf die Aussagen der Protagonistin in einem auf ihrer Webseite verfügbaren Video und auf ihre Buchpublikationen angewiesen. Aus dieser Zusammenschau und den zahlreichen Talkshow-Auftritten Wagenknechts ergibt sich das Bild einer Politik, die habituell das »Modell Deutschland« der Helmut-Schmidt-Ära imitiert, wirtschaftspolitisch Ludwig Erhard zum Vorbild hat und in der Gesellschaftspolitik alles im beigefarbenen Gewand des Kleinbürgertums der Kohl-Jahre erstrahlen lassen will. Viel ist bei Wagenknecht ganz allgemein von Vernunft und Verantwortung die Rede. Allein ihre Aussagen zu dem, was sie unter sozialer Gerechtigkeit verstanden wissen will, verweist auf ein Ver-

ständnis der Nation als Schicksalsgemeinschaft und deren exklusives Solidaritätsversprechen. Migrationspolitisch spricht sie von Überforderung der Kommunen und Begrenzung von Migration. Gut möglich, dass ihre Positionen zur Flüchtlingspolitik sich alsbald als Mischung von SPD, CDU und AfD erweisen werden, deren Prioritäten bekanntlich Abschiebung, Grenzkontrollen und Sozialleistungsdumping sind, wofür sich wiederum auch die Grünen erwärmen können. **Mainstream also.**

Der Rest verbleibt vorerst in einem populistischen Nebel: hier eine Attacke auf die Lifestyle-Linke, dort eine Breitseite gegen die abgehobenen politischen Eliten. Wagenknecht beherrscht die Komplexitätsreduktion vor allem in ihren Talkshow-Auftritten virtuos. Sie hat von viel Reaktionsärem, das heute als gesunder Menschenverstand durchgeht, etwas im Repertoire. Was ihr völlig abgeht, ist linke Kapitalismuskritik. Sie weiß, was ihre Zielgruppe von ihr erwartet, und redet den Leuten nach dem Mund: von Mana-



Lang ist's her: Sahra Wagenknecht nimmt auf einem Flüchtlingsboot vor dem Bundestag an einer Protestaktion von Sea-Watch teil, 2015



gergehältern ohne Maß, vom ehrlichen Fleiß arbeitender Menschen, denen Anerkennung ihrer Lebensleistung verweigert werde. Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit? Fehlzanzeige.

Ihr fehlendes Programm macht Wagenknecht mit Rhetorik wett. Dass ihre politischen Absichten unscharf bleiben, dürfte Absicht sein. Denn je unbestimmter die Inhalte, desto größer die Gruppe jener, für die die Wahl einer Wagenknecht-Partei eine Option darstellt.

Medial wird Wagenknechts politische Biografie meist recht kurz gehalten. Ihr Aussehen wurde über Jahre bis hin zu einer sexistischen Dämonisierung thematisiert, Aspekte ihres Privatlebens voyeuristisch ausgeschlachtet. Dass Wagenknecht philosophisch zunächst durch Hegel, Peter Hacks und Hans Heinz Holz geprägt wurde, ist vielen unbekannt, wodurch weithin verdeckt bleibt, wie weit sie sich in jeder Hinsicht von jenen sozialistischen Positionen entfernt hat, die ihr Denken zumindest bis in die späten neunziger Jahre bestimmten. Damals galt sie der Öffentlichkeit als orthodoxe Kommunistin und Verteidigerin Walter Ulbrichts, von dem die westdeutsche Publizistik traditionell nur zu gern das Bild des tumulen, gleichwohl sinistren, sächselnden Diktators der »Sowjetzone« (Adenauer) mit Fistelstimme zeichnete. Wagenknechts Interesse für Ulbrichts Versuche, die ausgetretenen ökonomischen Pfade der Planwirtschaft zu verlassen, wurde ihr als purer Stalinismus ausgelegt; auch weil sie – wohl nur kurzzeitig – zu jener linksautoritären Strömung gehörte, die im Angesicht der Niederlage des Sozialismus deren historischen Beginn auf den Versuch der Entstalinisierung nach dem XX. Parteitag der KPdSU datierte; allerdings traf das Attribut »Stalinistin« auf sie nicht wirklich zu; für so viel Differenzierung war schon damals in der öffentlichen Wahrnehmung ihrer Person kein Platz. Doch von Sozialismus, welcher Art auch immer, ist bei Wagenknecht keine Rede mehr.

In einem 2022 von Klaus Weber herausgegebenen kleinen Sammelband skizzierten Autoren wie Peter Bierl und Michael Wendt die Entwicklung des politischen Denkens Sahra Wagenknechts vom Staatssozialismus zur ideologischen Parallelführung mit Positionen der extremen Rechten. Wagenknecht habe, so Weber, über Jahre einen politischen Rechtsschwenk vollzogen, der einem Brückenschlag ins völkisch-nationalistische Lager gleichkomme. Inzwischen propagiere sie das Trugbild einer von der Globalisierung abgeschotteten nationalen Marktwirtschaft, in der eine Art Volksgemeinschaft für gesellschaftlichen Kitt Sorge.

In der extremen Rechten betrachtet man Wagenknecht mit einer Mischung aus Faszination und Furcht. Die Faszination rührt aus der Verbindung ihres politischen Charismas

mit ihrer Vorliebe für Argumentationsfiguren der Rechten. Das rechtsextreme Magazin »Compact« rief sie schon mal ebenso wie zuvor Frauke Petry zur idealen Kanzlerin aus, und der Thüringer AfD-Führer Höcke trug ihr sogar öffentlich einen Übertritt in die AfD an. Im rechtsintellektuellen Vorfeld der AfD war Wagenknecht Monate vor der Ankündigung ihrer Parteigründung Thema. Die Einschätzung dort: Wagenknechts Ausstieg aus der Linkspartei werde die Partei vor allem im Osten implodieren lassen, wovon wiederum bei rechtsaffinen Wählergruppen die AfD profitieren könne. Zugleich jedoch wird Wagenknecht rechtsaußen als Gefahr für die AfD wahrgenommen, weil sie der Partei jene Wähler abspenstig machen könnte, die nicht zur extrem rechten Anhängerschaft der AfD zählten und dennoch ihren nationalen Populismus teilten. Verbunden wird dies in extrem rechten Blogs mit der Mahnung, die AfD müsse ihr soziales Profil stärken, wenn sie Wagenknechts Partei kleinhalten wolle. Man sieht: Es geht um einen Wettbewerb, wer mehr Sozialdemagogie und autoritäre Formierung unter den Bedingungen eines Kapitalismus im dauerhaften Krisenmodus zu bieten hat.

Sogleich nach Wagenknechts Ankündigung, eine eigene Partei gründen zu wollen, fand sich das Institut Insa zu der Prognose bereit, Wagenknechts Partei käme bei Wahlen aus dem Stand auf einen Stimmanteil von mehr als zehn Prozent. Hier wiederholt sich ein prognostisches Muster. Als Thilo Sarrazin 2010 sein vielgelesenes Manifest für die Enttabuisierung von Rassismus und Sozialdarwinismus, *Deutschland schafft sich ab*, veröffentlicht hatte, prognostizierten einige Demoskopen, eine Sarrazin-Partei käme bei Wahlen aus dem Stand auf zehn Prozent Zustimmung. Die 2013 erfolgte Gründung der damals noch rabiater neoliberalen AfD kann als Antwort auf diese Repräsentationslücke des sich ängstigenden Kleinbürgertums verstanden werden. Ob sich dieses Erfolgsmuster im Falle einer Wagenknecht-Partei wiederholen lässt, ist offen. Zweifel sind angebracht. Denn die AfD wirkte in den vergangenen Jahren nicht nur wie ein Staubsauger in allen Spektren der extremen Rechten; sie vermochte auch jene Wähler an sich zu binden, die für eine neue Parteiformation essentiell sind: bisherige Nichtwähler und Wähler anderer Parteien, inklusive der Linkspartei. Will Wagenknecht Erfolg haben, braucht sie ein politisches Alleinstellungsmerkmal, das ihr in den anvisierten Wählermilieus von Arbeitern und Angestellten Anhänger verschafft. Man darf gespannt sein, auf welche Spielart regressiver Gesellschaftskritik ihre Partei letztlich setzen wird. ●

**Marcel Hartwig schrieb in konkret 5/23 über die Brauchbarkeit eines Querfrontbegriffs**

## Die Normalen

Am 22. Oktober wählte die Schweiz ihr Parlament. Wie vorgeschrieben, durfte ein Viertel mangels Schweizerpass nicht mittun, wie üblich blieb mehr als die Hälfte derer, die mittun durften, der Veranstaltung fern, und wie zu erwarten, haben die meisten, die trotzdem mitgetan haben, ein Schweizerkreuz für die SVP gesetzt. Nach geringen Verlusten in der »Klima- und Frauenwahl« 2019 schickte das kleine Vorbild der AfD nun 62 von 200 Delegierten in den Nationalrat nach Bern. »Jetzt ist die Schweiz wieder normal«, titelte der »Blick« und hat recht damit, wenn auch, weil er diese Schweiz als »Hort der Stabilität« preist statt verteuelt, aus den falschen Gründen.

Die SVP, die in den neunziger Jahren unter der Leitung des Chemie-Milliardärs Christoph Blocher und mit der erfolgreichen Aussprache gegen einen Eintritt in den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) zur klar stärksten Partei aufstieg, ist nun mal dort, wo das Schweizer Herz seit 1291 (oder war's 1848?) und erst recht in spätkapitalistischen Zeiten kleinbürgerlicher Verrohung am stärksten klopft: bei der Abwehr der »fremden Vögte« und der »schwarzen Schafe«. Nach dem erneuten Wahlerfolg fordert sie, was sonst, eine Verschärfung der Migrationspolitik und das Ende »grüner Träumereien«.

Während die SVP die ohnehin staatsrassistische Migrationspolitik nur noch lauter bejodelt, sind die umweltpolitischen Mehrheiten im Parlament nun wieder so klar, dass selbst zaghafte Reformen, die vormals hätten Chancen haben können, keine Rolle mehr spielen. Auf dem Umweltplan der SVP stehen eine fossil- und atomfreundliche Energiepolitik sowie eine industrie- und chemiefreundliche Agrarpolitik, bis die antibiotikagemästeten Küken und ihre in Schwarzarbeit ausgebeuteten Aufseher gleichsam urangrün leuchten. Denn die SVP weiß, wo die Gefahr dafür liegt, dass auf diesem Planeten nicht nur ein gutes, sondern überhaupt ein Leben möglich ist: »Die bislang nachhaltigste Katastrophe für die Umwelt trägt einen Namen. Und der heißt Sozialismus.«

Der parlamentarischen Linken kommt einmal mehr die Rolle zu, den Gestaltungswillen dieser ganz »normalen« Partei zu bändigen. **Jan Miotti**



# Rechter Terror an der Saar

**Nach 31 Jahren ist ein Neonazi wegen des Mordes an Samuel Kofi Yeboah verurteilt worden.**  
**Von Andreas Morlo**

**A**m 9. Oktober 2023 wird nach fast einjähriger Verhandlungsdauer das Urteil gegen den aus Saarlouis stammenden Neonazi Peter Werner Schlappal gesprochen, der mittlerweile Peter Werner Schröder heißt. Der zur Tatzeit 20-Jährige wird wegen Mordes an Samuel Kofi Yeboah, zwölffachen versuchten Mordes und zwölfacher versuchter besonders schwerer Brandstiftung zu einer Jugendstrafe von sechs Jahren und zehn Monaten Haft verurteilt. Er muss sämtliche Kosten tragen und bleibt im Gefängnis.

In der Nacht vom 19. September 1991 wird in Saarlouis-Fraulautern auf eine Asylbewerberunterkunft ein Brandanschlag verübt. Zu diesem Zeitpunkt sind 21 Menschen im Gebäude, der Großteil davon schläft. Im Erdgeschoss findet eine Geburtstagsfeier statt. Das Treppenhaus aus Holz wird mit Benzin in Brand gesetzt. Die sich ausbreitende Feuerwalze trifft den im Dachgeschoss wohnenden Yeboah mit voller Wucht. Er stirbt vier Stunden später an seinen schweren Brandverletzungen. Die übrigen Bewohner und Besucher/innen können sich aus dem Haus retten, zwei Männer erleiden dabei schwere Verletzungen durch Sprünge aus dem Fenster. Die Polizei ermittelt, dass es sich um Brandstiftung handelt. Eine Woche später werden Mitglieder der in Saarlouis seit Ende der achtziger Jahre existierenden militanten Neonazi- und Skinheadszene vernommen. Sie geben an, nichts mit der Sache zu tun zu haben. Die Polizei verzichtet auf eine Überprüfung ihrer Aussagen. Die Akte wird im Herbst 1992 geschlossen, ohne dass Tatverdächtige präsentiert werden können. Erst als sich im Oktober 2019 eine Zeugin bei der Polizei meldet und angibt zu wissen, wer für die Tat verantwortlich ist, werden die Ermittlungen wieder aufgenommen. Ein Mann habe ihr die Tat bei einem Grillabend gestanden: »Das war ich, und sie haben mich nie erwischt.« Der Verdacht fällt auf den seit 1991 bekannten und zum harten Kern der Szene zählenden Schlappal, der schließlich

im April 2022 verhaftet und im November desselben Jahres in Koblenz wegen Mordes, zwanzigfachen Mordversuchs und Brandstiftung mit Todesfolge vor Gericht gestellt wird. Er soll sich nach einer Kneipenrunde auf den Weg gemacht und den Brand gelegt haben. Zu Beginn der Hauptverhandlung weist die Verteidigung die Vorwürfe zurück. Im Verlauf des 48 Tage dauernden Prozesses werden mehr als 80 Zeuginnen und Zeugen vernommen. Darunter befinden sich Feuerwehrleute, Polizisten und Polizistinnen, Überlebende des Anschlags und zahlreiche (ehemalige) Nazis. Anhand der Aussagen lässt sich die Situation im Saarlouis der neunziger Jahre nachzeichnen: die rassistische Stimmung in der Gesellschaft, die Verharmlosung und Leugnung der gewalttätigen Naziszene durch Stadt, Politik und Polizei. Es zeigt sich, dass Brandanschläge, Mord und Totschlag innerhalb der Naziszene begrüßt und gefeiert wurden. Als sich nach der Vernehmung der Hauptbelastungszeugin und weiterer Zeuginnen und Zeugen eine Verurteilung abzeichnet, lässt der Angeklagte über seinen Anwalt eine »geständige Einlassung« verlesen. Er räumt seine Beteiligung an dem Brandanschlag zwar ein, für die Tat macht er aber einen Dritten verantwortlich. Nachfragen werden durch den Angeklagten nicht gestattet, eine Überprüfung des »Geständnisses« auf Plausibilität ist durch Gericht, Bundesanwaltschaft und Nebenklage nicht möglich.

In seiner mündlichen Urteilsbegründung betont der vorsitzende Richter die rechtsextreme Einstellung des Angeklagten. Dieser habe mit der Tat ein Zeichen setzen und Anerkennung gewinnen wollen. Sein Handeln sei aus niederen Beweggründen, heimtückisch und mit gemeingefährlichen Mitteln erfolgt. Damit sind drei Mordmerkmale erfüllt. Bei der Strafzumessung werden seine jugendliche Unreife sowie der hohe Alkoholisierungsgrad berücksichtigt, als strafverschärfend werden u. a. sein Nachtatverhalten, die falsche Beschuldigung eines

Dritten und der zwölffache versuchte Mord angeführt. Ursprünglich des zwanzigfachen versuchten Mordes angeklagt, sieht das Gericht bei acht Personen im Erdgeschoss keine Anhaltspunkte für einen Mordversuch. Es könne nicht ausgeschlossen werden, dass der Angeklagte davon ausgegangen ist, dass sich die Anwesenden aus dem Haus retten können. Damit gesteht das Gericht dem Angeklagten rationale Abwägungen während einer rassistisch motivierten Tat zu, die einzig und allein darauf ausgerichtet war, so viele Menschen wie möglich umzubringen. Mit dieser fatalen juristischen Einschätzung wird die Erwähnung des Leids und der Traumatisierung aller Überlebenden, mit der das Gericht sein Urteil begründete, für die Menschen im Erdgeschoss zur Farce. Zudem bescheinigt der Senat der Polizei, »das Mögliche« zur Ermittlung der Verantwortlichen getan zu haben. Eine Überführung des Täters aus der rechten Szene hätte nicht erfolgreich sein können, da diese »dichtgehalten« hätte. Richtig ist: Die Angaben und Alibis der Nazis wurden nicht überprüft und relevante Zeugen nicht befragt. Dazu kommen falsch oder gar nicht protokollierte Hinweise von Zeugen und Überlebenden. Mit sechs Jahren und zehn Monaten bleibt das Gericht deutlich unter der geforderten Strafe der Bundesanwaltschaft. Diese hatte aufgrund der verheerenden Auswirkungen und der politischen Dimension des Falls neuneinhalb Jahre Haft gefordert. Mittlerweile haben Anklage, Verteidigung und auch ein Nebenklagevertreter Revision eingelegt. Der Prozess ist trotz einiger Defizite ein wichtiger Schritt in der Aufarbeitung des rechten Terrors an der Saar.

Unterdessen ist die Stadt Saarlouis weiterhin nicht zu einem würdigen Umgang mit den Betroffenen des Brandanschlags bereit. Kurzfristig lädt sie am 32. Todestag von Samuel Yeboah am 19. September 2023 zu einer Veranstaltung am Tatort ein. Oberbürgermeister Peter Demmer (SPD) erkennt nach mehr als 30 Jahren des Leugnens, Verharmlosens und Zurückweisens den rassistischen Hintergrund des Brandanschlags an.

In seiner nur vierminütigen Rede vor einem Dutzend Anwesender entschuldigt er sich auch bei den Betroffenen: Die Stadtpolitik sei den Opfern der Anschläge in der Vergangenheit nicht mit ausreichend Empathie begegnet. Er gesteht, dass dieses fehlende Einfühlungsvermögen die Leiden der Opfer verstärkt habe. Eingeladen hat diese aber niemand. Die Integrationsbeauftragte der Stadt Saarlouis versucht dies zu rechtfertigen: »Wir empfanden das als nicht angemessen, sie einzuladen, ohne vorher einmal Kontakt zu ihnen gehabt zu haben.«

**In konkret 9/23 schrieb Andreas Morlo bereits über das Verfahren gegen Samuel Kofi Yeboahs Mörder**



# Unsere Nazis

## Der Fall Kanada oder Das Märchen von der Brandmauer. Von Rolf Surmann

Im Dezember wird die Uno-Vollversammlung über eine Resolution abstimmen, die dort seit Jahren regelmäßig eingebracht wird. Es geht um einen Antrag der Russischen Föderation mit dem Schwerpunkt, die Glorifizierung von Nazismus und Neonazismus zu verurteilen. Das sollte eine Selbstverständlichkeit sein; die meisten Staaten sehen das auch so. Entsprechend votierten im Jahr 2020 130 Staaten für diesen Antrag, zwei dagegen, 51 enthielten sich (siehe **konkret** 1/21). Auch in diesem Jahr wird es, wie die Abstimmung in der Sitzung des 3. Ausschusses der UN-Generalversammlung zeigte, wieder eine klare Mehrheit für diesen Antrag geben.

Das Abstimmungsverhalten ist aufschlussreich, vor allem wenn man sich ansieht, wer diesen Antrag ablehnte und wer sich enthielt – nicht zuletzt auch, mit welchen Begründungen dies geschah. Denn es waren die westlichen Demokratien, die der Resolution nicht zustimmten. Von den USA, mit der Ukraine im Schlepptau, kamen regelmäßig die beiden Gegenstimmen, Deutschland und die anderen EU-Staaten enthielten sich. Israel wiederum, obwohl von den USA gedrängt, sich wenigstens der Stimme zu enthalten, stimmte stets für den Antrag.

Die USA rechtfertigten ihr Abstimmungsverhalten auf eine Weise, die Anlass gibt, über ihre Motive für den Kampf gegen Nazi-Deutschland nachzudenken. Denn als Grund für ihre Ablehnung der Resolution gaben sie an, sie hätten den Zweiten Weltkrieg auch als Kampf für Freiheit, Menschenwürde und Menschenrechte geführt, was die Freiheit der Rede einschließe. Freiheit der Rede und das Recht auf Versammlung und Zusammenschluss in friedlicher Form seien verfassungsmäßige Rechte, die auch, unabhängig von ihrer Bewertung, die Ehrung von Nazis einschlossen. Ergänzt wurde dieses Statement für Toleranz gegenüber Nazis durch die kritische Anmerkung, die russische Resolution ziele lediglich auf die Herabsetzung von Nachbarn und versuche, diese in Misskredit zu bringen. Die Ukraine erklärte ihrerseits, bevor über die deutschen Verbrechen geurteilt werde, müsse klargestellt werden, dass Hitler und Stalin gleichrangige Verbrecher seien. Sie signalisierte damit, dass sie

keinen besonderen Handlungsbedarf in Sachen Faschismus und Nazismus sieht.

Im Unterschied zu dieser Distanzierung von einer im allgemeinen Sinn antifaschistischen Haltung wirkt der Tenor der deutschen Stellungnahme verdruckt. Denn sie relativiert den grundsätzlichen Charakter der Resolution und rückt die Ehrenrettung jener (antisowjetischen und auch antipolnischen) Unabhängigkeitskämpfer, die an den Nazi-Verbrechen nicht beteiligt waren, in den Mittelpunkt ihrer Bewertung. Die mag es als eine Art Paradiesvögel gegeben haben. Doch lenkt eine solche Argumentation von der entscheidenden Tatsache ab, dass es sowohl in den baltischen Staaten wie auch in der Ukraine eine enge Kooperation dieser Kräfte mit der deutschen Besatzungsmacht gab, die ihre systematische Beteiligung an der Ermordung der Juden einschloss. Polen brachten sie auf eigene Faust um. Die Begründung der deutschen Ablehnung der Resolution ist also zugleich eine Einladung, den verbrecherischen Charakter der Kollaboration mit Nazi-Deutschland in Abrede zu stellen und die Rolle der Kollaborateure neu zu definieren.

Das Abstimmungsverhalten der westlichen Staaten leitet sich nicht in erster Linie aus ihrer offiziellen Haltung gegenüber dem Faschismus beziehungsweise dem Nazismus und deren modernen Erscheinungsformen ab, sondern aus ihrer Beziehung zur Ukraine als Kandidatin für die Integration in die westliche Weltordnung. In welchem Ausmaß aktuelle politische Interessen das Ausmaß an Toleranz und Akzeptanz gegenüber diesen verbrecherischen Herrschaftssystemen bestimmen, zeigt sich an dem Umstand, dass Deutschland seit Beginn des Kriegs in der Ukraine seine Stimmhaltung aufgab und fortan gegen den Antrag der Russischen Föderation stimmte. Die deutsche Regierung tat dies, obwohl der ukrainische Staat seine positive Bezugnahme auf faschistische Kräfte in der ukrainischen Geschichte konsequent weiterführt und besonders die Verwendung neofaschistischer Organisationen für den Krieg demonstrativ rechtfertigt. Die deutsche Haltung gegenüber dem Faschismus erscheint vor diesem Hintergrund als Variable der jeweiligen politisch-gesellschaftlichen Bedingungen.

Während die Toleranz Deutschlands und anderer westlicher Staaten gegenüber alten und neuen Faschisten, wie sie sich im Rahmen der Uno ausdrückt, bisher weitgehend unbeachtet blieb, machte ein kanadischer Fall von Nazi-Verherrlichung Furore. Die *standing ovations* für ein ehemaliges Mitglied der ukrainischen Waffen-SS-Division Galizien, bekannt für Kriegsverbrechen nicht zuletzt gegen Polen, aus Anlass eines Auftritts von Wolodymyr Selenskyj vor dem kanadischen Parlament lösten international Empörung aus. Angesichts des Desasters bemühte sich die kanadische Politik – in der für solche Fälle üblichen Weise – um Schadensbegrenzung. Die entsprechenden Floskeln reichten von der Behauptung, man habe von der Vergangenheit dieses Mannes nichts gewusst, bis zu der Beteuerung, der Skandal lasse keine Rückschlüsse auf die kanadische Haltung gegenüber Faschisten und Nazis in der Vergangenheit zu. Das exkulpierende Gerede wurde allgemein akzeptiert. Den Ton prägten Medien wie die »NZZ«, die von einem »peinlichen Missgeschick« sprach. Aber warum diese Verstellung? Es wissen doch alle mehr oder weniger genau, wie im Westen mit Nazis nach 1945 umgegangen wurde. Aber dieses Wissen ist eben auch gefährlich. Denn es erlaubt einen Blick auf die historische Dimension des aktuellen westlichen Umgangs mit faschistischen Kräften und schafft damit Voraussetzungen für eine grundsätzliche Einordnung dieses Umgangs.

Nach 1945 griffen alle Siegermächte im Zusammenhang der Reparationen auch auf »Manpower« zu. Die USA taten dies unter anderem unter dem Codename »Operation Paperclip« zwecks Rekrutierung von Hightech-Wissenschaftlern, die Sowjetunion mit der »Aktion Ossawakin«. Doch ging es nicht nur um hochqualifizierte Arbeitskräfte. Im beginnenden Kalten Krieg wurde auch anderes Personal gebraucht. Über 1.000 für geeignet gehaltene NS-Spezialisten sollen von den westlichen Geheimdiensten rekrutiert worden sein. Andere wurden für Propaganda und sonstige Aktivitäten gegen osteuropäische Staaten, vor allem gegen die Sowjetunion eingesetzt. Nach Angaben des Simon-Wiesenthal-Zentrums sind bis zu 2.000 ehemalige SS-Angehörige, darunter





Picture Alliance/Associated Press/Patrick Doyle

**Irrtum? Zufall? Eintracht? – Der ukrainische Präsident Selenskyj und Kanadas Premier Trudeau applaudieren im kanadischen Parlament dem ehemaligen ukrainischen Waffen-SS-Mitglied Yaroslav Hunka. Ottawa, September 2023**

auch Mitglieder der Waffen-SS-Division Galizien, nach Kanada gelangt. Großbritannien hatte sie am Ende des Kriegs entwaffnet und Kanada im Jahr 1950 angeboten, auf dieses Menschenreservoir zuzugreifen. Wegen der Bedenken und des Protests des Canadian Jewish Congress attestierte die britische Regierung diesen Männern, sie hätten nicht erkennen lassen, dass sie von der Nazi-Ideologie beeinflusst seien. Dieser »Persilschein« öffnete vielen die Tore.

Die belasteten wie auch die aus politischen Gründen nach 1945 emigrierten Ukrainer trafen auf Landsleute, die schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts nach Kanada gekommen waren. Sie gründeten neue Organisationen und traten auch in die bereits bestehenden ein – mit der Folge, dass die nach der Niederlage Nazi-Deutschlands aus der Ukraine Geflüchteten in diesen Organisationen die Führung übernahmen und als Repräsentanten der in Kanada lebenden ukrainischen Minderheit firmieren konnten. Sie entwickelten ihre eigene »Erinnerungskultur« in Form von Denkmälern für ihre Helden und anderen Manifestationen.

Die so geprägte politische Kultur, die auch eine vielfältige Kooperation mit dem kanadischen Staat einschloss, wurde nur in den achtziger Jahren einmal in Frage gestellt, als die allgemeine Kritik am mangelnden Interesse, der Nazi-Täter habhaft zu werden,

nicht zuletzt infolge einer Intervention des Simon-Wiesenthal-Zentrums auch Kanada erreichte. Die kanadische Regierung gründete deshalb die nach ihrem Vorsitzenden benannte Deschênes-Kommission. Sie diente 1985/1986 als Feigenblatt für die bisherige kanadische Integrationspolitik.

Ein charakteristisches Merkmal dieser Kommission war zum Beispiel, dass sie nur einen stark eingeschränkten Untersuchungsauftrag hatte und sich mit den Beschlüssen früherer kanadischer Regierungen nicht befassen durfte. Erstaunlicherweise verlieh sie auch zwei Emigrantenorganisationen, die als Lobby der Kriegsverbrecher betrachtet werden müssen, einen offiziellen Status, der es ihnen ermöglichte, Zeugen zu befragen und auf den Prozessverlauf Einfluss zu nehmen. Das ist insbesondere für die »Brotherhood of Veterans of the 1st Division of the Ukrainian National Army«, sagen wir: erstaunlich, weil die »Ukrainian National Army« im wesentlichen aus der unmittelbar vor Kriegsende umbenannten SS-Division Galizien bestand, die für künftige Aufgaben umorganisiert wurde. Deshalb überrascht es nicht, dass die Deschênes-Kommission pauschal beschloss, die Angehörigen der Waffen-SS-Division könnten nicht als Gruppe angeklagt werden, obwohl die SS in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen als verbrecherische Organisation eingestuft wor-

den war. Außerdem gab sie für deren einzelne Mitglieder eine Unschuldserklärung mit der Begründung ab, sie seien vor ihrer Einreise einzeln überprüft worden. Folgerichtig kam sie zu dem Ergebnis, dass das Thema Kriegsverbrecher aufgebauscht worden sei. Damit wurden aus Kriegsverbrechern Geflüchtete, die dem Kommunismus hatten entkommen wollen.

Diese »Untersuchungen« wurden von »wissenschaftlichen« Forschungen flankiert, bei denen einschlägige Veteranen aus der Ukraine ebenfalls eine wichtige Rolle spielten. Eines ihrer Zentren ist das bei der Universität von Alberta angesiedelte Canadian Institute of Ukrainian Studies (CIUS), an dessen Gründung der damalige Kanzler der Universität beteiligt war – ein ehemaliger Offizier der Waffen-SS. Über diese Einrichtung urteilt der ausgewiesene Forscher zum ukrainischen Nationalismus und speziell zum Bandera-Kult, Grzegorz Rossoliński-Liebe, die Universitätszugehörigkeit habe ihr eine »akademische Aura« verliehen. Doch bis zum Zeitpunkt seiner Untersuchung – 2013 – habe das mit staatlichen Geldern geförderte CIUS keine Anstrengungen unternommen, um die Kollaboration der faschistischen Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) und ihres bewaffneten Arms, der Ukrainischen Aufstandsarmee (UPA), mit dem Nazismus bzw. dem ukrainischen Faschismus



oder die Rolle von Ukrainern im Holocaust zu untersuchen.

Solcherart Institute, Einrichtungen und Organisationen konnten sich auf diese Weise in die kanadische Gesellschaft und Politik einfügen und ein wichtiger Faktor für die Osteuropa- und Ukraine-Diplomatie werden. Bei Reisen von Regierungsmitgliedern gehörten ihre Vertreter zur kanadischen Delegation. Im Verlauf der Zeit gewannen sie derart an Einfluss, dass sie sogar den Bandera-Kult in der Ukraine selbst mitinitiierten konnten.

Die Behauptung, diese Zustände seien kanadischen Politikern nicht bekannt, dürfte schwer zu begründen sein. Denn sogar die stellvertretende Ministerpräsidentin Chrystia Freeland entstammt diesem Milieu. Ihr Großvater war Michael Chomiak, der von der Ukraine in das Generalgouvernement des »Schlächters von Polen«, Hans Frei, umsiedelte und dort von 1940 bis 1945 als Chefredakteur einer Kollaborationszeitung eingesetzt war. Der später nach Kanada ausgewanderte Chomiak brach seine Beziehungen zu den Kollaborationskreisen nie ab. So arbeitete er an der *Enzyklopädie der Ukraine* mit, einem die ukrainische Geschichte umdeutenden einflussreichen Buchprojekt, das im Rahmen des CIUS fertiggestellt wurde. Auch seine Enkelin soll als Studentin daran beteiligt gewesen sein. Angesichts dieser Vorgeschichte ist davon auszugehen, dass in der kanadischen Politik das Gespür für die Art und Weise verloren gegangen ist, wie mit Faschisten umgegangen werden sollte, auch wenn sie längst integraler Teil der eigenen Politik geworden sind. Denn gemäß dem demokratischen Konsens kann man sie zwar gewähren lassen und für die eigenen Zwecke nutzen, darf sie aber nicht bejubeln.

Selenskyjs Besuch mag zu dieser Grenzüberschreitung animiert haben, verkörpert Selenskyj doch mit dem von ihm forcierten Bandera-Kult und dem öffentlich zelebrierten Schulterchluss mit den Neonazis der »Asow-Brigade« selbst eine Haltung, für die die beschworene »Brandmauer« zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus überholt ist. Das wirkt sich partiell sogar in den Ländern aus, die aus innenpolitischen Gründen noch an der Brandmauer-Parole festhalten. Ein anschauliches Beispiel hierfür hat der deutsche Bundestag geliefert, als seine Mitglieder sich erhoben und, wie in der Ukraine mittlerweile üblich, den OUN-Gruß »Slava Ukrajini« von sich gaben, wobei sie jedoch, anders als die OUN, nicht den rechten Arm hoben. Auch die kürzliche Übernahme des Holodomor-Narrativs durch den Bundestag, in Kanada schon 2008 beschlossen, deutet darauf hin. Nicht zuletzt zeigt der Wechsel von der Enthaltung bei der Abstimmung über die Uno-Resolution gegen die Glorifizierung von Nazismus und Neonazismus zu ihrer Ablehnung eine ideologische Verschiebung an.

Auf der Ebene der europäischen Politik gibt es Anzeichen für eine Neujustierung des Verhältnisses der bürgerlichen Demokratie zur äußersten Rechten, unter welcher Selbstbezeichnung sie auch immer firmieren mag. Das aktuelle Beispiel hierfür ist das Verhältnis zur postfaschistischen italienischen Ministerpräsidentin Meloni. Anders als vor zirka zwanzig Jahren, als die FPÖ in Österreich zum ersten Mal an der Regierung beteiligt wurde, gibt es keine größeren gegen sie gerichteten Proteste und auch keine Drohungen mit irgendwelchen Sanktionen. Sie wird, solange sie nicht die Grundstrukturen der gegenwärtigen EU- und Nato-Ordnung in Frage stellt, mindestens toleriert.

Es wäre falsch, jedenfalls voreilig, diese Entwicklung als Ausdruck eines sich abzeichnenden neuen faschistischen Herrschaftssystems zu deuten. Sinnvoller scheint es zu sein, darin zunächst eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen den Repräsentanten bürgerlicher Demokratie und der äußersten Rechten zu sehen. Die vermeintliche Dichotomie Faschismus/Demokratie, die nach der Niederlage der Nazi-Herrschaft infolge US-amerikanischer Nachhilfe so eindeutig zugunsten der Demokratie entschieden schien, wird gegenwärtig neu austariert – mit ungewissem Ausgang.

Eine ähnliche Situation hat es schon in der Weimarer Republik gegeben. Hindenburgs Versuch, durch die Machtübertragung an Hitler in der Potsdamer Garnisonkirche die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsordnung gegenüber den immer weniger zu beherrschenden Proletariatsmassen zu sichern, war – gemessen an ihrer Intention – eine grobe Fehlentscheidung. Zuvor hatte es andere Konzepte gegeben, die das Verhältnis von Demokratie und Diktatur neu zu bestimmen versuchten. Ein heute immer noch diskutiertes Beispiel ist der unter dem Namen »Konservative Revolution« bekannte Politikentwurf. Er verwob die beiden Herrschaftssysteme durchaus differenziert. Dies lässt sich als Hinweis darauf nehmen, dass eine Interpretation der gegenwärtigen politischen Verschiebungen nach dem Schema der genannten Dichotomie zu traditionell verführe. Möglicherweise bahnen sich auf Grund gesellschaftlicher Veränderungen neue Formen autoritärer Herrschaft an, die mit dem herkömmlichen Analyseraster nicht zu fassen sind. Die Huldigung eines alten Faschisten in Kanada wie auch die Versuche einer gesellschaftlichen Stabilisierung durch die Berufung auf Faschisten, wie Selenskyj sie unternimmt, sind in diesem Prozess zunächst nicht mehr – aber auch nicht weniger – als das Verschleudern des demokratischen Tafelsilbers.

**Rolf Surmann schrieb in konkret 11/23 über den Endsieg der deutschen Schlussstrichpolitik**

## Galerie der abseitigen Künste

### Neuerscheinungen Herbst 2023

Achim Szepanski  
**DIE EKSTASE DER SPEKULATION**  
Kapitalismus im Zeitalter der Katastrophe  
304 Seiten  
ISBN 978-3-948478-15-5  
€19,00

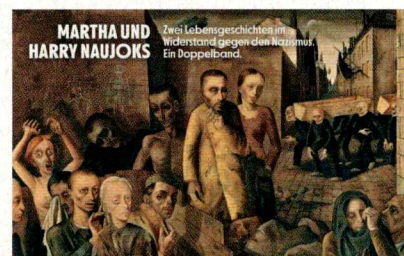


GWF Hegel  
**Herrschaft, Knechtschaft, Bewusstsein der Freiheit**  
Eingeleitet und kommentiert von Thomas Rudhof-Seibert  
200 Seiten  
ISBN 978-3-948478-15-5  
€14,90

Zu Bestellen:  
[www.galerie-der-abseitigen-kuenste.de/gdak-shop](http://www.galerie-der-abseitigen-kuenste.de/gdak-shop)

### Das neue Buch in der Reihe Kinder des Widerstands:

**Martha und Harry Naujoks**  
Zwei Lebensgeschichten im Widerstand gegen den Nazismus.



© Christian Grovermann, Museumsquartier Osnabrück  
Doppelband im Großformat (267 x 210 mm).  
ca. 350 und 380 Seiten.  
Hardcover, Fadenbindung.  
Subskriptionspreis verlängert bis November 2023:  
€35,00.

## LAIKA-VERLAG

### Bibliothek des Widerstands - Edition digital

Die Gesamtausgabe der Bibliothek des Widerstands ist jetzt auch als 'Edition digital' erhältlich.  
Alle bisher erschienenen 29 Bände mit insgesamt 142 Filmen aus 54 DVDs sind auf einem hochwertigen USB Stick als PDF- bzw. MP4-Dateien enthalten, insgesamt 153GB an Daten. Zusätzlich sind neun bisher unveröffentlichte Filme aus dem nicht erschienenen Band 20 'Black Panther' Teil der digitalen Gesamtausgabe.



Der Gesamtwert der gedruckten Einzelbände beträgt €767,80

Erhältlich zum Sonderpreis von €249,-

Direkt im Laika Webshop bestellen:  
<https://shop.laika-verlag.de>



# Sinn die Massaker all verdräng, vun Kalavryta bess Warschau?

## Ein deutsches Kriegsverbrechen und die deutsche Erinnerungskultur. Von Eberhard Rondholz

**L**idice, das kleine tschechische Dorf, das die Deutschen 1942 dem Erdboden gleichmachten, ist heute ein Symbol für die deutsche Grausamkeit. In Griechenland gibt es tausend Lidices – ihre Namen sind unbekannt und ihre Bewohner vergessen von einer Welt, die zu beschäftigt und zu zynisch ist, um sich zu erinnern.«

Mit diesen Worten eröffnete Chefankläger Theodore Fenstermacher am 10. Mai 1947 den Nürnberger Südostprozess. Im sieben-ten der Prozesse vor dem Nürnberger Militärtribunal, die auf das Verfahren gegen die Hauptkriegsverbrecher folgten, hatten sich deutsche Generäle für auf dem Balkan, in Albanien und Griechenland an der Zivilbevölkerung bei sogenannten »Sühnemaßnahmen« begangene Massenmorde zu verantworten. Die Zahl 1.000 war nicht wörtlich gemeint, sondern stand für eine unbekannte, sehr große Zahl von Opferorten, die in Griechenland offiziell Märtyrerstädte und -dörfer heißen. 110 von ihnen haben sich im Kampf für ausgebliebene Entschädigungen zusammengeschlossen. Die Kreisstadt Kalavryta auf dem nördlichen Peloponnes, die vor 80 Jahren, am 13. Dezember 1943, von Einheiten der 117. Jägerdivision dem Erdboden gleichgemacht wurde und wo die Wehrmachtsbarbarei die meisten griechischen Opfer forderte, ist neben Distomo, Kommeno, Ano Viannos, Kandanos und Klissura bis heute wohl das bekannteste der »griechischen Lidices«, die bald nach dem Abschluss der Nürnberger Prozesse wieder dem Vergessen anheimfielen. Das hat seine Gründe in der deutschen Erinnerungskultur.

Die Militärtribunale von Nürnberg befanden zwar, dass die Erschießung von Geiseln oder Repressalgefangenen unter bestimm-

ten Umständen in besetzten Gebieten zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung gerechtfertigt sein könne. Aber: »Das Ausmaß, in dem diese Praxis von den Deutschen angewandt wurde, übersteigt die elementarsten Gebote der Menschlichkeit und Gerechtigkeit ... Die Beweise in diesem Fall zeigen eine Bilanz des Tötens und der Zerstörung, die in der modernen Geschichte selten übertroffen wurde.« Und so wurden vier der für die Verbrechen in Griechenland verantwortlichen Generäle zu langjährigen Haftstrafen verurteilt – darunter Hellmuth Felmy als verantwortlich für das Massaker in Kalavryta zu 15 Jahren.

Ein Teil der Prozessakten wurde 1950 vom U.S. Government Printing Office in Washington als Band XI der Reihe *Trials Of War Criminals Before the Nuernberg Military Tribunals* in englischer Sprache veröffentlicht. Die Auflage war klein. Denn ursprünglich hatte das Gericht vor, die Dokumente der Nachfolgeprozesse als Beitrag zur Reeducation auch in deutscher Sprache herauszugeben. Dazu kam es jedoch nie – angeblich aus Kostengründen. Der wahre Grund: Der Beginn des Kalten Krieges und der Wunsch der West-Alliierten nach einer Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. Da galt es, in Bonn gute Stimmung zu machen. So wurden drei der wegen Kriegsverbrechen in Griechenland verurteilten Generäle, Hubert Lanz, Hellmuth Felmy und Wilhelm Speidel, schon 1951 wieder auf freien Fuß gesetzt und der vierte, Wilhelm List, nur ein Jahr später. Außerdem sollte der deutschen Nachkriegsgesellschaft ermöglicht werden, die als »Siegerjustiz« geschmähten Nürnberger Prozesse schnell wieder zu vergessen. Deutsche Schuldgefühle hätten die Wiederbewaffnung gestört, und auch die mittleren und unteren

Dienstgrade des ehemaligen Wehrmachtspersonals wurden wieder gebraucht, ob mit oder ohne Kriegsverbrechervergangenheit.

Auch die deutsche Nachkriegsliteratur leistete ihren Beitrag zum Vergessen deutscher Kriegsverbrechen. Da gab es nicht nur die meist von Altnazis verfassten Landserhefte, die an jedem Kiosk erhältlich waren und von denen in den Fünfzigern über fünf Millionen Exemplare jährlich verkauft wurden. Es gab auch »Edelprosa«, wie die aus der Feder Erhart Kästners. Der frühere Privatsekretär von Gerhart Hauptmann hatte, NSDAP-Mitglied und als Leutnant in Griechenland im Einsatz, 1942 von General Wilhelm Mayer vom Luftgau Südost den Auftrag bekommen, ein Hellas-Porträt zu schreiben. *Griechenland – ein Buch aus dem Kriege* erschien 1942 in einer Auflage von immerhin 30.000 Stück. 1953 kam die entnazifizierte Nachkriegsversion unter dem Titel *Ölberge Weinberge* heraus.

Kästner hatte während seiner Recherche-Reisen im Auftrag General Mayers auch Kalavryta besucht und auf dem Weg dorthin die 1895 erbaute Zahnradbahn durch die Felsschlucht des Vouraikos benutzt, ein Stück Eisenbahnromantik bis heute. Auf halber Strecke machte er Station, um sich das historische Kloster Mega Spileon anzusehen. Bei den Mönchen fand er Quartier, ein Mönch räumte für ihn seine Zelle. Froh wird Kästner in dieser Klosternacht allerdings nicht, er erzählt lang und breit von einem Überfall von Bettwanzen. Der Mönch, bei Kästner ein freundlicher Trottel, war ein Jahr später tot, erschossen am 8. Dezember 1943 von Soldaten der 117. Jägerdivision und mit ihm alle anderen Mönche des historischen Klosters. Sie, und einige Tage später fast 500 männliche Einwohner von Kalavryta, wurden Opfer einer »Vergeltungsaktion« für einen griechischen Partisanenüberfall. Zehn Jahre später schweigt Kästner sich über ihr Schicksal aus. Statt dessen: eine halbe Seite über Wanzen.

Ein literarisches, kein politisches Problem, wäre das Buch *Ölberge Weinberge* nicht einer der meistbenutzten Reisebegleiter der Griechenlandbesucher der ersten Nachkriegsjahrzehnte geworden, ein Kultbuch. Warum die Untaten seiner Wehrmachtsskameraden darin nicht vorkamen, das kann



man einem Brief Kästners an seinen Verleger entnehmen, den er wissen lässt, für wen diese Nachkriegsfassung gedacht war: »Es handelt sich doch darum, dass in diesem Krieg nach und nach eine Million Deutscher nach Griechenland kamen (damals fanden sie es scheußlich, jetzt schwärmen sie) und das Buch als das ihre betrachten.« Will sagen: Das in der Rückschau erklärte Griechenlandbild der Landser sollte in der Neuausgabe durch hässliche Flecken nicht verdunkelt werden.

Kästner wollte den Wehrmachtsveteranen nicht den Spaß bei ihrer Rückkehr an den alten »Arbeitsplatz« verderben. So erfuhren auch die ersten Rucksacktouristen in den späten Fünfzigern mit den *Ölbergen* im Gepäck nichts über die Verbrechen von Kalavryta. Und es fand sich auch in den üblichen *Führern zu klassischen Stätten* nichts zu den »griechischen Lidices«.

Und wer sich in den sechziger, siebziger Jahren von dem damaligen Direktor des Goethe-Instituts Thessaloniki, Werner Ek-

chen gegenüber Schönheit und Tradition. Wer hier 1943 als Brandstifter tätig war, das zu erfahren erspart Ekschmitt, völlig unempfindlich gegenüber den Untaten der Wehrmacht, seinen Mitreisenden ins »unbekannte Griechenland«.

Das ging noch bis Ende der siebziger Jahre so, auch in den Reisebegleitern etwa der Reihe Merian. Da fragte sich die griechische Autorin Evi Melas in ihrem 1974 bei DuMont erschienenen Griechenlandführer, »ob es Zufall ist, dass keiner der jungen Deutschen, die ich kenne, über die Rolle, die Deutschland im Zweiten Weltkrieg in Griechenland gespielt hat, Bescheid weiß, während sie über den Einmarsch der Deutschen in Frankreich, Belgien oder Holland gut unterrichtet sind«. Eine Frage, die sich dann doch einige Deutsche gestellt haben, zum Beispiel im Februar 1977 in der »Süddeutschen Zeitung«, wo eine Seite über das Wehrmachtsverbrechen von Kalavryta erschien. Es folgte der WDR mit einem Ein-Stunden-Feature, das zum ersten Mal am 13. Dezember 1981 zu hören war,

1984 in einem Griechenland-Reisebuch, die deutschen Soldaten hätten dort 1436 Einwohner »verbrannt, erschossen, erstochen, erwürgt« – dem Autor war offenbar das einfache Erschießen von 500 Männern nicht genug. Und gleich in drei der politischen Griechenland-Führer ist von einem Denkmal die Rede, das Kalavrytaner einem guten Deutschen aufgestellt hätten, der angeblich von seinen Leuten exekutiert wurde, weil er die in der Schule des Ortes eingesperrten Frauen und Kinder vor dem Feuertod gerettet hatte. Ein Märchen, aber auf »Zeit-online« steht's noch heute.

Nach dem Prozess von Nürnberg wurde in der Bundesrepublik keiner der Griechenland-Täter mehr verurteilt. Die Staatsanwaltschaft Bochum, nur ein Beispiel, hat 1972 in einem Ermittlungsverfahren gegen einen der Kalavryta-Täter »Repressalmaßnahmen« wie diese ausdrücklich für rechtens erklärt, was man im Auswärtigen Amt als Beitrag zur »Endlösung des sogenannten Kriegsverbrecherproblems« verbucht haben mag – diese geschmackvolle Formulierung stammt aus einem Memorandum des Auswärtigen Amts.

In der deutschen Zeitgeschichtsforschung ist das deutsche Kriegsverbrechen von Kalavryta mit über einem halben Jahrhundert Verspätung zum Gegenstand gründlicher Aufarbeitung geworden. Was allerdings in der breiteren Öffentlichkeit wie in den Medien nur geringen Widerhall zu finden scheint. Da wurde beispielsweise im Juni 2018 eine Fernsehproduktion des ZDF gesendet, die seitdem in mehreren öffentlich-rechtlichen Programmen mehrfach wiederholt wurde: »Griechenland – von Insel zu Insel. Folge 5: Peloponnes«. Sie führt die Zuschauer gleich zu Beginn zur Hauptattraktion – der Zahnradbahn durch die Vouraikos-Schlucht. Als Reisebegleiter für diese ausführliche Anfangssequenz hat die Regie einen Zugführer gefunden, der das Publikum bis zur Station Mega Spileon geleitet, wo er erzählen darf, wie er vor Jahren mal den Brand in einem Lokschuppen gelöscht und so eine alte Zugmaschine als wichtiges Museumsstück gerettet habe. Von den deutschen Brandstiftern im Kloster, von den Soldaten der 117. Jägerdivision, die am 13. Dezember 1943 in Kalavryta auch Mitglieder seiner Familie erschossen haben, erzählt er nichts. Der Ortsname Kalavryta fällt erst gar nicht in diesem Film, das Stück Zahnradbahn-Romantik bricht vor der Endstation ab, ganz so, als solle aus diesem Ort nun endlich wieder werden, was er 1947 vor dem Nürnberger Prozess war – eins der vielen unbekannten »griechischen Lidices«, eine Leerstelle auf den Gedenktafeln der deutschen Erinnerungskultur. ●

**Eberhard Rondholz schrieb in konkret 3/23 über den vergessenen Filmregisseur und Widerstandskämpfer Falk Harnack**



Es fährt ein Zug nach nirgendwo: Schmalspurzahnradbahn von Diakofto nach Kalavryta

schmitt, zu *Fahrten ins unbekannte Griechenland* mitnehmen ließ – sein Peloponnes-Reisebuch erschien 1966, die Neuausgabe 1979 –, landete in der Zahnradbahn durch die Vouraikos-Schlucht mit der Empfehlung, weder in Mega Spileon noch an der Endstation Kalavryta auszusteigen. Ein Besuch im Kloster lohne sich nicht, es sei mehrmals abgebrannt und zuletzt 1954 erneuert worden: »mit einem abscheulichen Betonbau, der wie ein billiges Berghotel aussieht«. Ein Beweis für die starke Unempfindlichkeit der Grie-

und eine 45-minütige Fernsehdokumentation, ausgestrahlt von mehreren der dritten ARD-Programme im Jahr 1982.

So gelangten die »griechischen Lidices« langsam auch in Deutschland ins öffentliche Bewusstsein. Der Name Kalavryta war sogar in einem Lied des bekannten Kölner Rock-Sängers Wolfgang Niedecken zu hören. Auch in mehreren linken Reiseführern tauchte das Massaker von Kalavryta nun endlich auf, gelegentlich mit einigen Fehlinformationen und Übertreibungen allerdings. So heißt es



## Oh, diese Messdiener!



Herr Pfarrer! Herr Pfarrer!  
Wir haben aus Koth ein Knehtlehm gebastelt!



Das habt ihr aber fein gemacht!



# Kapitulation des Denkens

**F**ür eine Weile herrschte Stille. Doch dann – Forensikerinnen und Forensiker waren zur gleichen Zeit damit beschäftigt, hunderte grausam verstümmelte, zerfetzte, verbrannte Mordopfer zu identifizieren, die die blutberauschten Todesschwadronen der Hamas am 7. Oktober im Süden Israels zurückgelassen hatten – meldete er sich in der Sache zu Wort: der Kulturbetrieb.

»Ich verurteile den Angriff der Hamas auf die Israelis bedingungslos ohne Wenn und Aber«, sagte der slowenische Philosoph Slavoj Žižek am 17. Oktober in seiner Rede zur Eröffnung der Frankfurter Buchmesse, um kurz darauf unbeirrt ein »aber« nachzuliefern: »Aber ich habe etwas Merkwürdiges festgestellt: Sobald man sagt, es ist notwendig, den komplexen Hintergrund zu analysieren, wird man verdächtigt, den Terror der Hamas zu unterstützen oder zu rechtfertigen. Ist uns klar, wie merkwürdig dieses Analyseverbot ist?«

Zweifel an der Existenz dieses »Analyseverbots« drängen sich auf. Schließlich konnte Žižek sich auf der größten Buchmesse der Welt in aller Öffentlichkeit ohne weiteres darüber hinwegsetzen und über den »komplexen Hintergrund« referieren – der sich jedoch als simpel herausstellte. Žižek geht es um »die Tragödie der Palästinenser«, nicht um den antisemitischen Vernichtungswunsch, den die Hamas mit dem Islamischen Jihad, der Hisbollah, den Houthis im Jemen und dem iranischen Regime teilt, nicht um die Kriegsökonomie der palästinensischen Jihadisten, nicht um die Machtpolitik arabischer Staaten und des Iran. Wer Schuld an der Tragödie trägt, führte der Philosoph nach seiner Rede im »Freitag« weiter aus: Israel, das sich – so Žižek unter Bezugnahme auf den in Betlehem lehrenden Professor Jamil Khader – in eine Theokratie verwandelt habe. Derzeit bekämpfen sich »Hardliner auf beiden Seiten«, »Netanjahu gegen Hamas«. »Es gibt keine gute Seite in diesem Krieg«, fasste Žižek seine als Analyse verkleidete Gleichmacherei zusammen.

Aber offenbar gibt es für ihn zumindest in historischer Hinsicht eine schlechtere Seite: In seiner Rede bemerkte Žižek nebenbei, dass auch Reinhard Heydrich die Errichtung eines Staats der Juden befürwortet habe – womit er dem Zionismus eine Vereinbarkeit mit dem Nationalsozialismus andichtete.

So dürfte sich der Deutsche Kulturrat den Lauf der Dinge nicht vorgestellt haben. Der selbsternannte »Spitzenverband der Bundeskulturverbände« hatte am 11. Oktober gefordert: »Kultureinrichtungen sollen ihre Solidarität mit Israel deutlich zeigen.« Olaf Zimmermann, der Geschäftsführer des Kulturrats, beschrieb am 26. Oktober im RBB die Resonanz auf den Aufruf mit den Worten: »Beschämend, sehr beschämend wenig.« Der deutsche Literaturbetrieb machte da keine Ausnahme, zu sehen etwa an der Kapitulation des Denkens, welche die Schriftstellervereinigung Pen-Zentrum Deutschland am 25. Oktober erklärte: »In der arabischen Welt begrüßt man sich mit dem Friedensgruß »Salaam aleikum«, und in Israel mit »Schalom alechem«. Wie wenig verstehbar sind daher für uns der gegenwärtige Hass und die Gewalt in Worten und Taten.«

Die Verfasser des am 27. Oktober publizierten offenen Briefs »Literaturbetrieb, jetzt!« konstatierten mit einigem Recht, der Betrieb verharre nach dem Massaker der Hamas »in einem an Bräsigkeit nicht zu überbietenden Schweigen«. Sie fragten zudem, ob Stille herrsche, weil »der Antisemitismus bereits so weit im Literaturbetrieb verankert« sei. Immerhin mehr als tausend Unterzeichnerinnen und Unterzeichner, darunter Elfriede Jelinek, Christian Kracht, Doris Dörrie und Durs Grünbein, bekundeten »Solidarität mit den in Deutschland, Österreich und der Schweiz lebenden Jüdinnen und Juden« sowie »mit dem Staat Israel und allen Menschen, die sich für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte, auch im Gazastreifen, einsetzen«.

Auf die Produktion offener Briefe verstehen sich auch internationale Künstlerkreise. Am 19. Oktober plazierte das Magazin »Artforum« auf seiner Website ein solches Schreiben. Dessen Verfasser

sicherten ihre Unterstützung für die »palästinensische Befreiung« zu, bezeichneten den Gazastreifen tatsachenwidrig als besetzt und warfen Israel Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschheit und Völkermord vor. Die Hamas und den von ihr begangenen Massenmord erwähnten sie nicht.

Tags darauf erschien im »Artforum« online eine Antwort. Deren Verfasser kritisierten den Brief vom Vortag dafür, die Entführungen von Menschen aus Israel nach Gaza, den historischen Kontext und die Greueltaten des 7. Oktober nicht zu benennen. Die jeweilige Zahl der Unterzeichner gibt Aufschluss über die Mehrheitsverhältnisse im internationalen Kunstbetrieb. Den gegen Israel gerichteten Brief unterzeichneten mehr als 8.000 Personen, darunter weltbekannte

Künstler wie Nan Goldin, Peter Doig und Barbara Kruger. Die Antwort unterschrieben die drei Galeristen Dominique Lévy, Brett Gorvy und Amalia Dayan.

Die fehlende Erwähnung der Hamas und des antisemitischen Massakers war kein Einzelfall. Auch im offenen Brief der Kampagne »Artists for Palestine UK«, unterzeichnet unter anderen von der Schauspielerin Tilda Swinton sowie den Regisseuren Michael Winterbottom und Mike Leigh, ist davon nichts zu lesen. Stattdessen werden Israel Kriegsverbrechen und »beispiellose Grausamkeit« vorgeworfen. In dem an Präsident Joe Biden gerichteten offenen Brief von »Artists 4 Ceasefire« – unterschrieben von Hollywood-Stars wie Joaquin Phoenix, Cate Blanchett, Susan Sarandon und Elliott Gould sowie von Musikerinnen und Musikern wie Annie Lennox, Brian Eno und Drake – sucht man ebenfalls vergeblich nach dem Wort Hamas.

Zufall? Wohl kaum. Über die von der Gesellschaft in Gaza hervorgebrachten antisemitischen Täter und deren sadistische Mordlust zu schweigen, erfüllt eine wichtige Funktion: Nur so bleiben »die Palästinenser« ein grausam von Israel unterdrücktes, aber stets widerständiges Völkchen, das der mittlerweile mehrheitlich postkolonial gestimmte Kulturbetrieb als Avantgarde der »Dekolonisierung« verehrt. Die Documenta 15 war im vergangenen Jahr die Probe, seit dem 7. Oktober herrscht der Ernstfall.





**»Die GLS Bank bietet ab heute allen Neukund\*innen die neue Bezahlkarte aus Holz an. ... Der Kartenkörper kommt ohne Plastik aus und besteht zu 90 Prozent aus Holz und 10 Prozent Papier. Zusammengehalten wird sie durch einen biologisch abbaubaren Kleber. Das verwendete Ahorn stammt aus FSC-zertifiziertem Anbau aus Europa. Jede PVC-Karte, die durch eine unserer Karten ersetzt wird, führt zu einer Einsparung von etwa 20g CO<sub>2</sub>.« Sozial-ökologischer Fortschrittsbericht**

## Schuld und Bühne

Deutscher Herbst, das ist ja jedes Jahr, und in Leipzig war jetzt die Anti-Gender-Aktivistin Alice Schwarzer aufs Fahndungsplakat geraten, die mit dem ehemaligen Kiepenheuer-&Witsch-Chef Helge Malchow ihre Autobiografie vorstellen wollte: *Eine Woche vor Beginn des Festivals haben 33 Autorinnen und Künstler die Absage der Veranstaltung mit Alice Schwarzer gefordert. Man wünsche sich einen »Literarischen Herbst« ohne Hetze gegen marginalisierte Gruppen», wobei sich der Protest im selben Maße gegen Malchow richtet wie gegen Schwarzer. Während Schwarzer, so die Initiatoren des Briefes, »immer wieder durch transfeindliche, rassistische und misogyne Aussagen und Publikationen auffalle, wird gegen Helge Malchow unter anderem die Verteidigung der Gedichte von Till Lindemann ins Feld geführt, die bei*

*Kiepenheuer erschienen und bereits aus dem Verkehr gezogen wurden. »Deshalb fordern wir den Literarischen Herbst auf, Alice Schwarzer keine Bühne für ihre problematischen Aussagen zu geben und die Veranstaltung aus dem Programm zu nehmen«, heißt es in dem Brief. Zu den Unterzeichnern gehören unter anderem Dana Vowinkel, Hengameh Yaghoobifarah und Kristin Höller.*

Ich weiß, was man wissen muss, um Alice Schwarzer vergessen zu können, und mein Recht, nicht hinzugehen, wird gegen das Recht marginalisierter Gruppen abzuwägen sein, für problematisch gehaltene Aussagen aus dem Verkehr gezogen zu sehen. Das ist vermutlich einfach, denn ein solches Recht gibt es nicht, und solange nicht etwa Volksverhetzung vorliegt, machen nicht Unterschriftstellerinnen das Programm, sondern die, denen die Bühne gehört. Wer nicht will, dass Besitz bestimme, muss sich für eine Ordnung einsetzen, in der – wer bestimmt? Das Volk? Heikel. Die Mehrheit? Das marginalisiert Minderheit. Autorinnen und Künstler? Dann könnte ich es ja machen, aber das würde den Unterzeichnern nicht helfen: Von Berufs wegen bin ich, w. z. b. w., auf problematische Meinungen angewiesen.

## Erinnerung, schweig

Hauptsache, die Bühnen bleiben frei für unter Kunstgesichtspunkten hochproblematische Figuren wie Hengameh Yaghoobifarah

(Auch der Dienstleistungsbereich sieht schwierig aus) oder Kristin Höller (*Unsere Türen knallen zeitgleich, der Motor ist so laut in der Nacht*), wobei möglichst wenig Rücksicht auf die marginale Zahl Leute zu nehmen ist, die auch bei Maja Haderlap Krämpfe kriegen: *Im Teigtrog schmatzt es und patzt es. Schweißtropfen bilden sich auf Mutters Stirn und fallen ins werdende Brot.* So schreiben Bachmannpreisträgerinnen (2011), und wieder ist die Begeisterung groß, wenn Haderlap in ihrem neuen, laut Suhrkamp »lang erwarteten« Roman *Nachtfrauen* von ihrer, uff, Familie erzählt und sich Erinnerung verdichten lässt *an eine als traumatisch erlebte Kindheit, die vom frühen Tod des Vaters genauso belastet war wie von der rigiden patriarchalen Ordnung und den Dogmen der katholischen Kirche. Die alten, unaufgelösten Konflikte verschaffen sich neuen Raum, und Mira beginnt zu verstehen, dass sie von den lang beschwiegenen Lebensgeschichten ihrer Ahninnen befeuert werden: Tagelöhnerin die eine, die unter dramatischen Umständen ums Leben kam, Partisanin die andere, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr nach Kärnten zurückkehrte.*

Auch Terézia Mora hat ja, glauben wir der Rezensentin von Deutschlandfunk Kultur, einen »ästhetisch brillanten Roman über ein viel zu lange und immer noch beschwiegenes Thema« geschrieben, über »Gewalt gegen Frauen« nämlich, und für die Ahnung, ganz so stur beschwiegen werde das The-



Die US-amerikanische Literaturnobelpreisträgerin Louise Glück ist gestorben, und in ihrem Gedicht »Parable of Hostages« überlegen ein paar der klügeren Griechen vor Troja dies: »Und wenn Krieg / nichts weiter wäre als eine männliche Form, sich herauszuputzen (just a male version of dressing up), / ein Spiel, entwickelt, um / ernsten spirituellen Fragen auszuweichen?« Der Satz, war in Willi Winklers Nachruf zu lesen, wird zur Zeit viel geteilt, vermutlich so isoliert, wie Winkler ihn auf die Nachwelt bringt. »Auf keinen Fall wollte sie populär sein, bloß keine Autorin für die Massen, kein Bestseller«, denn die sozialmedial geschulten Massen machen dich zur Autorin von Frauenkalendersprüchen und bleiben blind für die Tatsache, dass es auf der Welt meist Krieg, Mord und Totschlag bedeutet, wenn ernsten spirituellen als immer gleich dummen Fragen geschlechtsübergreifend nicht ausgewichen wird.



ma dann doch nicht mehr, mögen die Ahninnen von Haderlap bürgen, denen Maja (als Mira) ästhetisch brillant ein Denkmal setzt: *Mira zögerte, bevor sie den Koffer aus dem Abstellraum holte. Mit der Kaffeetasse in der Hand blickte sie fast trotzig aus dem Fenster in den Innenhof ihrer Wiener Wohnung, um sich etwas Zeit zu gönnen, in der nichts geschah, in der sie nichts entscheiden musste. Im Schlafzimmer warf sie den Koffer auf das Bett, klappte die Hälften auseinander und begann, die vorbereitete Kleidung in die Gepäckschalen zu schlichten (sic). Die Unterwäsche, die Strümpfe und Socken hatte sie in Stoffsäcke gelegt, damit sie nicht ungeordnet herumlagen. Im Laufe der Jahre hatte Mira eine eigene Technik des Packens entwickelt, nach der sie ihre Garderobe in durchdachter Reihenfolge in den Koffer legte. Diesmal musste sie nicht lange überlegen, sie würde nur Bequemes für zu Hause mitnehmen, keine eleganten Schuhe oder schwarzes, modisches Zeug, das Mutter nicht mochte. Den Laptop hatte sie schon am Vorabend in den Rucksack geschoben, in dem sie auch ein paar Bücher verstaut hatte, die sie für die Erschließung durchsehen wollte. Seit sie einmal vergessen hatte, ihre Medikamente einzupacken, und daraufhin in Paris in Panik geraten war, achtete sie darauf, dass sich ihre Tabletten und Globuli immer griffbereit in den Seitenfächern des Reisegepäcks befanden.*

Und die Zahnbürste? Was ist mit der Zahnbürste? Liegt die ungeordnet im Kulturtbeutel herum oder durchdacht neben der Zahnpasta? Was sagt Mutter dazu? Und handelt es sich, Stichwort Globuli, hier vielleicht um homöopathische Literatur, also eine, die aus garantiert gar nichts besteht, aber bei denen Wunder wirkt, die's partout nicht besser wissen wollen?

## Wir Rinder aus der Krachmacherstraße

Derweil kriegt Marlen Haushofer (*Die Wand*) von Ullstein eine Werkausgabe, denn sie gilt als »Die ›Spezialistin für die Mechanik des Patriarchats‹«, wie Daniela Strigl es in der »FAZ« formuliert. »Eine außergewöhnlich interessante Autorin, die immer wieder unterschätzt wird«, befindet Elfriede Jelinek. Dabei sollten ihre Romane »längst zu den großen Klassikern der Weltliteratur zählen«, schreibt Antje Rávik Strubel in der »SZ«. Und wieder bleiben Fragen: Wen zitiert Daniela Strigl, wenn sie in der »FAZ« formuliert, oder können sie bei Ullstein nicht mal dann Zeichen setzen, wenn sie Zeichen setzen? Warum werden Spezialistinnen für die Mechanik des Patriarchats immer von Frauen besprochen? Wie kann die außergewöhnlich uninteressante, grandios überschätzte Jelinek beurteilen, wenn eine interessante Autorin unterschätzt wird? Und warum sagt der nimmermüden Antje Rávik-Rávik Strubel

## Minotaurus

Im Anton spukt ein Waffennarr.

Ich finde ihn, er mich bizarr.

Wie viele Tote braucht er noch,

Um einzusehen, dass er doch

Von Anfang an im Irrtum war?

Ein Staat, der solches Personal

Und Lobbyisten ohne Zahl

In seine höchsten Gremien steckt,

Beweist nur seinen Grunddefekt:

In ihm regiert das Kapital.

Marco Tschirpke

niemand, dass ein großer Klassiker ein süßer Pudding ist?

Eins der Nachworte stammt übrigens vom außergewöhnlich gewöhnlichen Arno Geiger (*Irrlichterloh, Es geht uns gut*), und dass ich mal keine Werkausgabe bekomme, es hat auch sein Gutes.

## Knall und Wahn

In »Geo« berichtet ein Paar darüber, wie es zwei Jahre lang auf dem Rad von Alaska nach Feuerland gestrampelt ist: *Wir haben dann oft zu uns gesagt, dass uns nur der Tod aufhalten kann, Patagonien zu erreichen. ... Es ist eine wichtige Erkenntnis zu verstehen, wie groß der Druck sein kann, der jeden Tag unterwegs auf einem lastet. Aber je zerbrechlicher du dich fühlst, desto lebendiger fühlst du dich auch. Und desto mehr kümmerst du dich darum, zu überleben. ... Um so wichtiger war mentale Stärke. Das war unsere Superkraft, die auf der Akzeptanz fußte, dass dieser Trip nicht wie eine Touristenreise verlaufen wird. Dass wir mit Schwierigkeiten konfrontiert werden würden, mit vielen schlechten Momenten. Da ist Akzeptanz wichtig. Und mit ihr wuchs unser Wille, das alles zu schaffen. ... Angst hilft dabei, sicher unterwegs zu sein, denn sie schärft die Aufmerksamkeit.*

Vor Jahren schrieb ein »Taz«-Kollege mal, Leute auf dem Rad seien deshalb oft so aggressiv, weil sie sich moralisch a priori im Recht sähen. Hier sind zwei grässlich, weil sie unter Druck und permanenter Angst Akzeptanz und Überlebenswillen entwickeln, und vielleicht macht es die Welt so lebens-

wert, dass sie zumal aus diesen zwei Sorten Mensch besteht.

## Caspar Friedrich oder die Trägheit des Kopfes

Und noch ein Traumpaar, denn Florian Illies hat wieder einen seiner herzlos kalkulierten, gnadenlos süffigen Kulturseller geschrieben (*Zauber der Stille – Caspar David Friedrichs Reise durch die Zeiten*, S. Fischer), und Elke Heidenreich ist die wirklich allerletzte, die da nicht mittränke: *Keine Angst: Nichts an diesem Buch ist kompliziert, nichts verstörend ... ein Wunderbuch über die Wunder der Kunst.*

Da könnten wir jetzt sagen: Arsch auf Eimer. Dabei sind wir bloß neidisch, dass wir so wunderbar störungsfreies weder schreiben noch auch nur lesen können.

## Die Vollidiotin

Sowenig mehr wie die »Bunte«, und sei's beim Friseur: Adele: *Die Sängerin*, 35, erlebte dunkle Zeiten, u. a. die Scheidung von Simon Konecki, 49. Als Symbol für ihren »Kampf ums Überleben« ließ sie sich einen Berg auf den Arm tätowieren – für sie ist das Leben eine Abfolge von Berg- und Talfahrten.

Mein Arbeitszimmer erlaubt den Blick ins herbstlich bunte Tal, und so sitze ich und sinne, ob das, nach allem, vielleicht das Dummste ist, was ich je gelesen habe. Das aber würde heißen, es kann nur besser werden. Das wird nicht stimmen.

Stefan Gärtner



# Wo das Leben konkret ist

## Die Düsseldorfer Werkschau des Malers Chaïm Soutine würdigt einen der bedeutendsten Einzelgänger der modernen Kunst. Von Felix Klopotek

**G**egen den Strom« heißt die gelungene Ausstellung im Düsseldorfer K20, die sich dem Werk Chaïm Soutines widmet. Der Titel ist durchaus missverständlich: Wer irgendwie »widerständige«, »subversive«, gar explizit politische Kunst erwartet, kann gar nicht weiter danebenliegen. Soutines Werk hat keine Aussagen, keine »Botschaften«, kein Anliegen, sondern ist ganz auf einen Lebenszusammenhang bezogen, in dem Sinnlichkeit und Überlebenskampf, Melancholie und Stolz, Selbstbehauptung und das Zerbröckeln, Zerfließen aller Formen im Malstrom der Zeit ununterscheidbar ineinander übergehen.

Dieses Werk ist keiner Schule zugehörig, huldigt keiner Zeitgeistmode. Die Phasen, in denen Soutine, der von 1893 bis 1943 lebte, jeweils bestimmten Ideen und Eindrücken nachging, einen bestimmten Gestus erprobte, verdanken sich nicht der Inspiration durch ein neues Genre (etwa durch den Surrealismus). Vielmehr eignete er sich dann eine andere Maltechnik an, einen anderen Umgang mit dem Material, der sich direkt aus seiner Arbeit ergab. Eine radikale, weil unbeirrbar auf sich selbst konzentrierte Immanenz treibt sein Werk voran. Das hat die Kuratoren zu dem Titel »Gegen den Strom« inspiriert: nachvollziehbar. Aber Soutines Werk ist nicht mit dem tragischen Makel so vieler Einzelgänger behaftet, die in ihrem Bedürfnis nach Abgrenzung doch auf den Mainstream fixiert blieben. Es ist von einer unbestechlichen Autonomie, keiner künstlerischen, sondern einer sozialen.

Man kann vielleicht sagen, Soutine kam da an, wovon er sich verabschiedete, verabschieden musste: Er stammte aus Smilawitschy, einem belarussischen Shtetl; zehn Geschwister, der Vater ein Flickschuster. Das künstlerische Talent des Jungen wird in der drückenden dörflich-religiösen Atmosphäre

re nicht gern gesehen, er muss dafür häufig Prügel einstecken. Schon der Weg ins nur 25 Kilometer entfernt liegende Minsk kommt einer Weltreise gleich. Soutine wagt den Sprung und auch den nächsten, von Minsk zur Kunstakademie Wilna, und den übernächsten. Er muss raus aus der quälenden antisemitischen Atmosphäre im Zarenreich: 1913 siedelt er, nahezu mittellos, nach Paris über und wohnt zunächst in der abgerissenen, aber kreativ brodelnden Künstlerkolonie La Ruche. Von dort führt es ihn in die Hinterhöfe, in ein Milieu, in dem die Übergänge vom Subproletariat zum Handwerk fließend sind, in dem die Gestrandeten, das Dienstbotenproletariat, die Kellner, Pagen, Bäckergehilfen und Beiköchinnen leben, die schlecht ernährten Kinder – und die Schlachter, die für Soutine Rinder zerhacken und häuten, damit er das Fleisch, schon im Übergang zur Verwesung, malen kann. Kurzum: Er, der Prekäre, ist mitten im Prekariat.

Wenn er es malt, dann hat er freilich die unüberbrückbare Distanz des Betrachters, des geschulten Künstlers eingenommen. Er akzeptiert diese Distanz: Er malt nicht realistisch, zeigt das Prekariat nicht bei der Arbeit, sondern porträtiert sie als Individuen, wählt also eine klassische Form herrschaftlicher Repräsentation. Aber diese Porträts sind hektisch, wüst, sprengen jedes Maß. Die Gestalten sind zerknautscht, zerwühlt, und genau darin scheint ihre Individualität auf, ihre Selbstbehauptung gegen die Zumutungen der Arbeit. Die Porträts wirken wie unter großem Druck und in Eile gemalt: »Hey, Soutine, ich muss wieder zurück in die Küche, du hast nur fünf Minuten, mach mal schnell!« Überflüssig zu erwähnen, dass er in Wirklichkeit Perfektionist war, der einen Großteil (vielleicht sogar die meisten) seiner Skizzen, Entwürfe und Bilder vernichtete.

Als Soutine nach La Ruche kommt, lebt und arbeitet dort auch Marc Chagall. Um sich

dem Werk Soutines zu nähern, darf man den Vergleich suchen, was im K20 leicht möglich ist. Denn ein Stockwerk über der Soutine-Ausstellung, in der ständigen Sammlung, hängt Chagalls magisches Bild »Festtag« (auch bekannt unter dem falschen Titel »Der Rabbi mit der Zitrone«), das mit traumwandlerischer Symbolik auf das Laubhüttenfest anspielt und eine tiefe religiöse Spiritualität zum Ausdruck bringt. In Soutines zeitgleich entstandenen Bildern ist nichts symbolisch, erst recht nichts religiös. Aber er malt doch, gerade in den ersten Pariser Jahren, Stilleben! Geht's denn, bitte schön, noch symbolischer? Er führt diese Form allerdings ad absurdum: Wenn er einfach nur ein paar schrumpelige Fische auf den Teller legt und das Essbesteck deformiert aussieht, dann ahnt man – das wird er gegessen haben, mehr war nicht drin. Spätere Stilleben kombinieren Geigen mit zerrupften Fasanen. Und dann ist da der aufgeschlitzte Rochen, dem die Innereien herausquellen und der verstörenderweise ein irgendwie menschliches Antlitz hat. Diese Drastik erzeugt keine Schockwirkung: Es ist eine Feier der Sinnlichkeit, zu der nun mal das Verwesende, das Geschlachtete, das Zusammengeklautete gehören.

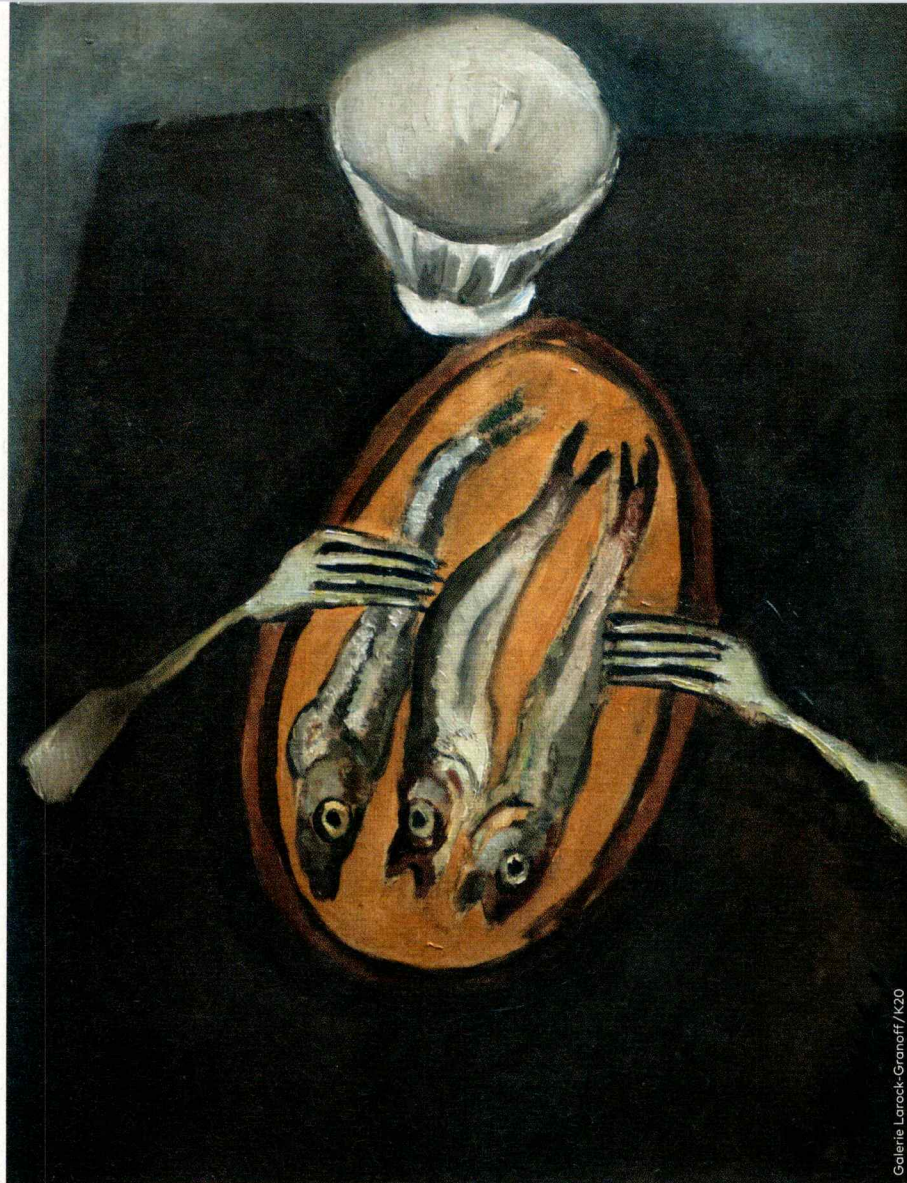
Soutine freundet sich in La Ruche mit dem bereits etablierten Maler und Bildhauer Amedeo Modigliani an. Der vermittelt ihm einige Techniken und – fast noch wichtiger – Kontakte zu Kunsthändlern. Soutine bleibt aber zunächst mittellos, zieht sich ein Magenleiden zu, das er nicht rechtzeitig behandeln kann und nie wieder los wird, bis ihm 1943 ein vereitertes, durchgebrochenes Magengeschwür den Tod bringen wird. Aber so weit sind wir noch nicht. 1919 folgt die nächste Selbstbefreiung, Soutine siedelt nach Céret über, einem Dorf am Fuße der französischen Pyrenäen. Dort kann er drei Jahre malen und findet zu seiner genuinen Technik.



Es ist ein fast daumendicker Farbauftrag, in dem er, so scheint es, herummanscht und knetet und schmiert. Auch hier: die Feier der Sinnlichkeit, des Materials, das im Chaos zur Geltung kommt und aus sich heraus die Form stiftet. Dass 30 Jahre später die abstrakten Expressionisten, namentlich Willem De Kooning, in Soutine ihren Vorläufer, gar Lehrmeister sehen, verwundert nicht.

Aber der erste Eindruck täuscht; er manscht, knetet und schmiert nicht. Man erkennt beim zweiten Hingucken schnell, wie subtil die Farben kombiniert sind, wie Soutine aus den Schlieren und den dicken Farbschichten feinste Übergänge gestaltet. Seine Ansichten von Céret – die ein windzerzaustes, sonnengegerbtes Dorf zeigen, in dem die schiefen Häuser sich gegenseitig stützen, damit nicht alles durcheinander purzelt – funktionieren in jeder Perspektive. Wer direkt vor den Bildern steht, erlebt eine Landschaft, die wie die von Soutine gemalten Rinderhälften gehäutet aussieht – ein Gekröse der Natur. Mit zehn Schritten Abstand sieht man das gleiche Tableau als eine schillernde, schimmernde, fast schon erhabene Landschaft. Es sind die Naturgewalten, die das Dorf zu zerquetschen und zerschmirgeln drohen, die die Häuser miteinander verwachsen und in einer einzigen Wellenbewegung aufgehen lassen. Gleichzeitig spenden Sonne und Wind Leben, ermöglichen überhaupt die Existenz einer dörflichen Gemeinschaft.

Soutine kommt 1922 mit 200 Bildern zurück nach Paris – und wird im großen Stil entdeckt. Der amerikanische Arzt und Kunstsammler Albert C. Barnes kauft nach seiner ersten Begegnung mit dem Werk Dutzende Stücke an und löst ein enormes Interesse an Soutine aus. Auf einen Schlag hat er keine finanziellen Sorgen mehr, Einzelausstellungen folgen, weitere Sammler und Mäzene klopfen an, auf deren Schlössern und Herrensitzen, etwa bei der Familie Castaing, er auch wohnen kann. Er bleibt jedoch bei seinen Themen, bei seinen Leuten, »unten, wo das bürgerliche Leben konkret ist«, mit Hegel zu reden. Da ist ein erlegter Hase, der kopfüber aufgehängt wird und vor einem giftgrünen Verschluss baumelt: Es scheint, als blickte das Tier noch im Tod wütend und grimmig. Oder die Schauspielerin, die irgendwann ihre große Zeit gehabt haben mag und jetzt nur noch ihren Stolz hat. Aber was heißt »nur noch«? Oder das gealterte Kind (die alte Frau, die immer Kind geblieben ist), das uns keck anlächelt. Diese Bilder drücken eine tiefe Verbundenheit aus; Soutine führt die Leute nicht vor, stellt sie nicht bloß, er will auch gar nichts erklären. Man kann sich eine Art Pakt vorstellen: »Ich darf euch malen, wie ich euch sehe, dafür gebe ich euch alles, was ich als Maler habe« – und sei es die Farbe, die in immer dickeren Schichten aufgetragen, regelrecht verschwendet wird.



Galerie Larock-Granoff / K20

#### Die Form ad absurdum geführt: Chaïm Soutines »Stilleben mit Heringen« (1915/16)

1943, kurz vor seinem Tod, hat er in Washington eine Einzelausstellung; gemalt hat er bis zum Schluss. Er starb, wie schon erwähnt, an einem Magendurchbruch und nicht durch deutsche Hände, zumindest nicht direkt. Seit 1940 hatte er sich den antisemitischen Sondergesetzen zu beugen: Er durfte nicht mehr in Paris leben, die Operation, die ihm sein Leben hätte retten sollen, musste in einem Pariser Spital heimlich durchgeführt werden. Sein Werk existiert neben den zerstörerischen Zeitläuften, mehr noch: Um 1940 herum wird es weicher, freundlicher, wärmer, vielleicht auch bloß trauriger.

Nach dem Krieg wird Soutine zu einem *artist's artist*. Jede neue Generation von Malern scheint auf ihn Bezug zu nehmen, weil man sich ihm ganz unbefangen nähern kann (nahezu ohne kunsthistorischen Kontext) und weil er in seiner Technik gezeigt hat, wie das Höchste und das Niederste zusammenstürzen und sich durchdringen – bis ins Ununterscheidbare.

Die Ausstellung im K20 ist gute Arbeit. Es werden zwar »nur« 60 Bilder gezeigt, die größtenteils zwischen 1918 und 1928 entstan-

den sind. Das ermöglicht aber Konzentration; spontan möchte man sich für jedes einzelne Bild mehr Zeit nehmen. Begleitet wird die Ausstellung von einem ebenso gelungenen Film, in dem sechs sehr verschiedene zeitgenössische Malerinnen und Maler, unter anderen Amy Sillman, Emma Talbot und Thomas Hirschhorn, ihre Faszination für Soutine erklären und so eine elegante Einführung in sein Werk leisten. Imran Qureshi vergleicht in dem Film Soutines Malerei mit Punk – mit einer entschlossenen, wilden, aufgewühlten Kraft, die sich der Welt entgegenstellt und sie doch nicht abwehren will, sondern aus dem Rohen und Krassen die subtilsten Formen gewinnt. Sie steht gegen den Strom, um ihn in sich aufzunehmen. ●

»Chaïm Soutine. Gegen den Strom«. Ausstellung im K20, Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, bis 14. Januar 2024. Der gleichnamige Katalog ist im Verlag Hatje Cantz erschienen (176 Seiten, 40 Euro)

**Felix Klopotek schrieb in konkret 10/23 über das letzte Album der Jazzmusikerin Jaimie Branch**



# Warme Sachen im Archiv

## Maria Wiesners Biografie der Modeschöpferin Jil Sander ist zugleich eine Bestandsaufnahme dessen, was vom Pop-Feminismus übrigbleibt. Von Barbara Kirchner

**K**lamotten sind etwas anderes als Bauten. Die bekannteste deutsche Modeschöpferin hat sich dennoch am Bauhaus orientiert, einer Designschule aus der Vorhitlerzeit. Diese Schule wollte Schnörkel und hohlen Prunk aus dem öffentlichen Leben vertreiben (mit ein paar demokratischen Hintergedanken). Man sollte bauen, damit Menschen wohnen und arbeiten können, nicht zur Machtdemonstration einer herrschenden Klasse in Stein. Die Modeschöpferin Jil Sander ließ sich davon zu einer Idee anregen: Gut gekleidete Frauen müssen nicht wie Bonbontüten aussehen, an denen Männer naschen dürfen. Als Sander damit um die Ecke kam, wusste man, was Vollbeschäftigung heißt, es standen ökonomisch unabhängige Kundinnen bereit.

Die Autorin Maria Wiesner hat aus Anlass von Sanders achtzigstem Geburtstag am 27. November ein Buch über sie geschrieben, das ihr Leben und Werk unter stilkundlichen, geschlechter- und gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten betrachtet. Mich interessiert das, weil meine Generation von westlichen, halbwegs mit bürgerlichen Rechten ausgestatteten und nicht bettelarmen Frauen in den Achtzigern und Neunzigern politische Fragen oft als Stilfragen anging, nach Lösungen wie: »Lieber einen Madonna-Videoclip analysieren als bei einem Frauengruppentreffen herumsitzen.« Pop-Vorbilder sollten Kürzel sein für unsere Ansprüche an die Welt, das schien uns griffiger als »die Frauenbewegung«. Richtig daran war, dass Bewegungen oft träge Leute sammeln, die sich in eine Masse ohne klares Programm einfügen, um von ihr gezogen und geschoben zu werden. Wenn's dann auch noch Deutsche sind, oh je!

Der damalige, an internationalem Lebensstilzeug orientierte hiesige Pop-Feminismus war nicht zu schmal gedacht, es gab ein Spektrum. Das reichte von Subversion und Scheinaffirmation (Glamour und Großmäuligkeit, Höhepunkt: die Nachbeben des

»Pop-Sommers« 1982) bis zur Punk-Verweigerung (letzter Höhepunkt: die Riot Grrrls bis circa 1995). Am Ende riskierten einige »Schwestern« aus dem weißen (Klein-)Bürgertum sogar zaghafte Blicke ins Außerhalb: Schwarze Rapperin, türkischstämmige Berliner Techno-Plattenauflegerin, wissst ihr vielleicht auch was Wissenswertes?

Maria Wiesner gehört einer anderen Frauengeneration an als ich. Außerdem wurde sie (gerade noch) in der DDR geboren. Das Schaufenster des fauligen Kapitalismus, in dem der Pop-Feminismus eine von vielen Auslagen war, die notgedrungen interessieren mussten, weil eine starke antikapitalistische feministische Bewegung nicht auf der

### Kapitalismus verachtet nicht nur Menschen, sondern sogar Marken

Tagesordnung stand, ist inzwischen geschlossen. Übrig bleiben a) Konsumgewohnheiten, b) politische Erinnerungen und c) Ästhetisches. Maria Wiesner hat zu jedem dieser drei Aspekte je ein Buch geschrieben.

Das neue, *Jil Sander. Eine Annäherung*, beendet die Trilogie. Sie fing mit *Alles in Ordnung?* von 2021 an. Da geht es um den Lebenshilfblödsinn von Fertigidolen wie Marie Kondo, die zu »bewusstem Kaufverhalten« anregen, zum überschaubaren Leben im aufgeräumten Warenhaushalt. Wiesner stellt klar, dass die soziale Scheiße, gegen die diese Ideologie helfen soll, erst aufhören kann, »wenn wir unsere privaten und gesellschaftlichen Konflikte nicht mehr durch ständigen Konsum betäuben«, auch nicht durch nachhaltigen oder achtsamen.

Das zweite Buch, *Radikal selbstbestimmt* von 2022, ist ein Porträt der Kommunistin Alexandra Kollontai. Sie war die erste (und

nicht zufällig bolschewistische) Ministerin der Moderne. An Kollontai hat, wie Wiesner schreibt, »in Zeiten, in denen in Amerika und Europa solche grundlegenden Errungenschaften« wie Abtreibungsrechte, Mutterschutz und mancherlei mehr »wieder in Gefahr geraten«, nicht nur ihr Kampf um »neue Formen von Freundschaft, Kameradschaft und Liebe« aktivierenden Wert, sondern auch ihre Rolle als Mitbegründerin einer sozialistisch-feministischen Tradition, die Wiesner aus der DDR kennt. (Dass die betreffenden Stellen im Buch nicht auf dem Weg vom Rechner der Autorin in die Druckerei verloren gingen, ist ein gutes Zeichen. Die BRD-Lektorate werden wohl langsam weniger eifrig staatstragend, als sie zu meiner Zeit waren.)

Das Buch über Jil Sander erzählt davon, was sich von einem sehr öffentlichen, sehr weiten, sehr mühsamen Weg, die Emanzipation als Stil auf dem Markt zu verkaufen, lernen lässt. Zunächst einmal dies: Einen Wettbewerb um gute ästhetische Ideen gibt's im Kapitalismus nur so lange, bis sich die Ideen rechnen sollen, also nicht sehr lang. Auch Sander wurde von einem Gesetz ereilt, das bei Marx steht: »Je ein Kapitalist schlägt viele tot.« Es gilt auch für sogenanntes kulturelles Kapital, dessen unvermeidliche Konzentration in wenigen Händen nicht immer als Übernahme läuft, sondern manchmal als Fusion. Bei Sander war es das Zusammengehen mit Prada; wegen der Profitmargen musste dann billiger produziert werden, »sowohl was Arbeitskräfte als auch das Material angeht«. Angenehm zurückhaltend, aber deutlich genug sagt Wiesner: »In beiden Punkten Kompromisse einzugehen hieß, den Kern der Marke zu mißachten.«

Wir lernen: Kapitalismus verachtet nicht nur die Menschen, die er ausbeutet und denen er Waren verkauft, sondern sogar die Marken, deren Design reale Bedürfnisse und Wünsche anspricht. Und weil Pop-Feminismus eher Marke ist als Programm, steckt darin auch ein Urteil der Autorin über die Hinterlassenschaften der vorangegangenen Generationen, unter anderen meine. Man muss nicht um die Waren und die Träume trauern, die da beerdigt werden. Viele Sander-Kundinnen haben noch ein paar schöne Stücke im Schrank hängen, vielleicht warme für den Winter. Die darf man aufheben. Bücher wie das von Maria Wiesner sind Gebrauchsanweisungen für Archive: Einige Archive sehen aus wie Kleiderschränke, andere wie Bücherregale, in denen die Erfahrungen älterer Niederlagen, von DDR bis Riot Grrrls, darauf warten, von jüngeren Menschen ausgewertet und genutzt zu werden. ●

Maria Wiesner: *Jil Sander. Eine Annäherung*. Harper Collins, Hamburg 2023, 272 Seiten, 24 Euro

**Barbara Kirchner schrieb in konkret 9/14 über »feministisches Sprachhandeln«**



konkret entsorgt den Sprachmüll der Medien

## Aus dem Nörgel-tagebuch (2)

24.10. Christian Kohlund bedrückt das Weltgeschehen, meldet um 5.24 Uhr die Presseagentur. Endlich eine gute Nachricht! Denn das Weltgeschehen ist weißgott seit Jahrtausenden überaus bedrückenswert. Wollten wir nun noch wissen, wieso und warum ausgerechnet ein schweizerischer Schauspieler etwas schafft, das wir bisher allenfalls Trump und Putin zugetraut haben, müssten wir den ganzen Artikel lesen. Wir lesen aber lieber den nächsten: »Mann beißt Hund.«



Der er Wittweit höchste Turm der Welt

2.11. Noch immer keine Antwort von Biden. Vor vier Wochen schrieb ich ihm, die USA brauchten dringend einen neuen Namen, weil der seit 1776 gültige im Deutschen kein vernünftiges Adjektiv bildet. Goethe musste seinem Gedicht, das anhebt mit dem Vers »Amerika, du hast es besser«, eine Widmung voranstellen, um den Irrtum zu verhindern, es seien auch Chile und Peru gemeint: »Den Vereinigten Staaten«, die leider nicht ins Metrum passten.

Adenauer machte es sich leichter. Wenn er von »unseren amerikanischen Freunden« sprach, durfte man sich je nach Bedarf aussuchen, ob er diejenigen meinte, die 1944 in der Normandie gelandet waren und von ihrer Freundschaft gar nichts wussten, oder einige andere, die deutschen Verbrechen zu einem sonnigen Lebensabend in Argentinien verhalfen.

Die Engländer, die Franzosen und vermutlich alle anderen stellen sich doof. Dass »Amerika« respektive »America« respektive »l'Amérique« kein Staat ist, sondern ein Kontinent, wissen nur wir Deutschen. Und müssen uns deshalb Mühe geben. »US-amerikanisch« war jahrzehntelang alles, was die USA betraf. Dann wurde dieses Adjektiv auf seine ersten zwei Buchstaben verkürzt, und endlich durften anderthalb Milliarden Inder, wenn ausnahmsweise von ihren Belangen die Rede war, dreimal so viele Buchstaben beanspruchen wie die 330 Millionen Bürger der USA.

Aus dem US-amerikanischen Schriftsteller Norman Mailer wurde posthum *US-Schriftsteller Norman Mailer*, ein Staatsdichter also, was ihm, lebte er noch, vermutlich nicht gefiele. Gestern posierte der »Spiegel«: *US-Vermieter tötet sechsjährigen muslimischen Jungen in seinem Haus*. Wer wäre darauf gekommen, dass man die USA mieten kann? Und dass, wer sich dazu entschließt und der »FAZ« vertraut, zugleich mehrere Staatsstaaten mietet: *Mindestens 22 Tote bei Schusswaffenangriff im US-Bundesstaat Maine*.

Es ist nicht auszuhalten mit den US-Amis. Und da Biden nicht helfen will, sollte ich vielleicht hier bei uns ein Volksbegehren zur Umbenennung der Vereinigten Staaten beantragen. Henryk Broder stünde mir gewiss zur Seite. Jahrzehntlang bekleidete er sich mit einer Krawatte in den Farben von *Old Glory*, und zu seinem Auftritt vor der Bundestagsfraktion der AfD brachte er ein solches Exemplar mit, um es Alexander Vogelschiss Gauland zu schenken. Doch endlich wurde es wohl auch ihm der sprachlichen Verdünnung zu viel. Seit ungefähr zwei Jahren kommen die USA in seinen Kolumnen nicht mehr vor.

Wie wäre es mit Takatuka? Mindestens 22 Tote bei Schusswaffenangriff im takatukischen Bundesstaat Maine? Ja, das klingt doch sehr viel schöner!

6.11. Früher gab es den höchsten Turm der Welt. Er stand in New York. Neuerdings gibt es den weltweit höchsten Turm, und wenn er obendrein weltweit der höchste ist, dann ist er auch in Erwitte der höchste und die Erwitter dürfen stolz auf ihn sein, obwohl er in Dubai steht. *Schweizweit wächst die Wolfspopulation exponentiell an*, wollte das Fernsehmagazin »Nano« uns glauben machen. Dass in der Schweiz die Population wächst, mag wohl sein; wenn sie aber schweizweit wächst, dann wächst sie auch in Zürich und in allen Kantonen, in denen es gar keine Wölfe gibt. Und wir dürfen darauf warten, dass die einzige Kneipe in Erwitte endlich zur er Wittweit einzigen Kneipe wird.

8.11. *Nach einem Jahr gibt Vincent schließlich das Experiment der Selbstkasernierung auf und kehrt dem Süden Frankreichs den Rücken*, schreibt mir das ZDF. In dem Sommerfrische-Ort Auvers-sur-Oise nördlich von Paris versucht er ein letztes Mal, auf eigenen Beinen zu stehen. In der Auberge Ravoux lebt er günstig – aber einsam. 90 Gemälde malt Vincent van Gogh in den 70 Tagen von Auvers. Gemälde sollte man malen, sonst sind sie keine. So viel ist wohl sicher. Die eigenen Beine, auf denen Vincent stehen möchte, sind seine finanziellen Beine. Was man aber nur kapiert, weil sie fünf Zeilen zuvor schon einmal erwähnt wurden. Dass er in der Herberge günstig lebte, ahnte Vincent nicht. Er dachte wohl eher, es lebe sich dort billig. Aber was stand in Auvers-sur-Oise auf allen Werbeplakaten? »Wer günstig will, muss Auberge Ravoux!«

Joachim Rohloff



# Schreiben oder prügeln?

**Comicautor Joann Sfar schildert in *Die Synagoge*, wie der alltägliche Antisemitismus ihn seit seiner Jugend verfolgt. Von Peter Kusenber**

Ich will nicht in die Synagoge gehen! Die Juden schreien zu laut!«, greint der etwa fünfjährige, halbverwaiste Junge Joann, der die Gottesdienste in der Synagoge verabscheut. Als Jugendlicher meldet er sich freiwillig zum Wachdienst vor dem Eingang, um Antisemiten und anderes Gesindel fernzuhalten. Trotz Regen und Langeweile schätzt er diese Aufgabe, denn sie entbindet ihn von der Pflicht, im Gestühl zu hocken und zu beten. In all den Jahren passiert – nichts, jedenfalls nichts Bemerkenswertes im Umfeld der Synagoge in Nizza. Anderswo in Frankreich häufen sich tätliche Angriffe auf Juden, es gibt mehr und mehr Friedhofschändungen; antisemitische Schmähungen und Mordanschläge nehmen zu im Lauf der achtzig Jahre.

Joann Sfar, Co-Autor der populären *Donjon*-Comicserie und Schöpfer des Bestsellers *Die Katze des Rabbiners*, wurde 1971 als einziger Sohn des politisch engagierten Juristen André Sfar geboren. Der Vater hatte sich als sephardischer Jude im Zuge des Algerien-Kriegs in Südfrankreich niedergelassen, wo er häufig vor Gericht und im Zivilleben mit Schergen des faschistischen Front National aneinandergeriet. In seinem autobiografischen Werk *Die Synagoge* beschreibt der Sohn, auf welche Weise ihn der Vater prägte, etwa wenn der streitlustige André Morddrohungen als notwendige Begleitscheinung des jüdischen Lebens akzeptiert.

Für den jungen Sfar stellt der Anschlag auf die Pariser Synagoge in der Rue Copernic im Jahr 1980 ein Schlüsselerlebnis dar. Im Comic sitzen Vater und Sohn vor dem Fernseher und hören mit Entsetzen, wie der damalige Ministerpräsident Raymond Barre den Vorfall kommentiert: »Dieser nie-

derträgliche Anschlag galt den Juden, die die Synagoge besuchten, aber er traf unschuldige Franzosen.« Die Juden hatten es Barres Diktion zufolge irgendwie verdient. Der junge Sfar begreift, dass er jederzeit mit dem Schlimmsten rechnen muss und beginnt mit körperlicher Ertüchtigung: Zum einen besucht er das Boxtraining des Wachdienstes, zum anderen erlernt er fernöstliche Kampf-



Tauchgang in die eigene Biografie: Panel aus *Die Synagoge*

techniken in einer Sporthalle, wo er sich mit arabischen Jungs und Nazi-Skinheads abgibt – und zeitweilig anfreundet. Dieses Paradoxon ist ihm wohl bewusst, er erkennt die Parallelen zum Leben seines Vaters, der kurzzeitig für den rechten Bürgermeister von Nizza, Jacques Médecin, arbeitete.

Dem Jungen wird klar, dass er dem Jüdischsein nicht entkommen kann. Er stellt sich die Frage: »Warum zeichne ich nicht Auschwitz?« Und findet eine Antwort: »Mein Thema ist die Verstockung des Herzens. Ich weiß nicht, ob man ihr mit der Faust oder mit Schreien entgegentritt. Oder mit Büchern.« Sfar wird Autor, allerdings ein streit- und prügellustiger. Sfar inszeniert *Die Synagoge* nicht chronologisch; die Erzählung springt

zwischen Kindheit, Jugend und Erwachsenenzeit hin und her. Er skizziert kurz den Lebensweg seines Großvaters, der im Krieg gegen die Deutschen kämpfte und hernach zum Pazifisten wurde. Bereits zu Beginn des Buchs erzählt Sfar von seiner schweren Corona-Erkrankung. Auf der Intensivstation eines unterversorgten Krankenhauses träumt er einen Fiebertraum, in dem er mit dem französischen Journalisten und Abenteurer Joseph Kessel parliert sowie mit dem israelischen Dichter Abba Kovner, der nach dem Zweiten Weltkrieg durch den Plan bekannt wurde, als Vergeltung für die Shoa sechs Millionen nichtjüdische Deutsche zu ermorden. Kovner schrieb dann doch lieber Gedichte. Diese Vorbilder bestärken Sfar in seinem Entschluss, sich schreibend und zeichnend der dummen, mörderischen und antisemitischen Welt zu stellen.

Alle Aspekte des Sprechens über Israel, über die Juden und Araber und über den Antisemitismus, finden sich in Sfars Lebensgeschichte. Als junger Mann besucht er eine linke, »propalästinensische Splittergruppe«. Sie positioniert sich »klar für Terrorismus. Im Grunde ist sie dafür, dass man alle Juden ins Meer wirft. Eine eindeutige, blutrünstige Agenda, die die Zuhörer offenbar begeistert.« Der arabische Dozent erklärt: »Hundert Kilo Christinnen in einem Bett werden nie so viel wert sein wie ein Gramm arabische Frau.« Sfar weist nach, wie die französische Presse bereits in den siebziger Jahren eine Kursänderung vornahm: »Eines schönen Tages verbannte sie das Wort »Terrorist« aus ihren Spalten und ersetzte es durch »Kämpfer«. Das ist unverzeihlich. Mit dieser Sprache hat die französische Presse der Banalisierung des Terrorismus den Boden bereitet.« Sfar versammelt auf den letzten zwei Dutzend Seiten seines Comics Ausschnitte aus Tageszeitungen und Fotos und versieht sie mit umfangreichen handschrift-

lichen Kommentaren. Das erinnert an die diskursive Arbeitsweise des kanadischen Comicauteurs Chester Brown.

»Besser schreiben als sich prügeln«, lautet Sfars Resümee, doch es gilt nur für sein Selbstverständnis als Autor, und nur für den Augenblick. Der »Junge Welt«-Redakteur, der sich zum Interview mit Sfar treffen möchte, sollte also vorsorglich Wundsalbe einstecken. ●

Joann Sfar: *Die Synagoge*. Avant-Verlag, Berlin 2023, 208 Seiten, 30 Euro

**Peter Kusenber** würdigte in konkret 11/23 den japanischen Anime- und Mangakünstler Hayao Miyazaki



Karsten Krampitz

## Pogrom im Scheunenviertel

Verbrecher Verlag, Berlin 2023, 152 Seiten, 19 Euro

»Die erbrochenen Läden und Wohnungen wurden gänzlich ausgeraubt, die Einrichtungen zerschlagen. Mehrfach wurden die Gaschähne aufgedreht, das Telephon zertrümmert. Auch die Misshandlungen, die in dieser Nacht vorkamen, waren erheblich schwerwiegender Art als die am Morgen vorgekommenen. So wurde z. B. dem Schuhmacher Wischnitzer das Gesicht zer schlagen, das Nasenbein zertrümmert. Bezeichnend ist, dass die Inhaber der geplünderten Läden, Keller und Wohnungen durchweg kleine Kaufleute sind. ... Sie betreiben meist einen Handel in Konfektion, Kurzwaren oder Schuhwaren in kleinstem Umfange. ... Unter den geschädigten Personen befinden sich nur Arme, zum Teil sogar völlig verarmte Leute.« Die Rädelsführer des Pogroms und die Plünderer fühlten sich so sicher, dass sie am 5. November 1923 zweimal zuschlugen. Alfred Berger, damals Augenzeuge und Generalsekretär des Arbeiterfürsorgeamts der jüdischen Organisationen, erwähnt in seinem Bericht zu den Ereignissen, dass die gewalttätige Menschenmenge beim zweiten Angriff am Abend noch größer war. Berger weist auch auf die sorgfältige Planung und Anleitung der Überfälle hin: »Die antisemitischen Verbände hatten seit Wochen, insbesondere in den Kreisen der Arbeitslosen, gegen die jüdische und insbesondere die ostjüdische Bevölkerung außerordentlich Stimmung gemacht. ... Täglich (wurden) Markthallenagitatoren und andere deutschvölkische Agitatoren vor den Stempellokalen der Arbeitslosen beobachtet. Der Unterzeichnete hat persönlich in mehr denn zehn Fällen beobachtet, dass unter den Plünderern sich immer ein oder zwei gut gekleidete Agitatoren befanden, die durch Rufe und Reden die allgemeine Stimmung immer wieder gegen die Juden aufbrachten und die Plünderungen, Überfälle usw. gewissermaßen dirigierten.«

Überschattet von den mörderischen Pogromen im späteren Polen und der Ukraine unmittelbar nach Ende des Ersten Weltkriegs sowie der deutschen Vernichtungspolitik nach Machtübernahme durch die Nazis im Februar 1933, sind antisemitische Gewalttaten während der Weimarer Republik lange kaum beachtet worden. Der Historiker Karsten Krampitz hat mit *Pogrom im Scheunenviertel* ein

Buch verfasst, in dem hundert Jahre nach den Ereignissen an die antisemitischen Ausschreitungen im Zentrum Berlins und ihre gesellschaftliche Vorgeschichte erinnert wird. Nach Exkursen zur Geschichte jüdischer Einwanderung seit dem Ende des 19. Jahrhunderts und zum nicht nur rhetorischen Anteil sozialdemokratischer Politiker an der Ausgrenzung und Verfolgung der häufig als »Ostjuden« oder »Galizier« diffamierten Einwanderer erzählt Krampitz auf gut zwanzig Seiten des dritten Kapitels von den antisemitischen Gewalttaten im November 1923 und dem Vorgehen der Berliner Polizei. Neben zeitgenössischen Presseberichten und Gerichtsakten aus einem Strafverfahren gegen Polizeibeamte verwendet der Autor auch bislang unveröffentlichte Materialien zur Darstellung und Bewertung der Ereignisse. Zum einen den anfangs zitierten Bericht Alfred Bergers, ferner neun Protokolle, die Mitarbeiter des von Berger geleiteten jüdischen Arbeiterfürsorgeamts nach den Aussagen von Verletzten und Geschädigten aufzeichneten. Moritz Pich, der in der Oderberger Straße ein Wollwarengeschäft betrieb, bemerkte am Mittag des 5. November eine große Menschenmenge in der Nähe seines Ladenlokals: »Als der Zug fast schon in der Danzigerstraße war, drehte ein Anführer sich um und rief: »Hier habt Ihr noch einen Juden vergessen!« Sofort stürzte sich eine große Anzahl von Menschen auf meinen Laden. Der Anführer schlug mit einem Hammer in die Fensterscheibe, zertrümmerte sie und rief der Menge zu: »Da, nehmt alles!« Die Menge drang nun in den Laden ein und raubte ihn aus. So-

dann drangen sie in meine hinter dem Laden gelegene Wohnung ein und raubten noch meine Kleider, Wäsche und Lebensmittel. Ich habe die Polizei sofort angerufen; die Beamten erschienen aber erst nach einer halben Stunde, als die Plünderer sich bereits zurückgezogen hatten. Einzelne nichtjüdische Bewohner riefen der Menge zu, sie sollten doch von der Plünderung ablassen. Die Menge kümmerte sich jedoch nicht darum.«

Mehrere Zeugen gaben zu Protokoll, dass die Plünderer alles zerstörten, was sie nicht wegtragen konnten, und wiesen darauf hin, dass einige der eingesetzten Polizeieinheiten den Plündernden freie Hand ließen. »Schwere Misshandlungen begingen Polizisten bezeichnenderweise an einer Gruppe des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten (RjF), die zur Verteidigung der Angegriffenen ins Scheunenviertel gekommen waren. »Mir selbst ist der Mittelhandknochen der rechten Hand zerbrochen worden«, sagte Hugo Bernhard, einer der RjF-Angehörigen. »Die Zustände machten auf mich nicht den Eindruck, als ob ich mich in einem Rechtsstaat befände.«

Alfred Döblin ist wohl der einzige bekannte zeitgenössische Autor, der sofort auf das Pogrom am 5. November 1923 reagierte. In dem – von Krampitz nicht erwähnten – Artikel »Während der Schlacht

singen die Musen« schrieb der damals nahe dem Scheunenviertel lebende Döblin: »Große Verängstigung unter den Juden vor den nächsten Tagen; das »Exil« wird vielen wieder deutlich. ... Noch gestern abend fuhren die Lastwagen mit den »Grünen« vor meiner Wohnung vorbei, ... ein kriegsmäßiges Panzerauto hinterdrein. Ein ähnliches sah ich zuletzt beim Kapp-Putsch; weiß war damals auf die Seitenwände ein Hakenkreuz gemalt.«

Obwohl etwas schmal geraten, hilft Krampitz' Buch bei der Erschließung bislang unbekannter Quellen.

Jens Hoffmann



Das Pogrom im Scheunenviertel war 1923 eine Art Generalprobe für die Pogrome im NS-Staat: Vom antisemitischen Mob zerstörtes Geschäft in Berlin, 10.11.1938



# Sail away

## Die Schiffe, die Sklaven über den Atlantik transportierten, waren nicht nur Instrumente des Terrors, sondern auch Versuchslabore des Kapitalismus. Von Jan Miotti

**O**bwohl Marcus Redikers Buch *Das Sklavenschiff* seit seiner Erstveröffentlichung 2007 als ein Standardwerk über den transatlantischen Sklavenhandel angesehen wird, musste es 16 Jahre auf eine deutschsprachige Ausgabe warten. Dabei ist die Geschichte des transatlantischen Sklavenhandels auch deutsche Geschichte, genauer, die Geschichte derjenigen Mächte, die bis heute den »Westen« konstituieren, zusammengepappt durch TTIP und Nato und schon immer geeint in ihren hehren Werten. Bei Sklavenhandel und Kolonialismus geht es deshalb ums Eingemachte. Nach dem ideologischen ABC des »freien Westens«, wie Josef Joffe es jüngst in der »Neuen Zürcher Zeitung« buchstabiert, hat die Integrität »unseres Erfolgsmodells« angeblich »nichts mit Kolonialismus« zu tun. Ja, räumt der Fortschrittsfetischist Joffe ein, es habe »Verfehlungen« gegeben. Aber »der Westen«, das sei halt immer zweierlei gewesen: »Traktor und Tank, Gedankenfreiheit und Guillotine, Penicillin und Giftgas, Michelangelo und Mussolini.« »Sklavenschiffe und Arbeitsplätze« müsste man ihm, die zynische Logik weiterführend, in die Liste diktieren. Dass und wie das liberale Geschwafel über die »zwei Seiten des Westens« bloß- und in der Folge richtigzustellen ist, weiß, wer, anders als Joffe, wirklich etwas vom Kapitalismus versteht.

Wie eben der US-Historiker Rediker, der »Gewalt und Terror« eine »zentrale Rolle« für den »Aufstieg und das Fortbestehen des Kapitalismus« beimisst. Er ist der erste, der den transatlantischen Sklavenhandel systematisch aus »einem anderen Blickwinkel« aufgearbeitet hat, nämlich »von den Decks eines Sklavenschiffes aus«. Und wo immer es die Quellen möglich machen, aus Sicht der Unteren und Untersten, der einfachen Seeleute und der Versklavten.

Historischen Arbeiten, die den Sklavenhandel allein über Sterberaten, Transport-

zahlen und dergleichen erfassen, unterstellt Rediker eine »Gewalt der Abstraktion«. Deren Vorläufer findet er in den Handelshäusern der Sklaverei: »Es ist, als ob die Heranziehung von Hauptbüchern, Almanachen, Bilanzen, Grafiken und Tabellen – das beruhigend vertraute Handwerkszeug der Kaufmannschaft – eine Realität abstrahiert und damit entmenslicht hat, die aus moralischen und politischen Gründen konkret verstanden werden muss.« Die wichtigsten Zahlen liefert Rediker, wo sie aus moralischen und politischen Gründen genannt werden müssen, doch: Insgesamt zwölf Millionen Menschen deportiert, fünf Millionen Tote auf der Überfahrt in die Amerikas und bis 1800 circa 2,5 Milliarden Arbeitsstunden von versklavten Menschen in der Neuen Welt. Diese Zahlen bilden aber nur den Rahmen für Redikers *Menschheitsgeschichte* (wie der Untertitel des Buchs zu Recht lautet).

Rediker muss trotz reichhaltiger Erforschung des Sklavenhandels feststellen: »Es gibt keine Analyse des Instruments, das Europas »kommerzielle Revolution«, den Aufbau der Plantagen und globalen Imperien, die Entwicklung des Kapitalismus und schließlich die Industrialisierung möglich machte« – nämlich das Sklavenschiff. Diese Forschungslücke besteht, weil der Blick »von den Decks aus« einerseits die »Gewalt der Abstraktion« nicht zulässt und andererseits das liberale Credo der »zwei Seiten des Westens« unterminiert. Es ist bezeichnend, dass Rediker im Bericht James Field Stanfields, eines einfachen Matrosen, tiefere Einsicht findet, als jemals von einem Josef Joffe zu erwarten wäre: »(Stanfield) bestand von Anfang an auf dem Kausalzusammenhang zwischen der Gier einiger weniger in den Hafenstädten und dem vielfältigen Elend der Massen rund um den Atlantik.«

Als »Kriegsmaschine, mobiles Gefängnis und Fabrik« verdichtete das Sklavenschiff die kapitalistische Produktionsweise – Aus-

beutung, Disziplinierung und Imperialismus – und verband einen global wachsenden Archipel von Häfen, Festungen, Plantagen und Sklavenmärkten, der die Grundlage des transatlantischen Handels bildete. Außerdem war es ein Versuchslabor, in dem Ausbeutung und Überausbeutung auf ihr profitabelstes Verhältnis hin austariert wurden. Die hohe Todesrate, die, wie Rediker betont, in Bezug auf Sklaven und einfache Seeleute ungefähr gleich war, zeigt dabei noch das hohe Maß an Überausbeutung, die sich keinen Deut um die Gesundheit der Arbeitskräfte schert, weil stets Nachschub vorhanden ist.

Im Gegensatz zu dieser Realität oder gerade wegen ihr genießt das Schiff in der bürgerlichen Mythologie einen hohen Status. Es ist zugleich Gegenstand und Sinnbild einer Bastion der Zivilisation gegen die Natur. Es verspricht Abenteuer an fremdem Ort und verweist als absolut endlicher Raum, den der Kapitän uneingeschränkt kontrolliert, auf das heimische Glück des Patriarchen. Das Schiff ist das ultimative Haus des Bourgeois, der auszieht, die Welt zu erobern. Deshalb kränkt ihn die realistische Darstellung der Sklavenschiffe doppelt. Sie kriminalisiert sein Kapital und beschmutzt sein Nest.

Einige Episoden dieser Historie berührte ein dem deutschen Publikum wohlbekannter »Nestbeschmutzer« in der Ballade »Das Sklavenschiff« von 1854: Heinrich Heine. Wo Heine aber das zynische Kalkül von »Superkargo Mynheer Van Koeck« bloßstellt (»Um Christi willen verschone, o Herr, / Das Leben der schwarzen Sünder! / ... Verschone ihr Leben um Christi Will'n, / Der für uns alle gestorben! / Denn bleiben mir nicht dreihundert Stück, / So ist mein Geschäft verdorben«), versteht es Rediker, solche Distanz ab- und dafür offenzulegen, wie »Sklavenschiffskapitäne bewusst Terror einsetzten, um soziale Disziplin herzustellen«. Dieser Schrecken überstieg das Wissen, das Heine hatte, oder das Maß, das er seiner Leserschaft zumuten mochte. Beispielsweise waren Haie nicht nur, wie bei Heine, die »Pensionäre« des Schiffsarztes, sondern Instrumente des Psychoterrors. Rediker schildert, wie ein Kapitän, der, um ein Exempel gegen Suizidversuche zu statuieren, befahl, eine »Frau mit einem Seil unter den Achseln zu fesseln und ins Wasser zu lassen: »Als das arme Geschöpf nun so ins Wasser getaucht ward, und etwa zur Hälfte darinnen, so hörte man sie einen schrecklichen Schrei ausstoßen ..., und es fand sich, dass ein Hai, welcher dem Schiff gefolgt war, sie in der Mitte abgebissen hatte.« Derart öffentlich zur Schau gestellte Morde verdingen, weil nach dem Glauben vieler Versklavter die Seele eines zerstückelten Körpers nicht in die Heimat zurückkehren konnte.

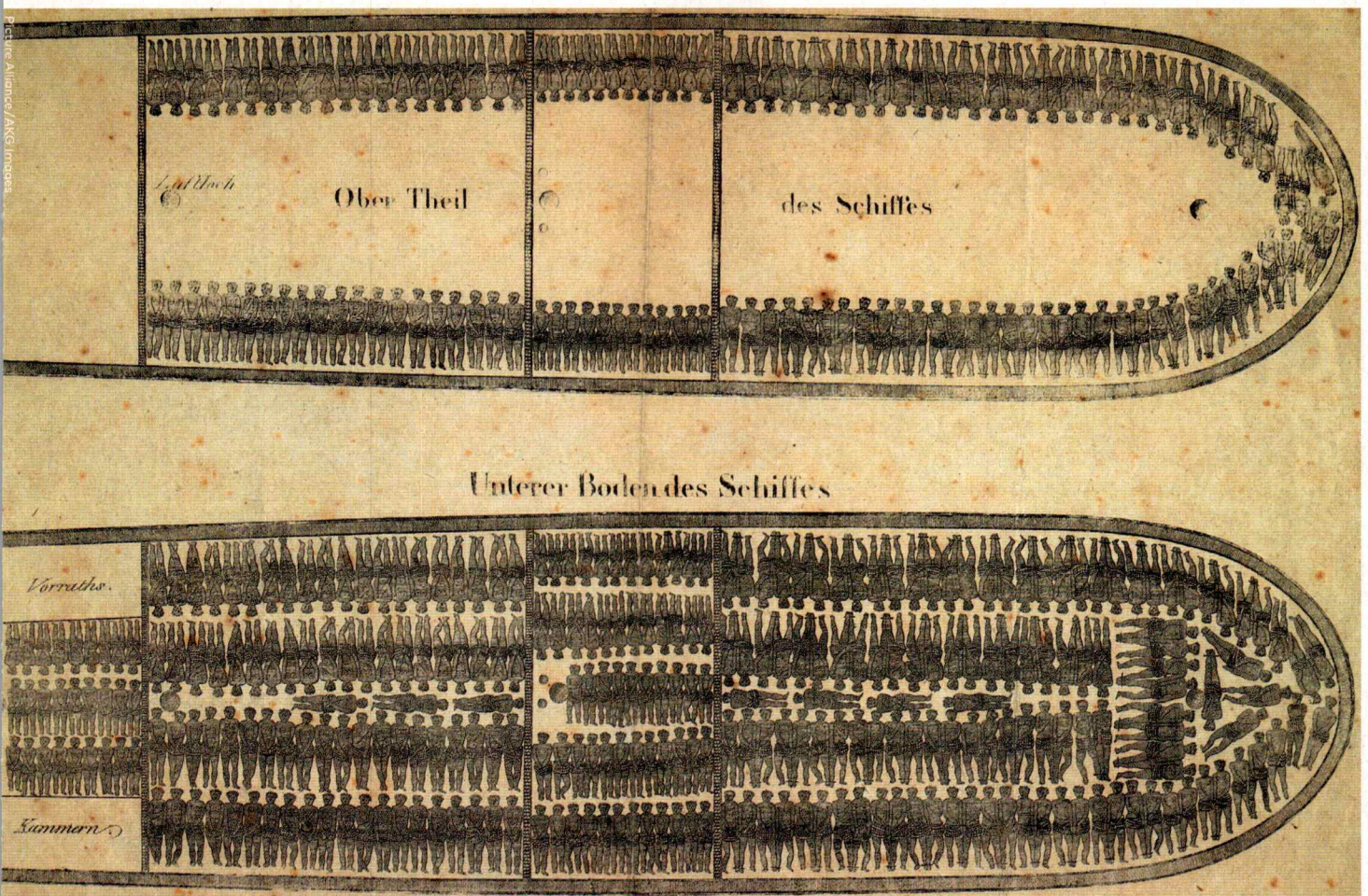
Nach diesem Glauben konnte Selbstmord ein Akt der existentiellen Befreiung sein, was weit über das Sklavenschiff hinaus



verhindert wurde. Rediker betont den Fall eines Sklaven, der mehrmals versuchte, »sich mit den eigenen Fingernägeln die Kehle aufzureißen«. Dieser Fall geriet 1790 vor einen britischen Parlamentsausschuss, wo Befürworter des Sklavenhandels die Suizidversu-

fung von Kultur gegenüber.« Um soziale Bande zu kappen, wurden gezielt Versklavte unterschiedlicher Herkunft zusammengespart. Aus dieser Gruppe wurde bis zur Ankunft in den Amerikas eine indifferente schwarze Sklavenklasse »fabriziert«. Aber

Redikers hastiger Sprung in die Gegenwart und die Gleichsetzung von Überlebenssolidarität mit revolutionärer Organisation bedienen ein idealisiertes Narrativ, das der Kritik bedarf, aber als utopischer Entwurf legitim ist.



Die brutale Verschleppung in die Amerikas forderte fünf Millionen Tote: Plan eines Sklavenschiffs (1820)

che nicht mit der äußersten Entmenslichung durch Versklavung zu erklären suchten, sondern mit dem angeblichen Wahnsinn des Sklaven. Zu der Disziplinierung auf den Schiffen kam eine politisch-diskursive Dimension der Herrschaft durch Rationalität, die das »Andere der Vernunft« (Foucault) benannte, ausschloss und marginalisierte.

Redikers Verdienst besteht aber nicht darin, mit seiner Berichtsammlung die Terrorherrschaft auf den Sklavenschiffen zu dokumentieren, sondern mehr noch darin, den Schwerpunkt auf den Widerstand und die Revolten der Sklaven zu legen. Redikers Buch ist für die materialistische Geschichtsbeurteilung wertvoll, weil von einer Darstellung der »Revolte der Opfer ... mehr zu erwarten (ist) als von der Karikatur ihrer Henker« (Roland Barthes). Zentral ist Redikers Verständnis des Sklavenschiffs in einer »Dialektik von Disziplin und Widerstand«: »Auf jedem Schiff (stand) dem Prozess des *culture stripping* – der kulturellen Enteignung von oben – ein gegenläufiger Prozess der Schaf-

es entstanden auch »Kulturen, die gleichzeitig afroamerikanisch und panafrikanisch, kreativ und dadurch unzerstörbar waren«. Auf dem Schiff »lagen die Anfänge einer Kultur des Widerstands, der subversiven Praktiken des Handelns und des Aufstands«. Neben vielen kollektiven Revolten auf See eigneten sich auch in den Häfen Nordamerikas bedeutsame Episoden. Dort wurden weiße Matrosen mangels verwerthbarem Nutzen nach der Überfahrt oft über Bord geworfen und verelendeten in Krankheit, Mangelernährung und Auszehrung. Rediker zitiert Berichte, nach denen »einige von ihnen aus Erbarmen von den Negerfrauen aufgenommen und mit der Zeit kuriert wurden«. Dass versklavte schwarze Menschen unter prekären Umständen weißen Matrosen Hilfe leisteten, zeuge, so Rediker, von der Möglichkeit einer »sozialen Bewegung für Gerechtigkeit unter Führung der Nachkommen ..., die am meisten unter dem Erbe des Sklavenhandels, der Sklaverei und dem Rassismus, den sie hervorgebracht haben, gelitten haben.«

Jedenfalls besteht kein Zweifel daran, dass die Exekutive des Kapitals viele Praktiken aus dem »Versuchslabor« Sklavenschiff weiterführte: psychologische und physische Disziplinierung, Prävention von und Repression gegen Organisation und Widerstand, Willkür, sexualisierte Gewalt oder die kalkulierte Integration kleiner Zugeständnisse an die Ausgebeuteten. So blieb freilich die »Dialektik von Disziplin und Widerstand« nach der Aufhebung der Sklaverei bestehen. Besonders in den USA wurden die nun »Freien« unter Entwicklung von antischwarzem Rassismus ins Proletariat eingegliedert. Es war das Sklavenschiff, das diese Form rassifizierter Klassengesellschaft vorbereitete. ●

Marcus Rediker: *Das Sklavenschiff. Eine Menschheitsgeschichte*. Aus dem amerikanischen Englisch von Sabine Bartel. Assoziation A, Berlin/Hamburg 2023, 480 Seiten, 24 Euro

**Jan Miotti empfiehlt das Buch besonders jenen, die sich, wie er, mit postcolonial studies beschäftigen**



# Logik des Leids

## Sadismus ist nicht bloß eine Spielart der Sexualität – in autoritär organisierten Gesellschaften stellt Lust an der Gewalt ein integrales Element dar. Von Andrei Daultsev

**D**ie Straf- und Gewaltregime der europäischen Gesellschaften des 19. Jahrhunderts waren sexualisiert, und das heißt von kolonialer Gewaltlust durchzogen, für die der sexualwissenschaftliche Begriff des Sadismus selbst nur ein Symptom darstellte: Dieser Satz ist die Quintessenz des neuen Buchs der Kulturwissenschaftlerin, Anthropologin und Philosophin Iris Därmann, *Sadismus mit und ohne Sade*.

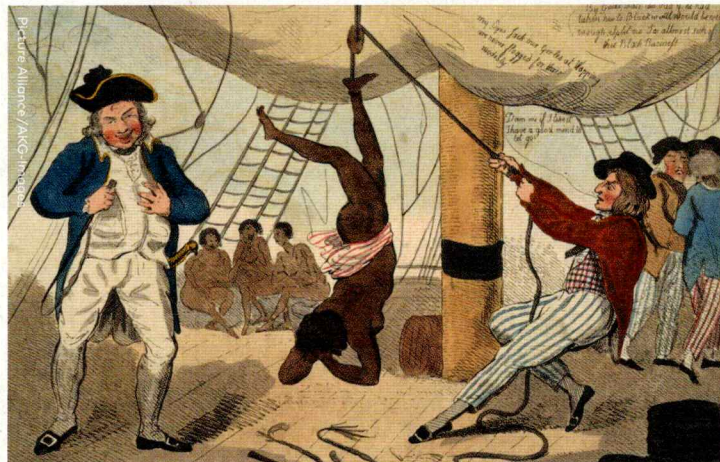
Die Autorin hinterfragt vor allem die gängige Vorstellung von Sadismus, die bis heute von der überholten Definition aus der Zeit der Zwangspsychiatrie geprägt ist und die Sadismus als krankhafte Neigung zur Zufügung von körperlichem und psychischem Leid zwecks eigener Lustbefriedigung beschreibt. Der Begriff »Sadismus« wurde im Jahr 1866 vom deutschen Psychiater und Gerichtsmediziner Richard Freiherr von Krafft-Ebing eingeführt und geht auf den französischen Schriftsteller Marquis de Sade zurück.

Iris Därmann durchbricht diese sprachlichen und konzeptuellen Klischees und analysiert die historische Entstehung einer neuen Form der Lust an Gewalt, die eng mit der europäischen Kolonialgeschichte verknüpft ist. Bei Sklavenhändlern und -haltern äußerte sich diese Lust an Gewalt zum Beispiel in der Folter der Auspeitschung. Marquis de Sade, dessen Name wohl bekannt ist, dessen Schriften jedoch weitgehend vergessen sind, war – Därmann beweist es in einer genauen historischen Analyse – nicht nur bestens über die Verhältnisse in den französischen Kolonien informiert. Er machte die koloniale Gewaltlust auch literarisch sichtbar und transformierte sie in pornografische Praktiken, die auf die Abschaffung der Sklaverei zielten. Sade ist somit die zentrale Figur des Buches; Sadismus steht für eine organisierte Gewaltpraxis, ein por-

nografisches Genre und eine kolonialrassistische Lustbefriedigung.

Entgegen dem Versuch der Sexualwissenschaft des 19. Jahrhunderts, Sadismus auf die »Perversion« einzelner Täter zu reduzieren, studiert Därmann die gezielte Instrumentalisierung der Peitschenfolter während der Kolonisierung Afrikas und während der Shoah, was die starke Seite ihrer Analyse ausmacht.

Auch wenn Därmanns subtile und präzise Aufarbeitung der europäischen Kolonialgeschichte von hohem Wert ist, da sie erst-



**Sadismus als Herrschaftsinstrument: Auspeitschung auf einem Sklavenschiff, 1792 von Isaac Cruikshank gezeichnet**

mals eine anthropologische Untersuchung der Lust an Gewalt im Zeitalter des Kapitalismus vornimmt, ist der behandelte historische Zeitrahmen zu kurz gefasst, um das atavistische Verhalten humaner Wesen als solches zu verstehen. Man sollte daher Därmanns Buch im Kontext eines Werks von Friedrich Engels lesen. *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats* (1884) hilft zu begreifen, dass die Lust an Gewalt, welche im Zeitalter der Kolonialisierung wohl ihren Höhepunkt erreichte, der menschlichen Gesellschaft immanent ist, so lange sie antagonistisch organisiert ist wie in der Sklavenhaltergesellschaft, dem Feudalismus oder im Kapitalismus. Nicht jeder Marxist kann und sollte Anhänger von Sades

abolitionistischem Konzept sein; jedem aber, der das Progressive an Sades Vision teilt, wäre es anzuraten, sich mit marxistischer Theorie auseinanderzusetzen.

Es fehlen in Därmanns Buch klare Bezüge zur Gegenwart, obwohl unsere Zeit dazu einlädt, Parallelen zu ziehen. Denn trotz Verurteilung der Kolonialisierung und Verdammung des Faschismus sind sadistische Praktiken weiterhin Alltag. Trotz zahlreicher Kampagnen, etwa gegen den Kindesmissbrauch in der katholischen Kirche, bleiben Sextourismus, Zwangsprostitution oder sadistische Misshandlung Erscheinungsformen der Lust an Gewalt in der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft. Mangels gerichtsfester Beweise verschweigen Medien oft diese dunkle Seite der Gesellschaft. Außerdem meiden Journalisten das Thema Gewaltlust, weil es bei der Leserschaft nicht so gut ankommt.

Das Gerücht hingegen, es gebe in der SM-Szene eine Schnittmenge zum Sozialdarwinismus, ist falsch. Es mag Grenzüberschreitungen geben, und wahrscheinlich treiben sich einige schräge Gestalten in SM-Kreisen herum. Nur sollte man einen Sadomasochismus, der als freiwilliges Spiel mit klaren Regeln (getreu der Idee des libertinen Gesellschaftsvertrags von Sade) praktiziert wird, vom Gruppenzwang unterscheiden, der bestimmte SM-Spiele in ganz bestimmten Uniformen vorschreibt und sichtbar faschistoide Elemente hat.

Schließlich sollte man nicht vergessen, dass ein ganz anderer Sadismus, der wiederum in der Tradition der kolonialen Herrschaft steht, in fünfzig Prozent aller deutschen und europäischen Haushalte beginnt, nämlich mit »leichten« Schlägen auf den Hintern und »netten« Fesselspielchen. Das sind die Ränder, an denen Verwischungen und Übergänge stattfinden.

Sadismus ist ein Spiegelbild der autoritären Gesellschaft. Sie ist heute wie zu Zeiten der Kolonialisierung oder der Vernichtungslager der Nazis über Machtstrukturen und gewisse Formen des Zwangs aufgebaut. Warum sollte Sexualität da anders funktionieren? Das Pathologische ist weniger ein Fehler dieser Gesellschaft, vielmehr ihre logische Fortsetzung. Die Konfrontation mit dem Sadismus, unter deren Zeichen Därmanns Buch steht, ist das Gegenteil einer Moralpredigt. ●

Iris Därmann: *Sadismus mit und ohne Sade*. Matthes & Seitz, Berlin 2023, 350 Seiten, 32 Euro

**Andrei Daultsev schrieb in konkret 11/23 über die Aktualität im Werk Isaac Deutschers**



# Zur Rechten der Macht

## Yvonne Sherwoods Sozialgeschichte der Blasphemie. Von Stefan Ripplinger

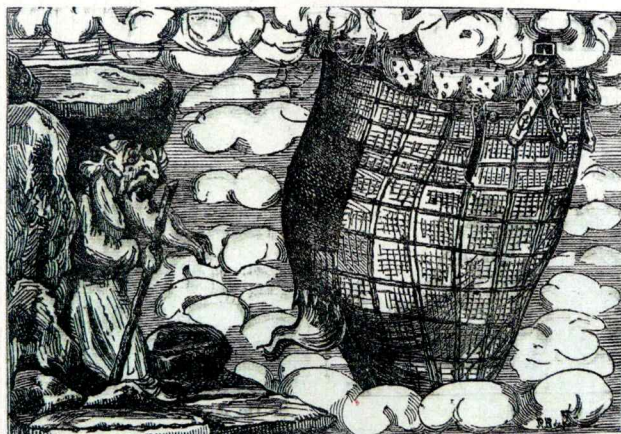
**D**er Niedergang des linken Denkens trägt einen Namen: »Kulturalismus«. Selten zeigen sich der Kulturalist, die Kulturalistin so primitiv wie in Fragen der »Religion«. Sie hängen an ihrem Glauben, nur die anderen (die Afrikaner, die Araber) glaubten, sie selbst nicht. Dabei ist es leicht nachzuweisen, dass sämtliche Gesellschaften sich über oft völlig absurde Imaginationen ideologisch oder, wenn man will, »religiös« reproduzieren.

Yvonne Sherwood, Professorin für Biblische Kulturen an der University of Kent, kann und will in ihrem populärwissenschaftlichen Essay *Blasphemie. Geschichte und Gegenwart eines Frevels* zwar keinen materialistischen Widerpart zu den eitlen Einbildungen des Kulturalismus bieten (hier empfehlen sich die Schriften von Cornelius Castoriadis oder Maurice Godelier). Sie zeigt aber an vielen Beispielen auf, dass Blasphemie (wie Religion selbst) ein soziales Phänomen ist, das folglich nicht seinem Gehalt, sondern nur seiner Funktion nach geklärt werden kann.

Eine Blasphemie ist dem Wort nach eine Lästerung (Gottes). Aber da sie stets Auslegungssache ist, oft einfach »Majestätsbeleidigung« meint und selbst in Kulturen wie der buddhistischen oder der hinduistischen vorkommt, in denen gar kein personaler Gott bekannt ist, erschließt sich der Begriff, schreibt Sherwood, nicht aus seinem Wort-sinn. »Eine Blasphemie braucht einen sozialen und legalen Rahmen und bezieht sich in den meisten Fällen auf die Werte der Mehrheit.« Den Werten der Mehrheit und der Macht kann gelästert werden, und schon seit der Antike befestigt sich Herrschaft mittels der Abwehr ihrer Verspottung oder auch mit dem Vorwand, sie sei verspottet worden. »Das Blasphemieverbot dient dem Status quo.« (Sherwood)

Weil Blasphemiegesetze heutzutage eher selten einen Frevel wider Gott, meist eine Störung der öffentlichen Ordnung ahnden, sind sie, anders als der Kulturalist glaubt, weiter verbreitet denn je zuvor. »Viele der

Blasphemiegesetze, die im 21. Jahrhundert abgeschafft wurden, waren erst im 20. Jahrhundert eingeführt worden.« In Irland wurde ein solches Gesetz 2009 beschlossen und 2020 wieder aufgehoben, Russland führte seines 2013, nach Pussy Riot, ein. Fast die Hälfte der Staaten weltweit verfügt über ein Blasphemiegesetz, und manche, die schon lange eins haben, wissen sich des ihren erst heute trefflich zu bedienen; Beispiel Pakistan: Von 1947 bis 1986 wurden dort 14 Fälle von Blasphemie bestraft, von 1987 bis 2017 aber 1.505.



Gotteslästerung mit antisemitischer Färbung:  
»Moses Getting a Back View« von George Foote

Neben der Blasphemie als Akt der Rebellion und dem Blasphemiegesetz als Instrument der Unterdrückung gibt es auch die gegen Minderheiten gerichteten Schmähungen. In Mitteleuropa nehmen sie so stark zu, dass Sherwood zum Schluss kommt, bis Mitte des letzten Jahrhunderts sei »der typische Blasphemiker ein linker, sozialistischer oder anarchistischer Freidenker« gewesen. Heute ist er typischerweise ein Rechter, der sich gegen die »Islamisierung« des Abendlandes wehren zu müssen glaubt.

Die Geschichte des Christentums kennt beide Aspekte der Blasphemie, die gegen oben und die gegen unten. Es beginnt mit einer Lästerung. Der Jerusalemer Hohepriester Kajaphas fragt Jesus von Nazareth: »Bist

du der Messias?« (Markus, 14,61) Jesu Antwort fällt, wie Sherwood betont, diplomatisch aus, denn er kündigt an, er werde »zur Rechten der Macht« sitzen. Er vermeidet also den Namen Gottes und begeht formal keine Blasphemie. Doch nicht nur die Vulgata, die lateinische Übersetzung der Bibel, sieht Jesus »a dextris virtutis Dei«. Anders denn als irre Anmaßung lässt sich sein Wort gar nicht verstehen. Der Hohepriester ist also nicht, wie er häufig dargestellt wird, ein frömmelischer Spinner, sondern ein Machtpolitiker: Wer zur Rechten der himmlischen Macht zu sitzen vorgibt, bedroht die irdische, er muss beseitigt werden.

Später wird das Christentum zur Staatsreligion, und es wird Abweichler aller Art aufs grausamste bestrafen. Doch bis es so weit ist, leben die Christen als Verfolgte im Untergrund. Davon zeugt das Alexamenos-Graffito, das gewöhnlich auf das dritte Jahrhundert datiert wird. An der Wand einer antiken Schule in Rom sieht man einen Schüler vor einer gekreuzigten Gestalt mit Eselskopf. Daneben die Inschrift: »Alexamenos huldigt seinem Gott.« Der Spott, dass Christen, die damals noch als jüdische Sekte galten, Esel anbeten, war weit verbreitet. Es handelt sich hier um ein gewöhnliches Mobbing. Das gekreuzigte Tier aber wird zum Topos der Gotteslästerung und kehrt noch bei Martin Kippenberger (»Zuerst die Füße«, 1990) und Blalla W. Hallmann (»Kruzifikation. Siehe hier Deine Mutti – Siehe hier Dein Bubi!«, 1990) wieder.

Eine interessante Mischung aus den beiden möglichen Stoßrichtungen der Blasphemie – Rebellion gegen die Oberen, Tritt gegen die Unteren – findet sich auf George Footes Karikatur »Moses Getting a Back View« (1882). Sie bezieht sich auf eine Bibelstelle (Exodus, 33,23), an der es heißt, Moses werde von Gott nur dessen »Rücken« sehen. Foote, der Gottes Rücken als gigantischen Hintern in einer zerklüfteten Hose zeichnete, wurde unter anderem dafür zu einem Jahr Zwangsarbeit verurteilt. Heute fällt uns auf derselben Zeichnung mehr die klischeehafte Entstellung des Moses auf, denn Foote war wie viele Freidenker (und Aufklärer) bekennender Antisemit. Aus Blasphemie, Yvonne Sherwood weist darauf hin, ist unterdessen »Hate Speech« geworden. ●

Yvonne Sherwood: *Blasphemie. Geschichte und Gegenwart eines Frevels*. Aus dem Englischen von Carla Hegerl. Claudius, München 2023, 196 Seiten, 22 Euro

**Stefan Ripplinger hat gerade *Gesammelte Gedichte* von Marcia Nardi herausgegeben (Verlag zero sharp, Berlin)**



# Mitdiener am Wort

## Die Korrespondenz zwischen Karl Kraus und seinem Drucker Georg Jahoda dokumentiert eine ebenso mühsame wie fruchtbare Kollaboration. Von Gerhard Henschel

**E**s gibt zweifellos leichtere Aufgaben im Leben eines Menschen als die, der Drucker von Karl Kraus zu sein. Georg Jahoda, der Miteigentümer der Wiener Druckerei Jahoda & Siegel, war es von 1901 bis zu seinem Tod im Jahre 1926. Welche Nervenbelastungen damit einhergingen, lässt sich der Korrespondenz zwischen Kraus und Jahoda entnehmen, die Friedrich Pfäfflin ediert und bewundernswert kenntnisreich kommentiert hat. »Dem Verlag Jahoda & Siegel fallen, sieht man von den üblichen Aufgaben der typografischen und grafischen Einrichtung von Drucksachen, ihrer Vervielfältigung und Lagerhaltung ab, Aufgaben zu, die das in der Branche Übliche weit übersteigen«, schreibt Pfäfflin und verweist darauf, dass Jahoda nicht nur ein Vierteljahrhundert lang die von Kraus herausgegebene Zeitschrift »Die Fackel« gedruckt hat, sondern für Kraus auch als Verleger, Sekretär, Quellenbeschaffer, Pressemann und Geldverwalter tätig gewesen ist.

Bei jeder Ausgabe musste Jahoda auf zehn bis zwanzig Korrekturgänge gefasst sein, und im Juni 1910 sah er sich mit einer Aufgabe betraut, deren Absonderlichkeit geradezu rührend anmutet. Im »Simplicissimus« war Kraus' Groteske »Der Biberpelz« erschienen, in deren Manuskript es hieß: »Hier war einmal eine Tatsache, die einen so plausiblen Reiz, eine so unmittelbare Popularität hatte, daß keine Rücksicht auf den Menschen, der von ihnen betroffen wurde, die Leute fernhalten konnte.« In der gedruckten Ausgabe stand jedoch »eine Rücksicht« statt »keine Rücksicht«, woraufhin Kraus an Jahoda schrieb: »Sollten Sie nachmittags in ein Café kommen, so bitte ich Sie, in die sechste Zeile der rechten Spalte in das Biberpelz-Mschr im Simpl. eigenhändig den Buchstaben k zu drucken vor dem Wort eine. Ich nehme an, daß der dumme Fehler durch die ganze Auflage geht.«

Am schwierigsten gestaltete sich die Zusammenarbeit, wenn Kraus auf Reisen war. Davon zeugt, neben vielen anderem, ein verzweiflungsvolles, im September 1912 von Kraus an Jahoda gerichtetes Telegramm: »aergste schwierigkeiten aufregung wagenfahrten zu allen aemtern reiseverhinderung infolge konstanter nichtankunft briefe muenchen weder gestern noch heute drahtet sofort englischer hof wann gestern abgesandt paris kopie verlustbrief nicht erhalten alles raetselhaft« – da wird man als Nachgeborener, dessen WLAN vorübergehend wackeln mag, doch recht demütig.

Dem anspruchsvollen Herausgeber der »Fackel« blieb Jahoda zeitlebens in »unwandelbarer Ergebenheit« verbunden, und wenn er seinem Herzen einmal Luft machte, geschah selbst dies in respektvoller Weise, so wie im Juli 1923, als er Kraus mitteilte: »Nie werde ich im Stande sein Ihre eigene Gedankenrichtung in Erledigung Ihrer Angelegenheiten einzuschlagen, noch jemanden dazu abrichten können. Es genügt keineswegs, wie Sie sagen, ein mechanisches Arbeiten. Eine Gedankenarbeit ist immerhin damit verbunden, wenn auch nicht eine solche, die Sie so nennen würden, sondern wie Sie Menschen mit Durchschnittsverständnis bezeichnen. Dieser Durchschnittsverständnis wird mit auch von mir anerkanntem Recht als Grund aller Uebel von Ihnen bekämpft. Das Bewusstsein, dass auch ich zu der Herde der Bekämpften gehöre – diese Erkenntnis ist nicht neu – wirkt auf mich irritierend, da es im Widerspruch steht zu der uneingeschränkten Hochachtung, die ich für Sie hege. Ausserdem habe ich das Gefühl, dass der Kampf, den Sie führen, Sie unachtsichtig macht, dass er Sie jedes Wohlwollens gegenüber der anderen, schwächeren Menschheit beraubt.« Es wird Jahoda erfreut haben, dass Kraus ihn wenige Monate später anlässlich seines 60. Geburtstags rühmte – »Mitdiener Du am anspruchsvollsten Wort, /

der aus dem Wirrsal der unheiligen Schrift / ein Wunderwerk der Worterscheinung trifft, / daß dem, der dem Erfinder nie verzieh, / der Druck erscheint als hellere Magie; / der glaubend, was ich glaubte, mit erschuf, / dem Handwerk treu im innersten Beruf, / der oft mit meinem Zweifel hat gebangt, / Arzt, der an meinem Fieber gern erkrankt: / Du Herz von gutem Schlag, sei mir bedankt!«

Der Dank galt Jahodas Mühen im Kampf mit Druckfehlern, sinnverwirrenden Silbentrennungen und typographischen Problemen. Darüber gibt dieser verdienstvolle Band in Hülle und Fülle Auskunft, und einmal gibt es auch etwas zu lachen: Im Januar 1924 wurde bei Jahoda ein Autogrammjäger vorstellig, der Kraus »in einer persönlichen Angelegenheit durchaus zu sprechen wünschte«, wie Jahoda in einem Brief an Kraus schrieb. »Er stellte sich als der Maler Erwin Pendl vor und zeigte ein Buch mit zahlreichen Unterschriften von »bedeutendsten Männern der Literatur, Kunst, Politik, Industrie« und wahrscheinlich auch der Hautfinance und äusserste den dringenden Wunsch, dass Sie infolge seiner Wertschätzung für Sie sich auch darin verewigen mögen. Es wurde ihm natürlich von mir bedeutet, dass dieses Begehren vollständig aussichtslos sei, da Sie derartige Wünsche grundsätzlich ablehnen. Er berief sich auf seine Ideengemeinschaft mit Ihnen, infolge deren er von keinem gekrönten Haupt eine Unterschrift einholte, wiewohl er mit Kaiser Karl und Kaiser Wilhelm direkten Verkehr gepflogen hatte, wofür er als Beweis auf eine brillante Busen-Nadel mit der Initiale »W« mit Krone, hinwies, die er trägt und die er von Kaiser Wilhelm bekommen hat.«

Und als wäre es nicht schon komisch genug, dass jemand versucht hatte, Karl Kraus mit dem Hinweis auf eine von dem kaiserlichen Kretin persönlich verliehene Busen-Nadel zu imponieren, habe jener aufdringliche Besucher erklärt, er könne Kraus »ausnahmsweise« die »Ehre« erweisen, ihn persönlich zu besuchen, »denn es sei eine Ehre, da die prominentesten Persönlichkeiten, die zu ihm ins Atelier kamen, wie Krupp, Fürst Liechtenstein etc etc in seinem Autogrammbuch sich verewigten«. Selbst dieser dubiosen Spur ist Pfäfflin nachgegangen. In einer Fußnote zu der Busen-Nadel hat er vermerkt: »Vermutlich die von Kaiser Wilhelm II. zwischen 1900 und 1910 verliehene Geschenkbrosche in 14 Karat Gelbgold mit rotem transluzidem Emaille und Diamanten, darüber ein »W« unter der Krone.«

Kraus wäre sicherlich tief beeindruckt gewesen. ●

Friedrich Pfäfflin (Hg.): *Karl Kraus und Georg Jahoda. Der Satiriker und sein Drucker und Verleger.* Wallstein, Göttingen 2023, 2023, 360 Seiten, 42 Euro

**Gerhard Henschel schrieb in konkret 11/23 über »Verpreußlerung«**



# The Old Oak

Regie: Ken Loach; mit Dave Turner, Ebla Mari, Trevor Fox;  
Großbritannien 2023; 113 Minuten; seit 23. November im Kino

Ende der Achtziger war ich in Liverpool. Hier hatten ein paar Jahre zuvor die *riots*, heftige Auseinandersetzungen zwischen Deklassierten und der Staatsmacht, stattgefunden. Die Stadt sah verheerend aus. Leerstand, Verwahrlosung, Verfall. Man konnte die Depression tatsächlich mit Händen greifen.

In einem Pub kam ich am Tresen mit einem Dockarbeiter ins Gespräch. Er schimpfte über die »fucking Germans« und gab mir ein Pint aus. Es folgten weitere Gläser, und irgendwann sagte er: »I believe in Marx, Lenin and God.«

Fünfundzwanzig Jahre später führte mich eine Pressereise nach Newcastle. Da war das Sprichwort »Carry coals to Newcastle« (gleichbedeutend mit der Redensart »Eulen nach Athen tragen«) schon seit langem obsolet. Gleichwohl durfte man den Namen der ehemaligen Premierministerin Margaret Thatcher, die das britische Proletariat hatte regelrecht zermalmen lassen, nach wie vor nicht in den Mund nehmen, erklärte man mir in der Kneipe. Täte man's, flöge man raus. Das Klassengedächtnis funktioniert, die Erinnerungen an Demütigung und Gewalt werden tradiert.

Ken Loachs neuer Film spielt im desolaten Nordosten Englands, im einstigen Kohlegürtel, in der Gegend von Durham. Als TJ, der Wirt des letzten Pubs im Ort, des titelgebenden »The Old Oak«, mit Yara, die mit ihrer Mutter und ihren Brüdern aus Syrien hat fliehen müssen, nach Durham fährt, um Lebensmittelspenden der Kirchengemeinde abzuholen, erzählt er, sein Vater, der mit siebenundfünfzig Jahren bei einem Unfall in einer Mine ums Leben kam, sei stolz auf die Kathedrale gewesen – nicht auf das sakrale Bauwerk und die in ihm ausgedrückte Ideologie, sondern auf die Arbeiter, die es errichtet hatten. Es ist die Antwort auf Brechts Gedicht »Fragen eines lesenden Arbeiters« – beziehungsweise auf dessen didaktische Suggestivformulierungen.

In Ken Loachs »Riff-Raff« (1991; »Riff-Raff« heißt »Gesindel«, »Gesocks«) ist zu Beginn ein Graffito zu sehen: »Class war«. Der Film zeigt, dass Anfang der Neunziger, in Thatchers Labor des erbarungslosen Kapitalismus, die Underdogs und die Loser noch – unorganisiert, gewissermaßen selbstverständlich – gemeinsam um Würde, ums Überleben kämpften. Bei allen Anzeichen der Entpolitisierung ließe sich von kreatürlicher Brüderlichkeit reden, und die Gewerkschaften, sofern sie nicht gänzlich zerstört waren, standen der zersplitterten Arbeiterschaft noch bei.

In »The Navigators« (2001) widmet sich Loach der Demontage des öffentlichen Sektors, der Privatisierung der britischen Eisenbahn. Der Ton ist resignativ. Das Werk der Verwüstung war zu Beginn des 21. Jahrhunderts vollendet – nichts mehr von der anrührenden Humanität wie in der Tragikomödie »Raining Stones« (1993), in der sich zwei Arbeitslose inmitten der geplanten Gesellschaftsschwei-

nerie, die auf solche Existenzen eindrischt und sie in die Gosse tritt, über Wasser zu halten versuchen.

»Riff-Raff« endet mit einer anarchistischen Revolte, die angesichts der Brutalität der Aussichtslosigkeit die letzte Möglichkeit darstellt. »The Old Oak« wählt – wie bereits »Jimmy's Hall« (2014) – die entgegengesetzte Perspektive, jene der Kommunion, der säkularisiert-religiösen Gemeinschaftsbildung. Man darf sagen: Es ist das Hohelied auf die Solidarität.

Ich habe das Kino unter Tränen verlassen. Ich ging ins ziemlich verranzte »Bistro Rübezahl« in der B-Ebene der U- und S-Bahnstation Konstablerwache, und dort waren im Radio nacheinander ein Aufruf des Bundesgesundheitsministeriums zur »Coronaschutzimpfung« und der Appell »Unterstützen Sie Ihre Tafel!« zu hören. Das ist die Gegenwart. Soziologie unnötig.

»Wenn man zusammen isst, hält man zusammen«, steht unter einem verblassten Foto von Kumpeln, das im seit zwanzig Jahren nicht mehr bewirtschafteten Hinterzimmer des »Old Oak« hängt. Man kann Loachs Parabel, die den Traum vom proletarischen Internationalismus bebildert, für sozialistischen Kitsch, mindestens für ein sozialistisches Märchen halten, das die Idee der »gegenseitigen Hilfe« (Kropotkin) und des Gelingens beschwört, die sanfte Magie der Eintracht, die Vereinsamung und Hass überwindet, die Gerechtigkeit und, ja, Glück befördert.

Ken Loach arbeitet mit Idealtypen und antithetisch: hie die letzten, verlustangstgeplagten, wütenden ehemaligen *miners*, die ihren Pub, laut Kautsky der zentrale Versammlungsort der Arbeiterschaft, mit Zähnen und Klauen verteidigen und gegen die Neuankömmlinge hetzen (»TJ, das ist der letzte öffentliche Raum, den wir im Leben



Proletarischer Internationalismus: TJ (Dave Turner) mit Yara (Ebla Mari)

haben«; »Das ist der einzige Ort im Dorf, wo wir unsere Sorgen vergessen können«; »Zählen wir plötzlich nichts mehr?«), da die geschnittenen, verachteten, verprügelten Migrant\*innen – und dazwischen der heilige TJ (glänzend verkörpert von Dave Turner, einem pensionierten Feuerwehrmann), eine zerfurchte gute Seele, die sich, obwohl kurz davor zu verzweifeln, engagiert, wo es nur geht, und die Hobbyfotografin Yara (Ebla Mari), die als einzige der Flüchtlinge Englisch spricht, weil sie es in einem Lager gelernt hat.

Es sind der Polaritäten mehr (Natur/Kampf versus Gesellschaft, die Kälte der verdreckten Straße versus Schutzraum, das Meer/das Nichts versus Freundschaft), und man mag es ein bisschen zu plakativ finden, dass sich TJ doch dazu entschließt, das Hinterzimmer zu entrümpeln, zu renovieren und in ihm eine Art Armenküche einzurichten. Aber Ken Loach spielt seine Protagonisten nicht gegeneinander aus. Verloren sind sie alle, alle versuchen sich in den Resten der Welt zu halten, und dass das Sentiment Verbindung stiften und den Gedanken an Widerstand wiederbeleben wird, darüber lacht hoffentlich bloß der Unhold im Regierungsviertel.

Jürgen Roth



# Angriffslust und Ratlosigkeit

**Die Hamburger Band Kolossale Jugend bestand nur drei Jahre. Ihre Musik wirkt aber bis heute nach, wie eine neue Werkausgabe eindrucksvoll demonstriert. Von Felix Klopotek**

**A**ls Kristof Schreuf vor einem Jahr überraschend starb, am 9. November, war die Bestürzung groß (siehe **konkret** 1/23). Nicht nur, weil er mit 59 Jahren noch viel zu jung war und er doch bis zuletzt diesen jugendlichen, gewitzten Charme ausstrahlte. Sondern auch, weil man irgendwie das Gefühl hatte, dass noch etwas fehlte, nicht alles gesagt war.

Ein eigenartiges Gefühl, weil es eigentlich nicht gerechtfertigt ist. Denn wer kann schon von sich sagen, dass er in der Band gespielt hat, die den Ton – musikalisch wie textlich – setzte, der eine ganze Dekade prägte? Schreuf war Sänger und Texter von Kolossale Jugend, jener Band, die zusammen mit Cpt. Kirk & Ende der achtziger Jahre das anstieß, was als Hamburger Schule berühmt, auch berüchtigt, wurde. Gemeinsam mit Tobias Levin von Cpt. Kirk & galt er in der Szene als *artist's artist* schlechthin. Was will man mehr? Zumal da Schreuf mit seiner späteren Band Brüllen, die im Gegensatz zu dem dichten, verschlossenen, abweisenden, schroffen (schreufen?) Sound von Kolossale Jugend mehr ins musikalisch Offene und Ungezwungene strebte, diese Rolle unterstrich. Was soll da fehlen?

Mit der Wiederveröffentlichung des gesamten Materials von Kolossale Jugend auf drei LPs – zwei Alben, »Heile Heile Boches« (1989) und »Leopard II« (1990), sowie zahlreiche Live-, Sampler-, und Single-Stücke – kann man dieses Gefühl, das, wie gesagt, eigentlich nicht da sein dürfte, ergründen.

Nähern wir uns über den Bandnamen, der bereits eine Globalgeschichte erzählt: Kolossale Jugend spielt auf das einzige Album der walisischen Post-Punk-Band Young Marble Giants an, »Colossal Youth« von 1980. Es lohnt, um die Hamburger zu verstehen, dieses Album zu hören: »Colossal Youth« klingt, als hätten die Waliser aus dem Punk ihrer Zeit alles das herausgenommen, was ihn auszeichnet – Härte, Verzerrung, Rotz –,

als hätten sie bloß eine abstrakte Idee von Punk übriggelassen, die sich in einem zarten Frauengesang und ausgesparten, lakonisch-minimalistischen Songs ohne treibende Rhythmen rematerialisiert. Aber mehr noch: »Colossal Youth«, Musik gewordene Brechtsche Verfremdung, ist ihrerseits ein Zitat, eine Anspielung – auf Big Youth.



**Nicht abgeklärt, sondern verdrossen und zornig: Kolossale Jugend, 1989**

Big Youth (bürgerlich: Manley Augustus Buchanan) war in der zweiten Hälfte der Siebziger der rasanteste und schärfste Reggae-DJ. Ein Reggae-DJ legt keine Schallplatten auf, das macht für ihn der Selecta, sondern ist für die Animation – besser: Agitation – des Publikums zuständig. Er macht die Ansagen, kommentiert die Musik, heizt an, labert, jubiliert und schreit, verfällt in einen rhythmischen Sprechgesang – im Reggae-Jargon: Er toastet. Und das konnte Big Youth:

In Jamaika war er die Personifizierung der schwarzen Jugendrevolte; und als er ab 1977 vor allem im United Kingdom auftrat, verkörperte er dort das Bündnis von Punks und jungen Rastas, dem Abschaum der damaligen britischen Gesellschaft. Auch sein Künstlername ist eine Anspielung, und zwar auf die antiimperialistische Reggae-Hymne »400 Years« von Peter Tosh und Bob Marley, in der Tosh singt: »Why do they fight against the poor youth of today?«, und: »The youth is gonna be strong / So, won't you come with me / I'll take you to a land of liberty / Where we can live – live a good, good life / And be free.«

Kolossale Jugend zitiert also den Albumtitel einer Band, die ihrerseits auf einen Künstler verweist, der wiederum mit seinem Namen auf einen ikonischen Song anspielt. Hinzukommt, dass Kolossale Jugend sich musikalisch spiegelbildlich zu den Young Marble Giants verhält. Die Band geht nicht von Punk-, sondern von Popstücken aus, streicht aus ihnen alles Liebliche, Schmeichelnde, Einprägsame und ersetzt es durch ostentativ liebloses Geschrammel auf Bass (Klaus Meinhardt) und Leadgitarre (Pascal Fuhlbrügge), dem jede Verfeinerung fremd ist. Dazu gesellen sich ein zickiges, ganz knapp akzentuiertes Schlagzeug (Christoph Leich, der nur kurze Zeit später bei den Sternen zu einem revisionistischen Stil fand, groovig und federnd leicht) und der gepresste, schlierige, genervte Gesang – oder Nichtgesang – Schreufs. Es ist kein Punk, aber die Musik hatte seine Energie und Rotzigkeit und Rohheit.

Beiben wir noch bei der Genealogie. Es ist klar, dass hier keine Linearität vorliegt. Jedes Zitat ist nicht nur als Hommage an den Zitierten zu verstehen, sondern markiert auch einen Bruch, eine Distanzierung: Big Youth blieb, im Gegensatz zu Marley, im Underground; »Colossal Youth« stellte die Selbstgerechtigkeit und das Machogehabe von Punk und Reggae in Frage; Kolossale Jugend griff wieder zu musikalisch härteren Mitteln und stellte Unzugänglichkeit her,



weil es für die Gruppe unangemessen war, clevere (Konzeptkunst-)Songs zu spielen. Es ist auch klar, dass das Zitieren des Zitieren eine Aufkündigung von »Authentizität« ist. Die Position, von der aus Schreuf, der einen bürgerlichen Background hatte, singt, hat keinen Rückhalt (mehr) in einer quasi von Natur aus rebellischen Jugendkultur, die den Schwung hätte, die Gesellschaft im großen Stil zu ändern. Schreufs Wut ist in der Tat kolossal, aber im Namen der Band ist – angesichts einer Punk- und Rebellionstradition, deren Erbe man nicht antreten kann, selbst wenn man es wollte – ein schiefes Grinsen angedeutet.

Dabei findet die Wut kaum einen Kanal, sie muss rausgepresst werden, das hört man Schreuf an, und fügt sich zu keiner neuen Form: Seine Texte bestehen häufig aus kryptischen, zerbrochenen Zeilen, die kaum zu Assoziationen einladen, aber doch ein Rumoren auslösen. »Seit Aufstehen am Klären / Vor Schlaf zu Atem finden / Wo liegt der Hund / Wo liegt der Hund begraben / Seit Aufstehen am Klären / Vor Schlaf zu Atem finden«, und dann der Refrain: »Den Vorhang reißt auf / singt das Land / Es liegt der Hund begraben.« – »Spricht jemand vom »begrabenen Hund«, hat er die Ursache eines Problems gefunden«, klärt uns Geo.de auf, und auf Ard-alpha.de heißt es: »Da, wo der Hund begraben ist, liegt der Kern einer Sache. Der Ursprung dieser Redensart ist jedoch umstritten. Laut einer Fabel bezieht sich die Redensart auf einen Hundegedenkstein im Ort Winterstein in Thüringen. Dieser soll zu Ehren eines Hundes, der seinem Herrn Liebesbriefe überbrachte, aufgestellt worden sein.« Wonach suchte also Schreuf? Gute Frage, muss man aber nicht beantworten. Jedenfalls werden uns hier keine Liebesbriefe überbracht.

In einem anderen Stück (»Alle Feind«) heißt es dagegen plötzlich und ganz klar: »Angriffslust und Ratlosigkeit mischen.« Es trifft's wohl, dass Kolossale Jugend in ihren Stücken dieses Mischungsverhältnis immer wieder neu ausprobierte: klare Songstrukturen und bisweilen unverständlicher Gesang; Funk-Geschrammel, das jede Eleganz vermissen lässt; Textzeilen, die als T-Shirt-Sprüche taugen, und Versfragmente, die einen ratlos zurücklassen. Das alles ist nicht zu trennen. Sie spielen ein Cover, »Louie Louie« von The Kingsmen, das gleichzeitig wütendes Anrennen gegen diese lustigste aller Rockhymnen ist.

Vielleicht rührt daher das Gefühl, von dem oben die Rede war: dass nämlich etwas im Œuvre von Schreuf fehlt, weil diese Musik ganz in der Verfremdung steckenbleibt, sie sich nicht aus der (körperlich spürbaren!) Verspanntheit entlässt, in die sie sich verrannt hat, weil die Band das historische Material zerklüppelte, aber das Geröll vor sich liegen lässt.

»Aha! Dem Rezensenten fehlt also das Positive!« Ja, doch. Aber dass es fehlt, muss man nicht der Band anlasten, sondern den Umständen. Kolossale Jugend existierte von 1988 bis 1991. Das Gründungsjahr war der Höhepunkt des bräsigen BRD-Zynismus, in dem aus einem blutigen Geiseldrama (Gladbeck) erstmals ein Medienspektakel wurde und – nach der NPD Ende der sechziger Jahre – die nächste Neonazipartei, die Republikaner, sich anschickte, in die Parlamente einzuziehen. Als Kolossale Jugend sich drei Jahre später auflöste, hatten die Pogrome und Baseballschlägerjahre im wiedervereinigten Deutschland bereits begonnen. Das Unbekümmerte der globalen Jugendrevolte der Siebziger war nicht zu wiederholen, die Welle des euphorischen Antirassismus, wie er

zehn Jahre zuvor von den jungen Bands in Großbritannien gefeiert wurde, längst abgeklungen. Weltflucht, L'art pour l'art, das vornehm-distanzierte Spiel mit Zitaten waren aber keine Optionen für die Kolossale Jugend. Es blieb ein unglückliches Bewusstsein, wie man seit Hans Mayer so schön sagt, um die künstlerische Opposition zur verkehrten Gesellschaft, der die reale Bewegung zu ihrer positiven Aufhebung (in den Sozialismus) fehlt, zu charakterisieren. Nur dass dieses Bewusstsein sich bei der Hamburger Band nicht melancholisch, ironisch oder zwanghaft abgeklärt artikulierte, sondern voller Verdruss und Zorn. Es verwundert nicht, dass sie die selbstaufgelegte Spannung nur vergleichsweise kurze Zeit durchhielt. (Oder lag die Bandauflösung doch daran, dass Gitarrist Fuhlbrügge mit seiner Arbeit für das von ihm mitgegründete Label L'Age D'Or, das zahlreiche Hamburger-Schule-Bands produzierte, ausgelastet war?)

Man wundert sich heute – und ist begeistert –, wie packend die Musik klingt trotz des versperrten oder mindestens erschwerten Zugangs zu einer Tradition, der sich die Musiker eigentlich verbunden fühlten. Verkopft? Durchaus, aber was ihnen zu Kopf gestiegen war, war Leidenschaft. Kolossale Jugend spielte intelligenten Pop, der all das, was man für gewöhnlich damit assoziiert – Eleganz, Verfeinerung, sine ira et studio –, nicht brauchte, vielmehr ausschlug. Anders gesagt: dreimal um die Ecke gedacht, aber immer auf dem schnellsten Weg. ●

Kolossale Jugend, »Heile Heile Boches, Leopard II, Fundstücke«. 3-LP-Box, Tapete Records

Felix Klopotek schrieb in konkret 11/23 über das Philip Zoubek Trio

# HUMMUS statt HAMAS

Jungle World abonnieren:

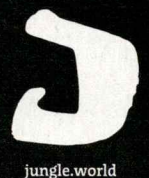
**Damit es besser wird.**

Was Sie bekommen: eine linke Zeitung, die sich nicht vor lauter Angst, als provinziell zu gelten, in den fernen Bunkern der Barbarei verirrt.

Unser Vorzugsangebot: bis zu vier Monate gratis lesen!

Link zur Bestellseite: [jungle.world/abo/schnaepchen](http://jungle.world/abo/schnaepchen)

Bestellen Sie jetzt ein Abonnement für drei, sechs oder zwölf Monate und sparen Sie jeweils ein Drittel des Preises – unabhängig vom gewünschten Zahlungszeitraum.



[M] image: freyph.com





**D**er konnte ja alles«, sagte der Musikwissenschaftler Frank Harders-Wuthenow 2021 über das vielfältige Schaffen des jüdischen Komponisten Szymon Laks. Anlass für das Interview war die Neuinspielung der Werke für Gesang und Klavier. Solche Gelegenheiten, kluge Worte über Laks' Schaffen zu verlieren, sind selten, scheint er als Komponist doch weithin vergessen und ignoriert. Tatsächlich ist es gerade seine Bekanntheit als Opfer der Shoah, die eine Anerkennung als Komponist von Rang erschwert. Spätestens seit 1989 die englische Übersetzung des 1948 erstveröffentlichten Buchs *Musique d'un autre monde* (deutscher Titel: *Musik in Auschwitz*) erschien, in dem Laks seine Erfahrungen als »musikalischer Zwangsarbeiter«, Leiter des Männerorchesters von Auschwitz und Überlebender verarbeitet, gilt der Bericht als wichtigstes Dokument der Funktion von Musik in den Konzentrations- und Vernichtungslagern. Die durch das Buch ausgelöste posthume Wiederentdeckung Laks' als Komponist ist zweie-

ren Musik in enge Bahnen und wird ihrer hohen Qualität mitunter nicht gerecht. Kompositionen, die als Bestandteil dieser Gedenkmusikkultur fungieren, würden, so der Museologe Guido Fackler, mit ihren »einseitigen Rezeptionsmechanismen« und »marktschreierischen Etikettierungen« oft »gänzlich falsche Vorstellungen« über Musik im NS-Lagersystem evozieren. Im Falle von Szymon Laks ist dies besonders bitter, legte er doch in seinem Buch klar die Funktion der Musik als Machtmittel der SS dar, so wie er sich auch später gegen eine Verklärung der Rolle von Musik in den Lagern aussprechen sollte.

Szymon Laks wurde am 1. November 1901 als Sohn einer assimilierten jüdischen Familie in Warschau geboren. Als Vierjähriger begann er mit dem Geigen-, wenig später mit dem Klavierspiel. Ab 1921 studierte er am Warschauer Konservatorium Komposition und Dirigieren. Das war keine Selbstverständlichkeit, denn Studienplätze waren im damaligen Polen für Juden kontingentiert. Auf eine kurze Zeit in Wien folgten ab 1926

Raffinements« (Harders-Wuthenow). Musikalisch stand er der »École de Paris« und der »Association des jeunes musiciens polonais« nahe, einer Vereinigung polnischstämmiger Musiker, die im Pariser Musikleben große Aufmerksamkeit genossen. Die Organisation war ein Netzwerk zur Unterstützung junger polnischer Musiker und diente dem kulturellen Austausch zwischen Paris und Warschau. Sie sorgte aber auch dafür, Laks den polnischen Antisemitismus in Paris spüren zu lassen: Nachdem er den Kompositionsauftrag für einen Film des polnischen Regisseurs Józef Lejtes erhalten hatte, monierten die Kollegen der Association, der Auftrag hätte an einen polnischen Komponisten vergeben werden müssen.

**N**eoklassizismus mag ein für Laks' Schaffen passendes Etikett sein, doch fasst es nicht spezielle Qualitäten seiner Kompositionen wie Witz und Ironie. (Man höre nur den Pizzicato-Beginn des Streichquartetts Nr. 4.) Charakteristisch für seine Kompositionen ist die Verarbeitung unterschiedlichster Einflüsse: So finden sich in seinen Werken, die sich im weiteren tonalen Rahmen bewegen, Anklänge an polnische Tänze wie auch an Jazzharmonik, nicht selten auch an Rhythmen des Jazz. Harders-Wuthenow spricht von einer »Dialektik der Leichtigkeit« Laks' und schreibt über das Lied »Dyzio Marzyciel« (»Dyzio, der Träumer«), das Laks für die Chansonsängerin Tola Korian komponierte: »Die Leichtigkeit, die hier evoziert wird, ist die einer Seifenblase.« Neben der fruchtbaren Zusammenarbeit mit Korian gehörten zu Laks' größten Erfolgen eine Auszeichnung für sein Werk »Blues symphonique« bei einem Wettbewerb, bei dem unter anderen Maurice Ravel als Juror fungierte, die Aufführung seines zweiten Streichquartetts durch das berühmte Roth-Quartett oder die Uraufführung seiner Cellosone durch Maurice Maréchal, den seinerzeit bedeutendsten Cellisten Frankreichs.

Während zwei Geschwister Laks', Léo und Henry, nach der Okkupation durch Nazi-Deutschland 1940 mit gefälschten Papieren untertauchen konnten, kam Szymon der Aufforderung nach, sich als Ausländer jüdischer Abstammung bei den Behörden zu registrieren. Am 14. Mai 1941 wurde er von Vichy-Frankreich im Lager Beaune-la-Rolande interniert, worauf am 17. Juli 1942 die Deportation nach Auschwitz-Birkenau erfolgte. Dort rettete ihm nach eigenem Bekunden die Musik das Leben (»Die Geige ist mein Schutzschild geworden«). Nach der Befreiung kehrte Laks zurück nach Paris. Dort entstanden das dritte Streichquartett »über polnische Volksmotive«, Bearbeitungen jüdischer Volkslieder und die Klavierballade »Hommage à Chopin«. Verstärkt widmete sich Laks seinen neben der Musik größten Interessen, Linguistik und Sprachüberset-

# Die Geige als Schutzschild

**Die Leidensgeschichte des Shoah-Überlebenden Szymon Laks überblendet die Meisterwerke, die er als Komponist schuf. Sein 40. Todestag ist ein guter Anlass, beide Seiten seines Lebens neu oder wiederzuentdecken.**  
**Von Paul Schuberth**

spältig. Laks, der vor 1940 einige Erfolge feiern konnte, wurde schnell der Rubrik »Gedenkmusikkultur« zugeordnet und kaum außerhalb des entsprechenden Rahmens aufgeführt. Diese Art der Anerkennung, die etwa auch den »Theresienstädter Komponisten« Hans Krása, Pavel Haas und Victor Ullmann zuteil wurde, lenkt die Beschäftigung mit de-

Studien in Komposition bei Paul Vidal sowie in Orchesterleitung bei Henri Rabaud – womit Laks ein Enkelschüler César Francks, Jules Massenets sowie des »Fugenpapstes« und Professors für Kontrapunkt André Gedalge war. In Paris verfeinerte Laks sein Handwerk, wurde zu einem Meister der Kontrapunktik und des »instrumentatorischen



zung. Durch die Tätigkeit für die Filmherstellungsfirma seines Bruders Léo wurde er zu einem Spezialisten für Filmuntertitelung, wovon auch seine 1957 veröffentlichte Abhandlung über Technik und Ästhetik der Untertitelung zeugt.

1967, unter dem Eindruck des Sechs-Tage-Kriegs, gab Laks das Komponieren auf. Wie sein Sohn André Laks im Nachwort von *Musik in Auschwitz* schreibt, habe in den Augen seines Vaters angesichts der erneuten Bedrohung des jüdischen Volkes, die sich auch in folgenschweren antisemitischen Hetzkampagnen im sozialistischen Polen manifestierte, das Schreiben von Musik den Sinn verloren. Fortan trat Laks vor allem als politischer Denker, Polemiker und Autor zahlreicher Bücher in Erscheinung.

Die Funktion der Kapellen in den Vernichtungslagern fasste Laks so zusammen: »Es war der besondere Ehrgeiz eines jeden Lagerführers, eines jeden Lagers, das etwas auf sich hielt, eine eigene Lagerkapelle zu gründen, die die Aufrechterhaltung der Lagerdisziplin garantieren sollte. Unseren ›Schutzengeln‹ sollte sie die nötige Ablenkung und Entspannung gewährleisten, die diese beim Verrichten ihrer ›undankbaren‹ Arbeit mehr als nötig hatten.« Zu den wichtigsten Dienstpflichten der musikalischen Zwangsarbeiter gehörte, jeden Tag – morgens beim Auszug der Arbeitskolonnen, abends bei der Rückkehr – »lustige Märsche« zu spielen. Der Marschrhythmus garantierte den koordinierten Bewegungsablauf der Häftlinge, was der SS das Abzählen erleichterte. Folgerichtig nennt die Historikerin Shirli Gilbert die »Unterstützung des reibungslosen Ablaufs der Operation« eine der wesentlichen Funktionen der Kapellen. Primo Levi hat eindrucksvoll beschrieben, dass die den Deutschen so lieben und teuren Volkslieder und Märsche das letzte seien, was die Häftlinge vom Lager vergessen: »Des Lagers Stimme sind sie, der wahrnehmbare Ausdruck seines geometrisch konzipierten Irrsinns und eines fremden Willens, uns zunächst als Menschen zu vernichten, um uns dann langsam zu töten.«

Öfters musste die Kapelle antreten, um Privatkonzerte für die SS-Verbrecher zu spielen, Exekutionen im Lager zu begleiten oder Folter- und Todesschreie zu übertönen. Auch abseits der Kapellen wussten Lagerleiter und Wachleute Musik mit grausiger Kreativität einzusetzen. Das Zwangssingen deutscher Lieder gehörte von Beginn an zum Lageralltag und hatte mehrere Funktionen. Vor der Institutionalisierung der Lagerorchester vereinheitlichte das rhythmische Singen den Marschrhythmus. Außerdem stellte es eine weitere Belastung neben der stupiden und körperlich enorm anstrengenden Zwangsarbeit dar. Andererseits bot es für die SS-Leute willkommene Anlässe zu besonderer De-

mütigung und Gewalt, etwa als Strafe für zu leises oder auch zu lautes Singen – eine Machtdemonstration, die den besonderen »musikalischen Sadismus« der Täter befriedigte.

Dieser Begriff, den der als »Lagersänger« bekannt gewordene Aleksander Kulisiewicz prägte, beschreibt hervorragend die fremdliche Liaison von Gewaltaffinität und Musikbegeisterung. Der Häftling Karl Röder erinnert sich: »Auf den Takt legten sie großen Wert. ... Unseren frisch-fröhlichen Gesang liebten sie sehr, sie konnten nicht genug davon haben.« Für musikalische Kennerenschaft spricht auch die Genauigkeit, mit der die Täter das Repertoire auf die jeweils zu demütigende Häftlingsgruppe abstimmten: So wurden Juden gezwungen, antisemitische Lieder darzubieten, und Kommunisten wurden bestraft, wenn sie das ihnen aufgetragene Kirchenlied nicht vorzusingen wussten. Beim Kommando »Fuhrwerkskolonne«, dem ausschließlich Juden angehörten, mussten Häftlinge, die an Stelle von Pferden in Gurte gespannt wurden, einen schwerbeladenen

## 1967, unter dem Eindruck des Sechs-Tage-Kriegs, gab Laks das Komponieren auf

Wagen ziehen. Damit sollten Muskeln, Nervensystem und Stimmbänder zugleich geschädigt werden. Die Historikerin Juliane Brauer fand dafür den Begriff »musikalische Gewalt«. Deren zerstörende Macht, so Brauer, potenziere sich, indem sie sowohl die Verletzung des Körpers als auch der Seele des Menschen in sich berge. Ist schon das In- und Miteinander von Musik und Gewalt ein kaum zu entschlüsselndes Phänomen, lässt die Detailverliebtheit bei der Umsetzung der musikalischen Gewalt den Betrachter erst recht ratlos zurück.

Szymon Laks als Komponist wie als Autor wiederzuentdecken heißt auch, zwei wenig geläufige Kapitel der Musikgeschichte kennenzulernen: die in europäischen Konzertsälen unterrepräsentierte École de Paris sowie die Geschichte musikalischer Gewalt in den deutschen Vernichtungslagern. Zu hoffen ist, dass Szymon Laks' 40. Todestag am 11. Dezember zum Anlass wird, seine Schriften aus den letzten Lebensjahren endlich ins Deutsche zu übertragen. ●

**Paul Schuberth interviewte in konkret 11/23 den finnischen Rechtsextremismusforscher Oula Silvennoinen**

## Teufelsdeutschland

Viel ist gesagt und geschrieben worden über Hubert Aiwangers Erdinger Rede, in der er »die schweigende große Mehrheit dieses Landes« dazu aufstachelte, sie solle »sich die Demokratie wieder zurückholen« (siehe **konkret 10/23**). Aber erst Niklas Frank hat die richtigen Worte dazu gefunden: »Aiwanger weiß genau, was das Volk unter heimgeholter Demokratie versteht. Eben keine! Sondern eine autoritäre Regierung, die nicht debattiert, sondern entscheidet. Dazu gehören natürlich ein Volksgerichtshof, die Zensur der Presse, Abschaffung einer unabhängigen Gerichtsbarkeit. Für diese Ehrlichkeit bejubelten ihn die Zuhörer/innen.«

*Zum Ausrotten wieder bereit? Wir deutschen Antisemiten – und was uns blüht* – man hätte den Namen des Autors gar nicht auf den Buchdeckel zu schreiben brauchen, man hätte auch so gewusst: Niklas Frank hat wieder zugeschlagen. Und wieder ist es ein furioser Rundumschlag des mittlerweile 84jährigen – als ob er all die ach-so-differenzierten Abwägungen, die die öffentliche Diskussion zum Thema beherrschen und die auf nichts als Beschönigung und Beschwichtigung hinauslaufen, ausgleichen müsste.

»Jeder Deutsche lebt mit dem Holocaust an der Hacke. Das ärgert. Also lümmelt hinter jedem salbungsvollen deutschen Wort über die Ermordeten Aggression.« Allein diese Sätze sind die 18 Euro wert, die das Buch kostet. Und solche Sätze finden sich auf vielen der 170 Seiten: »Hätte Hitler den Befehl gegeben, eine Million Tauben zu erschießen, wäre er von den tierliebenden Deutschen hinweggefegt worden. Aber was sind schon sechs Millionen Juden!«

Dank einer ganzen Reihe von Interviews, unter anderen mit Volker Schlöndorff, Robert Schindel und Eva Umlauf, die in dem assoziativ-feuilletonistisch geschriebenen Buch enthalten sind, erstickt es nicht an den Befunden seiner rabenschwarzen Inventur. »Sehe ich das alles zu pessimistisch?«, fragt Frank sich selbst. »Bau ich mir nur aus Greisenlangeweile ein Teufelsdeutschland auf, das zum Ausrotten wieder bereit ist?« Doch an der bitterbösen Analyse ist nicht zu rütteln. Zum Wahlsieg Hubert Aiwangers notiert Frank: »Der Erfolg eines Mannes, der es – zumindest als Schüler – den Juden für ihr blödes Auschwitz ordentlich heimgezahlt hat.« **Florian Sendtner**

Niklas Frank: *Zum Ausrotten wieder bereit? Wir deutschen Antisemiten – und was uns blüht*. Dietz-Verlag, Bonn 2023, 172 Seiten, 18 Euro



F.S.K.

## Topsy Turvy

Buback Tonträger

Zur Zeit reden alle musikbegeisterten Männer, die alt genug sind, um sich an die Achtziger zu erinnern, über die bevorstehende neue Platte der Rolling Stones. Die ungleich wichtigere und sympathischere Band, die ebenfalls mit einer neuen Langspielplatte an den Start geht, erhob ihr Haupt genauso im Urzauber der Dämmerung, wenngleich nicht bereits in den Sechzigern, schon gar nicht im »Swinging London«, sondern im »not so swinging Westdeutschland from München to Hamburg«, und zwar um das Jahr 1980.

Damit hören die Unterschiede allerdings auch schon auf, denn ähnlich wie die begabte Männerkapelle mit dem Superhit »Satisfac-tion« gruppierte sich auch F.S.K. (Freiwillige Selbstkontrolle) um zwei Ausnahmetalente, den Schriftsteller Thomas Meinecke und die bildende Künstlerin Michaela Melián, und wie auch die Bluesimitatoren aus dem vereinigten Königreich stürzten sich die »Traditions-verwurstungs-Twins« auf Punk bis Disco und machten ein komple-

xes und doch eingängiges Amalgam daraus. Weiterhin gelang es bei-den Formationen, einen hohen Wiedererkennungswert zu erschaffen, indem sie zauberlehrlingshaft eine Formel aus der Musik der Vorbil-der ableiteten, die unverkennbar nach Stones (offene Gitarrenstim-mung, federndes Schlagzeug, albernes Sexgehampel) bzw. F.S.K. (re-petitives Geknatter, Dilettantismus im besten Sinne, Discogepluk-ker, Texte über Gender, queere Künstler/innen, doofes Deutschland/ Amerika) tönte. Die Stones gaben sich redlich Mühe, »die Bösen« zu sein, was seit gut vierzig Jahren etwas lächerlich daherkommt. Die Masterminds von F.S.K. wählten punkmäßig einen bösen Namen, der uns Raubkopierkindern einen Schauer über den Rücken jagte, sind aber eigentlich ganz nett und verstecken ihre Subversion hinter der frischen Anmutung von coolen Englischlehrern und nicht allzu zy-nisch gewordenen Musikjournalistinnen.

Die beiden Bands sind also quasi nicht voneinander zu unter-scheiden, eine Split-Single wäre nur noch eine Frage der Zeit, wenn da nicht der erhebliche Qualitätsunterschied wäre. Die Stones braucht schon sehr, sehr lange niemand mehr wirklich, wogegen man F.S.K. heute nötiger denn je hat. Die Stones wissen allem Anschein nach auch gar nicht mehr, wie sich aufregende Musik überhaupt anhört, während F.S.K. es nicht nur genau weiß, sondern alle schönen Musi-ken auch gleich in die eigene einbaut. Die neue Platte »Topsy Turvy« vereint alle Zutaten, die man von F.S.K. kennt, ohne das Rad neu zu erfinden, ja, sie kehrt sogar zu einigen älteren Topoi zurück – Songs über Kaufhäuser etwa –, ist dann aber wieder direkt am Puls der Zeit, etwa wenn es um Klimakleber geht oder dass »Krieg Frieden« sei und »Bomben Leoniden« seien. Die Produktion ist maßvoll modernisiert, klingt etwas druckvoller, »amtlicher« als früher, geradezu basslastig. Was einigermaßen verwundert, entstand die neue Scheibe doch im Studio der notorischen Klöppler und Frickler von The Notwist in Downtown-Weilheim, was ja geradezu das Gegenteil der Klangent-grätungsfabriken in Los Angeles oder auf den Bahamas ist, wo die Stones sich von professionellen Bügelfritzen den Sound des Besten von heute draufschaffen lassen. Allerdings spielt das amerikanisch befreite, von G.I. und Märchenkönigen wenigstens phasenweise in eine schwule Glitzerhölle verwandelte Süddeutschland mit seinen Wäldern und Planquadraten eine nicht zu unterschätzende Rolle im Aneignungskosmos von F.S.K., so dass es irgendwie auch wieder passt.

Überhaupt ist die an sich putzige Textidee, die Stones und F.S.K. sorglos übereinanderzublenden, langsam mal verraucht. Aber nicht viel anders muten Songs dieser grundsymphathischen, irgendwie stoisch dahinrockenden Kapelle eben an: Man hat eine ziemlich *far-fetched* Idee und probiert sie einfach mal aus, bis sie nicht mehr trägt. Viele der Ideen auf »Topsy Turvy« tragen aber erstaunlich gut. Bei al-ler gelegentlich auftretenden Gedankenschwere darf hier durchaus mitgewippt werden. Es ist nur Rock 'n' Roll, aber wir mögen es!

Irgendwie wirkt diese Rezension wie von Jochen Distelmeyer vorgelesen, der mit Blumfeld und erst recht solo ja eine komplett an-dere, dann aber auch wieder, wenn man es recht bedenkt, ziemlich vergleichbare Richtung ... Nein. Es reicht. Irgendwann wird es un-glaubwürdig, dass diese teuflisch eingängige Musik allein schuld dar-an sein soll, dass wir beständig oszillieren wollen zwischen tanzen und nachdenken, assoziieren und festfressen, kulturellen Verweisen und dem Lachen darüber, zwischen sehr klugen und etwas gesum-mten Gedanken, zwischen kühl Dahingesagtem und überraschend melodiös Gesungenem. Plötzlich kommt noch ein Unterschied zwi-schen Stones und F.S.K. daher: Erstere verlieren immer mehr, wie sie ihre Instrumente eigentlich zu spielen haben, F.S.K. konnte an-scheinend im Lauf der Jahrzehnte nicht anders, als sich nolens vo-lens doch einige Grundlagen des Musizierens anzueignen. Es klingt jedenfalls alles ziemlich gekonnt und gar nicht mehr wie Velvet Underground.

Wenn man heute Leichtigkeit und Sorgfalt, kluge Gedanken und Abwesenheit des Sichwichtignehmens, kurz: Coolness erleben will, muss man sich ältere Leute anhören. Sofern sie Thomas Meinecke und Michaela Melián heißen.

Jasper Nicolaisen



Katja Ruge/Buback Tonträger

Hat sich inzwischen einige Grundlagen des Musizierens angeeignet: F.S.K. (links Thomas Meinecke und Michaela Melián)



Dezember 2033

# Die neuen Feiertage



Die Arbeitsfrüchte gönnten sich die Reichen,  
Die Arbeitshetze gönnten sie den Armen.  
Die schliefen, wenn die Feiertage kamen,  
Und deren Anlass war zum Steinerweichen:  
Blöd wie die Welt und blöder ihre Namen,

Ein Fest aus Lug und Trug und Aberglaube.  
Sie hießen *Buß- und Betttag* und *Karfreitag*,  
Ein *Tag der Arbeit* war am ersten Maitag,  
*Fronleichnam*, *Ostern*, *Weihnacht*, denn die Schraube  
Saß locker: bis zum Feiertags-Parteitag.

Auf diesem umbenannte man aus Gründen  
Die Feiertage nach den Todessünden.  
Heut folgt *Der faule Tag* dem *Tag der Lust*.

Als *Mond der Völlerei* glänzt der November,  
Die *Hochmutwochen* würzen den Dezember,  
Den *Tag des Neids* begeht man stillbewusst,

Die *Habgier* tanzt durchs erste Märzendrittel,  
Der *Tag der Trägheit* zaubert Gegenmittel:  
Man liegt zu vielt und teilt den roten Wein.  
Der Mai verschenkt den *Donnerstag des Geizes*  
Und läutet mit dem *Freitag des Liebreizes*  
Die *Juni-Wochen des Begehrens* ein –

So geht es fort. Gelöst sind alle Fragen.  
Der Massen Weisheit hat uns hingetragen.

**Thomas Gsella**



# Komische Intelligenz

## Können Computer Witze? Sind Scherz, Satire und schiefer Bedeutung maschinenkompatibel? Vorwort zu einem Forschungsbericht. Von Cornelius W. M. Oettle

**A**ls ich hörte, dass Künstliche Intelligenz uns alle ersetzen werde, war ich als Deutschlands faulster Satiriker selbstredend begeistert: nie mehr Politikern den Spiegel vorhalten! Nie mehr die spitze Feder spitzen, die scharfe Zunge schärfen oder den Finger desinfectieren, den man zuvor in irgendwelche Wunden gelegt hat! Statt dessen würde ich meine Tage künftig ganz nach meinem Gusto, sprich: mit einem schmackhaften Glas Bananenmilch und der Schach-App auf meinem Handy verbringen, den Rest meines Lebens einer sinnvollen Tätigkeit widmen und Schnupftabak-Influencer werden.

Seit Beginn des Jahres 2023 ist allerhand über Künstliche Intelligenz zu lesen. Vom üblich unspezifischen »Die Welt wird nie mehr so sein wie zuvor« (wann war sie das je?) bis hin zu Psychoanalysen, denen zufolge vor allem Männer die Künstliche Intelligenz als lebendiges und fühlendes Wesen hypften, weil ihnen die Fähigkeit des Gebärens fehle und sie selbst kein Leben erzeugen könnten. Keine Sorge, ich habe es auch nicht verstanden, aber ich bin ja auch nur ein Mann. (Notabene: Es gibt durchaus Männer, die gebären können, aber diese Diskussion fange ich jetzt sicher nicht schon im Vorwort an.)

Überdies berichtete ein Börsenmagazin über die Reaktionen der Journalisten, denen das Können von ChatGPT 4.0 bei einer Pressekonzferenz gezeigt worden war, und titelte in fetten Lettern: »ALS HÄTTEN SIE GOTT GESEHEN«. Die »Taz« prophezeite: »Künstliche Intelligenz dürfte die Menschheit schneller verändern als die Entdeckung des Feuers.« Das alles machte mir Hoffnung.

Endgültig überzeugt war ich, als mein persönlicher Maschinengott Sascha Lobo die KI zu einem der »mächtigsten Instrumente der Menschheitsgeschichte« erklärte. Lobo

muss es wissen, dachte ich, als Oberpfefe ist er doch selbst eines der mächtigsten Instrumente der Menschheitsgeschichte. (Verzeihung, Herr Lobo, ich bin eigentlich Ihr größter Fan bzw. der größte Fan Ihrer Frisur, aber den Witz konnte ich nicht liegen lassen!)

Und tatsächlich: Im Laufe der Monate integrierte ich ChatGPT immer mehr in meinen Alltag, der ja nicht nur aus Witzeschreiben besteht. Ich ließ mir Studien zusammen-



So könnte eine Künstliche Intelligenz aussehen, die versucht, lustig zu sein

fassen, Diagramme erstellen, Vorschläge für Sportwetten machen und Sauftrips nach Prag für mich und meine Kumpels organisieren. Dafür wurde die Künstliche Intelligenz schließlich erfunden. (Sie macht das alles auch echt gut: In Prag hat sie uns zielsicher in eine Bar gelotst, wo mir schon nach zwei Minuten Kokain angeboten wurde!)

Doch dann der Schock. Die Roboter werden zwar Verkäufer, Pflegekräfte und Busfahrerinnen ersetzen sowie Journalisten, Callcenter-Angestellte, Börsenhändler, Prostituierte, Bäcker, Gärtnerinnen, IT-Heinis, Steuerfachleute, Bademeister, Grafikerin-

nen, Influencer und sämtliche BWL-Fuzzis. Aber gute Witze schreiben können sie angeblich nicht.

Das wiederum hielt ich für einen Witz. Ich meine: Künstliche Intelligenz erstellt Deepfake-Videos, in denen der ukrainische Präsident die Kapitulation erklärt. Sie besteht die Zulassungsprüfung für angehende Mediziner/innen in den USA, absolviert Master-Studiengänge an Eliteuniversitäten, wird früher oder später ein Mittel gegen Krebs entwickeln, und sogar das bayerische Abitur hat sie im zweiten Anlauf geschafft. Zudem gehen 36 Prozent der Forscher davon aus, dass sie eine Nuklearkatastrophe verursachen wird. Aber eine gottverdammte Pointe kriegt sie nicht hin? Ist mein Job etwa komplizierter als eine Atombombe? Bin ich dermaßen klug?

Fortan plagte mich eine affröse Vision: Mein gesamter Freundeskreis würde sich dank KI bald seiner Lohnarbeitsketten entledigen, den ganzen Tag am Baggersee liegen, Sonnenmilch schlürfen und sich mit Hefeweizen eincremen – nur ich sollte weiterarbeiten müssen? Drum blieb mir nichts anderes übrig. Ich musste dieser Künstlichen Intelligenz irgendwie beibringen, meinen Job zu machen. Kann ja nicht so schwer sein, wenn sogar ich den hinkriege. Das Resultat halten Sie in Händen: ein Schelmensachbuch. Ganz recht: En passant haben die KI und ich ein neues Genre erschaffen.

Beim Lesen wird Ihnen auffallen, dass meine Co-Autorin mich manchmal siezt und manchmal duzt, mitunter die Arbeit verweigert, sie dann doch erledigt und teilweise auch vergisst, was sie gerade noch selbst geschrieben hat. Ihr Gedächtnis ist in etwa so gut wie das von Olaf Scholz. Aber den haben Sie ja immerhin zum Bundeskanzler gewählt. Weil auch Sie vergessen hatten, dass der Mann vergessen hat, ob er am größten Steuerraub der deutschen Geschichte beteiligt war. (Notabene: Ich hätte statt »ob« gern »dass« geschrieben, aber mit dem Bundeskanzler lege ich mich jetzt sicher nicht schon im Vorwort an.)

Zum Glück brauchen wir uns über Wahlen aber nicht mehr lange den Kopf zu zerbrechen, werden wir bald doch ohnehin von der KI regiert. Insofern ist der Scholzomat für die Übergangsphase vom Menschens zum Roboterzeitalter die perfekte Wahl. ●

Vorabdruck mit freundlicher Genehmigung des Verlags aus: Cornelius W. M. Oettle: *Meine Witze sind alle nur alle gecloud: Wie ich mich von einer künstlichen Intelligenz ersetzen ließ. Ein Humorist im Gespräch mit ChatGPT.* Yes Publishing, München 2024, 160 Seiten, 12 Euro

**Cornelius W. M. Oettle schrieb in konkret 7/23 über Kriegsminister Boris Pistorius**



# Kalaschnikow und Stradivari

## Eine kleine Weltgeschichte der Virtuosität. Von Ulrich Holbein

**F**ür Urknall (!!!Fortissimo furioso!!!) und Ursuppe (Andante moderato) gab es zwar je eine Uraufführung, vorher aber keinerlei Generalprobe.

Ein Dacapo kommt zur Zeit nicht in Sicht. Claqueure aber gibt's jede Menge. Sie tun so, als fänden sie, innerhalb ihrer Welt, diese Welt ungeheuer beeindruckend, imposant, bejubelnswert. Um den Kosmos egal oder dubios zu finden, muss man schon sehr unmusikalisch sein. Papa Kosmos und Gebärmutter Natur haben, als Duo, manch eine Schönheit recht dekorativ hinbekommen, im Teamwork, alias: Duett, erst Naturschönheit, dann Kunstschönheit. Eine einsame Amsel klingt so bezaubernd wie ein Stehgeiger. Die eine muss nie üben, der andere durchaus.

Mitten im ausbleibenden Waffenstillstand erheben sich weiterhin Elfenbeinturm und Podium; Folterkammern, umspielt von Kammermusik, Adagio amoro so als Trauerklage im Bombenhagel. Die einen erreichen ihre Kriegsziele nicht; die anderen treffen die Töne zunächst nicht immer, nähern sich aber stetig ihrem Kunstideal. Die einen haben geübt. Die anderen haben auch geübt. Die einen ballern daneben, Masse statt Klasse; die anderen können jederzeit patzen, rausfliegen und den Tonmeister bitten, zurückzudrehen zur Neuaufnahme.

Aus dem Kollektiv der Tutti-streicher und dem Chorus im Gleichschritt aufmarschierender Bataillone heben sich Einzelfiguren hervor, Chefdirigent/in und General/in, Pressesprecher/in und Solist/in, übertönt von tausend Megafonen. Die einen singen, die anderen rattern – Katastrophen und Kantilenen, Blechbüchsenarmeen, die ihre Einsätze verpassen, übertönen mit »Hurra!«, Zapfenstreich und Nationalhymne die Chaconne. Johann Sebastian Bach: 12 Millionen Google-Einträge. Bachmut: 61 Millionen Google-Einträge – die Welt als Kalaschnikow und Stradivari. Die Weltgemeinschaft schaut zu. Die Kulturmenschheit

lauscht auf. Die einen klatschen, die anderen pfeifen.

Nähme man den Ausführorganen ihre kostspieligen Instrumente weg, könnten sie nicht mehr imponieren, triumphieren, randalieren.

Nochmal von vorn: Erst kamen die Handwerker, Kleinmeister, Altmeister, Metzgermeister, Bäckermeister, Schustermeister, dann die Meistersinger, dann die Weltmeister und nicht zuletzt die Virtuosen. Als Spi-



**Virtuose Mogelpackung: Rainer Brandt im deutschen Kriminalfilm: »Die Rote Hand« (1960)**

nett, Klavichord, Cembalo sich ein bisschen vergrößern wollten und kühn übergangen in Pianoforte, Hammerklavier, Konzertflügel, schwoll simultan mit der Weltbevölkerung auch das Hauskonzert zum Salonkonzert und Saalkonzert an. Klangvolumen und Höchsttempo geilten sich aneinander auf, sozusagen. Die Finger, gepeitscht von Ehrgeiz, Kunstwille, Eigendynamik, wurden immer schneller und länger, bis hin zu Daniil Trifonow, um nicht zu sagen: Lang Lang; Wunderkinder immer jünger, Wundergeisse immer unsteifer. Beethoven hatte sich noch mit Wurstfingern begnügt, die keine Nonnen grei-

fen konnten (Opus 106, B-Dur). Tartini, Paganini, Chopin brockten und bürdeten allen späteren Blendern noch ausgefeiltere Spieltechniken ein und auf. Wer Liszts »Études d'exécution transcendante«, deren Titel Bände spricht, kongenial bewältigte und hinlegte, im Zeitalter der Tempolimits, scheiterte eventuell an Mozart, mehr an ihm als an barocken Tripelfugen, indem er ihnen, auf dass alle Welt Bauklötze staune, weitere Temposteigerung zumutet, rückwirkend.

Olympiasiegerinnen, die weitere zwei Zentimeter drauflegen, schlichen sich phänotypisch in die heil'gen Hallen klassischer Musikpflege ein. Virtuosen wurden zu Dressereitern, die sich selber, samt Pferd, vorwärtspeitschen – als Prahlhans und Prahlgretel, mit fliegenden Mähnen, freien Schultern und hinterherwehenden Zungen – und angeblich in fünf Minuten Berlin erreichen können. Virtuosen haben sich, zwölf Stunden am Tag, den Charme der Unperfektion derart ausgetrieben, dass kein Zögern mehr aufkommen kann. Sie bügeln den Widerstand der Materie aalglatt weg, leisten als Trapez-

künstler Übermenschliches, spielen alles viel zu geleckert, überpoliert, steril. Sie müssten praktisch noch mal ganz von vorn beginnen.

Viele Weltstars spielen es freilich wieder viel zu langsam oder reißen die Kontraste so überbent aufeinander, im Spagat, dass sie nicht für sich selbst sprechen können. Sie erdreisten sich, ihre Vorgänger und obendrein die Komponisten darüber zu belehren, wie sie es hätten machen sollen. So oder so – die Visagen der Interpreten verdrängten die Antlitze der Klassiker von den Plattencovern. Franz Schubert besaß kein eigenes Klavier. Wer sich im Rausch der Materialbewältigung mit Prestissimo und ähnlichem begnügt, hat sich die Ohren verstopft gegen jeden Wink sinniger Virtuosenberatung. Wer der Sache dient und den Vortragsbezeichnungen der Komponisten vertrauensvoll, sachdienlich, unspektakulär folgt, fährt leider keine Guinness-Rekorde ein.

Die einen verkaufen den Geist der klassischen Komponisten fürs Linsengericht lästiger *standing ovations*; die anderen begnügen sich mit dem stillen Applaus oder lautlosen Kopfnicken unsichtbarer Engelschöre.

Denn: Die nicht vernehmbare Musik klingt tausendmal schöner als die erklingende Musik. ●

**Weitere Erwägungen zum Gegenstand finden sich in Ulrich Holbeins Buch *Nie wieder unmusikalisch! Funkenflug und Katzenfugen* (Verlag Dohr)**



# Füxe

TV-Serie in vier Teilen. Deutschland 2023. Regie: David Clay Diaz, Susan Gordanshekan; mit Valon Krasniqi, Roxana Samadi. Bis Oktober 2024 in der ZDF-Mediathek

Studentenverbindungen sind in fiktionalen Fernsehfilmen ein beliebtes Motiv, und meist kommen sie dabei nicht gut weg. Das ist in der ZDF-Miniserie »Füxe« nicht anders. Der Protagonist, ein Student mit kosovo-albanischer Herkunftsfamilie, gerät auf der Suche nach einer bezahlbaren Bleibe und nach einem Ausweg aus seinem bescheidenen Milieu an eine pflichtschlagende Studentenverbindung – genauer gesagt, an ein Corps. Um aufgenommen zu werden, ändert er zwei Buchstaben seines Namens, und aus dem migrantischen Adem Kameri wird der urdeutsche Adam Kamer. So beginnt er ein Doppelleben – einerseits der weltoffene Student, dessen Freun-



Auch ein Bursche hat seine Tage:  
Adem/Adam (Valon Krasniqi) nach der ersten Mensur

den in einer linksalternativen WG lebt und in der Wohnungshilfe für migrantische Familien arbeitet, andererseits der aufstiegs- und leistungswillige Corpsbruder, der sich dem strengen Reglement des reaktionären Männerbundes bereitwillig unterwirft. Die Schilderung beider Milieus kommt natürlich nicht ohne die genreüblichen Klischees aus. Dennoch erliegt die Serie nicht der Versuchung, die Verbindung als finsternen Geheimbund zu inszenieren, auch wenn das Korporationsleben in all seinen abstoßenden Aspekten ausführlich geschildert wird: Strenge Unterordnung noch unter die kleinsten Regeln, demütigende Saufrituale, skrupelloses Karriere-

denken und völkischer Nationalismus werden so drastisch geschildert, dass die Corpsbrüder teilweise arg holzschnittartig wirken.

Seit der Erstausstrahlung im Oktober tauschen die Korporierten sich in den einschlägigen Foren der verbindungsstudentischen Szene erwartungsgemäß lediglich über Ungenauigkeiten und Verallgemeinerungen in der Schilderung des Corpslebens aus. Dass sie die in der Serie finden können, ist kaum verwunderlich. Von einer öffentlich-rechtlichen Soap-Opera in vier Episoden ist weder eine allzu differenzierte Aufklärung noch eine allzu ausgefeilte Dramaturgie zu erwarten. Dennoch sind rechte Zeitungen, die dem korporierten Milieu nahestehen, etwa die »Junge Freiheit« oder die »Neue Zürcher Zeitung«, erstaunlicherweise angetan. Die »JF« gerät geradezu ins Schwärmen: »Die spannende Erzählung wird auch so manchen Altphilister mit einem Lächeln in seine eigene Fuxenzeit zurückversetzen. Sie zeigt Rituale und Bräuche, die wirken wie ausgedacht, aber doch die Realität auf Verbindungshäusern wiedergeben. Die hohen Erwartungen an die Spefüxe und willkürliche Schikanen sind ebenso lebensnah wie die Freundschaft und Solidarität, die sich zwischen den Bundesbrüdern entwickeln kann.« Und auch die »NZZ« schnuppert Stallgeruch: »Die Macher der Miniserie »Füxe«, das wird schnell deutlich, kennen die Welt, die sie schildern, von innen.« Beide Blätter wissen beispielsweise zu goutieren, dass der Vierteiler zwischen den eher plump nationalistischen Burschenschaften und den elitären Corps unterscheidet, und fühlen sich verstanden.

Es dürfte aber auch eine geschickte Wendung der Handlung in der letzten Folge sein, die das Wohlgefallen der Alten Herren erregt: Nachdem Adam Kamer seinen Betrug und seine Herkunft gegenüber den »Bundesbrüdern« offengelegt hat, soll er natürlich ausgeschlossen werden. Anstatt sich nun im Zorn abzuwenden, reagiert er angemessen im Sinne der korporierten Ehrbegriffe mit einer Forderung zur Satisfaktion. Dass Adam das Duell mannhaft und erfolgreich besteht, imponiert den Corpsbrüdern so sehr, dass seiner weiteren Karriere in der Verbindung wie im Konzern des einflussreichen Alten Herrn nichts mehr im Wege steht – eine Lösung des Problems, die »JF« und »NZZ« offensichtlich behagt.

Tatsächlich wird hier im Grunde eine Debatte verhandelt, die in den letzten zwei Jahrzehnten die Diskussionen über »Metapolitik« innerhalb der Korporationen ebenso bestimmt wie in den Kreisen der Neuen Rechten: Nation, Disziplin, Ehre, Leistungswille, ja selbst das Bekenntnis zum Deutschtum – das sind Kategorien, die nicht länger an ethnischer Herkunft festgemacht werden sollten, will man auf der Höhe der Zeit bleiben.

Eine solche Modernisierung und Öffnung birgt nach Ansicht der »JF« aber auch Gefahren. Ihr Autor nimmt dem Protagonisten die Unterordnung nicht ab: »Schnell erkennt er die Vorzüge des korporativen Lebens und ist fest entschlossen, diese Chance zu nutzen, um sich seinen Platz in der deutschen Gesellschaft zu erkämpfen. Er sieht die Verbindung als Möglichkeit für einen sozialen Aufstieg um jeden Preis.« Und auch die »NZZ« wittert schnöden Materialismus: »Corps sind die Herzkammer der kapitalistischen Ideologie. Damit stehen sie tief in der Mitte der Gesellschaft und müssen sich, Fechtzwang hin oder her, um ihr Fortbestehen wenig Sorgen machen. Das ist kein gutes Zeichen. Nähmen sie hingegen die idealistischen Wurzeln, die sie in der Aufklärung einmal gehabt haben mögen, ernst und Werte und Moral nicht nur als Gerede und Verschleierung für Machiavellismus und Sadosomachismus – dann bekämen sie zwar womöglich wirkliche Nachwuchsprobleme, würden aber zu einer echten gesellschaftlichen Alternative.«

Erfreuliche Aussichten – das lässt auch die Serie erahnen – eröffnen weder der materialistische Kapitalismus noch seine idealistische Verneinung, wie sie der »NZZ« vorschwebt.

Michael Csaszκόczy

**konkret erscheint das nächste Mal am Samstag, 30. Dezember**



**GEMEINSAM  
GEGEN  
GOTT  
UND DIE  
WELT!**

**Titanic**

**DEUTSCHLANDS BESTER SATIREMIX**





# nd

ist akut gefährdet.

So können Sie

uns unterstützen:

[nd-aktuell.de/  
unterstuetzen](https://nd-aktuell.de/unterstuetzen)



nd JOURNALISMUS  
VON LINKS